Zeitschrift: Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen

Band: 17/1931 (1931)

Rubrik: Gesetze und Verordnungen betreffend das Unterrichtswesen in der Schweiz im Jahre 1930

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

II. Teil.

Gesetze und Verordnungen

betreffend

das Unterrichtswesen in der Schweiz

im Jahre 1930.

Gesetze und Verordnungen

betreffend

das Unterrichtswesen in der Schweiz

im Jahre 1930.

A. Eidgenössische Erlasse.

1. Bundesgesetz zur Abänderung des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1903 betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule.

(Vom 15. März 1930.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht der Botschaft des Bundesrates vom 29. August 1929,
beschließt:

Art 1.

Die Art. 3 und 4 des Bundesgesetzes betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule vom 25. Juni 1903 erhalten folgende neue Fassung:

Art. 3. Die Beiträge des Bundes dürfen keine namhafte Verminderung der durchschnittlichen ordentlichen Leistungen der Kantone für die Primarschule (Staats- und Gemeindeausgaben zusammengerechnet) in den Jahren 1925 bis und mit 1929 zur Folge haben.

Art. 4. Als Grundlage zur Bestimmung der Jahresbeiträge an die Kantone wird ihre Wohnbevölkerung nach der eidgenössichen Volkszählung angenommen.

Der Einheitssatz zur Berechnung des Jahresbeitrages beträgt für jeden Kanton einen Franken auf den Kopf der Wohnbevölkerung.

In Berücksichtigung der besondern Schwierigkeiten ihrer Lage wird den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Appenzell I.-Rh., Appenzell A.-Rh., Graubünden, Tessin und Wallis eine Zulage von sechzig Rappen auf den Kopf der Wohnbevölkerung gewährt. Diese Zulage soll in erster Linie verwendet werden zur Unterstützung ärmerer Gemeinden, zur Verbesserung des Unterrichts in abgelegenen Gegenden und

zur Schaffung von Schulen an kleinen Orten, die noch keine besitzen.

Den Kantonen Tessin und Graubünden wird eine weitere Zulage von sechzig Rappen bewilligt, für den Tessin berechnet auf Grund seiner ganzen und für Graubünden auf Grund seiner romanisch und italienisch sprechenden Wohnbevölkerung.

Art. 2.

Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

---

2. Bundesbeschluß über die Erweiterung des Maschinenlaboratoriums der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. (Vom 11. Juni 1930.)

---

3. Bundesratsbeschluß über die Abänderung der Art. 3, Absatz 1, und Art. 7, Ziffer 2, der Vollziehungsverordnung vom 10. Juli 1894 zum Bundesgesetz betreffend die Förderung der Landwirtschaft durch den Bund. (Vom 14. August 1930.)

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen (Reglemente, Lehrpläne etc.).

I. Kanton Zürich.

1. Fortbildungsschule.

1. Lehrplan für die landwirtschaftliche Fortbildungsschule des Kantons Zürich. (Vom 28. November 1930.)

I. Aufgabe und Ziel.

Die Schule stellt sich zur Aufgabe, der in der Landwirtschaft tätigen männlichen Jugend des nachschulpflichtigen Alters, außer einer erweiterten Allgemeinbildung und Vorbereitung für den Eintritt ins bürgerliche Leben, auch berufliche Kenntnisse zu vermitteln. Der Lehrstoff der allgemein bildenden Fächer wird so gut als möglich mit dem Erfahrungskreis und dem Beruf der Schüler in Verbindung gebracht und daher angewandt erteilt. Dem beruflichen Unterricht wird nicht die Aufgabe zugewiesen, dem Schüler viel Fachwissen zu vermitteln, sondern vielmehr in ihm auf Grund praktischer Anschauung selbständiges Beobachten und Denken zu entwickeln, seine Berufsfreude zu wecken und die Elemente jener Grundlagen beruflichen Wissens zu legen, die ihn zur Fachbildung anspornen. Die Fortbildungsschule will dadurch einerseits den landwirtschaftlichen Fachschulen (Winter- und Jahresschulen) als Vorstufe dienen, und anderseits den Übergang von der Volksschule zum zukünftigen Beruf vermitteln. Trotz der Tendenz beruflicher Ausbildung, die in den Lehrstoff gelegt wird, soll der allgemein bildende Charakter der Schule deutlich zum Ausdruck kommen. Der Persönlichkeit des Lehrers muß es überlassen bleiben, überall da, wo sich Gelegenheit bietet, die Erziehung des Gemeinschaftsgefühls, wie die Charakterbildung zur Geltung zu bringen.

Der Ausbau der Fortbildungsschule wird in erfreulicher Weise gefördert, wenn die vorhandenen Schul- und Volksbibliotheken mit passender Literatur fachlicher Art vermehrt werden.

II. Organisation.

Der Hauptunterricht fällt auf das Winterhalbjahr und beträgt in zwei Kursen mindestens je 120 Stunden, von denen 80 Stunden auf die allgemein bildenden Fächer und 40 Stunden (maximal) auf den beruflichen Unterricht entfallen. Der letztere wird von Fachlehrern (diplomierten Landwirten) erteilt, während der Unterricht in den allgemein bildenden Fächern der Lehrerschaft der Volks-

schule übertragen wird. Das Unterrichtsergebnis wird am ersprießlichsten ausfallen, wenn sämtliche Unterrichtsstunden am Tag abgehalten werden. Die allgemein bildenden Fächer werden erfahrungsgemäß am besten wöchentlich je einen halben Tag zu vier Stunden (November-März) erteilt. Der berufliche Unterricht kann auf einen zweiten Halbtag zu drei Stunden während der eigentlichen Winterzeit (Ende November-Februar) und einige Halbtage im Sommer angesetzt werden.

Der Eintritt in die Fortbildungsschule soll frühestens nach Erfüllung der obligatorischen Schulpflicht erfolgen.

Eine Fortbildungsschule wird nur dann ihr Ziel völlig erreichen, wenn ihr dauernder Bestand gesichert ist. Es ist ganz besonders wünschbar, daß sich benachbarte Gemeinden zur Führung gemeinsamer Schulen zusammentun. Die Bildung von Kreisfortbildungsschulen scheint vortrefflich geeignet, die nachschulpflichtige Jugend auf breiter Grundlage zu erfassen. So kann vorläufig durch das Mittel der Freiwilligkeit das vorhandene Bildungsbedürfnis weitgehend befriedigt werden.

III. Lehrstoff.

A. Allgemein bildende Fächer.

1. Deutsche Sprache.

Der Unterricht in der deutschen Sprache darf sich nicht auf das Niederschreiben von Briefen beschränken; er soll die Schüler vielmehr über Berufs- und Lebensfragen aufklären. Wo sich Gelegenheit bietet, kann auch auf wichtige gesetzliche Bestimmungen aufmerksam gemacht werden.

Die Verwendung der gebräuchlichsten Formulare, das Beschreiben von Briefumschlägen, von Karten und geeigneten Papierformaten bedarf der besonderen Beachtung.

Die Pflege des mündlichen Ausdrucks erfolgt durch die Behandlung geeigneter Abschnitte des „Fortbildungsschülers“ und durch einzelne Proben aus Werken unserer Volksdichter.

Der Lehrstoff umfaßt:

Kurs I.

a) Angebot und Nachfrage, Erkundigung.

Das Inserieren. Der schulentlassene Knabe sucht eine Stelle. Der Landwirt bestellt, offeriert, sendet Waren. Frachtbrief, Mandat, Einzahlungsschein u. s. w.

b) Über Schuld und Forderung.

Das Kreditwesen und die Kreditinstitute. Das Darlehen, der einfache Schuldschein, das Faustpfand, die Mahnung zur Zahlung, das Einzugsmandat, der Geldbrief.

c) Eingaben an Behörden.

Kurs II.

a) Über Dienst- und Vertragsverhältnisse.

Die Dienstverhältnisse in der Landwirtschaft. Das Zeugnis. Die Versicherung gegen Unfall, Haftpflicht, Hagelschaden u. s. w. Miete und Pacht.

b) Kauf von Vieh und beweglichen Sachen.

Mängelrüge, Reklamationen, Quittung. Das schriftliche Währschaftsversprechen beim Viehkauf.

c) Vom Grundstückkauf.

Vom Grundbuch, über Dienstbarkeiten und Grundlasten.

2. Rechnen.

Das Rechnen wird, soweit es möglich ist, mit dem Beruf in engste Beziehung gebracht. Wo Wiederholungen notwendig werden, sind Aufgaben in angewandter Form aus Sachgebieten zu entnehmen, die dem Schüler neue Begriffe vermitteln. Besonderer Pflege bedarf das Schätzen wie die übersichtliche Darstellung der schriftlichen Übungen.

Der Lehrstoff umfaßt:

Kurs I.

a) Angewandte Übungen in den vier Grundoperationen und dem Prozentrechnen, nach Sachgebieten geordnet. Zum Beispiel aus dem Staats- und Gemeindehaushalt, der Vieh-, Unfall-, Haftpflicht- und Hagelversicherung, aus dem Gebiete der Waldwirtschaft, dem elektrischen Stromverbrauch u. s. w.

b) Berechnungen aus dem Gebiete des Pflanzenbaues und der Düngung: Düngerwert und Bodenerschöpfung. Kosten- und Ertragsberechnungen: Kartoffel-, Getreidebau u. s. w.

Kurs II.

a) Geometrische Berechnungen, verbunden mit Übungen im Lesen von Plänen und Ausmessen von Grundstücken, Baumstämmen, Heustöcken, Misthaufen u. s. w.

b) Einfache Berechnungen aus dem Gebiete der Geschwindigkeit und Übersetzung (landwirtschaftliche Maschinen).

c) Berechnungen aus dem Gebiete der Tierhaltung: Preiswürdigkeit von Futtermitteln, Milchverwertungen, Schlachtausbeute. Kosten eines Pferdearbeitstages u. s. w.

3. Buchführung.

In der Buchführung wird der Schüler in einzelne Elemente der Buchhaltung eingeführt. Dieses Fach soll ihn befähigen, die Aufgaben eines Rechnungsstellers in einfachen Verhältnissen

selbständig zu lösen und den Sinn für Ordnung und Sparsamkeit entwickeln.

Der Lehrstoff umfaßt:

Kurs I.

Besprechung über die Geldanlage. Kassabuch eines Landwirtes. Rechnung und Gegenrechnung des Landwirtes mit dem Handwerker. Die Elemente der einfachen Buchführung (Vereinsrechnungen).

Kurs II.

Jahresrechnungen von Vereinen oder Genossenschaften (Viehzuchtgenossenschaft, Waldkorporation u. s. w.). Abrechnungen über Erdarbeiten in Regie. Buchführung über einzelne Zweige der Landwirtschaft, zum Beispiel Geflügel- oder Bienenzucht.

4. Staats- und Wirtschaftskunde.

Der Unterrichtsstoff für Staats- und Wirtschaftskunde ist wohl in einer Reihe guter Lehrmittel in mehr oder weniger systematischer, leitfadenartiger Weise zusammengefaßt. An Stelle der trockenen Begriffserklärung wird aber der Lehrer darnach trachten, seinen Lehrstoff im Rahmen der nachstehenden Richtlinien ins Leben zu setzen: Die Fortbildungsschule soll die Schüler in anregender Weise auf den Eintritt ins bürgerliche Leben vorbereiten und sie zu aktiven, aber nicht einseitigen Staatsbürgern erziehen. Es ist zu empfehlen, zum Beispiel Begebenheiten in der engeren und weiteren Heimat, die mit dem wirtschaftlichen und bürgerlichen Leben in Beziehung stehen, wichtige politische Tagesfragen, Wahlen und Abstimmungen und behördliche Entscheide zum Ausgangspunkt des Unterrichtes zu wählen.

Der Lehrstoff umfaßt:

Kurs I.

Staatskunde.

a) Gemeinsame Bedürfnisse und gemeinsame Arbeiten des Volkes.

Friede mit dem Auslande (Landesschutz). Ruhe und Sicherheit im Innern (Rechtsschutz). Förderung der Volkswohlfahrt (Sozialgesetzgebung).

Pflege der Volksgesundheit.

Erziehung und Bildung: Familie, Schule, Kirche.

b) Wie die Gemeinden, Kanton und Bund die gemeinsamen Bedürfnisse zu lösen suchen.

Ihre Aufgabe auf Grund der Bundes- und Staatsverfassung und des Gemeindegesetzes. Bundes-, Staats- und Gemeindehaushalt.

c) Das Verhältnis des Bürgers zum Staate.

Heimatschein und Bürgerrecht. Pflichten und Rechte des Bürgers.

d) Die völkerrechtliche Stellung der Schweiz.

Die Entwicklung der Schweiz zur Demokratie. Die Neutralität, Asylrecht und Fremdenfrage, Gesandtschaftswesen, Genferkonvention, Völkerbund.

Kurs II.

Wirtschaftskunde.

a) Die Grundlagen der volkswirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes.

Urproduktion, Gewerbe und Industrie, Handel und Verkehr. Die Bevölkerungs- und Siedelungsverhältnisse.

b) Unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland.

Export, Import, Fremdenverkehr, Handels- und Niederlassungsverträge, Konsulatswesen, Weltpost u. s. w.

c) Wirtschaftliche Schranken gegen außen und Konkurrenz im Innern.

Zolltarife, Zölle, Monopole, Genossenschaftswesen, Syndikate (Trusts).

B. Landwirtschaftlicher Unterricht.

Für die Behandlung des Lehrstoffes dieses Unterrichtsgebietes eignet sich am besten das Motto: „Aus der Praxis für die Praxis".

Der Lehrstoff umfaßt:

Kurs I.

1. Bau und Lebenstätigkeiten der Pflanzen:
   a) Zellen, Gewebe und Organe;
   b) der Stoffwechsel (Ernährung durch die Blätter und die Wurzeln, die Atmung);
   c) die Grundzüge der Fortpflanzung und Vererbung.
2. Bodenbearbeitung und Düngung:
   a) Die Bodenbearbeitung;
   b) der Zweck der Düngung;
   c) Wirtschafts- und Handelsdünger (Bezeichnung, Gehalt, Behandlung, Wirkung und Verwendung).

Kurs II.

1. Bau und Leben der landwirtschaftlichen Nutztiere:
   a) Der Bewegungsapparat (Knochen und Muskeln);
   b) der Ernährungsapparat. (Die Organe des Ernährungsapparates, die Verdauung, der Blutkreislauf und die Atmungsorgane.)

2. Haltung und Fütterung:

a) Der Einfluß der Ernährung auf das Tier;

b) die Nährstoffe;

c) die Haltung und Pflege der Tiere.

Anmerkung. Als Ergänzung des behandelten Unterrichtsstoffes im Winter werden für beide Kurse je 2 Halbtage während des Sommers zu Flurbereisungen, Demonstrationen und Besichtigung landwirtschaftlicher Betriebe verwendet.

Dem vorstehenden Lehrplan wird die Genehmigung erteilt. Er hat dem Unterricht in den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen als Wegleitung zu dienen.

---

2. Mittelschulen und Berufsschulen.

2. Wegleitung für die Abfassung der Stundenpläne der Mittelschulen des Kantons Zürich. (Vom 18. März 1930.) [Provisorisch.]

---

3. Regulativ über die Erteilung von Studienunterstützungen an Schüler der kantonalen Mittelschulen. (Vom 23. Dezember 1930.)

§ 1. Der Kanton Zürich gewährt Schülern der kantonalen Mittelschulen (Kantonsschulen in Zürich und Winterthur, Lehrerseminar Küsnacht, Technikum in Winterthur), die sich durch Begabung, Leistungen, Fleiß und Wohlverhalten einer Unterstützung würdig erweisen, und deren ökonomische Verhältnisse eine solche rechtfertigen, Studienunterstüzungen. Diese bestehen in Freiplätzen, Stipendien, Beiträgen an die Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung, tägliche Fahrten, Mittagsverpflegung außer dem Hause, Anschaffung der Lehrmittel und Privatunterricht.

§ 2. Die Freiplätze bestehen im Erlaß des ganzen, ausnahmsweise auch nur eines Teils des Schulgeldes, der Sammlungsbeiträge, der Einschreibegebühr und allfällig weiterer Gebühren, ausgenommen die Versicherungsprämien und die Prüfungsgebühren.

§ 3. Die Stipendien sind staatliche Geldbeiträge an die Kosten des Studiums und des Unterhaltes. Sie zerfallen:

a) In ordentliche Stipendien aus dem durch das Staatsbudget festgesetzten Kredit;

b) in außerordentliche Stipendien, die dem Stipendienfonds der höheren Lehranstalten entnommen werden.

Mit dem Stipendium ist ein Freiplatz verbunden.

§ 4. Die ordentlichen Stipendien betragen jährlich:

a) Im 7. und 8. Schuljahr . . . Fr. 100.— bis 300.—
b) im 9. und 10. Schuljahr . . . „ 200.— bis 400.—
c) im 11. bis 13. Schuljahr . . . „ 300.— bis 600.—

Innerhalb dieser Ansätze kann das Stipendium von Jahr zu Jahr angemessen erhöht werden.

Auf besondern Wunsch des Besorgers können auch Stipendien unter den obigen Mindestansätzen gewährt werden.

§ 5. Die außerordentlichen Stipendien richten sich in ihrer Höhe nach dem aus den Erträgnissen des Fonds sich ergebenden Kredite. Sie sind bestimmt:

a) Für Schüler, die des ordentlichen Stipendiums nicht teilhaft werden können (§ 9);
b) als Zulage zu dem ordentlichen Stipendium in besondern Fällen.

§ 6. Die Beiträge an die Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung dienen dazu, auswärtigen Schülern das Wohnen am Schulort zu erleichtern. Sie betragen im Maximum Fr. 900.— für das Jahr.

§ 7. Beiträge an die Fahrtkosten können auswärts wohnende Schüler erhalten. Diese Beiträge decken die Fahrtauslagen teilweise oder ganz.

In Zürich und Winterthur können auch Beiträge an die Auslagen für Tramfahrten gewährt werden, wenn der Schüler mehr als zwei Kilometer vom Schulhaus entfernt wohnt.

§ 8. Für Beiträge an die Lehrmittel und an allfälligen Privatunterricht (Nachholunterricht), der infolge des Übertrittes an die Mittelschule oder wegen Krankheit notwendig wird, steht den Schulleitungen zugunsten bedürftiger Schüler ein jährlicher Kredit zur Verfügung.

Bei Rückweisung eines Schülers, der einen Beitrag an die Lehrmittel erhielt, fallen die Lehrmittel im Werte des bezogenen Betrages an die Schule zurück.

§ 9. Ordentliche Stipendien, Freiplätze und Beiträge an Wohnungs- und Kostgeld oder Fahrtkosten werden nur solchen Schülern gewährt, deren Eltern Kantonsbürger sind oder sich als Bürger eines andern Kantons mindestens ein Jahr im Kanton Zürich niedergelassen haben.

Außerordentliche Stipendien (§ 5 b) können außer diesen Schülern ausgezeichnet ausgewiesene oder besonders bedürftige Schweizerbürger erhalten, bei denen diese Bedingung nicht erfüllt ist, ebenso in besondern Fällen Ausländer nach mindestens zehnjähriger Niederlassung im Kanton Zürich.

Für das Lehrerseminar Küsnacht gelten hinsichtlich der Dauer der Niederlassung besondere Bestimmungen.

Ausländern können auf Gesuch des Besorgers die besondern Gebühren beim Schulgeld erlassen werden, wenn die Mutter vor der Verheiratung Schweizerin war.

§ 10. Zur Erlangung einer staatlichen Studienunterstützung muß der Schüler folgende Bedingungen erfüllen:

a) Fleiß, Betragen und sonstige Charaktereigenschaften müssen gut, die Eignung zum Besuch einer höheren Schule darf nicht zweifelhaft sein.

b) In den maßgebenden Fächern muß ein Leistungsdurchschnitt von mindestens 4,5 erreicht sein. Ausnahmsweise können Schüler einer beruflichen Mittelschule bei ausgesprochener Eignung Stipendien oder anderweitige Studienunterstützungen erhalten, wenn jene Bedingung nicht voll erfüllt ist.

Unter den maßgebenden Fächern sind zu verstehen: am Gymnasium, an der Oberrealschule und an der Maturitätsabteilung der Handelsschule die wissenschaftlichen Fächer. an den Berufsschulen: die obligatorischen Fächer (am Seminar mit Turnen, am Technikum und an der Handelsschule ohne Turnen).

§ 11. Freiplätze können bei Wohlverhalten auch Schülern zugesprochen werden, die den Bedingungen von § 9, Absatz 1, und von § 10, b, nicht völlig entsprechen.

§ 12. Sinkt der Leistungsdurchschnitt (§ 10) oder gehen Fleiß und Betragen wesentlich zurück, so werden, ausgenommen am Technikum, die Studienunterstützungen auf Zusehen hin zunächst auf ein weiteres halbes Jahr bewilligt. Heben sich innerhalb dieser Zeit Leistungen und Fleiß nicht auf die geforderte Höhe, so werden die Studienunterstützungen (ausgenommen Fahrtentschädigungen) dem Schüler nicht ausbezahlt. Ebenso hat schlechtes Betragen den Entzug zur Folge.

§ 13. Schüler, die einmal nicht promoviert wurden, können sich erst nach Ablauf von zwei Jahren wieder um eine Studienunterstützung bewerben. Provisorisch promovierten Schülern können für die Klasse des Provisoriums keine Unterstützungen, sondern nur Freiplätze gewährt werden.

§ 14. Eine Ausnahme von den Bestimmungen der §§ 12 und 13 kann nur gemacht werden, wenn die unbefriedigenden Leistungen des Schülers durch Krankheit oder besondere Familienverhältnisse begründet sind, ferner wenn es sich um Schüler handelt, die bei erwiesener Tüchtigkeit unmittelbar aus der Praxis in das Technikum oder die kantonale Handelsschule übergetreten sind.

§ 15. Die Höhe der Studienunterstützung richtet sich nach der ökonomischen Lage der Eltern und nach den persönlichen Verhältnissen der Familie (Zahl, Alter, Erwerbsfähigkeit der Kinder, Krankheit in der Familie etc.).

Ganz- und Halbwaisen erfahren besondere Berücksichtigung.

§ 16. Bewerbungen um Zuerkennung von Studienunterstützungen sind der Schulleitung auf den von ihr durch Anschlag bekannt gegebenen Termin schriftlich einzureichen unter Benützung hierfür bestimmter Formulare und unter Beigabe eines Steuerausweises.

Gesuche um Beiträge an die Lehrmittel sind in der ersten Schulwoche des Sommer- oder Winterhalbjahres einzureichen. Gesuche um Beiträge an Privatunterricht (§ 8) können jederzeit angemeldet werden.

§ 17. Die Schulleitungen prüfen die Gesuche und treten zu diesem Zwecke nötigenfalls mit den Lehrern und mit dem Inhaber der elterlichen Gewalt oder Vormund in Verbindung.

Sie reichen ihre Berichte und Anträge bis zum 20. Mai und 5. November der Erziehungsdirektion ein, die im Bedarfsfalle die Schulleitungen zum Zwecke der Antragstellung an den Erziehungsrat zu einer Konferenz einberuft.

Bei neu eingetretenen Schülern lautet der Antrag auf Zuerkennung des Freiplatzes und der Fahrtentschädigung definitiv. Andere Studienunterstützungen können nur bedingt zuerkannt werden.

§ 18. Die Auszahlungen erfolgen auf Grund von Anweisungen der Schulleitungen, und zwar an den beiden Kantonsschulen halbjährlich je im Juli und im Dezember, beim Lehrerseminar und, soweit erforderlich, beim Technikum vierteljährlich nach Vereinbarung mit der Erziehungsdirektion.

An neu eingetretene Schüler erfolgt die Auszahlung nur, wenn der geforderte Leistungsnotendurchschnitt (§ 10) nach dem ersten oder eventuell zweiten Quartal erreicht worden ist.

§ 19. Die Schulleitungen überwachen die mit staatlichen Unterstützungen bedachten Schüler und ziehen Lehrer und Eltern oder Vormünder zur Hilfe herbei.

§ 20. Wenn ein Schüler im Laufe des Schuljahres aus der Schule austritt, so verfällt das Stipendium. Die Schulleitung stellt Antrag auf Rückerstattung der im betreffenden Schuljahr bezogenen Beträge.

§ 21. Rückzahlungen von Studienunterstützungen fallen in den Stipendienfonds der höheren Lehranstalten.

§ 22. Dieses Regulativ tritt nach der Genehmigung durch den Regierungsrat auf Beginn des Schuljahres 1931/32 in Kraft.

Es ersetzt das Regulativ über die Erteilung von Stipendien und weitern Studienunterstützungen an Schüler der kantonalen Mittelschulen vom 14. Juni 1921 und hebt auch andere bisherige Bestimmungen über die Studienunterstützungen auf.

---

4. Abänderung und Ergänzung der Schulordnung der Kantonsschule Zürich vom 23. Mai 1922. (Vom 28. November 1930.)

§ 33. Die Schüler dürfen andern Vereinen im allgemeinen nur dann angehören, wenn für dieselben Bestrebungen kein Schülerverein besteht. Für den Eintritt in einen solchen Verein gilt die gleiche Vorschrift wie für die Schülervereine (vergl. § 31).

Der Schüler und sein Vater oder Vormund haben dem Rektor auf Verlangen über jede Vereinsangehörigkeit Auskunft zu geben.

Eine Werbetätigkeit für fremde Vereine ist in der Schule nicht zulässig.

Den Schülern ist ferner verboten, sich aktiv in einer politischen Vereinigung oder in einer Jugendorganisation zu betätigen, die mit einer politischen Vereinigung in Beziehung steht.

Über das Tragen von Abzeichen und Anbringen von Anschlägen auf dem Schulgebiet entscheiden die Rektorate.

---

5. Lehrplan der Schule für Bautechniker am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. (Vom 23. Dezember 1930.)

I. Klasse (I b, Sommerhalbjahr).

Deutsche Sprache (3 Stunden). Aufsätze, Übungen im mündlichen Ausdruck, allgemeine Stilistik, Lektüre.

Rechnen (3 Stunden). Übungen im numerischen Rechnen mit ganzen und gebrochenen Zahlen. Proportionen. Prozentrechnungen.

Algebra (5 Stunden). Die Grundoperationen mit algebraischen Größen. Darstellung von Summen durch Produkte. Potenzen. Gleichungen I. Grades mit einer und mehreren Unbekannten.

Geometrie (5 Stunden). Planimetrie, elementare geometrische Theorie der Kegelschnitte.

Physik (3 Stunden). Statik, Dynamik, Hydrostatik, Hydrodynamik.

Chemie (3 Stunden). Grundzüge der Experimentalchemie. Nichtmetalle.

Fachzeichnen (8—10 Stunden). Linien, Schriften, Teilungen, Projektionszeichnen, Parallelperspektive, Aufnahme einfacher Bauobjekte.

Freihandzeichnen (4 Stunden.) Zeichnen einfacher ornamentaler Motive nach Wandtafelskizzen. Einführung in die Perspektive.

II. Klasse (II b, Winterhalbjahr).

Deutsche Sprache (2—3 Stunden). Geschäftsaufsätze und Briefe. Übungen im mündlichen Ausdruck. Lektüre.

Algebra (3 Stunden). Wurzeln, Logarithmen. Rechenschieber. Gleichungen II. Grades mit einer Unbekannten. — Graphische Darstellungen. Grenzwerte.

Geometrie (3 Stunden). Trigonometrie. Stereometrie: Oberflächen- und Inhaltsberechnungen von Körpern.

Darstellende Geometrie (6—7 Stunden). Grundoperationen, axonometrische Darstellungen, ebene Schnitte. Durchdringungen, Schatten-Konstruktionen.

Physik (3 Stunden). Ausgewählte Kapitel aus Wärmelehre, Optik und Elektrizitätslehre.

Chemie (3 Stunden). Fortsetzung der anorganischen Chemie mit besonderer Berücksichtigung der gesteinbildenden Mineralien. Die Brenn- und Leuchtstoffe.

Baukonstruktionslehre (10 Stunden). Besprechung eines Baues als Ganzes und spezielle Behandlung der Maurer-, Steinhauer- und Verputzarbeiten. Vortrag mit Wandtafelskizzen. Übungen.

Freihandzeichnen (4 Stunden). Zeichnen einfacher Schmuckteile von Gebäuden in verschiedenen Darstellungen. Übungen in Perspektive.

III. Klasse (III b, Sommerhalbjahr).

Deutsche Sprache (2 Stunden). Mündliche und schriftliche Übungen mit besonderer Berücksichtigung der Praxis, schriftlicher Verkehr mit Behörden.

Mathematik (2 Stunden). Funktionsbegriff. Graphische Darstellung und Diskussion von Funktionen. Maxima und Minima.

Perspektive (2 Stunden). Konstruktion perspektivischer Bilder.

Angewandte darstellende Geometrie (4 Stunden). Beispiele aus dem Gebiete der Maurer- und Steinhauerarbeiten. Schattenlehre.

Baukunde (2 Stunden). Grundrißanlage einfacher Wohngebäude.

Baumechanik (2 Stunden). Zusammensetzung und Zerlegung von Kräften, Kräfte- und Seilzug, statisches Moment, Gleichgewichtsbedingungen. Schwerpunkt und Trägheitsmoment.

Physik (2 Stunden). Ausgewählte Kapitel aus der Elektrizitätslehre als Grundlage für elektrische Installationen.

Bauzeichnen und Konstruktionslehre, Vortrag mit Übungen (12—14 Stunden). Zimmerarbeiten. Werkpläne nach gegebenen Skizzen.

Freihandzeichnen (4—3 Stunden). Zeichnen und Skizzieren nach der Natur.

Vermessungskunde (2 Stunden). Theorie und Praxis der einfachen Längenmeßwerkzeuge und Instrumente zum Abstecken rechter Winkel. Das Nivellieren. Längen- und Querprofile.

IV. Klasse (IV b, Winterhalbjahr).

Mathematik (2 Stunden). Anwendungen auf Statik und Festigkeitslehre.

Angewandte darstellende Geometrie (2 Stunden). Beispiele aus dem Gebiete der Holzkonstruktionen.

Baumaterialienlehre (2 Stunden). Besprechung der in der Baupraxis hauptsächlich vorkommenden Materialien.

Baumechanik (4 Stunden). Festigkeitslehre: Zug, Druck, Schub, Biegung, Knickung, Übungen aus den Baukonstruktionen.

Bauzeichnen und Konstruktionslehre, Vortrag mit Übungen (12—14 Stunden). Dachdecker-, Spengler- und Glaserarbeiten. Entwerfen einfacher Bauobjekte, Werkpläne.

Baukosten und Bauführung (6 Stunden). Vorausmaß und Voranschlag für Wohngebäude. Einheitspreis und dessen Ermittlung. Allgemeine und spezielle Bauvorschriften, Bauverträge, Bauleitung, Organisation von Baustellen.

Freihandzeichnen (3 Stunden). Skizzieren. Darstellen architektonischer Objekte.

Modellieren (3 Stunden). Einführung in die Modelliertechnik. Modellieren einfacher architektonischer Einzelheiten.

V. Klasse (V b, Sommerhalbjahr).

Baukunde (4 Stunden). Grundrißanlage von Wohnhäusern, einfacher öffentlicher Gebäude und landwirtschaftlicher Bauten.

Bauentwerfen (14—15 Stunden). Entwerfen und konstruktive Durchbildung einfacher Gebäude. Spezielle Behandlung der Bau-, Möbelschreiner- und Schlosserarbeiten.

Baumechanik (2 Stunden). Ausgewählte Kapitel aus Statik und Festigkeitslehre.

Erd- und Wegbau (3 Stunden). Geländedarstellung, Längen- und Querprofile. Massenberechnung. Durchführung eines kleinen Straßenprojektes mit Kostenanschlag.

Buchhaltung (2 Stunden). Die Lehre von der Unternehmung. Das Kostensystem und die Geschäftsbücher. Ausführung eines kurzen Geschäftsganges. Der Zahlungsverkehr.

Freihandzeichnen (4—3 Stunden). Landschaftszeichnen. Skizzieren nach der Natur; mit Exkursionen.

Modellieren (3 Stunden). Fortsetzung des Unterrichts der IV. Klasse.

Vaterlandskunde (2 Stunden). Verfassungs- und Wirtschaftskunde der Schweiz.

VI. Klasse (VI b, Winterhalbjahr).

Eisen- und Eisenbetonbau (8 Stunden). Entwurf und Berechnung einfacher Konstruktionen in Eisen und Eisenbeton.

Installationsarbeiten (4—6 Stunden). Versorgung der Gebäude mit Wasser und Licht. Ofen- und Zentralheizungen, Ventilation.

Bauentwerfen (14—15 Stunden). Fortsetzung der Übungen aus der V. Klasse mit besonderer Berücksichtigung der Durchbildung von Innenräumen.

Baustil-Lehre (2 Stunden). Übersicht der Baustile bis auf die Neuzeit.

Modellieren (3 Stunden). Herstellen von Gebäudemodellen nach eigenen Entwürfen.

Baurecht (2 Stunden). Eigentumsrecht, Nachbarrecht, Werkvertrag, Expropriationsrecht, Baugesetz.

---

6. Lehrplan der Schule für Tiefbautechniker am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. (Vom 23. Dezember 1930).

I. und II. Klasse mit den Klassen der Bautechniker-Schule vereinigt.

III. Klasse (III t, Sommerhalbjahr).

Deutsche Sprache (2 Stunden). Mündliche und schriftliche Übungen mit besonderer Berücksichtigung der Praxis.

Algebra (5 Stunden). Gleichungen 2. Grades mit zwei Unbekannten. Exponentialgleichungen. Arithmetische und geometrische Reihen. Grenzwerte. Der Differentialquotient.

Geometrie (5 Stunden). Rechtwinklige und Polarkoordinaten. Flächeninhalte aus Koordinaten, Gerade, Parabel. Allgemeine Dreiecksberechnung. Aufgaben aus der Vermessungskunde.

Darstellende Geometrie (4 Stunden). Kotierte Pläne und deren Anwendungen.

Physik (2 Stunden). Ausgewählte Kapitel aus der Elektrizitätslehre.

Fachzeichnen (6 Stunden). Einfache Baugegenstände und Pläne von Baustellen. Situationspläne.

Baukonstruktionslehre (2 Stunden). Mauerwerksarten. Stein- und Betonkonstruktionen. Stütz-, Futter-, Verkleidungs- und Flügelmauern, kleinere Durchlässe.

Baumechanik (2 Stunden). Zusammensetzen und Zerlegen von Kräften. Gleichgewichtsbedingungen. Statisches Moment. Schwerpunkt. Trägheitsmoment.

Vermessungskunde (4 Stunden). Längenmeßwerkzeuge. Abstecken rechter Winkel. Elementare Aufnahmemethoden. Das Nivellierinstrument. Längen- und Querprofile.

Vermessungskunde, Übungen (4 Stunden). Feldübungen in der Anwendung der Meßmethoden und Instrumente.

IV. Klasse (IV^t, Winterhalbjahr).

Mathematik (4 Stunden). Differentiation einfacher Funktionen. Maxima und Minima. Krümmungskreis. Das Integral.

Geometrie (2 Stunden). Kreis, Ellipse. Hyperbel und andere technisch wichtige Kurven. Graphische Lösung von Gleichungen. Nomographische Darstellungen.

Baukonstruktionslehre (4 Stunden). Baustoff und Elemente der Holzkonstruktionen. Übungen im Projektieren von Holz- und Steinbauten.

Baumechanik (8 Stunden). Der einfache Balken. Statisch bestimmte Fachwerkträger. Einfache statisch unbestimmte Systeme, Festigkeitslehre.

Hydraulik (3—4 Stunden). Hydrostatik. Ausfluß des Wassers aus Öffnungen. Überfälle. Bewegung des Wassers in geschlossenen Leitungen und offenen Gerinnen. Wassermessungen.

Vermessungskunde (5 Stunden). Der Theodolit. Trigonometrische und polygonometrische Punktbestimmung. Flächenbestimmungen. Optische Distanzmessung. Höhenbestimmungen. Topographie. Absteckungsaufgaben.

Baumaterialenkunde (2—3 Stunden). Natürliche Gesteine. Künstliche Steine. Hölzer. Metalle. Spezielle Straßenbaustoffe.

Grundbau (4 Stunden). Geologische Grundlagen. Tragfähigkeit des Baugrundes. Die Gründungsmethoden und ihre Anwendungen. Übungen.

Elektrische Antriebe (2 Stunden). Verschiedene Stromsysteme, Installation von Motoren mit Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse auf der Baustelle.

V. Klasse (V t, Sommerhalbjahr).

Mathematik (2 Stunden). Integration einfacher Funktionen. Anwendung auf die Baumechanik und auf die Hydraulik.

Baukonstruktionslehre (2 Stunden). Eisenkonstruktionen. Baustoff, Konstruktionselemente und Verbindungsmittel.

Baumechanik (4 Stunden). Erddruck. Berechnung von Stützmauern, Staumauern und Gewölben.

Vermessungskunde (5 Stunden). Feldübungen mit Theodolit und Meßtisch. Absteckungen. Auswertung der Übungen.

Grundbau (3 Stunden). Druckluftgründungen. Weitere Anwendungen der Gründungsmethoden.

Erd- und Wegbau (3 Stunden). Allgemeine Grundlagen zur Projektierung von Erdarbeiten. Einfache Weg- und Straßenbauten.

Straßenbau (2 Stunden). Technische Grundlagen für die Linienführung und den Bau von Straßen. Moderne Straßenbeläge. Ausführung eines Straßenprojektes.

Brückenbau (4 Stunden). Holz- und Steinbrücken. Lehr- und Dienstgerüste. Projektierung einfacher Brücken in Holz und Stein.

Wasserbau (4 Stunden). Die natürlichen Wasserläufe. Wildbachverbauung und Flußregulierung. Übungen.

Eisenbetonbau (2 Stunden). Eigenschaften des Eisenbetons und seiner Materialien. Die Konstruktionselemente.

Buchhaltung (2 Stunden). Die Lehre von der Unternehmung. Kostensystem und Geschäftsbücher. Ausführung eines kurzen Geschäftsganges. Der Zahlungsverkehr.

Vaterlandskunde (2 Stunden). Verfassungs- und Wirtschaftskunde der Schweiz.

VI. Klasse (VI t, Winterhalbjahr).

Eisenbahnbau (6 Stunden). Die technischen Grundlagen für den Eisenbahnbau. Unterbau und Oberbau. Tunnelbau. Übungen.

Brückenbau (6 Stunden). Berechnung und Konstruktion von Balkenbrücken und einfachen Fachwerkbrücken in Eisen. Übungen.

Wasserbau (6 Stunden). Kraftwerke. Kanal- und Schleusenbau. Projekt eines einfachen Kraftwerkes.

Eisenbetonbau (4 Stunden). Berechnung und Konstruktion einfacher Eisenbetonbauten. Kostenvoranschlag. Übungen.

Wasserversorgung (2 Stunden). Wasserbedarf. Gewinnung, Speicherung, Leitung und Verteilung des Wassers.

Kanalisation (2 Stunden). Abwassermengen. Berechnung und Konstruktion der Kanalisationsleitungen. Kläranlagen.

Baumaschinen (2 Stunden). Beschreibung der Hebezeuge, Pumpen, Bagger, Rammen, Förderanlagen, Steinbrecher, Bauplatzeinrichtungen.

Baukosten und Bauführung (3—4 Stunden). Voranschlag. Einheitspreise. Verdingungsordnungen. Bauvorschriften. Bauverträge. Bauleitung.

Rechtskunde (2 Stunden). Die wichtigsten Abschnitte aus dem Sachenrecht; Grundzüge des Baugesetzes und des Expropriationsrechtes.

---

7. Studienfonds des Technikums in Winterthur. (Vom 30. Januar 1930).

---

3. Universität.

8. Promotionsordnung der theologischen Fakultät der Universität in Zürich. (Vom 28. November 1930).

§ 1. Die theologische Fakultät verleiht den akademischen Grad eines Doktors der Theologie

a) auf Grund einer Abhandlung, die selbständige Forschung beweist und die wissenschaftliche Erkenntnis fördert, und einer anschließenden Prüfung;

b) ehrenhalber als Würdigung von wissenschaftlichen Leistungen oder von Verdiensten um die christliche Kirche.

I. Die Erwerbung des Doktorgrades durch Prüfung.

§ 2. Wer den Grad eines Doktors der Theologie durch Prüfung erwerben will, hat sein Gesuch unter Angabe des von ihm gewählten Hauptfaches dem Dekan der Fakultät schriftlich mitzuteilen und demselben beizulegen:

1. Einen Abriß seines Bildungs- und Studienganges;
2. Ausweise, welche dartun, daß er mindestens sieben Semester an einer Universität theologische Studien betrieben hat, oder Ausweise über theologische Studien, die von der Fakultät als gleichwertig anerkannt werden;
3. ein genügendes Sittenzeugnis, wenn er nicht von vornherein der Fakultät hinreichend bekannt ist;
4. eine wissenschaftliche Abhandlung, deren Gegenstand in der Regel dem gewählten Hauptfach entnommen sein muß, gedruckt oder im Manuskript, jedoch mit Ausschluß einer philosophischen Doktorarbeit.

§ 3. Die Abhandlung wird vom Dekan zuerst dem Vertreter oder den Vertretern des Faches, in deren Bereich ihr Gegenstand

fällt, zur Prüfung und Begutachtung übermittelt. Das Gutachten wird nebst den in § 2 erwähnten Eingaben des Bewerbers bei den übrigen Mitgliedern der Fakultät in Umlauf gesetzt. Über die Zulassung zur Prüfung wird durch einfache Stimmenmehrheit entschieden. Der Dekan stimmt mit; bei Stimmengleichheit gibt seine Stimme den Ausschlag.

§ 4. Die Prüfung erfolgt sowohl schriftlich als mündlich.

§ 5. Die schriftliche Prüfung besteht in der Bearbeitung einer Aufgabe, welche der Bewerber innerhalb dreier Tage zu Hause, unter freier Benutzung der wissenschaftlichen Hülfsmittel zu lösen hat.

Von dieser schriftlichen Prüfung kann durch Fakultätsbeschluß befreit werden, wer bereits eine gute Prüfung im Sinne des § 7, Absatz 2, abgelegt hat.

§ 6. Der Dekan bestimmt den Zeitpunkt der mündlichen Prüfung, und zwar — außer im Falle der Befreiung von der schriftlichen Prüfung — nachdem die schriftliche Arbeit von dem Fakultätsmitglied, welches das Thema derselben gestellt hatte, schriftlich begutachtet und bei der Fakultät in Umlauf gesetzt worden ist.

§ 7. Für die mündliche Prüfung kommen folgende Fächer in Betracht:

1. Allgemeine Religionsgeschichte;
2. alttestamentliche Disziplinen;
3. neutestamentliche Disziplinen;
4. Kirchengeschichte;
5. Dogmatik, Dogmengeschichte und Symbolik;
6. Ethik;
7. praktische Theologie.

Wer in der theologisch-theoretischen Prüfung vor der Konkordatsbehörde oder in einer andern, nach dem Urteil der Fakultät gleichwertigen Prüfung nicht eine gute Gesamtzensur erhalten hat, wird in den vorstehenden Fächern 1—7 geprüft, auf Wunsch jedoch mit Ausnahme der praktischen Theologie.

Inhaber einer guten Gesamtzensur werden von der Fakultät in ihrem Hauptfache und in zwei weitern Fächern geprüft, deren Wahl der Genehmigung der Fakultät unterliegt. Über die Wahl anderer als der genannten Nebenfächer entscheidet die Fakultät von Fall zu Fall.

§ 8. An der Prüfung beteiligen sich nach Tunlichkeit sämtliche Mitglieder der Fakultät, soweit sie die jedesmal in Frage kommenden Fächer vertreten. Für die Gültigkeit der Prüfung ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Fakultätsmitglieder notwendig.

§ 9. Die mündliche Prüfung in sechs oder sieben Fächern dauert ungefähr drei Stunden, die in drei Fächern zwei Stunden; in jedem Fall soll auf das Hauptfach e i n e Stunde kommen.

§ 10. Unmittelbar nach beendigter Prüfung findet die Beratung und Abstimmung über die Promotion des Bewerbers auf Grund der Norm von § 3 statt, und der Beschluß der Fakultät wird ihm durch den Dekan mündlich eröffnet.

§ 11. Für die Dissertation und die mit Erfolg bestandene Prüfung zusammen wird eine der vier folgenden Zensuren erteilt:

1. summa cum laude;
2. magna cum laude;
3. cum laude;
4. rite.

Das Urteil über die wissenschaftliche Abhandlung wird auf Antrag des oder der Referenten in bestimmte Ausdrücke gefaßt.

§ 12. Wird der Bewerber abgewiesen, so sind ihm diejenigen Fächer, in denen er nach dem Urteile der Fakultät Ungenügendes geleistet hat, durch den Dekan näher zu bezeichnen. Nach Verlauf von mindesten einem Jahre kann er sich sodann der ganzen Prüfung noch einmal unterziehen.

§ 13. Innerhalb eines Jahres nach bestandener Prüfung hat der Promovierte 150 gedruckte Exemplare seiner Dissertation an die Kanzlei der Universität abzuliefern. Aus besondern Gründen kann der Dekan diese Frist verlängern. Auf dem Titelblatt, das vor dem Druck dem Dekan zur Genehmigung vorgelegt werden muß, ist außer der Bezeichnung der Schrift als Zürcher Dissertation der gedruckte Vermerk anzubringen:

„Die theologische Fakultät genehmigt auf Antrag des Herrn . . . . . (oder „der Herren . . . . . .“) die vorliegende Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

Zürich, Datum. Der Dekan: N. N.“

Auf der ersten oder letzten Seite der Dissertation ist ein kurzgefaßter Lebenslauf beizufügen.

Die Fakultät kann ausnahmsweise die Drucklegung bloß eines Teiles der Dissertation gestatten und aus besonderen Gründen von der Ablieferung von 150 Exemplaren befreien.

Dem Dekan werden zwei, dem Rektor und jedem Fakultätsmitgliede, sowie jedem Mitgliede des Kirchenrates und des Erziehungsrates je ein Exemplar eingehändigt. Ein Exemplar wird im Archiv der Fakultät, eines in dem des Senates aufbewahrt; der Rest wird der Zentralbibliothek zur Verfügung gestellt. Wem der Druck nur eines Teils seiner Dissertation bewilligt worden ist, der hat, falls die Arbeit nachher als ganze veröffentlicht wird, je ein Exemplar des vollständigen Druckes an die Zentralbibliothek und an die Fakultät abzuliefern.

Der Doktortitel darf vor Ablieferung der Pflichtexemplare nicht geführt werden.

§ 14. Das Diplom wird in deutscher oder lateinischer Sprache abgefaßt; es enthät außer der Prüfungszensur auch den Titel der Dissertation und das Urteil der Fakultät über sie und wird vom Rektor und vom Dekan unterzeichnet, mit dem Siegel der Hochschule und demjenigen der theologischen Fakultät versehen und dem Promovierten zugestellt, sobald die Exemplare seiner Dissertation vollständig abgeliefert sind. Der Promovierte trägt sämtliche Druckkosten des Diploms; er kann nach Belieben weitere Abzüge machen lassen.

§ 15. Von der durch Zustellung des Originaldiploms perfekt gewordenen Promotion ist im amtlichen Schulblatt des Kantons Zürich Anzeige zu machen.

§ 16. Die Gebühren für die Promotion zum Doktor betragen Fr. 300.—; hievon sind Fr. 100.— gleichzeitig mit der Anmeldung, Fr. 200.— nach Empfang der Einladung zur mündlichen Prüfung zu entrichten.

§ 17. Wird der Bewerber schon auf Grund seiner wissenschaftlichen Abhandlung abgewiesen, oder tritt er nach deren Prüfung durch die Fakultät zurück, so bleiben nur die einbezahlten Fr. 100.— verfallen. Wird später die Bewerbung noch einmal aufgenommen, so ist im erstern Falle dafür eine neue Abhandlung über das gleiche oder ein anderes Thema einzureichen, die von der Fakultät gebührenlos geprüft wird.

Bei einer Abweisung nach der mündlichen Prüfung bleiben von den einbezahlten Fr. 300.— Fr. 175.— verfallen, Fr. 125.— werden dem Bewerber zurückerstattet. Eine zweite mündliche Prüfung gemäß § 12 hält die Fakultät gebührenfrei ab. Der für die Staatskasse und für allgemeine Universitätszwecke bestimmte Betrag von Fr. 125.— ist wieder einzubezahlen; bei günstigem Erfolg der Prüfung verfällt er; bei Nichterfolg wird er zurückerstattet.

II. Die Ehrenpromotion.

§ 18. Die Fakultät hat das Recht, Personen, welche sich um die Religionswissenschaft oder die christliche Kirche anerkannte Verdienste erworben haben, durch die Erteilung der Doktorwürde honoris causa zu ehren.

§ 19. Wünscht ein Fakultätsmitglied, daß eine derartige Promotion vorgenommen werde, so hat es von seinem Antrage schriftlich dem Dekan Kenntnis zu geben, der ihn der Fakultät mitteilt und eine Fakultätssitzung zur Beschlußfassung anberaumt.

§ 20. In dieser Sitzung muß die Fakultät vollzählig sein, und nur bei dauernder Krankheit kann ein Mitglied als entschuldigt

unberücksicht bleiben. Ist die Fakultät aus andern Gründen nicht vollzählig, so kann über die Promotion kein Beschluß gefaßt werden; dem Antragsteller steht aber frei, weitere Sitzungen zu verlangen, bis die Fakultät vollzählig ist.

§ 21. Die Entscheidung über den gestellten und in der Fakultätssitzung zunächst von seinem Urheber (§ 19) zu begründenden Antrag findet durch geheime Abstimmung statt. Erklärt sich dabei mehr als eine Stimme gegen die Promotion, so wird diese nicht vollzogen. Über den Wortlaut des Diploms faßt die Fakultät in gleicher Sitzung auf Vorschlag des Antragstellers bestimmten Beschluß.

§ 22. Die Kosten des Diploms trägt die Staatskasse. Es ist vom Rektor, vom Dekan und sämtlichen Mitgliedern der Fakultät zu unterzeichnen. Für seine Ausfertigung und die Bekanntmachung der Promotion gelten im übrigen die Bestimmungen der §§ 14 und 15.

§ 23. Die vorliegende Promotionsordnung, durch welche die vom 26. August 1914 aufgehoben wird, tritt mit dem heutigen Datum in Kraft.

---

9. Reglement über theologische Fakultätsprüfungen an der Universität Zürich. (Vom 28. November 1930.)

I. Allgemeines.

§ 1. Personen schweizerischer Herkunft, die auf Grund der bestehenden Ordnungen und Vorschriften zu den offiziellen Prüfungen der Konkordatsbehörde nicht zugelassen werden können, sowie Ausländer, die in ihrer Heimat zur Ablegung einer theologischen Prüfung keine Gelegenheit haben oder besondere Gründe dafür geltend zu machen vermögen, daß sie eine Anmeldung daselbst unterlassen, können sich einer solchen Prüfung nach Beibringung der erforderlichen Ausweise bei der theologischen Fakultät der Universität Zürich unterziehen.

§ 2. Das über die Prüfung auszustellende Zeugnis hat nicht die gleiche Geltung wie ein Zeugnis einer staatlich eingesetzten Prüfungsbehörde und verleiht insbesondere nicht die Anstellungsfähigkeit im Kirchendienst; es enthält aber die Erklärung der Fakultät, daß der Geprüfte sich über dasselbe Maß von Kenntnissen und praktischer Befähigung ausgewiesen habe, das bei den Prüfungen der Konkordatsbehörde gefordert wird.

§ 3. Es finden drei Prüfungen statt, eine propädeutische, eine theologisch-theoretische und eine praktische (über den Zeitpunkt der Prüfungen vergl. § 5, Ziffer 4, § 6, Ziffer 5, und § 7, Ziffer 3).

II. Die Anmeldung zu den Prüfungen.

§ 4. Die Prüfungen werden nur im Laufe des Semesters abgenommen. Die Anmeldungen dazu sind spätestens vier Wochen vor dessen Schluß dem Dekanat der Fakultät einzureichen.

§ 5. Die Anmeldung zur propädeutischen Prüfung hat zu enthalten:

1. Eine kurze Darstellung des Lebens- und Studienganges des Bewerbers;
2. eine Angabe der Gründe, warum er seine Anmeldung nicht an eine staatlich eingesetzte Prüfungsbehörde richtet;
3. ein Gymnasialreifezeugnis einer kantonalen oder eidgenössischen Maturitätsbehörde, oder Ausweise, die von der Fakultät als vollkommen gleichwertig anerkannt werden. In jedem Falle muß aus den Ausweisen hervorgehen, daß der Kandidat die Maturität in den Gymnasialfächern mit Einschluß des Lateinischen und des Griechischen mindestens vier, die im Hebräischen mindestens drei Semester vor der Prüfung erlangt hat;
4. Nachweise, daß er vor der Prüfung mindestens vier Semester an der evangelisch-theologischen Fakultät einer Universität, deren Vortragssprache ihm hinreichend geläufig war, theologische Studien betrieben und sich insbesondere an den exegetischen und kirchen-historischen Seminarien beteiligt hat, oder Ausweise über theologische Studien, die von der Fakultät als vollkommen gleichwertig anerkannt werden können. Allfällige vor der Maturität absolvierte Semester werden nicht angerechnet;
5. ein genügendes Sittenzeugnis (für Studierende der Universität Zürich ein unmittelbar vor der Anmeldung ausgestelltes Zeugnis des Rektorates).

§ 6. Die Anmeldung zur theologisch-theoretischen Prüfung hat zu enthalten:

1. Eine kurze Darstellung des Lebens- und Studienganges des Bewerbers oder, wenn eine solche schon früher eingereicht war, eine Ergänzung derselben bis auf die Gegenwart;
2. eine Angabe der Gründe, warum er seine Anmeldung nicht an eine staatlich eingesetzte Prüfungsbehörde richtet;
3. ein Zeugnis über die bestandene propädeutische Prüfung oder, wenn diese nicht bei der theologischen Fakultät in Zürich abgelegt worden ist, ein Ausweis, der von dieser als vollkommen gleichwertig anerkannt werden kann;

4. den Nachweis, daß der Bewerber die Maturität in den Gymnasialfächern mit Einschluß des Leiteinischen und des Griechischen mindestens sieben, die im Hebräischen mindestens sechs Semester vor der Prüfung erlangt hat;
5. den Nachweis, daß er vor der Prüfung mindestens sieben Semester an der evangelisch-theologischen Fakultät einer Universität, deren Vortragssprache ihm hinlänglich geläufig war, davon mindestens zwei Semester in Zürich, theologische Studien betrieben und sich auch nach der propädeutischen Prüfung an wissenschaftlichen Seminarien, insbesondere an alttestamentlichen, neutestamentlichen und systematischen, sowie an katechetischen und homiletischen Übungen beteiligt hat, oder Ausweise über theologische Studien, die von der Fakultät als vollkommen gleichwertig anerkannt werden;
6. ein genügendes Sittenzeugnis (wie § 5, Ziffer 5).

§ 7. Die Anmeldung zur praktischen Prüfung hat zu enthalten:

1. Die unter § 6, Ziffer 1, genannte Darstellung des Lebens- und Studienganges, ergänzt durch einen Bericht über die Tätigkeit des Bewerbers nach der theologisch-theoretischen Prüfung;
2. die Zeugnisse über die bestandene propädeutische und die theologisch-theoretische Prüfung;
3. die unter § 6, Ziffern 4 und 5, bezeichneten Ausweise;
4. ein Ausweis über eine praktische Tätigkeit von mindestens einem halben Jahre;
5. ein Sittenzeugnis, ausgestellt unmittelbar vor der Meldung von der Behörde, in deren Dienst der Bewerber tätig war.

§ 8. Bewerber, die ihre Anmeldung zurückziehen oder wegen ungenügender Leistungen in der Prüfung abgewiesen werden, haben bei einer zweiten Anmeldung, die frühestens ein Semester nach der ersten erfolgen darf, ein neues Sittenzeugnis und Ausweise über die seit der ersten Anmeldung gemachten Studien beizubringen.

III. Gemeinsame Bestimmungen über die drei Prüfungen.

§ 9. Die Prüfung nehmen nach Tunlichkeit sämtliche Mitglieder der Fakultät ab, soweit sie die jedesmal in Frage kommenden Fächer vertreten.

Für die Gültigkeit der Prüfung ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Fakultätsmitglieder notwendig.

Der Dekan stimmt mit und gibt bei Stimmengleichheit den Stichentscheid.

§ 10. Jede Prüfung erfolgt sowohl schriftlich als mündlich. In der mündlichen werden gleichzeitig nicht mehr als zwei Kandidaten geprüft.

Wenn nur ein Kandidat geprüft wird, soll die mündliche propädeutische Prüfung 1½, die mündliche theologisch-theoretische Prüfung 2 Stunden dauern. Werden zwei gleichzeitig geprüft, so dauert die mündliche propädeutische Prüfung 2½, die mündliche theologisch-theoretische Prüfung 3 Stunden.

§ 11. Das Prüfungsresultat wird bei der propädeutischen und der theologisch-theoretischen Prüfung in der Weise ermittelt, daß jede Leistung der schriftlichen und der mündlichen Prüfung auf den Antrag der betreffenden Examinatoren mit einer der Noten

1 = sehr gut, 3 = genügend,
2 = gut, 4 = ungenügend,
5 = schlecht,

taxiert und hierauf die Gesamtzensur festgestellt wird.

Bei deren Berechnung werden die Brüche von 1½—2 = 2, von 2½—3 = 3, von 3½—4 = 4 gerechnet.

Für die schriftlichen Arbeiten der praktischen Prüfung, sowie für die Predigt (beziehungsweise den Vortrag) und die Katechese werden keine Noten erteilt. Die Fakultät entscheidet lediglich über Abnahme oder Nichtabnahme der Prüfung.

§ 12. Wer in zwei Prüfungsgegenständen der propädeutischen oder der theologisch-theoretischen Prüfung sowohl für seine schriftliche, als für seine mündliche Leistung die Note 4 oder 5 erhalten hat, wird abgewiesen. Im übrigen gilt die Prüfung nur dann als bestanden, wenn für die Mehrzahl der Prüfungsfächer und ebenso als Gesamtzensur die Note 1, 2 oder 3 sich ergibt.

Die praktische Prüfung gilt nur dann als abgenommen, wenn sowohl die schriftlichen als die mündlichen Leistungen für genügend erklärt werden.

§ 13. Wer seine Anmeldung zurückzieht, nachdem die schriftlichen Arbeiten taxiert sind, gilt als abgewiesen, wenn sie bei der propädeutischen Prüfung sämtlich, bei der theologisch-theoretischen Prüfung in zwei Fächern die Note 4 oder 5 erhalten haben.

§ 14. Nach zweimaliger Abweisung ist die Zulassung zu einer weiteren Prüfung von einem besonderen Beschluß der Fakultät abhängig.

§ 15. Das über jede bestandene Prüfung auszustellende Zeugnis enthält die im ganzen und die für die einzelnen Leistungen erteilten Noten. Es wird vom Dekan der Fakultät unterzeichnet und mit dem Siegel der Fakultät versehen.

IV. Die propädeutische Prüfung.

§ 16. Die propädeutische Prüfung erstreckt sich über folgende Fächer:

1. Geschichte der Philosophie bis zur Gegenwart;
2. allgemeine Religionsgeschichte;
3. Kirchengeschichte;
4. Lesen und Übersetzen kleinerer Abschnitte aus dem Alten Testament in der Ursprache, sowie Kenntnis der einzelnen Bücher und des wesentlichen Inhalts derselben;
5. Lesen und Übersetzen von Abschnitten aus dem Neuen Testament in der Ursprache und Kenntnis der einzelnen Bücher nach ihrem Hauptinhalt.

§ 17. Die Prüfung in der Geschichte der Philosophie und in der Kirchengeschichte geschieht schriftlich und mündlich; in den übrigen Fächern wird bloß mündlich geprüft.

§ 18. In der schriftlichen Prüfung haben die Kandidaten aus den in § 17 genannten Fächern in je zwei Stunden ein Thema unter beständiger Aufsicht zu bearbeiten. Hierzu werden ihnen aus jedem Fache zwei von den Examinatoren gestellte Themata zur Auswahl vorgelegt. Die Klausurarbeiten werden bei den Mitgliedern der Fakultät in Zirkulation gesetzt.

§ 19. In der mündlichen Prüfung soll den Kandidaten Gelegenheit gegeben werden, sich darüber auszuweisen, daß sie den Gesamtorganismus der betreffenden Disziplinen überschauen und mit deren wesentlichen Einzelheiten bekannt sind.

V. Die theologisch-theoretische Prüfung.

§ 20. Die theologisch-theoretische Prüfung erstreckt sich über folgende Fächer:

1. Alttestamentliche Wissenschaft;
2. Neutestamentliche Wissenschaft;
3. Dogmatik, Dogmengeschichte und Symbolik;
4. Ethik;
5. praktische Theologie;
6. Pädagogik in Verbindung mit Psychologie.

Bei Nrn. 1 und 2 wird neben sprachlicher Sicherheit Kenntnis der literarischen und biblisch-theologischen Fragen erwartet.

§ 21. In der schriftlichen Prüfung haben die Kandidaten aus den in § 20, Nrn. 1—4, genannten Fächern in je zwei Stunden ein Thema unter beständiger Aufsicht zu bearbeiten. Hiezu werden ihnen aus jedem Fache zwei von den Examinatoren gestellte Themata zur Auswahl vorgelegt. Die Klausurarbeiten werden bei den Mitgliedern der Fakultät in Zirkulation gesetzt.

§ 22. In der mündlichen Prüfung soll den Kandidaten Gelegenheit gegeben werden, sich darüber auszuweisen, daß sie die in § 20

genannten Fächer in ihrer wissenschaftlichen Gliederung überschauen und mit deren wesentlichen Einzelheiten genügend vertraut sind.

VI. Praktische Prüfung.

§ 23. Die schriftliche Prüfung besteht in einem ausführlichen Predigtschema und in einer katechetischen Präparation, zu deren Ausarbeitung unter beständiger Aufsicht je vier Stunden eingeräumt werden. Die Kandidaten erhalten für jede dieser Arbeiten zwei Texte zur Auswahl. Die schriftlichen Arbeiten werden bei den Mitgliedern der Fakultät in Zirkulation gesetzt.

§ 24. Die mündliche Prüfung besteht nach Wahl des Kandidaten in einer Predigt oder einem religiösen Vortrag, die frei zu halten sind, und in einer Katechese mit einer Schul- oder Unterrichtsklasse. Dem Kandidaten wird der Text für die Predigt oder das Thema für den Vortrag sieben, der Gegenstand für die Katechese zwei Tage vorher bekannt gegeben.

Der Predigt oder dem Vortrag wohnt eine Abordnung von mindestens zwei Mitgliedern der Fakultät bei und gibt im Namen der Fakultät ihr Urteil ab.

§ 25. Im Falle der Abweisung kann die praktische Prüfung frühestens nach sechs Monaten wiederholt werden.

* * *

§ 26. Je bei der Anmeldung zur propädeutischen und zur theologisch-theoretischen Prüfung ist eine Prüfungsgebühr von Fr. 30.— an die Fakultätskasse zu entrichten. Bedürftigen kann sie auf Beschluß der Fakultät erlassen werden.

§ 27. Vorstehendes Reglement ersetzt das vom 7. Januar 1914 und tritt mit heutigem Datum in Kraft. Bis Ende des Wintersemesters 1930/31 kann auf Wunsch des Kandidaten die Prüfung nach dem bisherigen Reglement abgenommen werden.

---

10. Promotionsordnung der philosophischen Fakultät I (philosophisch-philologisch-historische Richtung) der Universität Zürich. (Vom 30. September 1930.)

§ 1. Gemäß § 139 des Gesetzes über das gesamte Unterrichtswesen des Kantons Zürich vom 23. Christmonat 1859 steht der philosophischen Fakultät I das Recht zu, die Würde eines Doktors der Philosophie zu erteilen.

§ 2. Die philosophische Fakultät I erteilt die Doktorwürde:

1. infolge einer Bewerbung auf Grundlage einer wissenschaftlichen Abhandlung und einer Prüfung;
2. ohne vorangegangene Bewerbung von sich aus und unentgeltlich auf Grund anerkannter Verdienste um Wissenschaft oder Kunst (Ehrenpromotion).

I. Promotion infolge Bewerbung.

§ 3. Die Bewerbung erfolgt beim Dekan der Fakultät durch ein schriftliches Gesuch, in dem der Bewerber sein Hauptfach, sowie ein erstes und zweites Nebenfach zu bezeichnen hat. Wird als Hauptfach Philosophie gewählt, so muß in Anbetracht des Umfanges dieser Disziplin nur ein Nebenfach hinzugenommen werden.

Wünscht der Bewerber eines der Nebenfächer einer andern Fakultät zu entnehmen, so hat er dies in seinem Gesuche zu begründen. Als fremdes Hauptfach kommt nur Sozialökonomie in Frage. Doch bedarf es auch hiezu in jedem Falle einer Genehmigung der Fakultät. Mehr als ein fremdes Fach wird nicht zugelassen.

In keinem Falle sollen weniger als zwei Mitglieder der Fakultät prüfen.

§ 4. Dem Gesuche hat der Bewerber beizulegen:

1. Einen Abriß seines Lebens- und Studienganges;
2. entsprechend seinem Bildungsgang einen der nachfolgenden Ausweise:
   a) Das Reifezeugnis des Gymnasiums oder der Oberrealschulen in Zürich und Winterthur oder einer andern diesen gleichwertigen Anstalt,
   b) das von einer eidgenössischen oder kantonalen Behörde auf Grund besonderer Prüfung ausgestellte Reifezeugnis,
   c) das Zeugnis über das vor der zürcherischen Maturitätsprüfungskommission bestandene Ergänzungsexamen.
   d) das Fähigkeitszeugnis des zürcherischen oder eines diesem gleichwertigen schweizerischen Lehrerseminars;

   (Für Ausländer gelten nur die unter a, b und c angeführten Ausweise.)
3. genügende Zeugnisse über ein Fachstudium von mindestens sechs vollen Semestern, von denen mindestens zwei an der Zürcher Univeristät zugebracht sein müssen; über die Anrechnung von Semestern, während deren der Bewerber an einer andern Fakultät oder an technischen Hochschulen studiert oder gehört hat, entscheidet in jedem einzelnen Falle die Fakultät;
4. eine druckfertige, leicht lesbare wissenschaftliche Abhandlung, deren Gegenstand in der Regel dem vorgeschlagenen Hauptfache entnommen sein muß; der Bewerber hat die schriftliche Erklärung beizufügen, daß sie von ihm selbst, ohne unerlaubte Beihilfe, verfaßt worden ist;
5. das Diplom für das höhere Lehramt, sofern der Bewerber das zürcherische Staatsexamen bestanden hat (§ 17).

§ 5. Der Bewerber hat sich außerdem über hinreichende Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift auszuweisen.

§ 6. In Ausnahmefällen, die jedoch einem Beschlusse der Fakultät unterliegen, kann an Stelle der Abhandlung in Manuskript (§ 4, Ziffer 4) eine Druckschrift angenommen werden.

§ 7. Nur diejenigen Bewerber, die ihre Abhandlung spätestens acht Wochen vor Semesterschluß einreichen, können auf Erledigung der Promotion im gleichen Semester Anspruch machen.

§ 8. Zur Wegleitung dient nachfolgendes Verzeichnis der wesentlichen Haupt- und Nebenfächer:

A. Hauptfächer.

1. Abteilung:

Philosophie und Pädagogik.

(Ausweis über Kenntnis des Lateins.)

Philosophie (Geschichte der Philosophie, Logik und Erkenntnistheorie, Ethik, Ästhetik, Psychologie oder physiologische Psychologie); vgl. § 3, Al. 1.

Pädagogik (Geschichte der Pädagogik unter Voraussetzung der Kenntnis der Geschichte der Philosophie, allgemeine Pädagogik, Logik und Erkenntnistheorie, Ethik, Psychologie oder physiologische Psychologie).

2. Abteilung:

Sprach- und Altertumswissenschaft; Literaturgeschichte.

(Ausweis über Kenntnis des Lateins.)

Semitische Sprachwissenschaft.
Hebräische Sprache und Literatur.
Arabische Sprache und Literatur.
Sprachen des islamischen Orients (Arabisch, Persisch, Türkisch).
Indogermanische Sprachwissenschaft.
Indische Philologie.
Griechische Philologie (mit Einschluß der Sprachgeschichte).
Lateinische Philologie (mit Einschluß der Sprachgeschichte).
Klassische Archäologie (Ausweis über Kenntnis des Griechischen).
Vergleichende Geschichte der germanischen Sprachen.
Geschichte der deutschen Sprache und Literatur (Gotisch inbegriffen).
Geschichte der Sprache und Literatur Englands (Angelsächsisch inbegriffen).
Vergleichende Geschichte der romanischen Sprachen.
Geschichte der Sprache und Literatur Frankreichs (Provenzalisch inbegriffen).

Geschichte der Sprache und Literatur Italiens.
Geschichte der Sprache und Literatur Spaniens.

3. Abteilung:

Geschichte, Kunstgeschichte und Musikwissenschaft.
(Ausweis über Kenntnis des Lateins.)

Allgemeine Geschichte.
Alte Geschichte und Geographie nebst Quellenkunde (Ausweis über Kenntnis des Griechischen).
Schweizergeschichte und schweizerische Verfassungskunde (unter Voraussetzung der Kenntnis der allgemeinen Geschichte).
Geschichte der alten und der neueren Kunst.
Musikwissenschaft.

B. Nebenfächer.

Als solche können alle Hauptfächer dienen und außerdem noch folgende Spezialfächer:

1. Abteilung:

Philosophie und Pädagogik.

Geschichte der antiken Philosophie (Ausweis über Kenntnis des Griechischen).
Geschichte der neueren Philosophie (unter Voraussetzung der Kenntnis der wichtigsten Erscheinungen der alten Philosophie).
Psychologie oder physiologische Psychologie.
Ästhetik oder Ethik (unter Voraussetzung der Kenntnis der Psychologie oder der Geschichte der Philosophie).
Logik und Erkenntnistheorie.
Pädagogik (Allgemeine Pädagogik und Geschichte der Pädagogik).
Didaktik des Volksschul- oder des Mittelschulunterrichtes.

Wer als Hauptfach Philosophie oder Pädagogik hat, muß ein Nebenfach wählen, das weder zu den philosophischen, noch zu den pädagogischen Disziplinen gehört.

2. Abteilung:

Sprach- und Altertumswissenschaft; Literaturgeschichte.

Syrische Sprache und Literatur.
Neupersisch.
Türkisch.
Sanskrit.
Griechische Sprache und Literatur.
Lateinische Sprache und Literatur.
Geschichte der deutschen Literatur (unter Voraussetzung der Fähigkeit, auch mittelhochdeutsche Texte zu verstehen).

Geschichte der deutschen Literatur seit Goethes Tod im Zusammenhang mit der allgemeinen Kulturbewegung (unter Voraussetzung der Kenntnis der wichtigsten Erscheinungen der früheren Literatur).
Altisländisch.
Deutsche Sprachgeschichte.
Deutsche Altertümer.
Angelsächsische Sprache und Literatur.
Englische Literatur (mit Kenntnis der älteren wie auch der modernen Sprache).
Französische Literatur (unter Voraussetzung der Fähigkeit, auch altfranzösische und provenzalische Texte zu verstehen).
Geschichte der französischen (und provenzalischen) Sprache.
Italienische Literatur (unter Voraussetzung der Fähigkeit, auch altitalienische Texte zu verstehen).
Geschichte der italienischen Sprache.
Geschichte der rätischen Sprache und Literatur.

3. Abteilung:
Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; Kunstgeschichte.

Alte Geschichte.
Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit.
Islamkunde.
Kirchengeschichte.
Allgemeine Religionsgeschichte.
Paläographie und Diplomatik.
Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit (unter Voraussetzung der Kenntnis der allgemeinen Geschichte).
Geschichte der alten oder der neueren Kunst.

§ 9. Die vom Bewerber gewählten Nebenfächer dürfen nicht in seinem Hauptfache enthalten sein.

Über die Zulassung zur Prüfung in Fächern, die in § 8 nicht aufgeführt sind, entscheidet die Fakultät.

§ 10. Wenn der Ausweis über Kenntnis des Lateins nicht in den in § 4, Ziffer 2, genannten Papieren enthalten oder sonstwie durch das Zeugnis einer Behörde erbracht ist, so wird vor der Zulassung von einem Fachvertreter, der ein Mitglied der Fakultät sein muß, eine kurze Prüfung in Latein vorgenommen. Über die Wahl des Prüfenden (auch für allfällige Wiederholung der Prüfung) entscheidet in Verbindung mit den Fachvertretern der Dekan.

Das gleiche gilt für den Ausweis über Kenntnis des Griechischen bei den Fächern, wo dieses verlangt ist.

§ 11. Der Dekan übermittelt die Abhandlung zur Prüfung und Begutachtung einem oder zwei Referenten aus der Zahl

derjenigen Professoren, in deren Fach der Gegenstand der Abhandlung fällt. Im Falle des Bedürfnisses ist er befugt, ein Mitglied einer anderen Fakultät oder einen Privatdozenten um Übernahme eines Referates zu ersuchen.

Die Referenten erstatten über die Abhandlung ein schriftliches Gutachten und stellen Antrag über die Zulassung des Bewerbers zur Prüfung. Abhandlung und Gutachten sind spätestens vier Tage vor dem mündlichen Examen für die Mitglieder der Fakultät in der Kanzlei der Universität zur Einsicht aufzulegen.

§ 12. Die Zulassung zur Prüfung ist gewährt, wenn sie von den Referenten bedingungslos beantragt wird. Der Dekan trifft alsdann die Anordnungen zur Prüfung. Der Bewerber wird zugelassen, wenn alle Bedingungen erfüllt sind. Sind die Referenten geteilter Meinung oder wünschen sie einen Entscheid der Fakultät, so stimmt diese über die Zulassung ab.

Im Falle der Nichtzulassung steht dem Bewerber nach sechs Monaten das Recht zu neuer Anmeldung zu.

§ 13. Die Prüfung zerfällt in einen schriftlichen und einen mündlichen Teil; der schriftlichen Prüfung hat die mündliche in kürzester Frist zu folgen.

§ 14. Die schriftliche Prüfung besteht:

1. In der Bearbeitung einer Aufgabe, die der Bewerber innerhalb dreier Tage zu Hause, unter freier Benützung der wissenschaftlichen Hilfsmittel, zu lösen hat;
2. in einer Klausurarbeit, die innerhalb vier Stunden, ohne Hilfsmittel, anzufertigen ist.

Die Aufgaben für die schriftliche Prüfung und die Sprache, in der sie zu bearbeiten sind, werden von denjenigen Professoren bestimmt, die die vom Examinanden gewählten Fächer vertreten.

In der Regel soll die Hausarbeit dem ersten Nebenfache, die Klausurarbeit dem Hauptfach entnommen sein. Wird im Hauptfach von zwei Dozenten geprüft, so soll womöglich die Klausurarbeit bei dem Dozenten gemacht werden, der nicht die Abhandlung begutachtet hat.

§ 15. Die schriftlichen Arbeiten werden von den Professoren, die das Thema gestellt haben, zensiert und samt der Beurteilung dem Dekan eingehändigt.

§ 16. Die mündliche Prüfung in den drei gewählten Fächern findet vor versammelter Fakultät statt und dauert längstens 2½ Stunden.

§ 17. Den Bewerbern, die die Diplomprüfung für Kandidaten des höheren Lehramtes in philologisch-historischen Fächern an der Universität Zürich bestanden haben, wird die schriftliche Prüfung ganz erlassen und die mündliche auf 1½ Stunden beschränkt.

§ 18. Der Dekan bestimmt den Termin der mündlichen Prüfung und setzt die Mitglieder der Fakultät durch besondere Einladung davon in Kenntnis.

§ 19. Die Examinatoren werden vom Dekan nach Besprechung mit den Vertretern der Prüfungsfächer bestimmt. Der Dekan ist befugt, nötigenfalls Mitglieder einer andern Fakultät oder Privatdozenten als Examinatoren zuzuziehen.

§ 20. Nach Beendigung der mündlichen Prüfung nimmt die Fakultät die Beratung und Abstimmung über das Ergebnis vor. Stimmt ein Viertel der Anwesenden Nein, so ist die Prüfung nicht bestanden.

§ 21. Die Zensurausdrücke für die Prüfung sind:

1. Summa cum laude: vorzüglich.
   Diese Zensur wird nur erteilt auf Grund hervorragender Leistungen in allen Fächern der Prüfung, auch in der Haus- und Klausurarbeit, und wenn sich mindestens zwei Drittel der anwesenden Fakultätsmitglieder dafür aussprechen.
2. Magna cum laude: sehr gut.
3. Cum laude: gut.
4. Rite: befriedigend.

Außerdem wird der eingereichten Abhandlung auf Grund eines Antrages des Referenten ein besonderes Prädikat erteilt.

§ 22. Unmittelbar nach der Abstimmung teilt der Dekan dem Kandidaten das Ergebnis der Prüfung und das der Abhandlung gegebene Prädikat mit.

§ 23. Ein abgewiesener Bewerber kann die Prüfung nicht früher als drei Monate und in der Regel nicht später als ein Jahr nach dem ersten Examen wiederholen. Der Dekan bezeichnet ihm die Gebiete, in denen er nach dem Urteil der Fakultät nicht die nötige Befähigung bewiesen hat. Die Fakultät entscheidet, ob auch schriftliche Prüfungen zu wiederholen seien.

§ 24. Ist ein Bewerber zweimal abgewiesen worden, so wird eine weitere Meldung von ihm nicht angenommen.

§ 25. Nach bestandener Prüfung hat der Bewerber seine Abhandlung innerhalb Jahresfrist drucken zu lassen und der Kanzlei der Universität 200 Exemplare abzuliefern. Das Titelblatt ist nach Vorschrift auszuführen. Der Lebenslauf ist der Arbeit beizudrucken. Der endgültige Druck darf erst nach Genehmigung des Titelblattes und des Lebenslaufes durch den Dekan erfolgen.

Abhandlungen, die als Sonderabzüge von Zeitschriften herauskommen, sollen als solche gekennzeichnet werden.

Die Abhandlung ist in derjenigen Sprache zu drucken, in der sie zur Begutachtung vorgelegen hat.

Der Referent hat sich zu überzeugen, ob allfällig verlangte formelle oder inhaltliche Änderungen angebracht sind. Ist dies nicht der Fall, so ist ein Neudruck zu fordern.

§ 26. Bei einer Abhandlung größern Umfangs kann ausnahmsweise die Fakultät den Druck eines in sich abgeschlossenen Teiles gestatten. Solche Teildrucke müssen mindestens 48 Druckseiten umfassen. Sie sollen eine gedruckte Angabe über den Inhalt und Aufbewahrungsort oder eventuell über den an anderer Stelle erfolgenden Druck der vollständigen Arbeit enthalten. Das bereinigte Original der vollständigen Arbeit ist, sofern diese nicht an anderer Stelle im vollen Umfang gedruckt werden kann, mit dem Teildruck in leicht leserlicher Handschrift oder Maschinenschrift an die Kanzlei der Universität abzuliefern. Die Arbeit wird, nachdem sie vom Referenten eingesehen und richtig befunden worden ist, den Handschriften der Zürcher Zentralbibliothek zugewiesen.

§ 27. Wenn nach Ablauf eines Jahres die Einlieferung der Druckexemplare nicht vorschriftsmäßig stattgefunden oder die Fakultät nicht ausnahmsweise auf schriftliches Ansuchen des Bewerbers eine Verlängerung der Frist bewilligt hat, so wird das ganze Examen hinfällig.

§ 28. Von den eingereichten Exemplaren erhält jeder Referent zwei, der Rektor, jedes Mitglied der Fakultät, des Erziehungsrates und der Hochschulkommission, das Archiv der Fakultät und des Senates, sowie die betreffende Seminarbibliothek je eines. 80 Exemplare werden an die Zentralbiliothek abgeliefert.

§ 29. Sobald die Exemplare vollzählig abgeliefert und die Druckkosten des Diploms einbezahlt sind, macht der Dekan die Promotion im Amtlichen Schulblatt des Kantons Zürich bekannt; sie wird datiert vom Tage der Ablieferung der Pflichtexemplare.

§ 30. Das Diplom wird auf Kosten des Bewerbers angefertigt und soll das Datum und das Ergebnis der Prüfung, sowie das der Abhandlung erteilte Prädikat enthalten. Das Diplom wird je nach dem Wunsch des Bewerbers in lateinischer oder deutscher Sprache ausgestellt.

§ 31. Das Diplom erhält das Datum der Ablieferung der Pflichtexemplare; es wird einerseits vom Rektor, anderseits vom Dekan und vom Aktuar der Fakultät unterzeichnet, sowie mit dem Siegel der Universität und dem der philosophischen Fakultät versehen. Der Bewerber ist erst vom Zeitpunkt des Empfanges des Diploms an berechtigt, den Doktortitel zu führen.

§ 32. Von dem Diplom werden 10 Sonderabzüge angefertigt; davon erhält der Bewerber 2 Exemplare; je ein Exemplar wird dem Archiv der Fakultät und dem des Senates einverleibt.

§ 33. Die Gebühren für die Promotion betragen im ganzen Fr. 350.—.

1. Für die Prüfung der Abhandlung und der schriftlichen Arbeiten sind bei der Anmeldung Fr. 80.— der Kanzlei der Universität zuhanden des Dekans zu bezahlen. Diese Summe bleibt verfallen, auch wenn der Bewerber wegen Mangelhaftigkeit der eingereichten Abhandlung nicht zu Prüfungen zugelassen werden sollte. Bei erneuter Meldung gilt diese Gebühr als bezahlt, außer wenn eine völlig neue Abhandlung abgeliefert wird.
2. Für die mündliche Prüfung sind spätestens acht Tage vorher Fr. 270.— zu bezahlen. Wenn der Bewerber abgewiesen wird, bleiben davon Fr. 135.— verfallen. Für eine zweite Prüfung sind nur noch Fr. 135.— zu bezahlen.

§ 34. Für die Prüfung zur Erlangung des Ausweises über Kenntnis des Griechischen oder des Lateinischen ist eine Gebühr von Fr. 10.— zu entrichten.

II. Promotion ohne vorangegangene Bewerbung.
(Ehrenpromotion.)

§ 35. Der Antrag auf Ehrenpromotion muß von einem Mitgliede der Fakultät schriftlich bei dem Dekan gestellt und begründet werden.

§ 36. Der Dekan setzt die Mitglieder der Fakultät von dem Antrage in Kenntnis und bestimmt den Termin für die entscheidende Versammlung der Fakultät.

§ 37. Die Fakultät entscheidet über den Antrag durch geheime Abstimmung. Erklärt sich dabei mehr als eine Stimme gegen die Promotion und stimmen nicht mindestens drei Vierteile der Fakultätsmitglieder für dieselbe, so ist der Antrag abgelehnt.

§ 38. Die Promotion wird im Amtlichen Schulblatt bekannt gemacht. Die Kosten des Diploms fallen zu Lasten der Staatskasse.

Schluß- und Übergangsbestimmungen.

§ 39. Die vorstehende Promotionsordnung ersetzt diejenige vom 21. Oktober 1924 und deren Ergänzung vom 29. September 1925; sie tritt auf Beginn des Wintersemesters 1930/31 in Kraft.

Kandidaten, die noch vor Schluß des Wintersemesters 1930/31 ein dahingehendes Gesuch an die Fakultät stellen, werden nach der bisherigen Promotionsordnung geprüft.

---

11. Verordnung über das Zahnärztliche Institut der Universität Zürich.

(Vom 29. März 1930.)

---

12. Reglement über die Anstellung des wissenschaftlichen und technischen Personals der Universität Zürich. (Vom 6. November 1930).

---

13. Reglement für die Kranken- und Unfallkasse der Universität Zürich vom 9. Dezember 1919. (Teilweise abgeändert durch Erziehungsratsbeschluß vom 16. Juni 1925 und 4. April 1930.)

---

4. Lehrerschaft aller Stufen.

14. Wegleitung für die Kandidaten des Sekundarlehramtes. (Vom 30. September 1930.)

I. Für die Kandidaten der sprachlich-historischen Richtung.

Die Wegleitung beschränkt sich darauf, den Umfang, den das Studium im ganzen ungefähr erreichen soll, zu bezeichnen; dagegen ist es nicht möglich, von vornherein für jedes Semester die Vorlesungen und Übungen mit der zugehörigen Stundenzahl zu bestimmen. Der Studierende hat an Hand der Vorlesungsverzeichnisse die zweckmäßige Wahl zu treffen. Bei der Anmeldung zur Prüfung sind von ihm alle schriftlichen Arbeiten einzureichen, die er im Laufe seiner Studien abgefaßt hat.

Deutsch.

Literaturgeschichte, 4 Semester	14 Stunden
Historische Grammatik des Neuhochdeutschen, 2 Semester, je 2 Stunden	4 „
Mittelhochdeutsche Übungen, 1 Semester	2 „
Stilistische Übungen, oder Analyse von Dichtwerken, 3 Semester, je 1 Stunde	3 „
Grammatische Übungen, jedes Semester 1 Stunde .	4 „

Für die Kandidaten des Sekundarlehramtes werden besondere Vorlesungen über deutsche Grammatik abgehalten, die sich auf ausgewählte Partien der neuhochdeutschen Grammatik mit einer den Vorkenntnissen der Kandidaten entsprechenden historischen Begründung beschränken. Im Rahmen der stilistischen Übungen ist mindestens eine schriftliche Arbeit zu liefern.

Die Wahl von Deutsch als Hauptfach erfordert die Teilnahme an weiteren sprachlichen und literarischen Übungen mit je zwei Stunden im Semester. Eingehendere Kenntnis der literarischen Erscheinungen seit 1750 wird erwartet. Empfohlen wird der Besuch einer Vorlesung über die Literatur der mittelhochdeutschen Blütezeit.

Französisch.

Literaturgeschichte, 4 Semester	12 Stunden
Phonetik, 1 Semester	2 „

Formenlehre, 1 Semester	2 Stunden
Syntax, 1 Semester	2 „
Stilistik, Methodik oder Lexikographie, 1 Semester	2 „
Lektüre, 2 Semester	4 „

Im Französischen, wie überhaupt in den Fremdsprachen, stehen Literaturgeschichte, Lektüre und Interpretation in engem Zusammenhange miteinander. Dem korrekten mündlichen Ausdrucke ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. In jedem Semester ist im Französischen eine schriftliche Arbeit zu liefern.

Wird Französisch als Hauptfach gewählt, so hat der Kandidat die während seiner Studienzeit stattfindenden Übungen im französischen Seminar für Lehramtskandidaten zu besuchen und einmal eine kleinere wissenschaftliche Arbeit zu liefern. Empfohlen wird der Besuch einer Vorlesung über die französische Literaturgeschichte des 16. Jahrhunderts.

Englisch und Italienisch.

a) Englisch:

Literaturgeschichte, 3—4 Semester . . .	9 bezw. 12 Stunden
Phonetik, 1 Semester	2 „
Syntax, 1 Semester	2 „
Lektüre und Übungen, 3 Semester	4 „

Der Kandidat hat schriftliche Arbeiten nach Maßgabe seiner Kenntnisse abzuliefern.

b) Italienisch:

Literaturgeschichte, Lektüre und Übungen . .	16—20 Stunden

Latein.

Kursorische Lektüre	8 Stunden
Übersicht der lateinischen Literaturgeschichte . .	6 Stunden
Grundzüge der lateinischen Sprachgeschichte, eventuell Proseminarien	

Geschichte.

Schweizergeschichte und Verfassungskunde, mit Übungen	16 Stunden
oder Allgemeine Geschichte der Neuzeit, mit Übungen	16 „

II. Für Kandidaten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung.

Die den Kandidaten gewährte Freiheit in der Wahl der Fächer macht die Aufstellung eines allgemeinen Studienplanes unmöglich. Die Verteilung der Vorlesungen und Kurse in den vier Examenfächern der philosophischen Fakultät II auf vier Studiensemester geschieht am vorteilhaftesten so, daß die beiden Fächer derjenigen Fachgruppe, der das Hauptfach nicht angehört, auf die

ersten zwei oder drei Semester entfallen und am Schlusse des zweiten oder dritten Semesters Gegenstand der ersten Prüfung werden.

Das Studium des Hauptfaches beginnt im ersten Semester und erstreckt sich über alle vier Semester, dasjenige in dem verwandten Nebenfach über das dritte und vierte Semester.

Bei der Wahl von Physik als Hauptfach empfiehlt es sich, die Vorlesungen „Mathematische Einführung in die Naturwissenschaften" im ersten oder zweiten Semester zu besuchen, auch wenn dadurch eine Verschiebung der ersten Teilprüfung auf das Ende des dritten Semesters notwendig werden sollte.

Im Nachfolgenden ist der Umfang der Studien in den einzelnen Examenfächern bei ihrer Wahl als Haupt- und Nebenfach aufgeführt:

Mathematik.

A. Nebenfach.

Einführung in die mathematische Behandlung der Naturwissenschaften, mit Übungen, 1 Semester	5 Stunden
Elemente der darstellenden Geometrie, mit Übungen, 1 Semester	4 „

B. Hauptfach.

Integral- und Differentialrechnung, mit Übungen, 2 Semester zu je 5 Stunden	10 „
Analytische Geometrie der Ebene und des Raumes, mit Übungen, 1 Semester	5 „
Elemente der darstellenden Geometrie, mit Übungen, 1 Semester	4 „

Empfohlen wird der Besuch einer Vorlesung über Elemente der Astronomie.

Chemie.

A. Nebenfach.

Anorganische Experimentalchemie	5 Stunden
Organische Experimentalchemie	6 „
Chemisches Praktikum für Lehramtskandidaten . .	6 „

B. Hauptfach.

Gleiches Pensum wie im Nebenfach, dazu 2 Semester chemisches Praktikum zu je 6 Stunden . . .	12 „

Physik.

A. Nebenfach.

Experimentalphysik, I und II, je 5 Stunden . . .	10 Stunden
Demonstrationspraktikum	2 „
Anfängerpraktikum	4 „

B. Hauptfach.

Gleiches Pensum wie im Nebenfach (aber Experimentalphysik mit Ergänzungen), dazu Halbpraktikum . . . . . 6 Stunden
Spezielle Kapitel der Experimentalphysik (Spektroskopie, Mikroskop, Jonen und Elektronen, Radioaktivität etc.) nach Auswahl . . . 3 „

Geographie.

A. Nebenfach.

1. Physische Geographie:
   1. Teil: Klimatologie, 3 Stunden . . . . .
   2. Teil: Morphologie der Erdoberfläche, 3 Stunden . . . . . } 6 Stunden
2. Länderkunde:
   zwei dreistündige Vorlesungen über europäische Gebiete . . . . . }
   eine dreistündige Vorlesung über ein außereuropäisches Gebiet . . . . . } 9 „
3. Völkerkunde oder Wirtschaftsgeographie . . . 2 „
4. Übungen zur Landeskunde . . . . . 2 „

Exkursionen.

B. Hauptfach.

1. Physische Geographie (wie oben) . . . . . 6 Stunden
2. Länderkunde:
   drei dreistündige Vorlesungen über europäische Gebiete . . . . . }
   zwei dreistündige Vorlesungen über außereuropäische Gebiete . . . . . } 15 „
3. Völkerkunde und Wirtschaftsgeographie, 2 Vorlesungen zu je 2 Stunden . . . . . 4 „
4 Übungen zur Landeskunde, 2 Semester, je 2 Stunden 4 „

Exkursionen.

Zoologie.

A. Nebenfach.

Zoologie, S.-S. . . . . 6 Stunden
Vergleichende Anatomie, W.-S. . . . . 6 „
Zootomisch-mikroskopischer Übungskurs für Anfänger . . . . . 4 „

B. Hauptfach.

Gleiches Pensum wie im Nebenfach, dazu 2 Semester Halbpraktikum (2 halbe Tage) . . . . . 12 „

Botanik.

A. Nebenfach.

Allgemeine Botanik, I und II, je 4 Stunden . . .	8 Stunden
Systematische Botanik:	
I (inkl. Demonstrationsstunde) 3 Stunden . .	8 „
II (inkl. Demonstrationsstunde) 5 Stunden . .	
Botanisch-mikroskopischer Übungskurs	2 „
Bestimmungsübungen für Anfänger	2 „
Exkursionen.	

B. Hauptfach.

Gleiches Pensum wie im Nebenfach, dazu 2 einsemestrige Halbpraktika, das eine in systematischer, das andere in physiologischer Richtung . . .	10 „
Exkursionen.	

III. Gemeinsame Bestimmungen.

Die Kandidaten beider Studienrichtungen haben folgende Vorlesungen und Übungen zu besuchen:

1. Psychologie und Pädagogik (sofern bei der Primarlehrerprüfung in diesen Fächern nicht mindestens die Note 5 erreicht worden ist):
   Psychologie, I. und II. Teil, 2 Semester zu 3 Stunden . . . . . 6 Stunden
   Allgemeine Pädagogik, 1 Semester . . . . 3 „
   Empfohlen: Pädagogische Übungen.

2. Didaktik des Sekundarschulunterrichtes:
   a) Sprachlich-historische Fächer, 1 Semester . 2 „
   b) mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer, 1 Semester . . . . . 2 „
   Einführung in die Unterrichtspraxis der Sekundarschule, 2 Semester zu je 3 Stunden . . 6 „

3. Lehrkurse zur besonderen Einführung in einzelne Unterrichtsgebiete der Sekundarschule:
   a) Lehrkurs für mathematischen Unterricht (für die Kandidaten der sprachlich-historischen Richtung obligatorisch) . . . . } W.-S. 2 Stunden
   b) Lehrkurs für französischen Unterricht (für die Kandidaten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung obligatorisch) . . } S.-S. 2 Stunden

Die Vorlesungen in Psychologie und Pädagogik werden zweckmäßig im ersten und zweiten Semester besucht, die Vorlesungen

über Didaktik im zweiten und dritten Semester und die didaktischen Übungen im dritten und vierten Semester.

Den Kandidaten wird empfohlen, nach Ablegung einer Teilprüfung die Studien in den betreffenden Fächern fortzusetzen. Die Teilprüfung wird im allgemeinen besser erst nach dem dritten Semester abgelegt.

Der Studienaufenthalt im französischen Sprachgebiet ist ausschließlich zum Studium der französischen Sprache zu verwenden. Sofern der Kandidat keine Lehranstalt besucht, hat er sich durch den Besuch von Privatstunden in der französischen Sprache weiterzubilden. Hierüber, wie auch über die Absolvierung des Aufenthaltes im französischen Sprachgebiet überhaupt, ist ein amtlich beglaubigter Ausweis beizubringen. Ein Aufenthalt, der vor dem Beginn der Studien gemacht worden ist, fällt in der Regel außer Betracht.

Sofern ein ganzes Studiensemester an einer fremdsprachigen Universität verbracht wird, läßt sich die Ausdehnung des Studiums auf fünf Semester kaum vermeiden. Es wird geraten, ein solches Semester nicht an den Anfang des Studiums zu legen.

Die Kandidaten, die gemäß § 4 des Prüfungsreglementes zu Nachprüfungen verpflichtet sind, werden auf folgende Beschlüsse des Erziehungsrates aufmerksam gemacht:

1. Die Kandidaten des Sekundarlehramtes, die sich Nachprüfungen nach § 4 des Prüfungsreglementes unterziehen müssen, werden nicht zur ersten Teilprüfung als Sekundarlehrer zugelassen, bevor sie diese Nachprüfung bestanden haben.
2. Die Nachprüfung ist auch in solchen Fächern abzulegen, die der Kandidat als Prüfungsfächer für das Sekundarlehrerexamen gewählt hat.
3. Hat ein Kandidat in mehreren Fächern Nachprüfungen zu bestehen, so sind, sofern nicht besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen, diese Prüfungen in einem Termin abzulegen.
4. Die Anmeldungen zu den Nachprüfungen sind der Erziehungsdirektion einzureichen, die die hiefür erforderlichen Anordnungen trifft.
5. Die Nachprüfungen werden Ende des Wintersemesters und Ende des Sommersemesters unter der Leitung der Erziehungsdirektion veranstaltet. Die Experten werden von der Erziehungsdirektion bezeichnet. Die Prüfung ist in jedem Fach schriftlich und mündlich. Für die schriftliche Prüfung ist eine Dauer von 3 Stunden, für die mündliche eine solche von 30 Minuten vorgesehen.
6. Das Ergebnis der Prüfung ist für die Feststellung der Note allein ausschlaggebend.

7. Eine Wiederholung der Nachprüfung wird nicht bewilligt.
8. Die Gebühren für Nachprüfungen betragen Fr. 10.— für das Fach. Sie sind der Kantonsschulverwaltung zu entrichten.

---

15. Reglement über die Diplomprüfung für das höhere Lehramt in den philologisch-historischen Fächern an der Universität Zürich.

(Vom 28. Januar 1930.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Diplomprüfung in den philologisch-historischen Fächern hat zum Zweck, die wissenschaftliche und didaktische Vorbildung der Kandidaten für das höhere Lehramt an der Mittelschule (Gymnasium, Oberrealschule, Handelsschule, Lehrerseminar, Technikum) festzustellen.

Das Diplom gilt als Befähigungsausweis für die Anstellung an einer zürcherischen Mittelschule.

§ 2. Die einzelnen Fächer gruppieren sich nach folgenden drei Fachrichtungen:

1. Klassische Philologie (Griechisch und Lateinisch mit alter Geschichte);
2. Geschichte;
3. Deutsch, Englisch und romanische Sprachen.

Über andere Kombinationen vergleiche § 36 ff.

§ 3. Die Diplomprüfung kann auf Wunsch des Kandidaten in eine Vor- und eine Schlußprüfung geteilt werden.

§ 4. Die Kandidaten, die die Schlußprüfung bestanden haben, erhalten ein Diplom, das die Leistungsnoten für die Teilfächer des Hauptfaches, das Nebenfach, die Prüfung in Didaktik des Mittelschulunterrichtes und die Probelektionen enthält.

II. Die Prüfungskommission.

§ 5. Die Prüfungskommission besteht aus fünf Mitgliedern, die unter Berücksichtigung der zu vertretenden Fachrichtungen (§ 2) vom Erziehungsrate je auf die Dauer von drei Jahren mit Wiederwählbarkeit ernannt werden.

Der Erziehungsrat bestimmt den Präsidenten der Kommission.

§ 6. Die Prüfungskommission ist ermächtigt, durch Zuziehung von Fachmännern sich zu ergänzen.

Zu den Probelektionen sind der Prüfende in Didaktik des Mittelschulunterrichtes und der Leiter des betreffenden didaktischen Kurses beizuziehen.

III. Vorbedingung und Anmeldung zur Prüfung.

§ 7. Wer zur Prüfung zugelassen zu werden wünscht, hat dem Präsidenten der Prüfungskommission eine schriftliche Anmeldung mit Angabe der von ihm gewählten Fächer einzureichen.

§ 8. Dem Gesuch um Zulassung zur Vorprüfung sind beizulegen:

1. Ein Lebensabriß mit kurzer Darstellung des Bildungsganges;
2. Ausweise über ein mindestens viersemestriges Fachstudium an einer Universität;
3. die Quittung über die bezahlten Gebühren (§ 12).

§ 9. Dem Gesuch um Zulassung zur Schlußprüfung sind beizulegen:

1. Ein Lebensabriß mit kurzer Darstellung des Bildungsganges;
2. Ausweise über ein mindestens achtsemestriges Fachstudium an einer Universität;
3. ein Ausweis über den Besuch einer Vorlesung über allgemeine Pädagogik oder über beide Teile der Psychologie oder über Geschichte der Pädagogik;
4. ein Ausweis über den Besuch der Vorlesungen in allgemeiner Didaktik und über aktive Beteiligung an einem Kurs in spezieller Didaktik der vom Kandidaten gewählten Fachrichtung, oder des von ihm gewählten Hauptfaches;
5. ein Ausweis über einen ausreichenden Aufenthalt im Gebiete der als Hauptfach gewählten Fremdsprache;
6. die Quittung über die bezahlten Gebühren (§ 12).

§ 10. Ausnahmsweise kann die Prüfungskommission in besonderen Fällen die Ablegung des Schlußexamens nach weniger als acht Semestern bewilligen.

§ 11. Von den Kandidaten der klassischen Philologie wird außerdem noch ein Ausweis über den Besuch von Vorlesungen in Geschichte der antiken Kunst, der antiken Philosophie und von archäologischen Übungen gefordert.

§ 12. Für die gesamte Prüfung und das Diplom ist eine Gebühr von Fr. 150.— bei der Kasse der Universität zu entrichten. Die Gebühr für die Vorprüfung beträgt Fr. 30.—; sie wird an der Gesamtsumme in Abrechnung gebracht.

Für ein nicht obligatorisches Nebenfach ist eine besondere Gebühr von Fr. 30.— zu bezahlen.

IV. Die Prüfung.

§ 13. Die Vorprüfung ist ausschließlich mündlich, die Schlußprüfung teils schriftlich, teils mündlich.

§ 14. Die schriftliche Prüfung umfaßt zwei Hausarbeiten, sowie zwei bis drei Klausurarbeiten.

§ 15. Mit der Eingabe der Arbeiten an den Präsidenten der Kommission erklärt der Examinand zugleich, daß er der selbständige Verfasser nach Stoff und Form ist. Sollten darüber Zweifel entstehen, so bleibt der Kommission eine nähere Untersuchung vorbehalten. Ergibt sich, daß der Kandidat nicht der selbständige Verfasser ist, so ist er zurückzuweisen und kann erst nach Verfluß von zwei Jahren um Erlaubnis zu nochmaliger Zulassung einkommen. Über die Zulassung entscheidet der Erziehungsrat nach Anhörung der Prüfungskommission.

§ 16. Von der Beschaffenheit der Hausarbeiten hängt die Zulassung zu den Klausurarbeiten und zu der mündlichen Schlußprüfung ab.

§ 17. Die Kandidaten, deren Hausarbeiten nicht als genügend erkannt worden sind, können sich erst nach einem Semester wieder zur Prüfung melden.

§ 18. Zur mündlichen Prüfung gehören zwei Probelektionen in zwei verschiedenen Gebieten der Fachrichtung oder in Haupt- und Nebenfach, und vor zwei verschiedenen Altersstufen.

Der Präsident der Kommission trifft dafür in Verbindung mit den Rektoraten der Mittelschulen und den Kursleitern die geeigneten Anordnungen. Im Anschluß an die Probelektionen wird (unter Beachtung von § 20) die Diplomnote dafür festgestellt.

Die Probelektionen können in beliebigem zeitlichem Abstand vor oder nach dem übrigen mündlichen Examen abgehalten werden.

§ 19. Kandidaten, die an der philosophischen Fakultät I der Universität Zürich die Doktorwürde in den Fächern der in § 2 aufgeführten Fachrichtungen mindestens mit dem Prädikat cum laude (III) bestanden haben, werden die Klausuren je nach den Fächern ganz oder teilweise erlassen, und die mündliche Prüfung wird auf 1½ Stunden beschränkt.

Dabei wird als erste Hausarbeit die Abhandlung zur Erlangung der Doktorwürde anerkannt.

In den modernen Fremdsprachen sollen diese Kandidaten sich besonders über ihre praktische und wissenschaftliche Beherrschung der lebenden Sprache ausweisen.

Über die Gewährung von Erleichterungen an Kandidaten, die an andern Universitäten in den einschlägigen Fächern promoviert haben, entscheidet auf Antrag der Kommission der Erziehungsrat.

§ 20. Die zur Prüfung beigezogenen Fachmänner haben bei Feststellung der Diplomnoten, die Kursleiter bei Feststellung der Note für die Probelektion Antrags- und Stimmrecht.

§ 21. Die Prüfungsergebnisse werden unter Beachtung von § 20 durch Noten von 6—1 festgestellt, von denen 6 die besten, 1 die geringsten Leistungen bezeichnet. Wer in einem Teilfach oder in den Probelektionen nicht wenigstens die Note 3½ erworben hat, erhält kein Diplom; dagegen wird ihm auf seinen Wunsch über die Teilfächer, in denen er mindestens die Note 4 erhalten hat, ein Zeugnis ausgestellt. Bei der Feststellung der Noten sind die Resultate der Vorprüfung in Rechnung zu bringen. Nach den Spezialzensuren wird die Gesamtzensur des Diploms bestimmt; ein Diplom mit einer Gesamtnote unter 4 wird nicht erteilt.

§ 22. Die Kandidaten, die kein Diplom erhalten haben, können sich erst nach einem Jahr wieder zur Prüfung melden.

Doch wird ihnen alsdann in den Teilfächern, in denen sie wenigstens die Note 5 erlangt haben, die Prüfung erlassen.

V. Besondere Bestimmungen für die drei Fachrichtungen.

A. Klassische Philologie

(Griechisch und Lateinisch mit alter Geschichte).

1. Vorprüfung.

§ 23. Die Prüfung umfaßt:

Alte Geschichte (mit Berücksichtigung der Verfassungs- und Kunstgeschichte), eventuell unter Vorlegung eines Quellentextes.

(Dauer: 40 Minuten.)

2. Schlußprüfung.

(Die in der Vorprüfung erledigten Forderungen fallen weg.)

§ 24. In der schriftlichen Prüfung hat der Kandidat zu liefern:

1. zwei Hausarbeiten:
   a) die erste besteht in einer Untersuchung aus dem Gesamtgebiet der Altertumswissenschaft, die auf selbständiger Quellenforschung beruht und die einschlägige wissenschaftliche Literatur heranzieht;
   b) die zweite, deren Thema dem Kandidaten gestellt wird, besteht in einer auf die Bedürfnisse des Unterrichtes berechneten Erklärung eines schwierigeren griechischen oder lateinischen Textes oder in der schulgemäßen Darstellung eines sprach- oder literargeschichtlichen Gegenstandes; ist die erste Hausarbeit literargeschichtlich, so soll die zweite sprachgeschichtlich sein und umgekehrt; ein vom Prüfenden zu bezeichnender Abschnitt ist in lateinischer Sprache abzufassen;
2. folgende Klausurarbeiten:
   a) Verdeutschung und Erklärung eines griechischen oder lateinischen Textes; der Kandidat erhält nach Entscheid

des Prüfenden außer dem Text weitere Hülfsmittel;
(Dauer: 4 Stunden.)

b) eine Übersetzung ins Lateinische und eine Übersetzung ins Griechische nach deutschem Diktat oder deutscher Vorlage.
(Dauer: je 1 Stunde.)

§ 25. Die mündliche Prüfung umfaßt:

a) Übersetzen aus griechischen und lateinischen Autoren mit Befragung über praktische Grammatik, Sprach- und Literaturgeschichte;
(Dauer: 1½ Stunden.)

b) alte Geschichte (mit Berücksichtigung der Verfassungs- und Kunstgeschichte);
(Dauer: 40 Minuten.)

c) Kolloquium über Didaktik des Mittelschulunterrichtes;
(Dauer: 20 Minuten.)

d) zwei Probelektionen nach § 18.

B. Geschichte.

(Über die Wünschbarkeit eines fakultativen Nebenfaches siehe „Wegleitung", Seite 57, unten.)

§ 26. In dem der Anmeldung beizufügenden Lebensabriß hat der Kandidat eine der alten und eine der neuern Sprachen zu bezeichnen, deren er wenigstens bis zum sichern Verständnis der Geschichtsquellen mächtig ist.

1. Vorprüfung.

§ 27. Die Prüfung umfaßt:

a) Alte Geschichte (mit Kunstgeschichte) und alte Geographie;
(Dauer: 40 Minuten.)

b) Übersetzen eines Stückes aus einem antiken und aus einem modernen Quellenschriftsteller oder Geschichtschreiber.
(Dauer: je ¼ Stunde.)

2. Schlußprüfung.

(Die in der Vorprüfung erledigten Forderungen fallen weg.)

§ 28. Der Kandidat hat zu liefern:

1. zwei Hausarbeiten:

a) die erste besteht in einer Untersuchung und Darstellung aus dem Gesamtgebiete der Geschichte, die auf selbständiger Quellenforschung beruht und die einschlägige wissenschaftliche Literatur heranzieht;

b) die zweite, deren Thema dem Kandidaten gestellt wird, besteht in der Darstellung eines größern Abschnittes

der Weltgeschichte; sie soll, unter Benutzung der maßgebenden Hülfsmittel, auf die Bedürfnisse der höhern Mittelschule berechnet sein;

2. folgende Klausurarbeiten:
   a) Verdeutschung und geschichtliche Erläuterung eines Stückes aus einem antiken,
   b) Verdeutschung und geschichtliche Erläuterung eines Stückes aus einem modernen Quellenschriftsteller oder Geschichtschreiber,
   beides in den vom Kandidaten bezeichneten Sprachen.
   Der Examinand erhält in der Klausur den Text und eventuell weitere Hülfsmittel.
   c) Eine Darstellung eines größern weltgeschichtlichen Zusammenhanges, mit Berücksichtigung der maßgebenden geographischen Bedingungen.
   (Dauer: je 4 Stunden.)

§ 29. Die mündliche Prüfung umfaßt:

a) Die ganze Weltgeschichte, mit besonderer Berücksichtigung der Teile, innerhalb deren die Themata der Hausarbeiten liegen; der Kandidat hat dabei zu bekunden, daß er mit den Haupterscheinungen der Kunst- und Verfassungsgeschichte (auch mit der wichtigsten Gesetzgebung von Bund und Kantonen der Schweiz), sowie den wichtigsten wirtschaftsgeschichtlichen Problemen bekannt ist; außerdem wird die Kenntnis der bedeutendsten Quellen und Darstellungen, sowie der maßgebenden geographischen Verhältnisse verlangt;
   (Dauer: 1¾ Stunden.)
b) Verdeutschung eines Stückes
   1. aus einem antiken,
   2. aus einem modernen Geschichtschreiber oder Quellenschriftsteller;
   (Dauer: zusammen 25 Minuten.)
c) Kolloquium über Didaktik des Mittelschulunterrichtes;
   (Dauer: 20 Minuten.)
d) zwei Probelektionen nach § 18.

C. Deutsch, Englisch und romanische Sprachen.

§ 30. Die Prüfung erstreckt sich auf: Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch.

§ 31. Der Kandidat hat aus den genannten Fächern ein Haupt- und ein Nebenfach zu wählen. Als Nebenfach kann auch Griechisch, Latein oder Geschichte (eventuell Geographie) gewählt werden.

I. Hauptfach.

1. Vorprüfung.

§ 32. Die Prüfung umfaßt:

a) Im Deutschen:
Phonetik. Übersetzen eines gotischen, alt- oder mittelhochdeutschen Textes.
Kenntnis der alt- und mittelhochdeutschen Literaturgeschichte.
(Dauer: ¾ Stunden.)

b) Im Englischen:
1. Deskriptive Phonetik.
2. Geschichte der ältern englischen Literatur.
3. Übersetzen eines leichtern angelsächsischen oder eines mittelenglischen Textes (nach Wahl des Kandidaten).
(Dauer: ¾ Stunden.)

c) Im Französischen:
Deskriptive und historische Phonetik. Geschichte der ältern französischen Literatur. Übersetzen eines leichtern altfranzösischen (altprovenzalischen) Textes.
(Dauer: ¾ Stunden.)

d) Im Italienischen:
Deskriptive und historische Phonetik. Geschichte der ältern italienischen Literatur. Übersetzen eines leichtern altitalienischen Textes.
(Dauer: ¾ Stunden.)

e) Im Spanischen: entsprechend d.

2. Schlußprüfung.

(Die in der Vorprüfung erledigten Forderungen fallen weg.)

§ 33. Der Kandidat hat zu liefern:

1. zwei Hausarbeiten:
   a) eine literar- oder sprachgeschichtliche, auf Grund selbständiger Quellenstudien verfaßte Arbeit;
   b) eine auf die Bedürfnisse des Unterrichts berechnete Darstellung, deren Gegenstand vom Prüfenden bestimmt wird. Ist die erste Hausarbeit literargeschichtlich, so soll die zweite sprachgeschichtlich sein und umgekehrt. Bei den Fremdsprachen ist diese Arbeit in der betreffenden Sprache abzufassen.

Die Klausurarbeiten betreffen:

a) Im Deutschen:
Bearbeitung eines sprachgeschichtlichen Themas, wenn die erste Hausarbeit literargeschichtlich ist, oder eines

literargeschichtlichen Themas, falls jene sprachgeschichtlich ist.
(Dauer: 4 Stunden.)

b) Im Englischen:
1. Übersetzen und philologische Erklärung eines ältern oder modernen Textes.
(Dauer: 4 Stunden.)
2. Übersetzung ins Englische nach diktiertem oder gedrucktem deutschem Text.
(Dauer: 1 Stunde.)

c) Im Französischen:
1. Übersetzen und philologische Erklärung eines ältern oder modernen Textes.
(Dauer: 4 Stunden.)
2. Übersetzung ins Französische nach diktiertem oder gedrucktem deutschem Text.
(Dauer: 1 Stunde.)

d) Im Italienischen: entsprechend c.

e) Im Spanischen: entsprechend c.

§ 34. Die mündliche Prüfung, deren fachwissenschaftlicher Teil in der betreffenden Sprache abgenommen wird, umfaßt:

a) Im Deutschen:
1. Phonetik. Übersetzen eines gotischen, alt- oder mittelhochdeutschen Textes.
2. Kenntnis der Entwicklung der deutschen Sprache und Literatur.
(Dauer: zusammen 1½ Stunden.)
3. Kolloquium über Didaktik des Mittelschulunterrichtes.
(Dauer: 20 Minuten.)
4. Zwei Probelektionen nach § 18.

b) Im Englischen:
1. Kenntnis der Entwicklung der englischen Literatur und Kultur.
2. Kenntnis der neuenglischen Grammatik auf historischer Grundlage.
3. Leichte und korrekte Handhabung der lebenden englischen Sprache.
(Dauer: zusammen 1½ Stunden.)
4. Kolloquium über Didaktik des Mittelschulunterrichtes.
(Dauer: 20 Minuten.)
5. Zwei Probelektionen nach § 18.

c) Im Französischen:
1. Kenntnis der Entwicklung der französischen Literatur und Kultur.

2. Kenntnis der neufranzösischen Grammatik auf historischer Grundlage.
3. Leichte und korrekte Handhabung des Neufranzösischen. (Dauer: zusammen 1½ Stunden.)
4. Kolloquium über Didaktik des Mittelschulunterrichtes. (Dauer: 20 Minuten.)
5. Zwei Probelektionen nach § 18.

d) Im Italienischen: entsprechend c.
e) Im Spanischen: entsprechend c.

II. Nebenfach.

§ 35. Die Prüfungen in den Nebenfächern umfassen:
a) Im Deutschen:
1. Schriftlich: Aufsatz (drei Themata zur Auswahl).
2. Mündlich: Mittelhochdeutsch. Neuhochdeutsche Grammatik auf geschichtlicher Grundlage. Haupterscheinungen der deutschen Literatur.

b) Im Französischen (oder Italienischen, Englischen, Spanischen):
1. Schriftlich: Übersetzung in die betreffende Sprache.
2. Mündlich: Lesen und Übersetzen von Texten aus der lebenden Schriftsprache mit Befragung über Grammatik (auf geschichtlicher Grundlage) und Literatur (Haupterscheinungen). Deskriptive Phonetik. Korrektes Sprechen.

c) In Latein (oder Griechisch):
1. Schriftlich: Übersetzung und Erklärung eines prosaischen oder poetischen Textes.
2. Mündlich: Übersetzen aus Schulschriftstellern mit Befragung über Grammatik (auf geschichtlicher Grundlage) und Literatur (Haupterscheinungen).

d) In Geschichte:
1. Schriftlich: Übersetzung eines Stückes aus einem Quellenschriftsteller mit geschichtlichen Erläuterungen; der Kandidat hat die Sprache zu bezeichnen, aus der er die Übersetzung zu liefern wünscht.
2. Mündlich: Allgemeine Geschichte und Kulturgeschichte bis auf die Gegenwart.

e) In Geographie (Prüfender: einer der Vertreter der Geographie an der philosophischen Fakultät II):
1. Schriftlich: Bearbeitung eines Themas aus der Länder- oder Völkerkunde.
2. Mündlich: Allgemeine Geographie, Länder- und Völkerkunde.

(Dauer der schriftlichen Prüfungen: je 4 Stunden, der mündlichen: je 40 Minuten.)

VI. Bestimmungen für besondere Prüfungen.

§ 36. Die Prüfungskommission setzt in jedem einzelnen Fall im Anschluß an die in §§ 13—35 enthaltenen Bestimmungen den Modus einer besonderen Prüfung fest:

a) Für Kandidaten, die zu ihrer Fachrichtung noch ein weiteres Hauptfach aus einer andern Fachrichtung hinzuzunehmen wünschen;
b) für Kandidaten der Fachrichtung C, die zwei Hauptfächer, anstatt eines Hauptfaches und eines Nebenfaches wählen;
c) für Kandidaten in Fächern, die nicht als regelmäßige Prüfungsfächer vorgesehen sind (zum Beispiel Kunstgeschichte).

§ 37. Bei Kombination von einer Hauptrichtung mit weiteren Hauptfächern oder von mehreren Hauptfächern gelten unverändert die Forderungen von §§ 13—34; doch soll:

1. aus jedem Hauptfach nur e i n e Hausarbeit geliefert werden, bei Sprachen in der einen eine sprach-, in der andern eine literargeschichtliche; bei Kombination mit Geschichte sind die in § 28, 1 a, bezeichnete Hausarbeit, die in § 28, 2 c, bezeichnete Klausurarbeit und nach freier Wahl des Kandidaten eine der in § 28, 2 a und 2 b, bezeichneten Klausurarbeiten zu liefern; wird Latein als Hauptfach kombiniert, so wird in der mündlichen Prüfung auch die Übersetzung eines Stückes aus einem leichtern griechischen Schriftsteller gefordert (Dauer: ¼ Stunde);
2. die Gesamtdauer der mündlichen Prüfung beträgt 2½ Stunden.

NB. Allenfalls kommt auch Kombination eines Hauptfaches mit Geographie (in vollem Umfange) in Frage; über die Anforderungen in Geographie unterrichtet das Reglement über die Diplomprüfung an der philosophischen Fakultät II.

§ 38. Den Kandidaten ist die Möglichkeit geboten, sich neben ihrer Fachrichtung noch in weiteren Nebenfächern prüfen zu lassen. Diese Prüfung kann gleichzeitig mit der Hauptprüfung und darf nicht später als zu Beginn des dritten Semesters nach derselben stattfinden. Über die Anforderungen unterrichtet § 35.

VII. Schluß- und Übergangsbestimmungen.

§ 39. Anwärter auf eine Mittelschulstelle ohne Diplom für das höhere Lehramt, die auf eine mehrjährige Lehrtätigkeit zurückblicken, können auf Antrag einer Wahlbehörde von der Erziehungsdirektion der Diplomprüfungskommission zu einer besonderen Prüfung (Kolloquium) zugewiesen werden, die ihnen die Erwerbung eines Befähigungsausweises unter Berücksichtigung ihrer be-

sonderen Verhältnisse ermöglicht. Den Umfang dieser Prüfung bestimmt für jeden einzelnen Fall die Kommission.

§ 40. Vorstehendes Reglement hebt das Reglement vom 30. Juni 1925 auf; es tritt sofort in Kraft.

§ 41. Kandidaten, die ihre Studien vor dem Wintersemester 1927 begannen, haben bis zum Herbst 1931 das Recht, sich nach dem Reglement vom 30. Juni 1925 prüfen zu lassen.

---

16. Wegleitung für die Vorbereitung auf das höhere Lehramt in den Fächern der philosophischen Fakultät I der Universität Zürich.

Vergleiche das Reglement über die Diplomprüfung für das höhere Lehramt in den philologisch-historischen Fächern an der Universität Zürich. (Vom 28. Januar 1930.)

Allgemeine Vorbemerkungen.

Studierende, die auf eine Anstellung an einer zürcherischen Mittelschule Anspruch machen, haben sich einer Diplomprüfung nach den Bestimmungen des Reglementes über die Diplomprüfung für das höhere Lehramt vom 28. Januar 1930 zu unterziehen. Der Besitz eines Diploms oder eines Fähigkeitsausweises nach § 39 des Reglementes gilt als Voraussetzung für eine Wahl als Mittelschullehrer des Kantons Zürich.

Das Diplom wird auch andernorts als Befähigungsausweis für die Anstellung an einer Mittelschule anerkannt, in gewissen Kantonen sogar gefordert.

Die folgende Wegleitung kann nur die allgemeine Richtlinie geben. Die wirkliche Reihenfolge der Vorlesungen und Übungen stimmt nicht immer überein mit der durch die Wegleitung bestimmten Anordnung. Die Vertreter der einzelnen Fächer sind gerne bereit, den Studierenden bei der Einrichtung ihrer Studien und insbesondere bei der Auswahl von Vorlesungen und Übungen an die Hand zu gehen.

Für die Möglichkeit von Fächerverbindungen wird auf § 36, für die Wahl von Nebenfächern (Sprachen, Geschichte, Geographie) auf § 38 des Reglementes verwiesen. Allenfalls kommt auch Verbindung eines Hauptfaches mit Geographie (in vollem Umfange) in Frage; über die Anforderungen in Geographie gibt das Reglement über die Diplomprüfung in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern Aufschluß. Für die Auswahl geeigneter Vorlesungen und Übungen zur Vorbereitung auf ein Nebenfach wird empfohlen, den Rat der betreffenden Fachvertreter einzuholen.

Allen Kandidaten wird der Besuch von Vorlesungen und Übungen zur Didaktik des Mittelschulunterrichts (obligatorisches Prüfungsfach) empfohlen.

Über die Kurse in Didaktik sieht der Anhang die Organisation vor.

1. Höheres Lehramt im Deutschen.

Vorbemerkung. Es ist sehr wünschenswert, daß der Studierende sich auch auf den Grenzgebieten und in den Hülfswissenschaften, wie übrige germanische Sprachen, vergleichende Grammatik, deutsche Mythologie und Heldensage, deutsche Altertumskunde, politische und Kulturgeschichte, Paläographie, Geschichte der neuern Philosophie, der griechischen und römischen, der englischen und französischen Literatur umsehe, überhaupt den Kreis seiner Interessen möglichst weit ziehe und mit den Geistesströmungen seiner Zeit Fühlung nehme. Gefordert sind für die Diplomprüfung der Besuch einer Vorlesung über allgemeine Pädagogik oder über beide Teile der Psychologie oder über Geschichte der Pädagogik und die Teilnahme an einem didaktischen Kurse.

Phonetik, Gotisch, Althochdeutsch und Altsächsisch mit Übungen. Lektüre mittelhochdeutscher und älterer neuhochdeutscher Texte. Deutsche Sprachgeschichte. Sprachgeschichtliche Übungen. — Literaturgeschichte aller Perioden. Literaturwissenschaftliche Übungen. — Didaktischer Kurs.

Der Besuch des Seminars und des Proseminars ist obligatorisch.

Allfällige Vorprüfung (nach vier Semestern): Phonetik. Übersetzen eines gotischen, althochdeutschen oder mittelhochdeutschen Textes. Alt- und mittelhochdeutsche Literaturgeschichte.

Dazu in der

Schlußprüfung: Geschichte der deutschen Sprache und der neuern deutschen Literatur. Didaktik des Mittelschulunterrichts. Probelektion.

Für das zweite Fach, in dem der Kandidat nach § 31 des Reglementes gleichzeitig die Prüfung zu bestehen hat, ist der besondere Studienplan zu vergleichen.

2. Höheres Lehramt in Französisch und Italienisch (oder Spanisch).

Vorbemerkung. Dem Studierenden wird empfohlen, sich nicht von Anfang an auf romanistische Fächer zu beschränken, sondern sein Latein weiter zu pflegen und sich in andern Sprachen und Literaturen umzusehen. Vorlesungen über Geschichte, romanische Kunstgeschichte und Philosophie werden ihm später große Dienste leisten. Gefordert für die Diplomprüfung sind der Besuch einer Vorlesung über allgemeine Pädagogik oder beide Teile der Psychologie oder über Geschichte der Pädagogik und die Teilnahme an einem didaktischen Kurse.

Für spätere Lehrtätigkeit an einer Handelsschule ist der Besuch einer Vorlesung über Handelsbetriebslehre oder handelstechnischer Übungen notwendig.

Der unerläßliche längere Aufenthalt im französischen und italienischen Sprachgebiet wird am besten in die Mitte der Studienzeit verlegt.

Erste vier Semester: Befestigung der Kenntnisse in neufranzösischer und neuitalienischer Sprache und Literatur. Elemente des Altfranzösischen, Altprovenzalischen und Altitalienischen. Kursorische lateinische Lektüre. Phonetik. Historische Grammatik. Geschichte der ältern Literaturen.

Spätere Semester: Reichliche Lektüre alter und neuer französischer und italienischer Autoren. Neuere Literaturgeschichte. Selbständiges Studium der historischen Grammatik. Elemente des Spanischen und Rätischen. Vergleichende Grammatik. Dialektologie. Sprachgeographie. Stilistik. Sprachprinzipien. Didaktischer Kurs.

Der Besuch der Seminarien und des Proseminars (bis zur Annahme der Akzeßarbeit) ist obligatorisch. Die Leiter der Seminarien können jedoch Anfänger dispensieren, wenn der Stoff zu hohe Anforderungen stellt. Um ordentliches Mitglied zu werden, hat der Kandidat nach Anleitung eine Akzeßarbeit, in der Regel über die Sprache eines altfranzösischen Autors, einzureichen. Das Thema wird von einem der Seminarleiter gegeben, jedoch nicht vor dem dritten Semester.

Allfällige Vorprüfung (nach vier Semestern): Übersetzen eines leichtern altfranzösischen (oder altprovenzalischen) und altitalienischen Schriftstellers. Phonetik. Elemente der historischen Grammatik. Geschichte der ältern französischen und italienischen Literatur. — Dazu in der

Schlußprüfung: Geschichte der neuern Literaturen. Historische Grammatik. Einige Kenntnisse der Dialekte. Linguistik. Ausweis über Beherrschung der lebenden Sprachen. Didaktik des Mittelschulunterrichts. Probelektionen.

NB Entsprechende Anforderungen gelten für Spanisch.

3. Höheres Lehramt in Englisch.

Vorbemerkung. Es ist sehr wünschenswert, daß der Studierende sich auch auf den Grenzgebieten und in den Hülfswissenschaften wie politische und Kulturgeschichte (insbesondere Englands), Geschichte der neuern Philosophie, Geschichte der griechischen und römischen Literatur und besonders auf dem Gebiete der germanischen und romanischen Sprachen und Literaturen umsehe. Die Kenntnis in deutscher und französischer Literatur, wie die Mittelschule sie bietet, ist für das Studium der englischen

Literatur nicht ausreichend. Gefordert sind für die Diplomprüfung der Besuch einer Vorlesung über allgemeine Pädagogik oder über beide Teile der Psychologie oder über Geschichte der Pädagogik und die Teilnahme an einem didaktischen Kurse.

Für die spätere Lehrtätigkeit an einer Handelsschule ist der Besuch einer Vorlesung über Handelsbetriebslehre oder handelstechnischer Übungen notwendig.

Der erforderliche längere Studienaufenthalt in England wird am besten in die zweite Hälfte der Studienzeit verlegt.

Erste vier Semester: Angelsächsische Grammatik mit Übungen. Gotisch und Althochdeutsch mit Übungen. Kursorische lateinische Lektüre. Mittelenglische Grammatik mit Übungen. Angelsächsische, mittelenglische, ältere neuenglische Literaturgeschichte. Neuenglische Lektüre.

Spätere Semester: Historische Grammatik des Englischen. Syntax. Mittelhochdeutsch mit Übungen. Geschichte der neuern englischen Literatur. Literarhistorische Übungen. Neuenglische Lektüre. Didaktischer Kurs.

Allfällige Vorprüfung (nach vier Semestern): Phonetik. Geschichte der ältern englischen Literatur. Übersetzen eines leichtern angelsächsischen oder eines mittelenglischen Textes. — Dazu in der

Schlußprüfung: Geschichte der englischen Sprache und Literatur (mit besonderer Rücksicht auf die neuere Zeit). Kenntnis der lebenden Sprache, Sprechfähigkeit. Didaktik des Mittelschulunterrichts. Probelektion.

Für das zweite Fach, in dem der Kandidat nach § 31 des Reglementes gleichzeitig das Examen zu bestehen hat, ist der besondere Studienplan zu vergleichen.

4. Höheres Lehramt in Geschichte.

(Über die besonders naheliegende Möglichkeit einer Kombination mit Geographie vgl. die allgemeine Vorbemerkung zu der Wegleitung.)

Vorbemerkung. Da an kleineren Schulen die Lehrstellen für Geschichte oft mit andern Fächern verbunden sind, wird den Kandidaten der Geschichte empfohlen, auch das Diplom in einem Nebenfach zu erwerben (§ 38 des Reglementes).

1. Hauptfach: Darstellende Geschichte. Einführung in die Geschichtswissenschaft. Vollständiger Kurs über allgemeine Geschichte, Schweizergeschichte. Einige Spezialvorlesungen nach persönlicher Neigung. Mindestens zwei Abteilungen des historischen Seminars in jedem Semester. Wirtschafts-, Kunst-, Kulturgeschichte. Didaktischer Kurs.

2. Hülfswissenschaften: Quellenkunde, Paläographie, Diplomatik (Chronologie, Genealogie, Siegelkunde, Archiv- und Bibliotheklehre); historisch-politische Geographie, allgemeine und schweizerische Verfassungsgeschichte.
3. Philologische und philosophische Vorbildung: Interpretation lateinischer und griechischer Autoren (und ein oder zwei Semester klassisch-philologisches Proseminar oder Seminar).

   Deutsche, französische oder englische und italienische Sprache und Literaturgeschichte (und ein bis zwei Semester germanistisches Seminar) oder mittelhochdeutsche, französische, englische, italienische Lektüre.

   Logik und Erkenntnistheorie oder Geschichte der Philosophie (gefordert sind für die Diplomprüfung der Besuch einer Vorlesung über allgemeine Pädagogik oder über beide Teile der Psychologie oder über Geschichte der Pädagogik).
4. Vorlesungen an andern Fakultäten zur Auswahl je nach Neigung und Studienfach: Kirchengeschichte, Kirchenrecht, Politik, Rechtsgeschichte, allgemeines Staatsrecht, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Völkerrecht, Nationalökonomie, Finanzwissenschaft, Römisches Recht, Länder- und Völkerkunde.

Allfällige Vorprüfung (nach vier Semestern): Alte Geschichte (und Kunstgeschichte) und alte Geographie.

Dazu in der

Schlußprüfung: Allgemeine Geschichte, Schweizergeschichte, historische Hülfswissenschaften. Didaktik des Mittelschulunterrichts. Probelektionen.

5. Höheres Lehramt in klassischer Philologie (Griechisch, und Latein mit alter Geschichte).

Vorbemerkung. Es wird den Kandidaten dringend empfohlen, sich nicht auf die Prüfungsfächer zu beschränken, sondern sich auf den Grenzgebieten und in den Hülfswissenschaften umzusehen, zum Beispiel in Philosophie, neuern Sprachen und Literaturen, vergleichender Sprachwissenschaft, Orientalia (Kenntnis der Elemente des Sanskrit ist besonders für die historisch-vergleichende Grammatik des Griechischen und Lateinischen sehr erwünscht), allgemeiner Geschichte (Kultur-, Kunstgeschichte), Paläographie, Papyruskunde u. s. w. Immerhin sollen Vorlesungen und Übungen aus den Hauptfächern im Mittelpunkte stehen und Zeit und Kraft genug bleiben für eigene Arbeit und eine möglichst ausgedehnte Lektüre der antiken Schriftsteller, die für eine ersprießliche Lehrtätigkeit die unent-

behrliche Grundlage bildet. Gefordert sind für die Diplomprüfung außer dem Fachstudium der Besuch einer Vorlesung über allgemeine Pädagogik oder über beide Teile der Psychologie oder über Geschichte der Pädagogik, über alte Kunst (mit archäologischen Übungen) und über Geschichte der griechischen Philosophie, sowie die Teilnahme an einem didaktischen Kurse.

Für das Fachstudium kommen außer allfälligen Einführungen in die klassische Altertumswissenschaft oder einzelne ihrer Gebiete (Sprachwissenschaft, Archäologie) in erster Linie in Betracht: Vorlesungen über Geschichte der griechischen und lateinischen Literatur, über historisch-vergleichende Grammatik (Laut- und Formenlehre, Syntax) des Griechischen und Lateinischen, über griechische und lateinische Altertümer (Rechts-, Staats-, Privataltertümer u. s. w.), über Geschichte der alten Kunst, über alte Geschichte und Geographie, weiter die Interpretationsvorlesungen über literarische und inschriftliche Denkmäler.

Tunlichst bald soll der Studierende teilnehmen an den Interpretations- und Stilübungen im Proseminar und Seminar, sowie an den sprach- und kunstgeschichtlichen (archäologischen) Übungen; in den spätern Semestern sollen Seminar und Übungen im Mittelpunkte stehen. Der Zutritt zum Seminar wird in der Regel erst nach zweisemestrigem Besuche des Proseminars durch eine kleinere wissenschaftliche Arbeit erlangt. Alsdann wird der Studierende im allgemeinen gut daran tun, bis zur Prüfung an sämtlichen Abteilungen des Seminars teilzunehmen. Anfänger, aber auch Vorgerückte, werden sich mit Nutzen an der lateinischen und griechischen kursorischen Lektüre beteiligen. Frühestens im fünften Semester erfolgt mit Vorteil der Besuch eines didaktischen Kurses.

Allfällige Vorprüfung (nach vier Semestern): Alte Geschichte (mit Berücksichtigung der Verfassungs- und Kunstgeschichte). — Dazu in der

Schlußprüfung: Ausweis über praktische Beherrschung des Griechischen und Lateinischen. Praktische und historisch-vergleichende Grammatik des Griechischen und Lateinischen. Griechische und römische Literaturgeschichte. Didaktik des Mittelschulunterrichts. Probelektionen.

Anhang.

Organisation der Kurse in Didaktik für die Kandidaten des höhern Lehramtes der philosophischen Fakultät I der Universität Zürich.

Für die Studierenden des höhern Lehramtes in den philologisch-historischen Fächern bestehen an der philosophischen Fakultät I

eine außerordentliche Professur für Didaktik des Mittelschulunterrichtes und besondere Kurse in der Didaktik der einzelnen Lehrfächer.

Die Kurse werden auf folgender Grundlage durchgeführt:

1. Die Kurse dauern ein Semester mit wöchentlich zwei Stunden.
2. Für die Leitung der Kurse, soweit sie nicht in den Pflichtenkreis des Inhabers der außerordentlichen Professur fällt, erhalten in der Regel Lehrer der Mittelschule vom Erziehungsrat einen Lehrauftrag.
3. In der Regel werden folgende Kurse eingerichtet:
   Für Deutsch, für romanische Sprachen (Französisch oder Italienisch), für Englisch, für Latein und Griechisch, für Geschichte.
4. Über die Einrichtung und die Leitung der Kurse stellt die philosophische Fakultät I im Einvernehmen mit den Rektoraten der betreffenden Lehranstalten Antrag an den Erziehungsrat.
5. Die Zulassung zu den didaktischen Kursen erfolgt in der Regel frühestens im fünften Studiensemester.
6. Die Lehrer der Didaktik wirken nach Maßgabe der Bestimmungen des Prüfungsreglementes bei der Abnahme der Prüfung in ihrem Fach mit.

---

17. Wegleitung zum Studium der Diplomanden für das höhere Lehramt in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern an der Universität Zürich. Vergleiche das Reglement über die Diplomprüfung für das höhere Lehramt in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern an der Universität Zürich. (Vom 28. Januar 1930.)

Allgemeine Vorbemerkungen.

Studierende, die auf eine Anstellung an einer zürcherischen Mittelschule Anspruch machen, haben sich einer Diplomprüfung zu unterziehen nach den Bestimmungen des Reglementes über die Diplomprüfung für das höhere Lehramt vom 10. September 1929. Der Besitz eines Diploms ist in der Regel Voraussetzung für eine Wahl als Mittelschullehrer.

Das Diplom wird auch andernorts als Befähigungsausweis für die Anstellung an einer Mittelschule anerkannt, in gewissen Kantonen gefordert.

Über die verschiedenen Möglichkeiten der Durchführung dieses Studiums, sowie über die Diplomprüfung gibt das erwähnte Reglement Aufschluß.

Die „Wegleitung“ dient dazu, den Studierenden darüber Auskunft zu geben, welche Vorlesungen und Kurse beim Studium in den verschiedenen Studienrichtungen besucht werden sollen. Hierbei wird aber noch ausdrücklich auf § 5, letztes Alinea, des Reglementes verwiesen, wo vorgeschrieben ist, daß alle Kandidaten in demjenigen Fach, in dem sie ihre Diplomarbeit ausführen, ihre Studien durch Besuch von Spezialvorlesungen und Praktika zu erweitern und zu vertiefen haben, um sich die für die Ausführung der Diplomarbeit erforderlichen Fachkenntnisse anzueignen. Dabei wird nachdrücklich auf die Notwendigkeit des Besuches der Vorlesungen und Kurse in allgemeiner und spezieller Didaktik aufmerksam gemacht.

Die Kandidaten sind also gehalten, in dem Fach, in dem sie die Diplomarbeit ausführen, durch Besuch von weiteren Vorlesungen und Kursen, die in der Wegleitung nicht besonders genannt sind, ihre Kenntnisse zu vertiefen. Die Fachvertreter sind gerne bereit, den Studierenden bei der Auswahl dieser Vorlesungen und Kurse und bei der Einrichtung ihrer Studien beratend an die Hand zu gehen.

Studiengang und Studienumfang in den einzelnen Wissenschaften.

I. Mathematik.

a) Übersicht der Vorlesungen und Übungen:

1. Einführung in die mathematische Behandlung der Naturwissenschaften (mit Übungen) 5 Stunden.
2. Differential- und Integralrechnung (mit Übungen im Proseminar) 2 Semester je 5 Stunden.
3. Analytische Geometrie der Ebene und des Raumes (mit Übungen) 5 Stunden.
4. Darstellende Geometrie (mit Übungen) 2 Semester je 4 Stunden.
5. Zahlentheorie (4 Stunden).
6. Algebra (4 Stunden).
7. Funktionentheorie (4 Stunden).
8. Flächentheorie (4 Stunden).
9. Projektive Geometrie (4 Stunden).
10. Gruppentheorie (4 Stunden).
11. Elliptische Funktionen (4 Stunden).
12. Höhere Funktionentheorie (4 Stunden).
13. Differentialgleichungen (4 Stunden).
14. Mathematische Grundlagen der Physik (4 Stunden).
15. Variationsrechnungen (4 Stunden).
16. Analytische Mechanik (4 Stunden).

17. Algebraische Kurven und Flächen (4 Stunden).
18. Grundlagen der Geometrie (4 Stunden).
19. Wahrscheinlichkeitsrechnung (4 Stunden).
20. Mathematisches Seminar (2 Stunden).

b) Umfang der Studien:

Studierende der mathematisch-physikalischen Richtung haben die Vorlesungen und Kurse 2 bis 9, sowie drei Semester Übungen (Nr. 20) zu nehmen, wobei ihnen indessen freigestellt wird, Vorlesung 5 oder 6 (Zahlentheorie, Algebra), sowie eine der Vorlesungen 8 oder 9 (Flächentheorie, projektive Geometrie) durch zwei Vorlesungen der Gruppen 10 bis 19 zu ersetzen.

Mathematik als Fach der andern Studienrichtungen erfordert den Besuch der Vorlesungen 1 und 3 oder 2 und 3.

II. Astronomie.

a) Übersicht der Vorlesungen und Übungen:

1. Allgemeine Astronomie (3 Stunden). Dazu Übungen im wissenschaftlichen Rechnen (2 Stunden).
2. Geographische Ortsbestimmung und Einführung in die praktische Astronomie (3 Stunden). Dazu Übungen in Gruppen, je einen Abend wöchentlich.
3. Einführung in die Astrophysik (3 Stunden).
4. Bahnbestimmung der Himmelskörper (2 Stunden)).
5. Grundzüge der mathematischen Geographie und der Ortsbestimmung (2 Stunden). Dazu Übungen je einen Wochenabend.

b) Umfang der Studien:

Studierende der mathematisch-physikalischen Richtung, welche Astronomie wählen, besuchen die Vorlesungen und Übungen 1 und 2, dazu 3 oder 4; Astronomie in geographisch-geologischer Studienrichtung: Vorlesungen und Übungen 1 und 2.

Solchen Studierenden der geographisch-geologischen Richtung, die nicht Astronomie als Fach der ersten oder zweiten Vorprüfung wählen, wird empfohlen, die Vorlesung 5 mit den zugehörigen Übungen zu hören.

III. Physik.

a) Übersicht der Vorlesungen und Übungen:

1. Experimentalphysik mit Ergänzungen. I. Teil: Mechanik, Akustik, Wärme. II. Teil: Elektrizität und Optik (12 Stunden).

2. Physikalisches Praktikum für Anfänger.
3. Theoretische Physik. Vorlesungen und Übungen, die folgende Gebiete umfassen: Mechanik der Punktsysteme und der starren Körper, Mechanik der Kontinua, Thermodynamik und kinetische Gastheorie, Elektrodynamik, Optik, Quantentheorie (sechssemestriger Kursus von je 4 Stunden plus 1 Proseminarstunde).
4. Übungen im Demonstrieren von Schulexperimenten (2 Stunden).

b) Umfang der Studien:

Studierende der mathematisch-physikalischen Richtung haben die Vorlesung 1, das Praktikum 2 (8 Stunden), sowie 16 Stunden Vorlesung aus 3 (theoretische Physik) zu hören. Dazu 4 Stunden Übungen in theoretischer Physik. Empfohlen wird außerdem der Besuch der Übungen 4.

Studierende der chemisch-physikalisch-mineralogischen Richtung besuchen die Vorlesung 1, das Praktikum 2 (4 Stunden), aus dem Gebiet der theoretischen Physik die Vorlesung über Thermodynamik und kinetische Gastheorie (4 Stunden).

Wer in der biologischen oder in der geographisch-geologischen Studienrichtung Physik hört, hat die Vorlesung 1 (jedoch ohne die zwei Ergänzungsstunden), also zehnstündig, sowie das Anfängerpraktikum 2, vierstündig, zu nehmen.

IV. Chemie.

a) Übersicht der Vorlesungen und Übungen:

1. Anorganische Experimentalchemie (5 Stunden).
2. Organische Experimentalchemie (6 Stunden).
3. Analytisches Halbpraktikum.
4. Physikalische Chemie (6 Stunden).
5. Physikalisch-chemisches Praktikum (4 Stunden).
6. Chemisches Praktikum für Lehramtskandidaten (6 Stunden).

b) Umfang der Studien:

Beim Studium in chemisch-physikalisch-mineralogischer Richtung sind die Vorlesungen 1, 2 und 4, sowie die Praktika 3 (2 Semester) und 5 (1 Semester) zu besuchen, ferner wird 6 empfohlen.

Studierende der andern Studienrichtungen können die Vorlesungen 1 und 2, sowie das analytische Halbpraktikum 3 (1 Semester), oder aber Vorlesungen 1 und 4, hierzu ein Semester analytisches Halbpraktikum und ein Semester physikalisch-chemisches Praktikum nehmen.

V. Mineralogie.

a) Übersicht der Vorlesungen und Übungen:

1. Allgemeine Mineralogie I und II (6 Stunden).
2. Spezielle Mineralogie (3 Stunden).
3. Übungen am Polarisationsmikroskop (2 Stunden).
4. Kristallographische Kleinpraktika (2 Stunden).
5. Mineralogische Praktika.
6. Einführung in die Petrographie (1 Stunde).
7. Petrographie (3 Stunden).
8. Makroskopisches Gesteinsbestimmen (1 Stunde).
9. Vorlesung über Lagerstättenlehre (2 Stunden).

b) Umfang der Studien:

Studierenden der chemisch-physikalisch-mineralogischen Richtung wird der Besuch der Vorlesungen und Übungen 1–4 empfohlen.

Kandidaten, die das Diplom in der geographisch-geologischen Richtung ablegen wollen, besuchen die Vorlesungen: Allgemeine Mineralogie I (3 Stunden), Einführung in die Petrographie, Petrographie, Makroskopisches Gesteinsbstimmen und spezielle Mineralogie oder Vorlesung über Lagerstättenlehre.

VI. Geologie.

a) Übersicht der Vorlesungen und Übungen:

1. Allgemeine Geologie (4 Stunden).
2. Geologie der Schweiz (2 Stunden).
3. Allgemeine Stratigraphie (2 Stunden).
4. Geologische Übungen (2 Stunden).
5. Geologie der Gebirge (2 Stunden).
6. Anfängerpraktikum (6 Stunden).
7. Exkursionen.
8. Geologie von Europa (2 Stunden).

b) Umfang der Studien:

Geologie als Fach der Diplomschlußprüfung in der geographisch-geologischen Studienrichtung erfordert Vorlesungen und Praktika 1 bis 8.

Geologie als Fach der ersten oder zweiten Vorprüfung: Vorlesungen 1 bis 3, sowie die Übungen und Praktika 4 und 6.

VII. Geographie.

a) Übersicht der Vorlesungen und Übungen:

1. Länderkunde (18 Stunden).
2. Physische Geographie und Kartographie (9 Stunden).

3. Anthropogeographie und Völkerkunde (4 Stunden).
4. Übungen (8 Stunden).
5. Grundzüge der mathematischen Geographie und geographischen Ortsbestimmung (2 Stunden, empfohlen 2 Stunden Übungen).
6. Exkursionen.

b) Umfang der Studien:

Geographie in geographisch-geologischer Richtung: Vorlesungen und Übungen 1 bis 6; für Studierende mit Astronomie als Fach der ersten oder zweiten Vorprüfung: Vorlesungen und Übungen 1 bis 4, dazu 6.

Geographie als Nebenfach in andern Studienrichtungen: Länderkunde (9 Stunden), Physische Geographie und Kartographie (7 Stunden), Anthropogeographie oder Völkerkunde (2 Stunden), Übungen (3 Stunden).

VIII. Wirtschaftsgeographie.

a) Übersicht der Vorlesungen und Übungen:

1. Wirtschaftsgeographie (8 Stunden).
2. Übungen (2 Stunden).
3. Volkswirtschaft (4 Stunden).

b) Umfang der Studien:

Wirtschaftsgeographie als Fach der zweiten Vorprüfung in geographisch-geologischer Richtung: Vorlesungen und Übungen 1 bis 3.

IX. Botanik.

a) Übersicht der Vorlesungen und Übungen:

1. Allgemeine Botanik I und II (8 Stunden).
2. Systematische Botanik I und II (8 Stunden).
3. Botanisch-mikroskopischer Übungskurs (4 Stunden).
4. Übungen im Pflanzenbestimmen (4 Stunden).
5. Exkursionen.

b) Umfang der Studien:

Für Studierende der biologischen Richtung sind die Vorlesungen und Kurse 1 bis 5 obligatorisch.

Kandidaten einer andern Studienrichtung mit Botanik als Nebenfach belegen entweder allgemeine Botanik I und II, sowie den botanisch-mikroskopischen Übungskurs, oder systematische Botanik I und II mit Übungen im Pflanzenbestimmen.

X. Zoologie.

a) Übersicht der Vorlesungen und Übungen:

1. Zoologie (6 Stunden).
2. Vergleichende Anatomie (6 Stunden).
3. Physiologische, experimentelle und systematische Zoologie (8 bis 12 Stunden).
4. Zootomischer Kurs (4 Stunden).

b) Umfang der Studien:

Für die Studierenden der biologischen Richtung ist der Besuch der Vorlesungen und Übungen 1 bis 4 vorgeschrieben.

Wird Zoologie in einer andern Studienrichtung gewählt, so sollen entweder die Vorlesungen 1, 2 und der zootomische Kurs 4, oder aber Vorlesung 3 (im Umfang von 12 Stunden) und der zootomische Kurs 4 besucht werden.

XI. Anthropologie.

a) Übersicht der Vorlesungen und Übungen:

1. Grundzüge der Anatomie und Physiologie des Menschen I und II (6 Stunden).
2. Einführung in die allgemeine Anthropologie (1 Stunde).
3. Systematische Anthropologie I und II (4 Stunden).
4. Anfängerkurs für Körpermessungen (2 Stunden).
5. Anthropologie des fossilen und prähistorischen Menschen (1 Stunde).
6. Anfängerkurs für anthropologische Beobachtungen am Skelett (2 Stunden).

b) Umfang der Studien:

Studierende der biologischen Richtung besuchen die Vorlesungen und Kurse 1 bis 5, solche, die in geographisch-geologischer Richtung Anthropologie als Nebenfach wählen, Vorlesungen und Übungen 1 bis 4; an Stelle von 4 (Anfängerkurs für Körpermessungen) kann auch der Anfängerkurs für anthropologische Beobachtungen am Skelett 6 genommen werden.

XII. Geschichte.

a) Übersicht der Vorlesungen und Übungen:

Allgemeine Geschichte:

1. Alte Geschichte (4 bis 6 Stunden).
2. Mittelalter (10 Stunden).
3. Neuzeit (12 Stunden).

4. Wirtschaftsgeschichte (4 Stunden).
5. Übungen (4 Stunden).

Schweizergeschichte:

6. Vorlesungen (zirka 12 Stunden).
7. Übungen (2 Stunden).

b) Umfang der Studien:

Kandidaten, welche Allgemeine Geschichte als Fach der Diplomschlußprüfung wählen, haben die Vorlesungen und Übungen 1 bis 5 zu besuchen. Allgemeine Geschichte als Fach der 1. oder 2. Vorprüfung erfordert die Vorlesungen: Mittelalter (8 Stunden), Neuzeit (10 Stunden), sowie die Übungen (2 Stunden).

Schweizergeschichte als Fach der Diplomschlußprüfung: Vorlesungen und Übungen 6, 7, 4 und 5.

Schweizergeschichte als Fach der 1. oder 2. Vorprüfung: Vorlesungen und Übungen 6 und 7.

XIII. Volkswirtschaft.

a) Übersicht der Vorlesungen und Übungen:

1. Theoretische Sozialökonomie (4 Stunden).
2. Praktische Sozialökonomie: Vier Vorlesungen nach freier Wahl aus den Gebieten Agrar-, Verkehrs-, Handels-, Gewerbepolitik (8 bis 10 Stunden).
3. Finanzwissenschaft oder Statistik (3 bis 4 Stunden).
4. Übungen (4 Stunden)

b) Umfang der Studien:

Für Studierende mit Volkswirtschaft als Fach der Diplomschlußprüfung: Vorlesungen und Übungen 1 bis 4.

Für Studierende, die Volkswirtschaft als Fach der 1. oder 2. Vorprüfung bezeichnen: Vorlesung 1, Übungen 4, sowie 6 bis 7 Stunden Vorlesungen über Verkehrs-, Handels-, Agrarpolitik.

II. Kanton Bern.

1. Primarschule.

I. Aus: **Plan d'études pour les Ecoles primaires françaises du Canton de Berne.** (Du 22 janvier 1930).

Décret de promulgation.

La Direction de l'instruction publique du canton de Berne, vu l'article 21 de la loi sur l'organisation de l'instruction publique

du 24 juin 1856 et l'article 25 de la loi sur l'instruction primaire du 6 mai 1894, sur la proposition des autorités préconsultatives,

décrète:

1. Le plan d'études pour les écoles primaires de langue française du canton de Berne du 20 novembre 1896 est abrogé et remplacé par le plan d'études suivant.
2. Ce plan est rendu obligatoire pour toutes les écoles primaires de langue française du canton de Berne et servira de base à l'enseignement à partir du 1er mai 1930.

Avant-propos.

1. Le plan d'études, remanié en tenant compte, dans la mesure du possible, des desiderata du corps enseignant jurassien, a été établi en vue *de la scolarité de neuf années.* Il ne comprend plus, pour chaque branche d'enseignement, qu'*un plan obligatoire,* issu de la fusion des deux plans du programme provisoire (plan obligatoire et plan de développement). Afin que le corps enseignant ait toute liberté de tenir compte des circonstances d'ordre local dans le choix des matières à traiter, le plan obligatoire pour les différentes disciplines a été rédigé en termes généraux.

2. La *mise en pratique* du plan d'études est liée aux dispositions de la „Loi sur l'Instruction primaire" du 6 mai 1864, spécialement à celles qui sont contenues dans l'art. 25 concernant les branches d'enseignement et dans les art. 57 à 63 relatifs à la durée de la scolarité. Cette mise en pratique autorise le corps enseignant à sortir dans la nature pour apprendre à l'enfant à bien observer, à éveiller et à développer son intelligence, à fortifier sa volonté, pour lui montrer la beauté et la noblesse des choses, lui faire comprendre la machine sociale et sentir la vie dans ce qu'elle a de simple et de fort.

L'éducateur doit mettre constamment en oeuvre les activités musculaire et intellectuelle de l'élève; son rôle essentiel est de provoquer, de guider discrètement et de satisfaire en temps utile la curiosité enfantine. Dès lors, il ne peut être question d'aller chercher au loin l'objet de l'enseignement, quand il est nécessaire de l'emprunter au milieu dans lequel vit l'enfant et de faire appel à son expérience quotidienne. Une promenade à la gare, aux champs ou dans la forêt, donnera lieu à des narrations orales, à des exercices de lecture, de vocabulaire, de grammaire, d'arithmétique.

Interessé par un enseignement dont la joie ni l'effort ne sont bannis, émerveillé par tout ce qui répond à ses aspirations du moment, heureux de pouvoir ouvrir ses yeux aux beautés de la rue, de la campagne et des bois, l'enfant devient ainsi le collaborateur actif de son maître, voire de ses parents.

3. En ce qui concerne *la répartition des heures de classe hebdomadaires*, la commission du plan d'études estime que les autorités scolaires et les membres du corps enseignant doivent s'en tenir au minimum. Dans *les écoles de campagne*, où généralement les après-midi d'été sont libres, il convient de faire la classe 3 heures par jour au cours inférieur et 4 heures aux cours moyen et supérieur. De cette façon, on ne dépasse pas, en hiver, 30 heures de classe ordinaire par semaine.

La répartition des heures de classe doit se faire d'après les tableaux suivants:

Cours inférieur.

	Heures	
Religion	2	2
Français 13—14		
a) Elocution, vocabulaire et rédaction	6	7
b) Lecture, écriture, récitation	6	6
c) Grammaire et exercices	1	1
Calcul	6	6
Chant	1	2
Dessin	1	1
Gymnastique	2	2
	25	27

Cours moyen.

	Heures	
Religion	2	2
Français 10—12		
a) Elocution	2	3
b) Lecture et récitation	3	4
c) Vocabulaire	1	1
d) Rédaction	2	2
e) Grammaire et dictée	2	2
Calcul	6	6
Histoire naturelle	2	2
Géographie	2	2
Histoire	2	2
Ecriture	1	1
Dessin	2	2
Chant	1	2
Gymnastique	2	2
	30	33

Cours supérieur.	Heures	
Religion	2	2
Français 10—12		
a) Elocution	2	3
b) Lecture et récitation	3	4
c) Vocabulaire	1	1
d) Rédaction	2	2
e) Grammaire et dictée	2	2
Arithmétique et géométrie	6	6
Histoire naturelle	2	2
Géographie	2	2
Histoire	2	2
Ecriture	1	1
Dessin	2	2
Chant	1	2
Gymnastique	2	2
	30	33

Ecole primaire supérieure	Heures	
Religion	2	2
Français	6	8
Allemand	3	4
Arithmétique	4	4
Géométrie	2	2
Histoire naturelle	2	2
Géographie	2	2
Histoire	2	2
Ecriture	1	1
Dessin	2	2
Chant	2	2
Gymnastique	2	2
	30	33

Le nombre minimum des heures annuelles est de 1040 (scolarité de 9 ans).

4. Les tablaux qui précèdent s'appliquent en première ligne aux élèves du sexe masculin. Les filles du cours supérieur qui suivent *l'enseignement ménager* sont dispensées d'un nombre d'heures proportionnel à celles qui sont obligatoires pour d'autres branches du programme.

Quant aux heures consacrées à *l'école de travail pour les filles,* nous tenons à faire observer que ces heures doivent être prises en dehors de l'horaire, c'est-à-dire pendant les demi-journées libres.

5. Il est recommandé aux autorités scolaires de dépasser, *en été*, le nombre minimum des semaines d'école, afin que le semestre

d'hiver soit quelque peu déchargé. Pour réaliser cette idée, la commission estime que l'école doit être tenue, *en été, au moins 16 semaines* dans les écoles possédant la scolarité de 9 ans. et *18 semaines* dans celles où la scolarité a été réduite à 8 ans. En revanche, *les vacances de fin d'année* devraient comprendre huit à dix jours au minimum.

6. Au début de chaque année scolaire, tous les membres du corps enseignant doivent établir, pour leur classe respective, *un plan spécial avec horaire,* qu'ils présentent à l'inspecteur sur demande. L'horaire doit être affiché en classe.

Si le plan d'études ne prescrit pas, de façon précise, les matières à enseigner pour l'une ou l'autre branche, il appartient aux membres du corps enseignant d'une même localité de s'entendre à cet effet.

Il est recommandé aux grandes communes d'établir un plan d'études local pour la répartition des matières sur les differentes années scolaires. Ce plan doit être soumis, pour sanction, à la Direction de l'Instruction publique.

7. Il ne sera fait usage à l'école d'aucun moyen d'enseignement qui n'aura pas été approuvé par le Conseil-exécutif. (Art. 103, al. 2, de la Loi sur l'Instruction primaire.)

---

2. Universität.

2. Reglement über die Erteilung der Doktorwürde an der philosophischen Fakultät I der Universität Bern *). (Vom 17. November 1930.)

Die Direktion des Unterrichtswesens des Kantons Bern, gestützt auf Art. 53, Ziffer 4, des Gesetzes über die Hochschule vom 14. März 1834, erläßt folgendes Reglement:

§ 1. Die Bewerbung um die Doktorwürde geschieht durch ein bei dem Dekan der Fakultät schriftlich einzureichendes Gesuch. Diesem müssen beigefügt sein:

a) Eine Dissertation im Manuskript aus einem der in § 2 genannten Hauptfächer, in deutscher, französischer, italienischer, englischer oder lateinischer Sprache, mit hinreichenden Ausweisen über die Entstehung der Arbeit. An Stelle einer Arbeit im Manuskript kann ausnahmsweise eine Druckschrift angenommen werden. Der Dissertation ist die schriftliche Erklärung beizufügen, daß der Kandidat sie ohne unerlaubte Hilfe angefertigt habe.

b) Ein „Lebenslauf" des Kandidaten in einer der genannten Sprachen.

---

*) Die Kandidaten werden ausdrücklich auf die von der Fakultät erlassenen Ausführungsbestimmungen aufmerksam gemacht.

c) Zeugnisse über wissenschaftliche Vorbildung.
Als solche werden anerkannt:
1. Ein schweizerisches Maturitätszeugnis literarischer oder realistischer Richtung, bei letzterem mit einer Ergänzungsprüfung in Latein;
2. ein ausländisches Maturitätszeugnis eines mindestens achtklassigen Gymnasiums oder einer Oberrealschule unter den gleichen Bedingungen wie unter 1;
3. ein bernisches Sekundarlehrerpatent sprachlich-historischer Richtung oder ein mindestens gleichwertiges eines andern Kantons, in jedem Falle mit nachfolgendem mindestens viersemestrigem Studium.

d) Zeugnisse über wenigstens sechs genügend belegte akademische Semester, von denen zwei an hiesiger Universität verbracht sein müssen.

e) Ein Leumundzeugnis.

f) Eine Summe von Fr. 340.—. Unbemittelten kann auf begründetes Gesuch hin ein größerer oder kleinerer Teil der Gebühr nach dem Examen erlassen werden.

§ 2. In seinem Gesuch hat der Kandidat neben dem durch die Dissertation als sein Hauptfach bestimmten Fache aus der nebenstehenden Liste noch zwei Nebenfächer zu bezeichnen. Die Wahl der Nebenfächer ist frei, sofern nicht die nebenstehende Tabelle eine Bindung vorschreibt.

Als Haupt- und Nebenfächer sind zulässig:

Hauptfach:	*Obligatorisches Nebenfach:*
Philosophie	frei
Psychologie	Philosophie
Griechische Sprache, Literatur und Altertümer	Lateinische Sprache, Literatur und Altertümer
Lateinische Sprache, Literatur und Altertümer	Griechische Sprache, Literatur und Altertümer
Germanische Philologie	Neudeutsche Sprache und Literatur
Neudeutsche Sprache und Literatur	Germanische Philologie
Romanische Philologie oder altfranzösische Sprache und Literatur	Neufranzösische Sprache und Literatur
Neufranzösische Sprache und Literatur	Romanische Philologie oder altfranzösische Sprache und Literatur
Italienische Sprache und Literatur	Romanische Philologie

Englische Sprache und Literatur	Germanische oder romanische Philologie
Semitische Philologie	frei
Vergl. Grammatik der indogermanischen Sprachen	Indische oder griechische oder lateinische oder germanische Philologie
Indische Philologie	Vergl. Grammatik der indogermanischen Sprachen
Allgemeine Geschichte[1]) . . .	frei
Schweizergeschichte[1]) . . .	Allgemeine Geschichte
Kunstgeschichte	frei
Musikwissenschaft	frei
Geographie	Allgemeine Geschichte

Nur als Nebenfächer sind zulässig: Religionsgeschichte, Nationalökonomie. Eines der folgenden Fächer: Mathematik, Physik (wenn Philosophie oder Psychologie oder Musikwissenschaft Hauptfach); Chemie, Botanik, Zoologie (wenn Philosophie oder Psychologie Hauptfach); Geologie (wenn Geographie Hauptfach).

§ 3. Ist die Dissertation in Bern gemacht worden, so hat der Professor, unter dessen Leitung sie ausgeführt worden ist, Bericht und Antrag an die Fakultät zu erstatten. Ist die Dissertation nicht unter Leitung eines bernischen Professors ausgeführt, so haben die Vertreter des Faches sie zu begutachten.

Ist die Dissertation von der Fakultät angenommen und sind die übrigen Bedingungen erfüllt, so wird der Kandidat zum Examen zugelassen. Andernfalls wird der Kandidat abgewiesen und erhält die erlegte Summe nach Abzug einer Gebühr von Fr. 50.— für die Prüfung der Dissertation zurück. Zwischen Annahme der Dissertation und Examen darf höchstens ein halbes Jahr verstreichen.

§ 4. In den einzelnen Fächern examinieren diejenigen Professoren, die für deren Vortrag angestellt sind. Wenn mehrere Professoren das gleiche Fach in der Fakultät vertreten, so prüfen sie abwechselnd oder nach einer Vereinbarung, die der Genehmigung der Fakultät unterliegt. Den Examinator in einem Fache, das an der philosophischen Fakultät I nicht vertreten ist, bestimmt die Fakultät.

§ 5. Das Examen besteht in einer schriftlichen und einer mündlichen Prüfung. Die schriftliche wird in Klausur ohne Hilfsmittel und unter Aufsicht des Examinators abgehalten. Der Kandidat hat in jedem Fach die Wahl zwischen drei ihm gestellten Aufgaben.

[1]) Einschließlich historischer Hilfswissenschaften.

Zur Bearbeitung des gewählten Themas werden ihm höchstens je vier Stunden Zeit eingeräumt. Kandidaten, die das bernische Gymnasiallehrerexamen bestanden haben, können auf Gesuch von den Klausurarbeiten in den Fächern befreit werden, in denen sie Note 1 erhalten haben. Wer sich unerlaubter Hilfsmittel bedient, gilt als durchgefallen.

§ 6. Das mündliche Examen findet in einer Fakultätssitzung statt und ist öffentlich. Der Dekan kann zwei Prüfungen gleichzeitig anordnen; in der einen führt er selbst, in der andern der Sekretär der Fakultät den Vorsitz. Das Examen dauert im Hauptfach eine Stunde [1]), in jedem Nebenfach eine halbe Stunde. Die Beurteilung der Leistungen in den einzelnen Fächern geschieht im Anschluß an das Examen unter Vorsitz des Dekans durch die Examinatoren. Die Abstimmung über das Gesamtergebnis erfolgt durch die Prüfenden und die bei der Prüfung anwesenden Mitglieder der Fakultät. Wenn die Mehrzahl der Stimmen sich für den Geprüften entscheidet, so wird ihm die Doktorwürde mit dem in § 7 ausgesprochenen Vorbehalte erteilt, und zwar mit der Note:

„summa cum laude"
oder „magna cum laude"
oder „cum laude"
oder „rite".

Ausnahmsweise kann der Dekan Unterbrechungen des Examens gestatten. Wer nach Beginn des Examens ohne ärztliches Zeugnis zurücktritt, gilt als durchgefallen.

§ 7. Hat der Kandidat das Examen bestanden, so vollzieht der Dekan die Promotion unter Vorbehalt der Erfüllung der dem Geprüften ordnungsgemäß obliegenden Pflichten und nimmt ihm das folgende durch Handschlag zu bekräftigende Gelübde ab:

„Ich gelobe, der akademischen Würde, die mir heute verliehen worden ist, stets Ehre zu machen; ich verspreche, der Wissenschaft, der ich mich gewidmet habe, stets, soviel ich vermag, zu dienen und ihre Würde aufrechtzuerhalten; ich gelobe, die wissenschaftliche Erforschung der Wahrheit stets als eine ernste und hohe Aufgabe zu betrachten. Dies verspreche und gelobe ich."

§ 8. Zur Führung des Doktortitels ist der Kandidat erst nach Empfang des Doktordiploms berechtigt. Dieses wird ihm aber erst ausgehändigt, nachdem seine Dissertation gedruckt und der Fakultät in vorschriftsmäßiger Form [2]) und den Anweisungen des

[1]) Bei Allgemeiner Geschichte und Schweizergeschichte einschließlich historischer Hilfswissenschaften 70 Minuten.

[2]) Das heißt, auf dem Titel versehen mit der Bezeichnung: „Inaugural-Dissertation der philosophischen Fakultät I der Universität Bern zur Erlangung der Doktorwürde vorgelegt von N. N." und mit dem von dem Dekan unterschriebenen und mit Datum versehenen Vermerk „Von der philosophischen Fakultät I auf Antrag des Herrn oder der Herren Prof. N. N. angenommen".

Referenten entsprechend in 180 Exemplaren abgeliefert ist. Ist der Kandidat dieser Pflicht nicht innerhalb eines Jahres nach bestandenem Examen nachgekommen, so ist die Fakultät berechtigt, das Examen als ungültig zu erklären.

§ 9. Erhält der Kandidat nicht die Mehrheit der Stimmen, so wird er abgewiesen. In diesem Falle wird ihm die Hälfte der nach § 1 erlegten Summe zurückbezahlt. Eine Wiederholung des Examens wird nur zweimal gestattet, mit Zwischenräumen von wenigstens sechs Monaten.

§ 10. Von der durch den Kandidaten bezahlten Gebühr fallen Fr. 50.— an den Referenten über die Dissertation, 15 an die Fakultätskasse, 25 an die Witwen- und Waisenkasse, 10 an die Stadtbibliothek, 15 an den Pedell der Universität; 30 werden für den Druck und die Versendung des Diploms reserviert. Der Rest fällt an Dekan, Sekretär und die Examinatoren in einem von der Fakultät zu bestimmenden Verhältnis.

§ 11. In ganz besondern Fällen, in denen bereits erschienene wissenschaftliche Arbeiten eines Kandidaten eine Berücksichtigung empfehlen, ist die Fakultät berechtigt, ihm die nach § 1 vorgesehenen zwei Studiensemester an hiesiger Universität teilweise zu erlassen. Zur Bewilligung dieser Ausnahme sind ⅔ der Stimmen der Anwesenden notwendig.

§ 12. Die philosophische Fakultät I behält sich vor, aus eigenem Antrieb an Personen von vorzüglicher Gelehrsamkeit oder ausgezeichneten Verdiensten die Würde eines Doktors der Philosophie honoris causa zu verleihen. Es geschieht dies durch geheime Abstimmung. Nur wenn keine Stimme sich dagegen erklärt, gilt die Wahl als vollzogen.

§ 13. Das Reglement vom 23. Dezember 1921 wird hierdurch aufgehoben und das vorliegende sofort in Kraft erklärt.

---

3. Doktorreglement der philosophischen Fakultät II; Ergänzung. (Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, Sitzung vom 5. Dezember 1930.)

Im Doktorreglement der philosophischen Fakultät II vom 25. August 1916 wird in § 1, lit. c, Ziffer 1, am Schluß beigefügt:

„Kandidaten, die seit 1930 die Handelsmaturität am Handelsgymnasium der Stadt Bern bestanden haben, sind von dieser Ergänzungsprüfung befreit."

---

4. Verordnung betreffend die Besoldung der Assistenten an der Hochschule. (Vom 11. März 1930.)

---

5. Statuten der Studentenkrankenkasse der Universität Bern. (Vom 17. September 1930).

---

3. Lehrerschaft aller Stufen.

6. Reglement betreffend den Ausweis für Französischunterricht an den erweiterten Oberschulen. (Vom 6. Mai 1930.)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,

in Ausführung der §§ 73, 74 und 107 des Primarschulgesetzes vom 6. Mai 1894,

auf den Antrag der Direktion des Unterrichtswesens,

beschließt:

§ 1. Wer den zur Übernahme einer Lehrstelle an einer bernischen erweiterten Oberschule nötigen Ausweis erwerben will, hat zu diesem Zwecke in der französischen Sprache eine Patentprüfung zu bestehen.

§ 2. Diese Prüfung findet alljährlich im Frühling statt. Zeit und Ort werden von den Präsidenten der Patentprüfungskommissionen für Primarlehrer bestimmt und im amtlichen Schulblatt bekanntgemacht.

§ 3. Zu dieser Prüfung werden nur Bewerber zugelassen, die im Besitze eines bernischen Primarlehrerpatentes oder eines von der Direktion des Unterrichtswesens als gleichwertig anerkannten Ausweises sind und die sich über einen Aufenthalt von wenigstens fünf Monaten im französischen Sprachgebiet ausweisen können.

Dieser Aufenthalt darf unter zwei Malen erfolgen.

Die Prüfungsgebühr beträgt für Kantons- und Schweizerbürger Fr. 30.—, für Ausländer Fr. 75.—; für die Ausfertigung der Ausweise ist eine Gebühr von Fr. 2.— zu entrichten. Der Betrag ist vor der Prüfung an eine der kantonalen Amtsschaffnereien einzuzahlen.

§ 4. Die Prüfungskandidaten werden frühestens ein Jahr nach ihrem Austritt aus dem Seminar zur Prüfung zugelassen.

§ 5. Die Prüfungen erfolgen durch die Experten für Französisch der Patentprüfungskommission für Primarlehrer, unter Beiwohnung des Präsidenten dieser Kommission.

§ 6. Die Prüfungen finden schriftlich und mündlich statt. Sie dauern in der Regel einen Tag.

Die an die Kandidaten zu stellenden Anforderungen sind folgende:

Schriftliche Prüfung.

1. Übersetzung eines Textes vom Deutschen ins Französische, eventuell ein Diktat.

2. Ein Aufsatz in französischer Sprache.

Mündliche Prüfung.

Leichtigkeit und Korrektheit im mündlichen Ausdruck. Phonetik. Sichere Kenntnis der neufranzösischen Grammatik, Lektüre und Erklärung eines Schriftstellertextes, Bekanntschaft mit den wichtigsten Epochen der neuern Literaturgeschichte und einiger literarischer Denkmäler der neuern Zeit.

Eine besondere Wegleitung gibt weitern Aufschluß.

§ 7. Zur Patentierung wird der Unterrichtskommission von den Prüfungskommissionen vorgeschlagen, wer keine geringere Examennote als 2 erhalten hat.

§ 8. Die Mitglieder der Prüfungskommission beziehen für die Durchführung der Prüfung die nämlichen Entschädigungen wie die Mitglieder der Patentprüfungskommission für Primarlehrer.

§ 9. Dieses Reglement tritt sofort in Kraft. Durch dasselbe wird das Reglement für die Patentprüfungen der Primarlehrer zur Erlangung des Ausweises für Erteilung der französischen beziehungsweise der deutschen Sprache an den erweiterten Oberschulen des Kantons Bern vom 12. August 1913 aufgehoben.

---

7. Reglement für die Patentprüfung von Sekundarlehrern des Kantons Bern. (Abänderung vom 29. Juli 1930.)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,
beschließt:

Den §§ 1 und 2 des Reglementes für die Patentprüfung von Sekundarlehrern des Kantons Bern vom 31. März 1919 wird mit Wirkung ab 1. Oktober 1930 folgende Fassung gegeben:

§ 1. Für Bewerber um ein Patent für Lehrstellen an Sekundarschulen des Kantons Bern findet jährlich zweimal, im Frühling und im Herbst, eine Prüfung statt. Ihr Zeitpunkt wird von der Patentprüfungskommission bestimmt und im amtlichen Schulblatt bekannt gemacht.

§ 2. Die Bewerber haben sich bis zu dem in der Ausschreibund angegebenen Zeitpunkt bei dem Präsidenten der Patentprüfungskommission schriftlich anzumelden und (nach §§ 9, 10 und 11) die Fächer genau zu bezeichnen, für die sie das Patent erwerben wollen.

---

8. Reglement über die praktisch-didaktischen Kurse für Kandidaten des höheren Lehramtes. (Vom 14. Februar 1930.)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,
auf Antrag der Unterrichtsdirektion,
beschließt:

§ 1. Die nach dem Reglement für die Patentprüfungen von Kandidaten des höheren Lehramtes vom 24. Mai 1927 im § 9, Abs. 4, für die Kandidaten des höheren Lehramtes in wenigstens einem ihrer Hauptfächer obligatorischen praktisch-didaktischen Kurse werden je nach Bedürfnis abgehalten.

§ 2. Dieses Bedürfnis gilt als vorhanden, wenn sich auf die Ausschreibung am schwarzen Brett der Hochschule 2 bis 4 Kandidaten für eines der in Betracht fallenden Fächer beim Präsidenten der Prüfungskommission angemeldet haben (§ 3 des Reglementes vom 24. Mai 1927.)

§ 3. Es sollen in der Regel nicht mehr als zwei Kurse in einem Semester abgehalten werden, und es soll dabei nach Möglichkeit ein angemessener Wechsel der Fächer stattfinden. Ein Kurs dauert ein Semester.

§ 4. Ein praktisch-didaktischer Kurs wird von einem Gymnasiallehrer geleitet, der von der Patentprüfungskommission bestimmt wird.

§ 5. Der Leiter eines Kurses ist verpflichtet, die ihm zugewiesenen Kandidaten in mindestens 3 Wochenstunden in die wesentlichen Teile der Methodik und Didaktik seines Faches einzuführen.

Über Anlage und Durchführung des Kurses im einzelnen verständigt sich der Kursleiter mit dem von der Prüfungskommission bezeichneten Fachgelehrten, dem die Prüfung in diesem Fache zugewiesen ist.

§ 6. Nach Abschluß des Kurses bescheinigt der Kursleiter jedem Kandidaten den Besuch des Kurses und erstattet dem Präsidenten der Patentprüfungskommission einen kurzen Bericht.

§ 7. Als Entschädigung für den ein Semester mit drei wöchentlichen Stunden umfassenden Kurs erhält der Kursleiter Fr. 300.—.

§ 8. Für die Kandidaten des höheren Lehramtes ist ein solcher Kurs unentgeltlich.

---

9. Reglement betreffend die Besoldung der Lehrer der Kantonsschule Pruntrut; Abänderung. (Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, Sitzung vom 25. April 1930.)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,

in Anwendung des Dekretes vom 20. November 1929 betreffend die Besoldungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates Bern, auf Antrag der Unterrichtsdirektion,

beschließt:

Die §§ 1—3 des Reglementes betreffend die Besoldung der Lehrer der Kantonsschule Pruntrut vom 1. August 1922 werden ergänzt durch folgende Bestimmungen:

1. Für die Besoldungen der Hauptlehrer an der Kantonsschule Pruntrut findet die „Formel" Anwendung (§ 2 des Besoldungsdekretes vom 20. November 1929).[1])

2. Für ihre besondern Verrichtungen beziehen außer ihren Besoldungen im Jahr:

	für 1930 u. 1931	vom 1. Jan. 1932 an
Der Rektor	Fr. 1300.—	Fr. 1400.—
Der Provisor	„ 550.—	„ 600.—
Der Vorsteher der Handelsabteilung	„ 550.—	„ 600.—

3. Die Hilfslehrer mit weniger als 22, beziehungsweise 25 wöchentlichen Unterrichtsstunden beziehen eine Anfangsbesoldung von Fr. 280.— am Gymnasium und Fr. 260.— am Progymnasium für die Wochenstunde. Zu diesen Anfangsbesoldungen kommen 12 jährliche, auf die Wochenstunde berechnete Dienstalterszulagen. Sie betragen für die Jahre 1930 und 1931 für die Lehrer am Gymnasium je Fr. 9.50, für die Lehrer am Progymnasium je Fr. 7.— und vom 1. Januar 1932 hinweg für die Lehrer am Gymnasium je Fr. 11.—, für die Lehrer am Progymnasium je Fr. 8.— für die wöchentliche Stunde.

4. Dieses Reglement tritt rückwirkend auf 1. Januar 1930 in Kraft. Alle ihm widersprechenden Regierungsratsbeschlüsse sind aufgehoben.

---

10. Festsetzung der Besoldungszulagen der Hilfslehrer und -lehrerinnen der staatlichen Seminare. (Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, Sitzung vom 25. April 1930.)

Auf Antrag der Unterrichtsdirektion wird unter Anwendung des § 2, letztes Alinea, des Besoldungsdekretes vom 20. November 1929 und des § 1, Alinea b, des Dekretes betreffend die Besoldungen der Vorsteher, Lehrer und Lehrerinnen der staatlichen Seminare vom 6. April 1922, die Besoldung der Hilfslehrer und -lehrerinnen der staatlichen Seminare mit nicht voller Stundenzahl festgesetzt wie folgt:

Die Hilfslehrer beziehen eine Grundbesoldung von Fr. 280.—, die Hilfslehrerinnen eine solche von Fr. 230.— für die wöchentliche Stunde. Zu der Grundbesoldung treten zwölf Dienstalterszulagen, die je nach einem Dienstjahr ausgerichtet werden. Sie betragen für die Jahre 1930 und

---

[1]) Formel: Die Zulage beträgt in Promillen:

$$4 \times \text{Anzahl Dienstjahre} + \frac{6 \times \text{Anzahl Dienstjahre} \times \text{Jahresbesoldung}}{10{,}000}$$

1931 für die Hilfslehrer je Fr. 9.50, für die Hilfslehrerinnen je Fr. 7.— und vom 1. Januar 1932 an für die Hilfslehrer Fr. 11.—, für die Hilfslehrerinnen Fr. 8.— für die wöchentliche Stunde.

Dieser Beschluß tritt rückwirkend auf 1. Januar 1930 in Kraft.

---

11. Lehrerbesoldungen an der Taubstummenanstalt in Münchenbuchsee. (Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, Sitzung vom 16. Mai 1930.)

---

12. Beschluß des Regierungsrates des Kantons Bern betreffend die Besoldungen des technischen Hilfspersonals der Hochschule. (Vom 9. Mai 1930.)

III. Kanton Luzern.

Lehrerschaft aller Stufen.

Reglement für Sprachenprüfungen. (Vom 17. Januar 1930.)

Der Erziehungsrat des Kantons Luzern,

in Revision des Prüfungsreglementes vom 1. Februar 1916,

mit Hinsicht auf § 84, Alinea 5, des Erziehungsgesetzes,

beschließt:

§ 1. Alljährlich, an einem vom Erziehungsrate festzusetzenden Termine, findet an der Kantonsschule in Luzern eine Prüfung der Lehramtskandidaten und -kandidatinnen statt, die sich ein Patent für den Unterricht im Deutschen, Französischen, Italienischen oder Englischen erwerben wollen.

§ 2. Wer sich einer solchen Prüfung unterziehen will, hat jeweilen bis spätestens Ende Juni dem Erziehungsrate unter Vorlage der Studienausweise und unter genauer Angabe der Personalien ein Gesuch um Zulassung zu derselben einzureichen.

Ferner ist ein Ausweis über mindestens ein halbes Jahr Aufenthalt im betreffenden Sprachgebiet vorzuweisen.

§ 3. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche.

§ 4. Für die einzelnen Sprachen werden folgende Forderungen gestellt:

A. Deutsche Sprache.

1. Schriftliche Prüfung.

a) Ein Aufsatz. — Dem Prüfling werden drei Themen zur freien Auswahl vorgelegt.

b) Beantwortung von zwei leichtern Fragen aus der deutschen Literatur.

Die schriftlichen Arbeiten sollen nicht nur inhaltlich, sondern auch grammatikalisch-stilistisch richtig sein, ohne wesentliche Verstöße gegen die Formen- und Satzlehre.

2. Mündliche Prüfung.

a) Phonetisch richtiges Lesen und fließendes Nacherzählen eines Gedichtes oder Prosastückes.
b) Praktische Beherrschung der Aussprache, der Satz- und Formenlehre, wie die Einführung eines Fremdsprachigen in die deutsche Sprache sie erfordert.
c) Die Kenntnis der Haupteigenschaften eines guten Stils.
d) Kenntnis der Grundzüge der Verslehre (Rhythmus, Vers, Strophe und Reim).
e) Übersichtliche Kenntnis der Geschichte der deutschen Literatur, mit besonderer Berücksichtigung der ersten und zweiten Blüteperiode.
f) Eingehendere Kenntnis einiger Hauptwerke der deutschen Dichtung, als: Nibelungenlied, Parzival; Lessing: Minna von Barnhelm; Goethe: Iphigenie, Tasso, Hermann und Dorothea, Dichtung und Wahrheit; Schiller: Romanzen und Balladen, Das Lied von der Glocke, Maria Stuart, Die Jungfrau von Orleans, Wilhelm Tell; Gottfried Keller: Der grüne Heinrich; oder Friedrich Wilhelm Weber: Dreizehn Linden; Heinrich Federer: Jungfer Theres.

Die Kenntnis der Werke der neuern Literatur soll nicht nur durch bloße Inhaltsangaben der Literaturbücher gewonnen werden, sondern durch die Lektüre der Dichtungen selbst.

Prüflinge, deren Muttersprache das Deutsche ist, sollen sich nicht nur über eine eingehendere Kenntnis der deutschen Literatur ausweisen, sondern auch über die Geschichte der deutschen Sprache einigermaßen Bescheid wissen.

B. Französische, italienische und englische Sprache.

1. Schriftliche Prüfung.

a) Die Übersetzung (in die Fremdsprache) eines nicht allzu schwierigen, zusammenhängenden Prosastückes oder die Anfertigung eines leichtern Aufsatzes (Brief, Biographie, Erzählung).
b) Ein Diktat eines Prosastückes oder eines Gedichtes, das nach kürzester nachheriger Durchsicht gleich abzugeben ist.

Die schriftlichen Arbeiten sollen mit Sprachgewandtheit, ohne wesentliche Verstöße gegen die Formen- und Satzlehre und idiomatisch richtig abgefaßt sein.

2. Mündliche Prüfung.

a) Lesen aus dem einen oder andern hervorragenden Schriftwerke, Übersetzung einzelner Stellen, mit begleitenden Erläuterungen und nachheriger freier Wiedergabe des Gelesenen.

b) Gespräche über Land und Leute, Sitten und Gebräuche, Studien und Reisen im betreffenden Sprachgebiete.

Übersetzung geläufiger Texte aus der Muttersprache in die Fremdsprache oder umgekehrt.

c) Beantwortung und Erklärung von grammatikalischen Fragen in der Eigenschaft eines Lehrers vor den Schülern.

d) Kenntnis der wichtigsten Momente und Gestalten der Literatur, und zwar:

aa) *Französische Sprache:* Besondere Berücksichtigung des XVII., XVIII. und XIX. Jahrhunderts. Genauere Kenntnis einiger Hauptwerke der französischen Dichtung: Corneille: le Cid, Polyeucte; Racine: Andromaque, Athalie; Molière: le Misanthrope, l'Avare, le Bourgeois gentilhomme; La Fontaine: les Fables; Lamartine: Méditations, Harmonies poétiques et religieuses; de Vigny: les Destinées; Musset: les Nuits; Victor Hugo: les Feuilles d'automne, les Voix intérieures, les Rayons et les Ombres.

bb) *Italienische Sprache:* Dante Alighieri: sein Leben, seine Zeit; der Aufbau der Divina Commedia, die Gesänge III, V, X, XXXIII der Hölle, III, V, VI, VIII, XI, XIII. XXVIII des Fegfeuers, III, XI, XXIII des Paradieses; — Francesco Petrarca: Nella stagion . . . Chiare, fresche e dolci acque . . . Vergine bella . . . Erano i capei d'oro . . . In qual parte . . . L'aura serena . . . Quand' io veggio . . . Se lamentar augelli . . . Quel rosignuol . . .; — Giovanni Boccaccio: eine der Novellen; Ludovico Ariosto: eine Episode aus dem Orlando Furioso; Torquato Tasso: eine Episode aus der Gerusalemme Liberata; — Carlo Goldoni: eines der Lustspiele; — Vittorio Alfieri: Saul; — Ugo Foscolo: I Sepolcri; — Vincenzo Monti: ein Gesang aus der Bassvilliana; — Giacomo Leopardi: Erlesene Canti, vornehmlich: A Silvia, Il Sabato del Villaggio, Canto notturno; — Alessandro Manzoni: I Promessi Sposi; — Giosuè Carducci: Il Bove, Di Notte, In Riva al Mare, Pianto Antico, Idillio Maremmano, Alle Fonti del Clitumno, Fantasia, Ideale, All' Aurora, Sogno d'Estate, In Monte Mario; — Gabriele D'Annunzio: Auslese der Laudi.

cc) *Englische Sprache.* Bei den folgenden Autoren sind jeweilen nicht nur die genannten Werke, sondern auch die betreffenden Perioden zu studieren. Die Werke können auch an Hand guter Schulausgaben gelesen und studiert werden. Shakespeare, Histories: Julius Caesar. Comedies: The Merchant of Venice, Midsummer Night's Dream. Tragedies: Hamlet, Romeo and Juliet or Othello. Milton: Parts of the Paradise Lost. Daniel Defoe: Robinson Crusoe. Swift: Gulliver's Travels. Goldsmith: The Vicar of Wakefield. Robert Burns: Some of his songs. Walter Scott: The Lady of the Lake, Ivanhoe, Kenilworth, or Quentin Durward. Byron: Some of his most famous poems. Macaulay: Some chapters of his History of England. Bulwer: The last Days of Pompeii, or some other novel. Dickens: A Christmas Carol, The Cricket on the Hearth, David Copperfield, The old Curiosity Shop, or some other novel. Thackeray: Vanity Fair, or some other work. Tennyson: Enoch Arden, or The Idylls of the King. Marryat: Peter Simple, or Masterman Ready, or some other novel. George Eliot: The Mill on the Floss. Kipling: The Jungle Book. Stevenson: Treasure Island. Oscar Wilde: Some tales. Bernhard Shaw: One or two of his plays.

American Writers: Longfellow: Evangeline. Washington Irving: The Sketch Book, or the Tales of the Alhambra. Mark Twain: A Tramp abroad, or The Innocents abroad. The Prince and the Pauper.

Praktische Kenntnis der Phonetik. Transkriptionen.

e) Die Kenntnis der Literaturwerke soll nicht durch bloße Inhaltsangabe der Literaturbücher gewonnen werden, sondern durch die Lektüre.

f) Fremdsprachliche Kandidaten können von den Übersetzungen dispensiert werden; dafür werden in der schriftlichen Prüfung höhere Anforderungen gestellt und wird eine eingehendere Kenntnis der Literatur verlangt.

§ 5. Die Benützung jeglicher Hilfsmittel — mit Ausnahme eines Wörterbuches zu den schriftlichen Arbeiten —, sowie jede Unredlichkeit oder jeder Betrugsversuch bei der mündlichen oder schriftlichen Prüfung kann mit Zurückweisung von der Prüfung, und mit Verweigerung des Patentes bestraft werden.

§ 6. Über das Ergebnis der Prüfung, an welcher der Erziehungsrat durch einen Delegierten vertreten wird, hat der bestellte Examinator unter Beischluß der schriftlichen Arbeiten einen schriftlichen Bericht zu erstatten.

Darin sollen die Leistungen des Prüflings durch 4—6 Teilnoten nach der Skala 6 bis 1, unter Ausschluß von halben Noten, bewertet werden.

§ 7. Der Durchschnitt aus den Teilnoten stellt die Patentnote dar. Wer nicht den Durchschnitt von 3,5 erreicht, wird nicht patentiert.

§ 8. Die Prüfungsgebühr beträgt für Schweizerbürger pro Fach Fr. 20.—, für Ausländer pro Fach Fr. 40.—; außerdem ist für Ausfertigung des Patentes eine Kanzleigebühr von Fr. 5.— nebst Stempel zu bezahlen.

Für eine außerordentliche Prüfung ist nebst der Kanzleigebühr von Fr. 5.— ein Betrag von Fr. 50.— zu bezahlen.

Die Gebühren sind v o r der Prüfung zu entrichten. Eine Rückerstattung erfolgt nur bei Nichterscheinen zur Prüfung.

IV. Kanton Uri.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1930.

V. Kanton Schwyz.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1930.

VI. Kanton Obwalden.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1930.

VII. Kanton Nidwalden.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1930.

VIII. Kanton Glarus.

1. Allgemeines.

I. Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Gesundheitspflege und die Versicherung in den Schulen. (Erlassen vom Landrat am 23. April 1930.)

1. Schulärztlicher Dienst.

§ 1. Der Schularzt ist von Amtes wegen überwachender und beratender, nicht behandelnder Arzt.

§ 2. Der Schularzt hat alle Maßnahmen zu treffen, welche die Gesundheit der Schüler und Lehrer zu erhalten und zu fördern geeignet sind.

Insbesondere hat er

a) die neu ins Alter der Schulpflicht eingetretenen Kinder zu untersuchen;
b) mindestens eine Zwischenuntersuchung der Schüler im fünften Schuljahre und
c) die Schlußuntersuchung vor der Entlassung der Schüler aus der Schule vorzunehmen;
d) schwächliche und kränkliche Schüler bei wiederholten Inspektionen besonders zu beobachten;
e) mitzuwirken, wenn es sich um die Befreiung einzelner Schüler von Unterrichtsfächern oder um ihre Einweisung in Hilfsklassen, Anstalten, Ferienkolonien handelt;
f) die Lehrer und Schulbehörden in Fragen der Schulgesundheitspflege zu beraten;
g) dem Schulrate zuhanden der Erziehungsdirektion jährlich Bericht zu erstatten.

§ 3. Bei der Anfangs-, Zwischen- und Schlußuntersuchung hat der Schularzt sein Augenmerk auf die Sinnes- und Sprachgebrechen, auf die Rückständigkeit in der körperlichen und geistigen Entwicklung, auf Krankheiten und Krankheitsanlagen zu richten. Der Rachitis, dem Kropf, der Tuberkulose, wie auch der Zahnfäulnis hat er besondere Aufmerksamkeit zu schenken und bei der Bekämpfung der Parasiten durch Anleitung mitzuwirken.

Feststellung von Gebrechen und Krankheiten sind vom Schularzt durch Formulare den Eltern mitzuteilen und diese einzuladen, Gebrechen nach Möglichkeit beheben, Krankheiten ärztlich behandeln zu lassen.

Das Vorgehen bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten richtet sich nach der Verordnung über die Maßregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten durch die Schulen.

§ 4. Die bei den Untersuchungen gemachten Feststellungen werden für jeden Schüler auf einem Befundformular eingetragen.

Das Befundformular bleibt beim Schularzt in Verwahrung. Wechselt ein Schüler den Schulort, so geht das Formular an den Schularzt des neuen Schulortes.

§ 5. Der Schularzt soll den Lehrer über gesundheitliche Störungen eines Schülers, die eine besondere Behandlung nötig machen, aufklären.

Er hat mit dem Lehrer mitzuwirken, wenn es sich um die Ermöglichung einer Erholungskur, eines Ferienaufenthaltes, um die Einweisung eines Schülers in eine Hilfsklasse oder um die Beratung eines austretenden Schülers über die Berufswahl handelt.

Der Schularzt kann beantragen, kranke Kinder, deren Anwesenheit in der Schule für die Mitschüler eine Gefahr bedeutet, bis zur Heilung vom Schulbesuch auszuschließen. Das gleiche gilt für Kinder mit Ungeziefer.

Wird während dieser Zeit die vom Schularzt vorgeschriebene Behandlung gegen die Parasiten nicht oder nur mangelhaft durchgeführt, so wird das Kind durch die hiefür bestimmte Person gereinigt; bei Widersetzlichkeit wird das Kind der kantonalen Krankenanstalt überwiesen, in beiden Fällen auf Kosten der Eltern.

§ 6. Dem Schularzt ist es gestattet, Untersuchungen während der Unterrichtszeit vorzunehmen; doch soll der Unterricht möglichst wenig gestört werden. Die Lehrer sind verpflichtet, den Schularzt bei seinen dienstlichen Handlungen zu unterstützen.

§ 7. Der Schularzt ist, sofern Fragen der Schulgesundheitspflege behandelt werden, zu den Sitzungen der Schulbehörde einzuladen.

§ 8. Der Lehrer hat seine Aufmerksamkeit auf folgende Punkte zu richten: Das Wachstum, den Ernährungszustand, die Haltung und Bewegung, das Gehör und die Sehkraft, die Reinlichkeit des Kindes; ferner sind die Absenzen und Krankheiten, Ermüdbarkeit und Ausdauer, Lust und Unlust, körperliche und geistige Leistungsfähigkeit, das seelische Verhalten, die Stimmungen und das moralische Verhalten zu beobachten; endlich bietet sich dem Lehrer Gelegenheit, sich über die sozialen Verhältnisse, in denen ein Kind aufwächst, zu orientieren.

§ 9. Der Schularzt hat Anspruch auf eine Entschädigung, die sovielmal zwanzig Franken beträgt, als die Gemeinde hundert Einwohner zählt, im Mindestfalle auf fünfzig Franken.

2. Schulversicherung.

§ 10. Die von den Schulgemeinden abgeschlossenen Versicherungsverträge werden anerkannt. Bei Ablauf dürfen sie nur gemäß § 8 des Gesetzes erneuert werden.

§ 11. Für neue oder zu erneuernde Versicherungen haben sich die Schulgemeinden einem Normalversicherungsvertrag anzuschließen, der auf folgenden Voraussetzungen beruht:

Versicherungssumme im Todesfall:
Für Schüler Fr. 1000.—, für Lehrer Fr. 6000.—.
Versicherungssumme im Invaliditätsfall:
Für Schüler Fr. 5000.—, für Lehrer Fr. 6000.— oder
entsprechende Renten.

Erhält ein Schüler eine Kapitalabfindung, so ist der Schulrat verpflichtet, für die Sicherung des Kapitals zu sorgen.

Heilungskosten: für Schüler: bis Fr. 3.— täglich;
für Lehrer: bis Fr. 3.— täglich.
Gemeindehaftpflichtversicherung: Fr. 100,000.— für ein Schadenereignis, Fr. 30,000.— für die einzelne Person.
Lehrerhaftpflichtversicherung wie Gemeindehaftpflichtversicherung.

§ 12. Die Prämien werden vom Regierungsrat mit einer oder mehreren Versicherungsgesellschaften vertraglich vereinbart.

---

2. Gesetz über die Schulzahnpflege. (Erlassen von der Landsgemeinde am 4. Mai 1930.)

§ 1. Die Schulgemeinden sorgen für die Untersuchung und Kontrolle der Gebisse der Schüler durch einen Schulzahnarzt oder Schulzahnpraktiker.

Dem Gesetz sind die Schüler der Primar- und der Repetierschule, sowie der Sekundar- und der Handwerkerschule unterstellt.

§ 2. Mit der Ausübung der Schulzahnpflege werden solche Personen betraut, die nach dem Gesetz vom 1. Mai 1927 über die Zahnärzte und Zahntechniker zur erwerbsmäßigen Ausübung der zahnärztlichen Praxis befugt sind.

§ 3. Der Regierungsrat organisiert für verschiedene Landesteile, die je nach Bedürfnis zu umschreiben sind, die notwendige Anzahl Schulzahnkliniken und hält sie in erster Linie den Schulgemeinden, in denen keine Zahnärzte oder Zahnpraktiker niedergelassen sind, zur Verfügung.

Diese Schulzahnkliniken sollen womöglich unter der Leitung eidgenössisch diplomierter Zahnärzte stehen.

Den Schulgemeinden steht es frei, einen eidgenössisch diplomierten Zahnarzt als Schulzahnarzt oder, wo dies nicht möglich ist, einen ortsansässigen Zahnpraktiker als Schulzahnpraktiker zu wählen, oder sich der Schulzahnklinik anzuschließen, zu der sie nach ihrer Lage gehören.

Die Wahl eines Schulzahnarztes oder Schulzahnpraktikers bedarf der Bestätigung des Regierungsrates.

§ 4. Jede Schulzahnklinik besteht aus einem Zahnarzt oder Zahnpraktiker und einer Beihilfe.

Der Kanton rüstet die von ihm organisierten Schulzahnkliniken mit transportablen Instrumentalien aus.

Die Schulgemeinde stellt ein geeignetes Lokal zur Verfügung.

§ 5. Der Schulzahnarzt oder Schulzahnpraktiker hat sich einer Schulgemeinde oder mehreren Gemeinden zusammen in der Regel für einen ganzen Arbeitstag zu verpflichten.

Das Nähere regelt die Vollziehungsverordnung.

§ 6. Der Schulzahnarzt oder Schulzahnpraktiker hat folgende Aufgaben:

a) er untersucht jährlich in erster Linie die neu in die erste Primarschulklasse eingetretenen Kinder auf den Zustand ihrer Gebisse und ihrer Mundhöhle;
b) er kontrolliert jährlich die Gebisse der ältern Schüler;
c) er behandelt die Schüler, soweit er hiezu durch schriftlichen Auftrag des Inhabers der elterlichen Gewalt ermächtigt ist;
d) er ist für die Förderung einer zweckmäßigen Zahnpflege im allgemeinen besorgt;
e) er erstattet dem Schulrate zuhanden der Erziehungsdirektion Bericht über seine Amtsführung.

§ 7. Die Kinder sind verpflichtet, sich der Untersuchung und Kontrolle durch den Schulzahnarzt oder Schulzahnpraktiker zu unterziehen.

Von dieser Verpflichtung sind diejenigen Kinder befreit, die sich darüber ausweisen, daß sie sich innerhalb der letzten sechs Monate der Untersuchung oder Kontrolle durch einen privaten Zahnarzt oder Zahnpraktiker unterzogen haben.

§ 8. Der Inhaber der elterlichen Gewalt kann den Schulzahnarzt oder Schulzahnpraktiker schriftlich mit der Behandlung des Kindes beauftragen. Mit dem Auftrag verpflichtet er sich zur Bezahlung der tarifmäßigen Kosten.

Ein Zwang zur Behandlung der Schüler durch den Schulzahnarzt oder Schulzahnpraktiker besteht nicht. Dem Inhaber der elterlichen Gewalt steht es frei, sein Kind durch einen andern Fachmann behandeln zu lassen.

Dem Regierungsrat ist vorbehalten, die Behandlung durch den Schulzahnarzt oder Schulzahnpraktiker als solchen auf gewisse Fflichtleistungen zu beschränken.

§ 9. Der Regierungsrat stellt nach Vereinbarung mit den Fachleuten einen Schultarif auf, nach welchem die Kosten für die Behandlung der Schüler veranschlagt und berechnet werden müssen.

Der Schultarif ist für sämtliche Schulzahnärzte und Schulzahnpraktiker verbindlich.

§ 10. Die Kosten der Untersuchung, der Kontrolle und des Betriebes tragen die Schulgemeinden im Verhältnis der Schülerzahl der verschiedenen Schulen.

Die Kosten der Behandlung gehen zu Lasten des Inhabers der elterlichen Gewalt.

§ 11. Der Schulrat kann die Kosten der Behandlung durch den Schulzahnarzt oder Schulzahnpraktiker dem Inhaber der elter-

lichen Gewalt erlassen, wenn dieser in bedürftigen Verhältnissen lebt.

Gegen den Entscheid des Schulrates steht der Rekurs an den Regierungsrat innert vierzehn Tagen offen.

§ 12. Die durch dieses Gesetz den Schulgemeinden erwachsenden Kosten werden auf dem ordentlichen Wege gedeckt.

Den Primarschulgemeinden, die ihre Rechnungen ohne Defizit abschließen, sowie den Sekundarschulgemeinden, vergütet der Kanton die Hälfte der ausgewiesenen Kosten.

§ 13. Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 1931 in Kraft.

Im Schuljahr 1931/32 werden die Schüler der 1., 2. und 3. Klasse der Primarschule einer ersten Untersuchung unterworfen. In den folgenden Schuljahren unterliegen nur die Schüler der 1. Primarschulklasse der ersten Untersuchung. Die bereits untersuchten Schüler der obern Klassen werden zur Kontrolluntersuchung herangezogen.

§ 14. Der Landrat erläßt eine Vollziehungsverordnung.

§ 15. Der Regierungsrat ist mit dem Vollzug beauftragt

---

2. Primarschule.

3. Änderung des Gesetzes betreffend das Schulwesen. (Erlassen von der Landsgemeinde am 4. Mai 1930.)

I. § 1 des Gesetzes betreffend das Schulwesen erhält folgende neue Fassung:

„Die Kinder aller Bewohner des Kantons Glarus sind pflichtig, während wenigstens sieben vollen Jahren die Alltagsschule und sodann während wenigstens zwei Jahren die Repetierschule zu besuchen.

Die Schulgemeinden sind berechtigt, die allgemeine Schulpflicht entweder auf ein volles achtes Schuljahr oder auf zwei sich folgende Winterschulhalbjahre auszudehnen. Die Ausdehnung der Alltagsschulpflicht auf ein volles achtes Schuljahr oder auf zwei sich folgende Winterschulhalbjahre durch eine Schulgemeinde zieht für diese die Aufhebung der Repetierschule nach sich."

II. Auf die Repetierschule und das achte Schuljahr findet die Vorschrift des § 13, Ziffer 1, des Gesetzes betreffend das Schulwesen keine Anwendung.

III. Der Landrat erläßt die nötigen Vollzugsbestimmungen.

IV. Die in Ziffer I und II angeführten Bestimmungen treten am 1. Mai 1931 in Kraft.

§ 52. Der Staat leistet an die Kosten der Sekundarschulen und der Höheren Stadtschule in Glarus einen Beitrag von Fr. 4000.— auf jeden vollbeschäftigten Lehrer.

Ueberdies gewährt der Staat der Höheren Stadtschule für die Erfüllung der ihr durch § 40bis und § 43 zugewiesenen besonderen Aufgabe einen außerordentlichen Beitrag von Fr. 1200.— auf jeden vollbeschäftigten Lehrer.

§ 61, Absatz 1. Der Staat leistet an die Kosten des Volksschulwesens jährliche Beiträge von Fr. 2100.— auf jede Lehrstelle der Primarschule und der Handwerkerschule und von Fr. 50.— auf jede Wochenstunde an der Mädchenarbeitsschule.

---

4. Vollziehungsverordnung zum Beschlusse der Landsgemeinde vom 4. Mai 1930 über die Einführung des 8. Schuljahres. (Erlassen vom Landrate am 26. November 1930.)

§ 1. Die Schulgemeinden sind berechtigt, die allgemeine Schulpflicht entweder auf ein volles 8. Schuljahr oder auf zwei sich folgende Winterschulhalbjahre auszudehnen. In diesem Falle fällt die Repetierschule dahin.

§ 2. Beschließt eine Schulgemeinde, die Alltagsschulpflicht auf ein 8. Schuljahr auszudehnen, so tritt der Beschluß auf den Beginn des nächstfolgenden Schuljahres in Kraft.

§ 3. Für die Schüler, welche bei der Inkraftsetzung des 8. Schuljahres ihre Schulpflicht noch nicht erfüllt haben, ist die Repetierschule noch ein Jahr neben der 8. Schulklasse weiterzuführen.

§ 4. Wo bloße Halbtagsschulen oder bloße Winterschulen bestehen, unterliegt die Neuordnung der Schulpflicht, falls deren Ausdehnung beschlossen ist, der Genehmigung des Regierungsrates.

§ 5. Wird durch die Ausdehnung der Schulpflicht eine Änderung in der Einteilung einer Schule veranlaßt, so ist hiefür die Genehmigung des Regierungsrates einzuholen (§ 12 des Schulgesetzes).

§ 6. Schüler, welche in einer oder mehreren Gemeinden oder außerhalb des Kantons die erste und zweite Repetierschulklasse bis zur Schulentlassung besucht haben (rund 80 Tage), ferner Schüler, die eine 8. Alltagsschulklasse oder die Winteralltagsschulklassen im 8. und 9. Schuljahre voll besucht haben (rund 240 Tage), haben ihre Schulpflicht erfüllt.

Die Zwischenstufen bei Wechseln des Schulortes ergeben sich aus folgender Tabelle:

	Bisherige Schultage		Noch zu erfüllende Schulpflicht		
	I. Repetier-	II. Repetier-	VIII. Alltagsschulklasse		Total
	schulklasse		im 8. Schuljahr	im 9. Schuljahr	
	Tage	Tage	Tage	Tage	Tage
1.	40	40	—	—	80
2.	40	30	—	10	80
3.	40	20	—	20	80
4.	40	10	—	30	80
5.	40	—	—	40	80
6.	30	—	60	30	120
7.	20	—	120	20	160
8.	10	—	180	10	200
9.	—	—	240	—	240

	I. Repetier-	II. Repetier-	VIII. Winter-	IX. Winterschulklasse	Total
			1. bis 4. wie oben		
5.	40	—	—	40	80
6.	30	—	60	30	120
7.	20	—	120	20	160
8.	10	—	120	60 + 10	200
9.	—	—	120	120	240

	VIII. Alltagsschulklasse	I. Repetier-	II. Repetierschulklasse	Total
1.	240 (40 Wochen)	—	—	240
2.	180 (30 Wochen)	10	10	200
3.	120 (20 Wochen)	20	20	160
4.	60 (10 Wochen)	30	30	120
5.	— —	40	40	80

	VIII. Winter- schulklasse	IX. Winter- schulklasse	I. Repetier- schulklasse	II. Repetier- schulklasse	Total
1.	120 (20 W.)	120 (20 W.)	—	—	240
2.	120	60 (10 W.)	—	10	190
3.	120	—	—	40	160
4.	60 (10 W.)	—	10	40	110
5.	—	—	40	40	80

	VIII. Alltagsschulklasse	VIII. Winter-	IX. Winterschulklasse	Total
1.	240 (40 W.)	—	—	240
2.	180 (30 W.)	60 (10 W.)	—	240
3.	120 (20 W.)	120 (20 W.)	—	240
4.	60 (10 W.)	120 (20 W.)	60 (10 W.)	240
5.	—	120 (20 W.)	120 (20 W.)	240

	VIII. Winter- schulklasse	IX. Winter- schulklasse	VIII. Alltagsschulklasse im 8. Schuljahr	VIII. Alltagsschulklasse im 9. Schuljahr	Total
1.	120 (20 W.)	120 (20 W.)	—	—	240
2.	120 (20 W.)	60 (10 W.)	—	60 (10 W.)	240
3.	120 (20 W.)	—	—	120 (20 W.)	240
4.	60 (10 W.)	—	60 (10 W.)	120 (20 W.)	240
5.	—	—	120 (20 W.)	120 (20 W.)	240

§ 7. Der Regierungsrat setzt den Lehrplan fest.

Fakultative Fächer sind:

Der Handarbeitsunterricht für Knaben.

Der Koch- und Haushaltungsunterricht für Mädchen.

Wo dieser fakultative Unterricht eingeführt wird, sind die Schüler der 8. Schulklasse zur Teilnahme verpflichtet.

§ 8. Der Religionsunterricht der 8. Alltagsschulklasse ist, wie derjenige der Repetierschule, Sache der Kirchen.

IX. Kanton Zug.

Allgemeines.

Reglement betreffend die schulärztliche Tätigkeit an den Schulen des Kantons Zug. (In Kraft seit 1. Januar 1930.)

X. Kanton Freiburg.

1. Primarschule.

1. Arrêté du 10 décembre 1923 concernant l'inspection sanitaire des écoles. (Modifié par l'arrêté du 30 décembre 1930.)

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Règlement de la Caisse de retraite et d'invalidité des membres du personnel enseignant des écoles primaires et secondaires publiques du 18 mai 1922. (Modifié par arrêté du Conseil d'Etat, du 30 décembre 1930.)

XI. Kanton Solothurn.

1. Mittelschulen und Berufsschulen.

1. Gesetz betreffend Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schulmaterialien an den Bezirksschulen und den untern Klassen der Kantonsschule. (Vom 23. Februar 1930.)

Der Kantonsrat von Solothurn

auf Antrag des Regierungsrates und in Anwendung von Art. 50 der Staatsverfassung vom 23. Oktober 1887

beschließt:

I. § 18 des Gesetzes betreffend die Bezirksschulen vom 18. April 1875 erhält folgende Fassung:

„Von den Bezirksschülern, deren Eltern oder Pflegeeltern Bürger oder Niedergelassene des Kantons sind, darf kein Schulgeld gefordert werden. Die Lehrmittel und Schulmaterialien werden auf Kosten der Gemeinden des Bezirksschulkreises von den Bezirksschulen angeschafft und unentgeltlich an die Schüler abgegeben. Der Staat leistet daran den Bezirksschulfonds in gleicher Weise Beiträge von 15—45 %, wie an die das Minimum des Grundgehaltes übersteigenden Gehaltsbeträge der Bezirkslehrer und Bezirkslehrerinnen."

II. § 10 des Gesetzes betreffend die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschulen vom 29. August 1909 erhält einen neuen Absatz (Abs. 3) des Wortlauts:

„Den Schülern der 1. und 2. Klasse der Realschule und der 1., 2. und 3. Klasse des Gymnasiums, deren Eltern oder Pflegeeltern Bürger oder Niedergelassene des Kantons sind, werden Lehrmittel und Schulmaterialien unentgeltlich abgegeben. Die Kosten hiefür tragen die Wohngemeinden der Schüler. Der Staat leistet den einzelnen Gemeinden je nach der Klasse, der sie gemäß Gesetz betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule und den Allgemeinen Schulfonds des Kantons Solothurn vom 21. März 1909 angehören, folgende Beiträge:

I. Klasse	50 %	VI. Klasse	25 %
II. „	45 %	VII. „	20 %
III. „	40 %	VIII. „	15 %
IV. „	35 %	IX. „	10 %."
V. „	30 %		

III. Das Gesetz tritt nach seiner Annahme durch das Volk mit der amtlichen Publikation des Abstimmungsergebnisses in Kraft. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzuge beauftragt.

---

2. Abänderung der Studienvorschuß-Verordnung. (Vom 25. November 1930.)

Die Verordnung betreffend die Gewährung unverzinslicher Studienvorschüsse zum Besuche außerkantonaler Lehranstalten vom 5. Oktober 1909 wird in den §§ 4 und 7 wie folgt abgeändert:

1. § 4, erster Absatz, erhält folgende Fassung:

„Der Betrag des Vorschusses darf für das Studienjahr Fr. 1500.— nicht übersteigen. In der Regel sollen der nämlichen Person nicht mehr als zwei Vorschüsse gewährt werden; weitere Vorschüsse dürfen nur solchen Gesuchstellern bewilligt werden, bei welchen außerordentliche Verhältnisse vorliegen."

2. § 7, lit. d, erhält folgende Fassung:

„Nach Verfluß einer Frist von fünf Jahren, die für den betreffenden Vorschuß zu laufen beginnt mit dem Tage, an welchem die erste Rate (§ 6, Abs. 1) von der Staatskasse ausbezahlt wurde."

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

3. Ergänzung der Verordnung vom 4. Juni 1919 betreffend die Stellvertretung von Lehrern und Lehrerinnen der Primar., Arbeits- und Bezirksschulen. (Regierungsratsbeschluß vom 3. März 1930.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn
auf Antrag des Erziehungsdepartementes
beschließt:

1. Die Verordnung betreffend die Stellvertretung von Lehrern und Lehrerinnen der Primar-, Arbeits- und Bezirksschulen vom 4. Juni 1919 ist durch Einschaltung eines § 4bis zu ergänzen wie folgt:

„§ 4bis. Die Kosten der Stellvertretung für Lehrer (aller Stufen), welche im Militärdienst erkranken, fallen zu Lasten der Militärversicherung. Erreichen die Leistungen der Militärversicherung den festgesetzten Honoraransatz nicht, so haben für die Differenz Staat und Gemeinde gemäß § 3 der Verordnung aufzukommen.

Die Kosten der Stellvertretung für Lehrkräfte (aller Stufen), welche einen Unfall, für den eine Haftpflicht Dritter besteht, erleiden, fallen vollständig zu Lasten dieser Haftpflichtversicherung. Zur Geltendmachung der Ansprüche an die Versicherung ist der Verunfallte bezw. dessen gesetzlicher Vertreter verpflichtet."

2. Diese Abänderung bezw. Ergänzung der Verordnung tritt sofort in Kraft.

---

4. Verordnung betreffend die VIII. Klassifikation der Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden für die Staatsbeiträge an die Besoldungen der Primarlehrer, Primarlehrerinnen und Arbeitslehrerinnen, sowie für die Gemeindebeiträge an die staatlichen Altersgehaltszulagen des Lehrpersonals der Primarschule. (Vom 18. Dezember 1930.)

XII. Kanton Baselstadt.

1. Kindergärten.

1. Ordnung für die staatlichen Kindergärten. (Vom 13. Juni 1930.)

In Ausführung des § 10 des Schulgesetzes vom 4. April 1929 erläßt der Erziehungsrat folgende Ordnung für die staatlichen Kindergärten:

Auszug aus dem Schulgesetz vom 4. April 1929.

§ 4. Die Kindergärten dienen der naturgemäßen Erziehung und Beschäftigung von Kindern. Sie werden den Bedürfnissen entsprechend im Rahmen der bewilligten Kredite errichtet und unterhalten. In die Kindergärten werden noch nicht schulpflichtige Kinder aufgenommen, soweit es der Raum der bestehenden Anstalten zuläßt.

§ 6. In die staatlichen Kindergärten werden aufgenommen im Kanton Baselstadt wohnhafte, gesunde und bildungsfähige Kinder, die bei der Aufnahme das 4. Altersjahr zurückgelegt haben und noch nicht schulpflichtig sind oder vom Schularzt zurückgestellt wurden.

§ 7. Die Aufnahme erfolgt im April und Oktober. Unregelmäßiger Besuch, anhaltende Unordentlichkeit eines Kindes oder wiederholte Nichtbeachtung der bestehenden Vorschriften können die Wegweisung durch die Inspektion der Kindergärten zur Folge haben.

§ 1. Das Ziel der Erziehung im Kindergarten ist die Entwicklung der körperlichen und geistigen Kräfte des Kindes. In den Kindergärten werden Knaben und Mädchen gemeinsam erzogen.

§ 2. Der körperlichen Pflege ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Insbesondere ist auf Reinlichkeit des Körpers, auf gute Haltung, auf Zahnpflege und richtige Übung der Sinnesorgane zu dringen. Es ist stets für zweckmäßige Abwechslung zwischen Ruhe und Bewegung zu sorgen. So oft es die Witterung erlaubt, sind die Kinder ins Freie zu führen.

§ 3. Unterricht in Schulfächern darf nicht erteilt werden. Die Kinder sind nicht über Gebühr durch Gedächtnisübungen anzustrengen.

§ 4. Die Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus soll nach Möglichkeit angestrebt und durch Hausbesuche, Elternabende und Schulbesuchstage gefördert werden.

§ 5. Werden bei Kindern Sprachfehler, Haltungs- und Bewegungsanomalien festgestellt, so sind die Eltern zu benachrichtigen; erfolgt keine sachgemäße Behandlung des Kindes, so ist der Schularzt zu benachrichtigen.

§ 6. Die Eltern oder deren Stellvertreter haben sich mit allfälligen Klagen und Beschwerden entweder an die Kindergärtnerin oder an den Vorsteher der Kindergärten zu wenden. Gegen dessen Entscheid kann die Inspektion angerufen werden.

§ 7. Die Kinder sollen regelmäßig in den Kindergarten geschickt werden; Abwesenheit ist zu begründen.

§ 8. Die Anmeldung der Kinder hat im April oder im Oktober an den in den öffentlichen Blättern angezeigten Tagen durch die Eltern oder ihre Stellvertreter beim Vorsteher zu erfolgen. Dabei ist das Familienbüchlein oder die Niederlassungsbewilligung vorzuweisen.

Zu andern Zeiten werden nur Kinder aufgenommen, die aus triftigen Gründen nicht im April oder Oktober angemeldet wurden oder deren Eltern erst im Laufe des Jahres zugezogen sind, vorausgesetzt, daß solche Kinder spätestens in dem der Aufnahme vorausgehenden April oder Oktober vier Jahre alt geworden sind.

§ 9. Kinder, die an ansteckenden oder ekelerregenden Krankheiten leiden oder mit Ungeziefer behaftet sind, werden nicht aufgenommen.

Bereits aufgenommene Kinder, bei denen solche Krankheiten oder Ungeziefer auftreten, sind bis nach erfolgter Heilung beziehungsweise Reinigung vom Besuch der Kindergärten auszuschließen. Vom Auftreten von Infektionskrankheiten ist dem Vorsteher sofort Mitteilung zu machen.

§ 10. Kinder, die durch ihr Betragen den Unterricht stören oder die andern Kinder gefährden, können, falls Rücksprache der Kindergärtnerin und des Vorstehers mit den Eltern erfolglos bleibt, durch den Vorsteher zeitweise oder dauernd vom Besuch der Kindergärten ausgeschlossen werden. Körperliche Züchtigung ist untersagt.

§ 11. Wohnungswechsel sind dem Vorsteher oder der Kindergärtnerin mitzuteilen, ebenso Wünsche auf Versetzung eines Kindes in einen andern Kindergarten.

§ 12. Eltern oder deren Stellvertreter, die ein Kind nicht mehr in den Kindergarten schicken wollen, haben dies dem Vorsteher oder der Kindergärtnerin zur Kenntnis zu bringen.

§ 13. Die Kindergärten sind geöffnet von 8½—11 Uhr und von 13½—16 Uhr, sofern nicht besondere Bedürfnisse der Bevölkerung eines Stadtteiles eine andere Öffnungszeit verlangen. Am Mittwoch und Samstag Nachmittag sind die Kindergärten geschlossen.

Die Ferien stimmen mit denen der Primarschule überein.

§ 14. Die Kinder sollen sich nicht vor den Öffnungszeiten bei den Kindergärten einfinden. Bei Nichtbeachtung dieser Vorschrift übernehmen die Kindergärten beziehungsweise die Kindergärtnerinnen keine Verantwortung für vorkommende Unfälle oder entstehenden Schaden. Nach Schluß des Kindergartens werden die Kindergärtnerinnen dafür besorgt sein, daß die Kinder diesen ruhig verlassen und sich sofort auf den Heimweg begeben. Für Unregelmäßigkeiten auf dem Schul- oder Heimweg können die Kindergärtneinnen nicht verantwortlich gemacht werden.

§ 15. Die Kinder sollen an Körper und Kleidung reinlich in den Kindergarten kommen. Sie können zum Nachholen der unterlassenen Reinigung nach Hause geschickt werden, wenn dies als notwendig oder zweckmäßig erachtet wird.

§ 16. Für böswillige Beschädigungen durch Kinder haften die Täter beziehungsweise die Eltern oder deren Stellvertreter.

§ 17. Kein Kind darf sich ohne Erlaubnis der Kindergärtnerin aus dem Kindergarten entfernen.

§ 18. Die Kindergärten sind in sonnigen, hellen Räumen unterzubringen. Es sollen entweder ein Raum von 60 m² Bodenfläche oder zwei Räume von entsprechendem Ausmaß zur Verfügung stehen; im letzteren Falle dient der eine als Spielzimmer, der andere als Beschäftigungszimmer. Ein Spielzimmer kann auch von zwei Abteilungen abwechselnd benützt werden. Ferner sollen vorhanden sein ein Garderoberaum, zweckmäßige Waschgelegenheiten, die erforderlichen Aborte und ein Spielplatz.

Die Fußböden sollen entweder aus gewichstem Hartholz bestehen oder mit Inlaid belegt sein. Die Wände sollen mit Ölfarbe gestrichen oder mit abwaschbaren Tapeten bekleidet sein. Die Fenster sollen mit Storen oder Läden versehen sein. Die Öfen müssen der Größe der Räume entsprechen und sich in gutem Zustand befinden.

Bei Errichtung neuer Kindergartengebäude gelten die jeweilen bestehenden Vorschriften für die Erstellung von Schulräumen.

§ 19. Die Kindergärtnerinnen sorgen für genügende Lufterneuerung während der Anwesenheit der Kinder und nach deren Entlassung, sowie während den Pausen für richtige Lüftung der Räume. Sie achten auf die Einhaltung der bestehenden Weisungen durch die Abwarte; bleiben ihre Mahnungen wegen nachlässiger Amtsführung erfolglos, so erstatten sie dem Vorsteher Bericht.

§ 20. Die Abwarte der Kindergärten werden auf Antrag des Vorstehers durch die Inspektion gewählt. Die Wahlen unterliegen der Genehmigung des Vorstehers des Erziehungsdepartements. Für ihre Anstellung gilt der 2. Absatz des § 137 des Schulgesetzes vom 4. April 1929.

§ 21. Die Bestimmung dieser Ordnung, die sich auf die sanitarischen Verhältnisse beziehen, gelten sinngemäß auch für die privaten Kindergärten.

---

2. Mittelschulen und Berufsschulen.

2. Aus: **Lehrziel und Unterrichtsplan der Knaben-Realschule Basel 1930.** (Provisorisch.)

---

3. Lehrplan für das humanistische Gymnasium in Basel. (Vom Erziehungsrat am 31. März 1930 provisorisch genehmigt.)

---

4. Unterrichts- und Lehrpläne des Realgymnasiums Basel 1930. (Provisorisch.)

---

5. Unterrichts- und Lehrpläne des mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasiums Basel 1930. (Provisorisch.)

---

6. Lehrplan des Mädchengymnasiums Basel, Gymnasialabteilung, 1930. (Provisorisch.)

---

7. Lehrplan des Mädchengymnasiums Basel, Realabteilung, 1930. (Provisorisch.)

---

8. Lehrplan des Mädchengymnasiums Basel, Allgemeine Abteilung, 1930. (Provisorisch.)

---

9. Unterrichtspläne für die Handelsschule (Handelsfachschule, Diplom- und Maturitätsabteilung). (Genehmigt vom Erziehungsrat am 10. Februar 1930.) (Provisorisch.)

---

3. Universität.

10. Ordnung betreffend das zahnärztliche Institut, die Schulzahnklinik und die Volkszahnklinik. (Vom 18. Juli 1930.)

---

4. Lehrerschaft aller Stufen.

11. Lehrerbesoldungsgesetz. (Vom 13. November 1919, mit den Abänderungen vom 25. November 1926[1]) und vom 11. Dezember 1930[2]).)

Der Große Rat des Kantons Basel-Stadt erläßt auf den Antrag des Regierungsrates folgendes Gesetz über die Besoldungen der Lehrer an den öffentlichen Schulen (untere, mittlere und obere Schulen, Allgemeine Gewerbeschule, Frauenarbeitsschule und Kindergärten):

§ 1.[3]) Der Ausdruck „Lehrer" bezeichnet in diesem Gesetz Lehrer und Lehrerinnen, ausgenommen in den §§ 3 und 4.

---

[1]) Gesetz betreffend die Dienstverhältnisse und die Besoldungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 25. November 1926 (§ 94).

[2]) Gesetz vom 11. Dezember 1930 betreffend Abänderung des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 13. November 1919/25. November 1926.

[3]) In der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezember 1930.

§ 2.[1]) Als untere Schulen gelten die Primar- und Sekundarschulen und die Hilfsklassen für Schwachbegabte und Schüler mit körperlichen Gebrechen.

Als mittlere Schulen gelten die Realschulen mit ihren Fortbildungsklassen, sowie die vier untern Klassen der zur Maturität führenden Schulen.

Als obere Schulen gelten die vier oberen Klassen der zur Maturität führenden Schulen und die höhere Handelsschule.

Für die Handelsfachschule gelten besondere Bestimmungen.

Die Besoldungen der Lehrer der Fortbildungskurse werden durch ein besonderes Gesetz geregelt.

§ 3.[1]) Die Jahresbesoldungen der definitiv angestellten Lehrer werden festgesetzt wie folgt:

	Besoldung Fr.	Wöchentliche Pflichtstundenzahl	Erreichungszeit Jahre	Jährliche Erhöhung Fr.
I. Schulen für allgemeine Bildung				
1. Lehrer an untern Schulen .	6200— 9000	30—32	16	175. —
2. Lehrer an mittlern Schulen	7200—10200	26—30	16	185. —
3. Lehrer der Handelsfachschule	7800—10800	26—30	16	185. —
4. Lehrer an obern Schulen	8400 - 11600	20—28	18	180. —
5. Lehrerinnen an untern Schulen	5000— 7250	25—28	15	150. —
6. Lehrerinnen an mittlern Schulen	5600— 8100	24—27	15	165. —
7. Lehrerinnen der Handelsfachschule	6200— 8700	24—27	15	165. —
8. Lehrerinnen an obern Schulen	6300 - 9000	20 - 26	15	180. —
9. Arbeitslehrerinnen an allen drei Schulstufen	4000— 6200	24—28	15	150. —
10. Koch- und Haushaltungslehrerinnen	4500— 6700	25	15	150. —
(für einen Kochkurs) . .	900— 1340	5	15	30. —
II. Kindergärten				
Kindergärtnerinnen	3600— 5400	—	15	120. —
III. Allgemeine Gewerbeschule				
1. Werkmeister	5800— 8800	36—44	16	185. —
2. Werkstattlehrer mit handwerklicher Vorbildung . .	7200—10200	24—32 hiezu 8 Std Präsenzzeit	16	185. —
3. Lehrer für geschäftskundlichen Unterricht mit Mittellehrerdiplom	7600—10600	24—28	16	185. —
4. Lehrer für geschäftskundlichen Unterricht mit Ergänzungsprüfung in Wirtschafts- und Staatslehre, mit technischer oder künstlerischer Vorbildung . . .	8000—11200	22—28	18	180. —
5. Leiter der Tagesklassen und Fachschulen	8400—11600	22—28	18	180. —

[1]) In der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezember 1930.

IV. Frauenarbeitsschule (Lehrerinnen)	Besoldung Fr.	Wöchentliche Pflicht-stundenzahl	Erreichungs-zeit Jahre	Jährliche Erhöhung Fr.
1. Unterricht im Glätten . .	4200— 6400	26—28	15	150.—
2. Unterricht im Flicken, Wäschenähen, Stricken und verwandte Handarbeiten, Knabenschneiderei, Kochen und Haushalten (unt. Stufe)	5000— 7250	26—28	15	150.—
3. Unterricht in Damenschneiderei, Sticken, Putzmachen, Filet-, Knüpf- und Klöppelarbeiten, Durchbruch und Ziernähte, Kochen u. Haushalten (obere Stufe), schulkundliche Fächer	5600— 8100	24—28	15	165.—

Die Lehrer der Frauenarbeitsschule erhalten, ihrem Unterricht entsprechend, dieselbe Besoldung wie die Lehrer der Allgemeinen Gewerbeschule, die Lehrerinnen der Allgemeinen Gewerbeschule dieselbe Besoldung wie die Lehrerinnen der Frauenarbeitsschule

§ 4.[1]) An mittleren Schulen definitiv angestellte Lehrer, denen auch Unterricht an obern Schulen übertragen wird, erhalten für jede an einer obern Schule erteilte wöchentliche Unterrichtsstunde eine Zulage von Fr. 60.—, definitiv angestellte Lehrerinnen eine Zulage von Fr. 40.—. Definitiv angestellte Lehrer der Handelsfachschule erhalten für jede an einer obern Schule erteilte Unterrichtsstunde eine Zulage von Fr. 40.—, definitiv angestellte Lehrerinnen der Handelsfachschule eine Zulage von Fr. 20.—. Für jede an der Handelsfachschule erteilte wöchentliche Unterrichtsstunde beträgt die Zulage für Lehrer und Lehrerinnen an mittleren Schulen Fr. 30.—.

Diese Zulagen sind bei der Festsetzung des Pensionsanspruchs in Berechnung zu ziehen.

Die Besoldung dieser Lehrkräfte darf jedoch diejenige der Lehrer respektive Lehrerinnen gleichen Dienstalters an obern Schulen nicht übersteigen.

Die Pflichtstundenzahl dieser Lehrkräfte beträgt bei einer an obern Schulen erteilten Wochenstundenzahl von

1—10	für Lehrer	22—30	Stunden
11—20	„ „	22—28	„
21 u. mehr	„ „	21—28	„
1—10	„ Lehrerinnen . .	22—27	„
11—20	„ „ . . .	22—26	„
21 u. mehr	„ „ . . .	21—26	„

[1]) In der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezember1930.

Bei Erteilung von Unterricht an der Handelsfachschule tritt keine Veränderung der Pflichtstundenzahl ein.

Für definitiv angestellte Lehrer, die an oberen Schulen ausschließlich oder vorwiegend in Fächern unterrichten, für die sie keiner höheren wissenschaftlichen Ausbildung bedürfen, wie Schreiben, Singen, Turnen, Stenographie, elementares Zeichnen u. s. w., werden die Besoldungsansätze durch die Vollziehungsverordnung bestimmt. Sie sollen jedenfalls die Ansätze der Mittelschullehrer übersteigen.

§ 5.[1]) Die Besoldung definitiv angestellter Lehrer, die, ohne nach § 15 dieses Gesetzes entlastet zu sein, die Pflichtstundenzahl nicht erteilen, wird vom Erziehungsrate auf Antrag der zuständigen Inspektion nach der erteilten Stundenzahl und nach der Art der Unterrichtsfächer festgesetzt. Sie darf nicht höher sein als die Besoldung von Lehrern, die unter gleichen Verhältnissen die Pflichtstundenzahl erteilen.

§ 6.[1]) Die Besoldung definitiv angestellter Lehrer, die gleichzeitig an verschiedenen Schulen der gleichen Stufe unterrichten, ist so zu berechnen, wie wenn der Lehrer an einer einzigen Schule unterrichten würde.

Die Besoldung definitiv angestellter Lehrer, die gleichzeitig an Schulen verschiedener Stufe unterrichten, wird mit Ausnahme der in § 4 genannten Fälle nach der an jeder Schulstufe erteilten Stundenzahl und den für diese Stufe geltenden Ansätzen berechnet.

Die Besoldung definitiv angestellter Lehrer, die an derselben Schule in verschieden honorierten Kategorien Unterricht erteilen, wird nach der Zahl der in jeder Kategorie erteilten Stunden oder Kurse berechnet.

§ 7.[1]) Die Besoldungen der definitiv und der provisorisch angestellten Lehrer werden innerhalb der gesetzlichen Schranken auf den Vorschlag der Inspektionen durch den Erziehungsrat bestimmt. Hierbei gelten folgende Grundsätze:

a) Bei der definitiven Anstellung erhalten sie — vorbehältlich der Anrechnung von Dienstjahren — die für ihre Stufe vorgesehene Minimalbesoldung.
b) Werden ihnen Dienstjahre angerechnet, so erhalten sie den der Zahl ihrer angerechneten Dienstjahre entsprechenden Ansatz.
c) Die Besoldungserhöhungen treten alle Jahre auf den 1. Januar ein, sodaß der Höchstgehalt in der in § 3 festgesetzten Zeit erreicht wird.
d) Bei der Berechnung der Dienstzeit werden Bruchteile von weniger als einem halben Jahre nicht berücksichtigt;

[1]) In der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezember 1930.

Bruchteile von einem halben Jahr und mehr werden als ganzes Dienstjahr berechnet.

e) Der Regierungsrat kann auf den Bericht der zuständigen Inspektion und auf Antrag des Erziehungsrates zur Gewinnung ausgezeichneter Lehrkräfte eine höhere als die dem Dienstalter entsprechende Besoldung bewilligen.

f) Bei Neuanstellungen kann der Erziehungsrat von sich aus in dringenden Fällen die Dienstaltersbesoldungen bis um ein Zehntel erhöhen.

§ 8.[1]) Die Besoldungen werden in zwölf Monatsraten ausbezahlt.

§ 9.[2]) 1. Bei der festen Anstellung sind für die Berechnung der Besoldung Dienstjahre in fester Stellung in folgenden Fällen anzurechnen:

a) Dienstjahre an einer anderen hiesigen staatlichen Schule oder Erziehungsanstalt gleicher oder höherer Stufe: bis zur vollen Zahl;

b) an einer andern hiesigen staatlichen oder privaten Schule oder Erziehungsanstalt nicht gleich hoher Stufe: zur Hälfte, unter Umständen bis zur vollen Zahl;

c) an einer auswärtigen staatlichen oder vom Staate unterstützten Schule oder Erziehungsanstalt: zur Hälfte.

2. Ferner können provisorische Anstellung von längerer Dauer, sowie Studienzeit oder Praxis, die für den Unterricht von besonderm Vorteil sind, sowie Tätigkeit an auswärtigen Privatschulen angemessen berücksichtigt werden.

Über die Anrechnung von Dienstjahren entscheidet der Erziehungsrat auf den Antrag der zuständigen Inspektion endgültig.

Für die Pensionierung gilt die Zahl der in definitiver oder provisorischer Stellung im Dienste des Kantons Basel-Stadt verbrachten und die Zahl der bei der Anstellung angerechneten Dienstjahre.

§ 10.[2]) Die Besoldungen der provisorisch angestellten Lehrer werden durch den Erziehungsrat, die der nicht definitiv oder nicht provisorisch angestellten Lehrer durch die zuständige Inspektion festgesetzt. Der Regierungsrat kann hiefür in der Vollziehungsverordnung die näheren Grundsätze aufstellen.

Soll die Besoldung eines nicht definitiv oder nicht provisorisch angestellten Lehrers die Anfangsbesoldung eines festangestellten Lehrers der gleichen Schulstufe übersteigen, so ist die Genehmigung des Erziehungsrates einzuholen.

---

[1]) In der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezember 1930; siehe nunmehr auch § 103 des Schulgesetzes vom 4. April 1929 (Disziplinarwesen).

[2]) In der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezember 1930.

§ 11. [1]) Die Stundenzahl der definitiv oder provisorisch angestellten Lehrer wird von der zuständigen Inspektion festgesetzt. Dabei ist auf das Alter der Lehrkraft, ihre Leistungsfähigkeit, auf die Art der erteilten Fächer und die damit verbundenen häuslichen Vorbereitungen und Korrekturen angemessen Rücksicht zu nehmen.

Vom 45. Altersjahr an kann die Pflichtstundenzahl unter das gesetzliche Maximum angesetzt werden. Die näheren Vorschriften über die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl werden durch die Vollziehungsverordnung aufgestellt.

Bei Anständen zwischen Inspektion und Lehrer entscheidet der Vorsteher des Erziehungsdepartements nach Anhörung beider Teile. Gegen dessen Entscheid kann der Betroffene innert 7 Tagen an den Erziehungsrat rekurrieren. Dessen Entscheid ist endgültig.

§ 12. [1]) Die Stundenzahl der nicht definitiv angestellten Lehrer wird durch die zu ihrer Anstellung zuständige Behörde festgesetzt.

§ 13. [1]) Werden definitiv angestellte Lehrer an mehr als einer staatlichen Schule gleicher Stufe beschäftigt, so muß die Gesamtstundenzahl innerhalb der Grenzen bleiben, die für diese Stufe festgesetzt sind. Handelt es sich um Anstalten verschiedener Stufen, so gilt als Pflichtstundenzahl ein vom Erziehungsrat festzusetzendes Mittel der für diese Stufen geltenden Pflichtstundenzahlen.

Die nebenamtliche Tätigkeit an Berufsschulen fällt hier nicht in Betracht.

§ 14. Ausnahmsweise können einem Lehrer bis höchstens drei, einer Lehrerin bis höchstens zwei Überstunden übertragen werden. Doch ist niemand verpflichtet, Überstunden für einen längern zusammenhängenden Zeitraum, als den Rest eines Schuljahres und das darauffolgende Schuljahr zu übernehmen. Die Pflicht zur Übernahme solcher Stunden ruht nachher jeweilen während mindestens eines Schuljahres. Der Erziehungsrat setzt für solche Überstunden besondere Entschädigungen fest.

§ 15. [1]) Der Regierungsrat kann auf den Bericht der zuständigen Inspektion und des Schularztes und auf Antrag des Erziehungsrates für ältere, definitiv angestellte Lehrer, sofern sie keinem Nebenverdienst obliegen, aus Rücksicht auf ihre Gesundheit oder Leistungsfähigkeit die untere Grenze der Pflichtstundenzahl bis um 10 Stunden herabsetzen und ihnen den Fortgenuß der bisherigen Besoldung ganz oder teilweise bewilligen.

Wenn es das Interesse der Schule erheischt, kann der Regierungsrat auf den Bericht der zuständigen Inspektion und, wenn nötig, des Schularztes und auf den Antrag des Erziehungsrates aus-

[1]) In der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezember 1930.

nahmsweise auch jüngere Lehrer aus Gesundheitsrücksichten in gleicher Weise entlasten. Der Betroffene ist vorher anzuhören.

Der Regierungsrat kann nötigenfalls auch Lehrer, denen er einen Lehrauftrag an der Universität erteilt hat, bis um 6 Stunden in gleicher Weise entlasten.

§ 16.[1] . . . . . .

§ 17.[2] Die Schulvorsteher erhalten folgende Besoldungen:

	Fr.	Erreichungszeit Jahre	Jährl. Erhöhung Fr.
1. Die Rektoren der Schulen für allgemeine Bildung, der Direktor der Frauenarbeitsschule . . .	9,400—12,800	18	190.—
2. Der Vorsteher der Kindergärten	6,500— 9,300	15	180.—
3. Der Direktor der Allg. Gewerbeschule, wenn ihm die Schule allein unterstellt wird	9,400—13,200	14	270.—
wenn ihm auch die Leitung des Gewerbemuseums übertragen wird	11,000—15,000	14	290.—

Die Besoldungen werden vom Erziehungsrat auf den Antrag der zuständigen Inspektion oder Kommission festgelegt und unterliegen der Genehmigung des Regierungsrates. § 7, lit. e und f, dieses Gesetzes gelten auch für die Schulvorsteher.

Über die Anrechnung von Dienstjahren entscheidet der Regierungsrat auf den Antrag des Erziehungsrates. Jedenfalls sind die in provisorischer oder definitiver Stellung im Basler Schuldienst verbrachten Dienstjahre für die Pensionierung voll anzurechnen.

Der Schulvorsteher, dem die Leitung der Schulen in den Landgemeinden übertragen wird, sowie die Konrektoren erhalten eine vom Erziehungsrat festzusetzende angemessene Besoldung.

§ 18.[3] Lehrer, die Hilfsklassen oder Sekundarklassen führen, sowie die Abteilungsvorsteher der Allgemeinen Gewerbeschule und die Abteilungsvorsteherinnen der Frauenarbeitsschule können eine vom Erziehungsrat festzusetzende besondere Entschädigung oder eine entsprechende Stundenreduktion erhalten. Die Führung von Strafklassen und Eliteklassen ist in die Pflichtstundenzahl der Lehrer einzubeziehen.

Für die Übernahme besonderer Leistungen neben der Pflichtstundenzahl (Schulhausvorsteherschaft, Materialverwaltung, Erstellen des Pensums u. s. w.) wird eine vom Erziehungsrat festzusetzende angemessene Entschädigung gewährt.

---

[1]) Aufgehoben durch das Gesetz vom 11. Dezember 1930; siehe jetzt § 104 des Schulgesetzes vom 4. April 1929.

[2]) In der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezember 1930; siehe auch § 88 des Schulgesetzes vom 4. April 1929.

[3]) In der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezember 1930.

Die Lehrer an Primar-, Sekundar- und Realschulen können verpflichtet werden, bis zu ihrem 40. Lebensjahre gegen die übliche Entschädigung Horte zu führen, Spielabende und Ferienkolonien zu leiten.

§ 19. Die in den §§ 14 und 18 dieses Gesetzes genannten Entschädigungen werden bei der Festsetzung der Pension nicht angerechnet.

§ 20.[1]) . . . . . .

§ 21. Der Regierungsrat erläßt auf den Vorschlag des Erziehungsrates die zur Ausführung dieses Gesetzes notwendige Vollziehungsverordnung. Der Erziehungsrat erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes oder der Vollziehungsverordnung notwendigen Ordnungen und Reglemente. Die Ordnungen unterliegen der Genehmigung des Regierungsrates.

§ 22.[2]) Durch dieses Gesetz werden alle mit ihm in Widerspruch stehenden Bestimmungen aufgehoben, insbesondere:

1. . . . . .

2. . . . . .

3 *Im Gesetz betreffend die Allgemeine Gewerbeschule Basel vom 9. April 1908/10. Juni 1914* die §§ 42, 44—49.

§ 39. Fassung vom 10. Juni 1914, Absatz 2, der ersetzt wird durch folgende Bestimmung:

„Hinsichtlich der Besoldungsverhältnisse des Direktors gilt § 17 des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 13. November 1919. Wird dem Direktor auch die Leitung des Gewerbemuseums übertragen, so kann ihm ein Adjunkt beigegeben werden."

§ 40, Fassung vom 10. Juni 1914, der durch folgende Bestimmung ersetzt wird:

„Hinsichtlich der Wahl und der Besoldungen, sowie der übrigen Dienstverhältnisse der Lehrer gelten die Bestimmungen des Schulgesetzes vom 4. April 1929 (Abschnitt IV) und des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 13. November 1919.

§ 41, der durch folgende Bestimmung ersetzt wird:

„Für die Beaufsichtigung der außerhalb des Hauptgebäudes untergebrachten Kurse und zur Unterstützung des Direktors können Lehrer als Abteilungsvorsteher ernannt werden. Ihre Wahl unterliegt der Genehmigung des Erziehungsrates."

§ 43, der ersetzt wird durch folgende Bestimmung:

„Die Kommission kann an Hilfslehrer oder Hilfslehrerinnen vorübergehend einzelne Kurse übertragen."

---

[1]) Aufgehoben durch das Gesetz vom 11. Dezember 1930.

[2]) In der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezember 1930.

§ 50, Absatz 3, der durch folgende Bestimmung ersetzt wird:

„Zur Besprechung der Fragen des Unterrichtsplanes versammelt der Direktor oder der zuständige Abteilungsvorsteher die betreffenden Lehrer und Hilfslehrer zu Fachkonferenzen."

4. *Im Gesetz betreffend das Gewerbemuseum vom 10. Juni 1914* § 6, der ersetzt wird durch folgende Bestimmung:

„Die Kommission kann ihm mit Zustimmung des Erziehungsrates und des Regierungsrates die Direktion der Allgemeinen Gewerbeschule, sowie die Erteilung von Unterricht an dieser Schule übertragen.

Für die Besoldung des Direktors gilt § 17 des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 13. November 1919. Wird ihm auch die Direktion der Allgemeinen Gewerbeschule übertragen, so kann ihm ein Adjunkt beigegeben werden."

5. *Im Gesetz betreffend die Errichtung einer Frauenarbeitsschule vom 11. Oktober 1894* § 8, Fassung vom 26. November 1903, der ersetzt wird durch folgende Bestimmung:

„Die unmittelbare Leitung und Verwaltung der Schule liegt einem Direktor ob, dem ein Sekretär oder eine Sekretärin beigegeben werden kann.

Zur Unterstützung des Direktors können von der Inspektion Lehrer oder Lehrerinnen zu Abteilungsvorstehern ernannt werden. Ihre Wahl unterliegt der Genehmigung des Erziehungsrates."

§ 9, der ersetzt wird durch folgende Bestimmung:

„Die Kommission kann an Hilfslehrer oder Hilfslehrerinnen vorübergehend einzelne Kurse übertragen."

§ 10, Fassung vom 9. März 1916, der ersetzt wird durch folgende Bestimmung:

„Hinsichtlich der Wahl und der Besoldungen des Direktors und des Lehrpersonals, sowie der übrigen Dienstverhältnisse gelten die Bestimmungen des Schulgesetzes vom 4. April 1929 (Abschnitt IV) und des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 13. November 1919."

§ 11, der ersetzt wird durch folgende Bestimmung:

„Alle an der Schule angestellten Lehrer und Lehrerinnen, Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen bilden unter dem Vorsitz des Direktors die allgemeine Lehrerkonferenz. Sie wird vom Direktor einberufen, wenn die Geschäfte es erfordern oder wenn zwei Drittel des Lehrpersonals es verlangen. Die Lehrerkonferenz ordnet die ihr übertragenen Schulangelegenheiten, begutachtet die ihr von der Inspektion überwiesenen Fragen und hat das Recht, bei ihr Anträge zu stellen.

Zur Besprechung der Fragen des Unterrichtsplanes versammelt der Direktor oder der Abteilungsvorsteher die betreffenden

Lehrer und Lehrerinnen, Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen zu Fachkonferenzen.

Der Direktor hat der Inspektion von den Beschlüssen der Konferenzen Kenntnis zu geben und ihr die bezüglichen Konferenzprotokolle vorzulegen, wenn dies von der Konferenz beschlossen worden ist."

6. . . . . .

7. *Der Großratsbeschluß betreffend Erhöhung der Besoldungen des Lehrpersonals der Allgemeinen Gewerbeschule, der Frauenarbeitsschule und der Kleinkinderanstalten vom 7. Februar 1918.*

8. In § 94 des *Gesetzes betreffend die Dienstverhältnisse und die Besoldungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 26. November 1926* der als Ziffer 4 bezeichnete Abschnitt. [1])

---

12. Kursordnung für die Turnlehrerkurse an der Universität Basel. (Vom Erziehungsrat genehmigt am 27. Januar 1930.)

---

13. Amtsordnung für die Lehrer. (Vom Regierungsrat am 28. November 1930 genehmigt.)

---

14. Amtsordnung für die Schulhausvorsteher. (Vom Regierungsrat am 21. Juni 1930 genehmigt.)

---

15. Geschäftsordnung für die Lehrerkonferenzen. (Vom 26. Mai 1930.)

---

16. Ordnung für die Tätigkeit der Schulinspektionen. (Vom 27. Juni 1930.)

---

17. Verordnung über die Schulsynode des Kantons Basel-Stadt. (Vom 11. November 1930.)

---

[1]) Das Gesetz vom 11. Dezember 1930 enthält noch folgende Übergangsbestimmungen:

B.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes betreffend die Besoldungen der Lehrer an der Handelsfachschule (§§3 und 4) treten in Kraft und Wirksamkeit mit Rückwirkung auf den 22. April 1930, alle übrigen Bestimmungen auf den Beginn des Schuljahres 1931/32,

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum.

18. Geschäftsordnung für die Lehrmittelkommission der Schulsynode. (Vom 21. Juni 1930.)

---

19. Statuten der Pensionskasse für die Lehrerschaft von Musikschule und Konservatorium Basel. (Vom Regierungsrat genehmigt am 1. April 1930.)

Nachtrag 1929.

20. Allgemeine Bestimmungen über Diplome und Ausweise für Fachlehrer der Schulen von Basel-Stadt. (Vom Erziehungsrat genehmigt am 21. Januar 1929.)

1. An Fachlehrer [1]) werden gleich hohe Anforderungen in bezug auf Ausbildung und Ausweise gestellt wie an wissenschaftliche Lehrer für entsprechende Schulstufen.
2. Besondere Fachlehrerdiplome werden für Zeichen-, Musik- und Handelslehrer, sowie für Gewerbelehrer ausgestellt. Diese berechtigen an sich zur Bewerbung um entsprechende Lehrstellen.
3. Für andere Spezialgebiete, insbesondere für Turnen, Schreiben, Stenographie und Handarbeit, können sowohl *Fachausweise* wie auch *Ergänzungsausweise* erworben werden. Diese berechtigen erst in Verbindung mit einem Diplom (Primar-, Mittel-, Oberlehrer- oder Fachlehrerdiplom) zur Bewerbung um entsprechende Lehrstellen.
4. Ein *Ergänzungsausweis* für Turnen, Schreiben, Stenographie und Handarbeit wird durch Besuch der am Kantonalen Lehrerseminar oder in Verbindung mit ihm organisierten periodischen Ergänzungskurse und Ablegung des sie abschließenden Examens erworben. Die Kurse umfassen zwei Semester zu 2—4 Wochenstunden.
5. Ein *Fachausweis* kann in folgender Weise erworben werden:
   a) für *Turnen* durch Besuch eines Turnkurses im Umfang des für Erwerbung des eidgenössischen Turnlehrerdiploms I aufgestellten Programms und Ablegung eines Schlußexamens;
   b) für *Schreiben* durch Besuch der an der A. G. S. für Zeichen-, Schreib- und Handarbeitslehrer in diesem Fach eingerichteten Kurse und Ablegung eines Schlußexamens;
   c) für *Stenographie* durch Besuch eines am Kantonalen Lehrerseminar nach Bedarf organisierten Ausbildungs-

[1]) Die Ausbildung von Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen, sowie der Koch- und Haushaltungslehrerinnen fällt nicht unter die hier aufgestellten Grundsätze.

kurses für Stenographie- und Maschinenschreiblehrer mit abschließender Prüfung;

d) für *Handarbeit* durch Besuch eines an der A. G. S. oder F. A. S. organisierten speziellen Ausbildungskurses für Handarbeitslehrer mit abschließender Prüfung;

Die Programme der Kurse zur Erwerbung der genannten Fachausweise sind der Seminarkommission und dem Erziehungsrat zur Genehmigung vorzulegen.

6. Für Musik und Zeichnen werden weder Ergänzungs- noch Fachausweise ausgestellt, dagegen können diese Fächer nach § 11, 1, des Mittellehrerprüfungsreglements als *drittes Fach im Mittellehrerexamen* gewählt werden.

7. Primarlehrer, welche im Basler Kantonalen Lehrerseminar ausgebildet worden sind, gelten bei der Ausbildung zum Mittel- oder Fachlehrer als Besitzer des Ergänzungsausweises für Schreiben und Turnen. Bei ihrer Vorbereitung für das Mittel- oder Fachlehrerexamen in Musik oder Zeichnen können ihnen Erleichterungen gewährt werden.

8. Mittellehrern mit Ergänzungsausweisen in einem Spezialfach wird, wenn sie für dieses einen Fachausweis oder ein Fachdiplom erwerben wollen, die bisherige Fachausbildung angerechnet.

9. Die Bedeutung der Ausweise und Diplome ist wie folgt zu verstehen. Es wird die Befähigung erworben zur Erteilung des Fachunterrichtes

a) an Primarschulen
in Gesang, Zeichnen, Turnen und Schreiben durch das Primarlehrerdiplom;

b) an Sekundarschulen
in Turnen und Schreiben durch das Primarlehrerdiplom, in Stenographie und Handarbeit durch das Primarlehrerdiplom verbunden mit Fachausweis oder Ergänzungsausweis, in Musik oder Zeichnen durch das Fachlehrerdiplom oder das Mittellehrerdiplom mit Musik oder Zeichnen als drittem Fach;

c) an Realschulen und an unteren Klassen der Gymnasien
in Turnen und Schreiben durch das Mittellehrerdiplom verbunden mit Fachausweis, Primarlehrerdiplom oder Ergänzungsausweis,

in Stenographie und Handarbeit durch das Mittellehrerdiplom verbunden mit Fachausweis oder Ergänzungsausweis,

in Musik oder Zeichnen durch das Fachlehrerdiplom

oder das Mittellehrerdiplom mit Musik oder Zeichnen als drittem Fach;

d) an oberen Klassen der Gymnasien und an der Handelsschule
in Turnen, Schreiben, Stenographie und Handarbeit durch das Mittel- oder Oberlehrerdiplom verbunden mit Fachausweis,
in Musik oder Zeichnen durch das Fachlehrerdiplom;

e) an Schulen für Berufsbildung
durch das Fachlehrerdiplom.

---

5. Verschiedenes.

21. Reglement für die Schulfürsorgekommission. (Vom 13. Juni 1930.)

---

22. Ordnung für die Basler Schulausstellung. (Vom 13. Juni 1930.)

XIII. Kanton Baselland.

1. Primarschule.

1. Lehrplan für die Arbeitsschulen. (Vom 4. April 1930.) (Provisorisch für drei Jahre.)

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Lehrerprüfungs-Reglement. (Vom 13. März 1912, mit den Abänderungen gemäß den Regierungsratsbeschlüssen vom 16. September 1921 und 5. Dezember 1930.)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft erläßt in Ausführung der §§ 74 und 48 des Schulgesetzes vom 8. Mai 1911 nachstehende Vorschriften betreffend die Erlangung der Wahlfähigkeit für das Lehramt an den öffentlichen Schulen des Kantons:

I. für Primarschulen.

§ 1. Bewerber und Bewerberinnen um ein Fähigkeitszeugnis zur Bekleidung einer Lehrstelle an den Primarschulen des Kantons Basel-Landschaft haben sich einer Prüfung zu unterziehen, sofern ihnen dieselbe nicht gemäß § 11 dieser Vorschriften erlassen wird.

§ 2. Die Prüfungen finden jeweilen im Frühjahr in Liestal statt. Ort und Zeit werden mindestens 4 Wochen vorher durch die Erziehungsdirektion öffentlich bekannt gemacht.

§ 3. Die Bewerber und Bewerberinnen haben sich bei der Erziehungsdirektion anzumelden und einen Geburts- und einen Leumundsschein, eine kurze Darstellung ihres Bildungsganges, die Zeugnisse der besuchten Lehrerbildungsanstalten und eventuell solche über geleistete Schuldienste beizulegen.

§ 4. Die Erziehungsdirektion entscheidet auf Grund der eingereichten Ausweise und nach eingeholtem Gutachten des Schulinspektorates über die Zulassung zur Prüfung.

In der Regel wird sie nur solchen Bewerbern gegenüber ausgesprochen, welche das 19. Altersjahr zurückgelegt, einen vollständigen Seminarkurs durchgemacht haben und günstige Sittenzeugnisse vorweisen.

§ 5. Die Prüfung umfaßt folgende Fächer:

1. Pädagogik, 2. Bibelkunde und Kirchengeschichte, 3. Deutsche Sprache, 4. Französische Sprache, 5. Geschichte, 6. Geographie, 7. Naturwissenschaften, 8. Mathematik, 9. Zeichnen, 10. Schreiben, 11. Musik, 12. Turnen.

§ 6. Die schriftliche Prüfung besteht in der Abfassung eines pädagogischen und eines deutschen Aufsatzes, eines leichtern französischen Aufsatzes, eines Diktates oder einer Übersetzung, in der Lösung von arithmetischen, algebraischen und geometrischen Aufgaben, in der Anfertigung einer Handskizze nach Natur und der Melodisierung, Harmonisierung und Rythmisierung eines sprachlichen Satzes.

§ 7. In der mündlichen Prüfung werden folgende Anforderungen gestellt:

1. Pädagogik:
   a) Psychologie: Bekanntschaft mit der Entwicklung der menschlichen Seelentätigkeiten des Empfindens, Erkennens, Fühlens und Wollens;
   b) allgemeine Pädagogik: Kenntnis der Erziehungsaufgaben mit besonderer Rücksicht auf die geistige und sittliche Erziehung, sowie der Erziehungsmittel, insbesondere der Zucht und des Unterrichts;
   c) Methodik: die unterrichtliche Behandlung der einzelnen Schulfächer;
   d) historische Pädagogik seit der Reformation;
   e) Probelektion: das Thema ist den Bewerbern jeweils tags zuvor mitzuteilen. Bewerber, die sich bereits über erfolgreiche Schulführung ausgewiesen haben, können von der Probelektion dispensiert werden;

2. Bibelkunde und die Hauptmomente der Kirchengeschichte;
3. Deutsche Sprache:
   a) fließenes Lesen mit richtiger Aussprache und sinngemäßer Betonung;
   b) Gewandtheit in zusammenhängender mündlicher Wiedergabe des Gelesenen und Fähigkeit, dasselbe richtig zu erklären;
   c) Kenntnis der Wort- und der Satzlehre und Anwendung der Sprachgesetze auf die Richtigkeit des Ausdrucks;
   d) Kenntnis der Hauptformen der Prosa-Stilarten und der poetischen Darstellungen und des Wesentlichsten aus der neuhochdeutschen Verskunst;
   e) Kenntnis der Haupterscheinungen der neuhochdeutschen Literatur und insbesondere der klassischen Hauptwerke;
4. Französische Sprache:
   a) richtiges und geläufiges Lesen;
   b) Fertigkeit im Übersetzen eines leichtern Textes;
   c) Kenntnis der Formenlehre und der Hauptlehren der Syntax;
   d) einige Fertigkeit in der Konversation;
5. Geschichte:
   a) genauere Kenntnis der Schweizergeschichte, insbesondere der neuern Zeit unter Bezugnahme auf die Verfassungsentwicklung;
   b) Kenntnis der wichtigsten Begebenheiten und Personen der allgemeinen Geschichte;
6. Geographie:
   a) allgemeine Kenntnis der physikalischen und politischen Geographie der fünf Erdteile; genauere Kenntnis des Schweizerlandes und Europas;
   b) Kenntnis der mathematischen Geographie, soweit sich dieselbe auf gemeinfaßliche Erscheinungen bezieht;
7. Naturwissenschaften:
   a) Naturgeschichte: das Wesentliche über den Bau des Pflanzen- und Tierkörpers in seinem Zusammenhang mit den Verrichtungen der Organe; Überblick über die größern systematischen Einheiten;
      Grundlehren der Mineralogie und Kenntnis einer Anzahl der wichtigsten Mineralien und Gesteine;
   b) Physik: das Wesentliche aus der Mechanik, Akustik, Optik, Wärmelehre, vom Magnetismus und der Elektrizität;

c) Chemie: Bekanntschaft mit den Grundbegriffen, Affinität, Verbindungsgewicht, Wertigkeit usw. Kenntnis der hauptsächlichsten Elemente und ihrer für das tägliche Leben wichtigen Verbindungen;

8. Mathematik:
   a) Arithmetik: Sicherheit und Gewandtheit im Rechnen mit ganzen Zahlen, gemeinen und Dezimalbrüchen; die bürgerlichen Rechnungsarten;
   b) Algebra: die vier Grundoperationen mit positiven und negativen Größen, sowie mit ganzen und gebrochnen Buchstabenausdrücken. Die wichtigsten Sätze über Potenzen, Wurzeln; Gleichungen I. Grades;
   c) Geometrie: die Elemente der Planimetrie und der Stereometrie; Gewandtheit in Lösung praktischer Aufgaben über Flächen- und Körperinhalte;
   Grundzüge der Projektionslehre und genügende Fertigkeit im Projektionszeichnen;
9. Zeichnen:
   a) richtige Auffassung und Darstellung gegebener einfacher Natur- oder Kunstgegenstände im Umriß;
   b) Vorweisung von selbst ausgeführten Zeichnungen;
10. Schreiben:
   a) Ausführung einer Probeschrift an der Wandtafel;
   b) Vorweisung von selbst ausgeführten Schönschriften;
11. Musik:
   a) Analysieren eines homophonen vierstimmigen Chorals oder einfachen Volksliedes in bezug auf Metrik, Tonart, Intervalle und harmonische Verhältnisse;
   b) Kenntnis der gebräuchlichsten Vortragsregeln, sowie der Gesetze über Aussprache und Stimmbildung;
   c) Vortrag eines leichteren Liedes aus dem Schul- und Volksgesang, sowie eines leichteren Violin- oder Klavier- oder Orgelstückes;
12. Turnen:
   Kenntnis der Ordnungs-, Frei-, Stab- und Gerätübungen, sowie der Turnspiele der Volksschule nach Maßgabe der eidgenössischen Turnschule. Fertigkeit in der Ausführung und Leitung der Frei-, Stab- und Gerätübungen, sowie der Spiele.

§ 8. Jeder Examinator bezeichnet die Ergebnisse der mündlichen und der schriftlichen Prüfungen und das Gesamtergebnis in seinem Fach mit den Noten 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = genügend und 4 = ungenügend. Für die Probelektion wird eine besondere Note erteilt.

§ 9. Wer in sämtlichen geprüften Fächern mindestens die Durchschnittsnote „genügend" erhält, wird patentiert. Examinanden, die zwar die Durchschnittszensur „genügend" erreichen, aber in einer der Fächergruppen: Pädagogik und Probelektion, oder Deutsch, Geschichte und Geographie, oder Mathematik und Naturwissenschaften, oder Schreiben, Zeichnen, Singen und Turnen unter der Durchschnittsnote „genügend" bleiben, können das Wahlfähigkeitszeugnis nur erlangen, wenn sie an der nächstfolgenden Prüfung in derjenigen Fächergruppe, worin sie die Note „genügend" nicht erreichten, mit Erfolg eine Nachprüfung bestehen.

Examinanden, die sich bei der schriftlichen Prüfung unerlaubter Hilfsmittel bedienen oder sich während der Prüfung ungebührlich benehmen, werden von der weitern Teilnahme an der Prüfung des betreffenden Jahres ausgeschlossen.

§ 10. Wer die Prüfung mit Erfolg bestanden hat, erhält ein von der Erziehungsdirektion ausgestelltes Fähigkeitszeugnis für die Bekleidung einer Lehrstelle auf der Primarschulstufe, das die Noten in den einzelnen Fächern enthält.

§ 11. Diejenigen Kandidaten und Kandidatinnen, die das Basler Lehrerseminar oder einen vierjährigen Kurs eines andern schweizerischen Seminars mit Erfolg besucht haben, sind provisorisch an Lehrstellen im Kanton wählbar, sofern ihr Patent den Anforderungen der §§ 5 und 9 dieses Reglements entspricht. Das basellandschaftliche Wahlfähigkeitszeugnis wird erst nach mindestens halbjähriger erfolgreicher Praxis als Vikar oder provisorisch angestellte Lehrkraft im Kanton ausgestellt.

§ 12. Die Gebühr für Ausstellung des Wahlfähigkeitszeugnisses beträgt:

a) für im Kanton Baselland wohnhafte Kandidaten respektive Kandidatinnen (Stipendiaten inbegriffen) Fr. 10.—;

b) für außerkantonale Bewerber respektive Bewerberinnen Fr. 25.—.

II. für Sekundar- und Bezirksschulen.

§ 13. Die definitive Wahlfähigkeit für Lehrstellen an Sekundar- und Bezirksschulen wird seitens der Erziehungsdirektion solchen Bewerbern und Bewerberinnen erteilt, die im Besitze eines Maturitätszeugnisses oder Primarlehrerpatentes sind und gestützt auf das Universitätsstudium ein Diplom für den Unterricht auf der Mittelschulstufe erworben und sich durch eine mindestens halbjährige Praxis als Vikar oder provisorisch angestellte Lehrkraft an einer basellandschaftlichen Mittelschule über tüchtige Schulführung ausgewiesen haben.

In bezug auf die Gebühren für die Ausstellung des basellandschaftlichen Wahlfähigkeitszeugnisses gelten die Bestimmungen von § 12.

III. für Arbeitsschulen.

§ 14. Wer die definitive Wahlfähigkeit als Arbeitslehrerin zu erlangen wünscht, ist verpflichtet, einen methodischen Bildungskurs zu besuchen oder ein außerkantonales Arbeitslehrerinnenpatent, das den herwärtigen Anforderungen entspricht, vorzuweisen.

Die Teilnehmerinnen an einem Bildungskurs haben sich durch eine Aufnahmsprüfung über eine gute Primarschulbildung, sowie über eine genügende Fertigkeit in den weiblichen Handarbeiten auszuweisen.

§ 15. Dieses Reglement tritt mit dem Tage der Publikation im Amtsblatt in Kraft.

XIV. Kanton Schaffhausen.

1. Elementar- und Realschule.

I. Vorschriften des Erziehungsrates des Kantons Schaffhausen über Zeugnisse, Prüfung und Promotion der Schüler der Elementar- und Realschule. (Vom 11. Oktober 1930.)

In Ausführung von Artikel 25 beziehungsweise Artikel 40 des Schulgesetzes vom 5. Oktober 1925 und des § 2 b, Ziffer 6, des Schuldekretes vom 27. April 1927 erläßt der Erziehungsrat folgende Vorschriften:

A. Zeugnisse.

1. Es ist eine wichtige Aufgabe der Schule, die Eltern über Fleiß, Leistungen und Betragen der Kinder auf dem Laufenden zu halten, was durch Zustellung der Zeugnisse geschieht.
2. Im Laufe des Sommersemesters, vor Weihnachten und am Schlusse des Schuljahres wird jedem Schüler ein Zeugnis ausgestellt nach einem vom Erziehungsrat festzusetzenden und beim kantonalen Lehrmittelverlag zu beziehenden Formular. Für die 1. Klasse der Elementarschule wird ein Zeugnis erst am Ende des Sommersemesters erteilt.
3. Das Zeugnisbüchlein ist vom Klassenlehrer auszufertigen und von ihm, beziehungsweise seinem Amtsnachfolger, weiterzuführen und zu unterzeichnen.
4. Die Zeugnise sind so zu erteilen, daß sie der Wirklichkeit möglichst entsprechen.

Die beste Note 6 bedingt vorzüglichen Fleiß und sehr gute Leistungen. Sie bedeutet eine Auszeichnung und soll nicht allzu freigebig erteilt werden.

Zwischenstufen zwischen den Hauptzahlen (6 bis 1) können durch halbe Noten näher bestimmt werden.

5. Die Fleißnote ist nach dem Grad der Mühe und Anstrengung des Schülers anzusetzen, ohne daß sie durch die Leistungen beeinflußt wird.
6. Die Noten für Fleiß und Leistungen sind für jedes Fach in Ziffern auszudrücken und in beide Rubriken gesondert einzutragen, auch wenn sie gleichwertig sind.
7. Das Zeugnis für Betragen, Reinlichkeit und Ordnungsliebe ist in Worten auszudrücken. Tadelnswert ist zu gebrauchen, wenn grobe und beharrliche Verfehlungen vorliegen.
8. Der Inhaber der elterlichen Gewalt hat das Zeugnisbüchlein nach jeder Notenerteilung einzusehen und zu unterzeichnen. Wenn er sich weigert, so macht der Lehrer der Schulbehörde Mitteilung.
9. Tritt ein Schüler in einen andern Schulort des Kantons über, so trägt der Vorsteher der Schule den Vermerk des Austrittsdatums in das Zeugnisbüchlein ein und stellt es sofort der Schulbehörde des neuen Schulortes zu, welche es dem zuständigen Lehrer zu übergeben hat. Die schulärztlichen Untersuchungsbogen sind ebenfalls weiterzuleiten.
10. Dieser hat das Eintrittsdatum vorzumerken und unentschuldbare Absenzen wegen verspätetem Eintritt der Schulbehörde zu überweisen.
11. Zieht ein Schüler in einen andern Kanton, so ist das Zeugnisbüchlein samt den schulärztlichen Untersuchungsbogen unter Angabe des Datums des Austrittes der Schulbehörde des neuen Wohnortes zuzustellen.
12. Geht das Zeugnisbüchlein eines neu zugezogenen Schülers nicht rechtzeitig ein, so hat der Lehrer dies seiner Schulbehörde mitzuteilen, welche zuständigen Ortes vorstellig wird.
13. Nach erfüllter Schulpflicht ist dem Schüler das Zeugnisbüchlein mit der nötigen Bescheinigung auszuhändigen. Er hat dasselbe sorgfältig aufzubewahren, um es beim Eintritt in die Fortbildungsschule oder andere Schulanstalten vorweisen zu können.

B. Prüfungen.

a) Schlußprüfung.

1. Als Abschluß des Schuljahres veranstaltet die Schulbehörde entweder eine Prüfung oder einen Besuchstag.

2. Die während des Schuljahres angefertigten schriftlichen Arbeiten in der Muttersprache und in den Fremdsprachen (in der Realschule auch in Mathematik), sowie die Zeichnungen sind aufzulegen.
3. Die Prüfungen und Besuchstage sind öffentlich. Eltern und Schulfreunde werden von der Schulbehörde eingeladen.
4. Der Schulinspektor oder ein Mitglied der Schulbehörde oder der Vorsteher der Schule hält an der Schlußfeier eine Ansprache an die Schüler.

b) Aufnahmeprüfung in die Realschule.

1. Schüler, welche in die Realschule eintreten wollen, haben sich durch eine Prüfung über die erforderlichen Kenntnisse auszuweisen.
2. Für den Eintritt in die erste Klasse beschränkt sich die Prüfung auf Lesen, Grammatik, Aufsatz, mündliches und schriftliches Rechnen. (Näheres, auch über den Prüfungsstoff, siehe Lehrplan der Realschule.)
3. Wer bei der Prüfung weniger als die Durchschnittsnote 3 erhält, wird abgewiesen, wobei aber noch die Zeugnisse der Elementarschule in Erwägung zu ziehen sind. Die übrigen Kandidaten werden auf Probe aufgenommen.
4. Nach einer Probezeit von sechs Wochen erfolgt bei genügenden Leistungen die definitive Aufnahme, sofern Fleiß und Betragen befriedigen.
5. Im Falle der Zurückweisung, die durch die Lehrerkonferenz zu beschließen ist, erfolgt eine begründete Mitteilung an die Eltern durch den Schulvorsteher.

C. Beförderung der Schüler.

a) Elementarschule.

1. Die Beförderung der Schüler soll im allgemeinen bedingt sein durch Fleiß und Leistungen.
2. Bei den Leistungen sind auf der Unterstufe die Hauptfächer Lesen, Schreiben und Rechnen, in höheren Klassen auch der Aufsatz, in Betracht zu ziehen. Die Noten der Nebenfächer können in Zweifelsfällen berücksichtigt werden.
3. Die Beförderung ist eine definitive oder eine provisorische.
4. Hat ein Schüler zwei Jahre in der gleichen Klasse gesessen, so ist er altershalber definitiv in die nächst höhere Klasse zu versetzen.
5. Erreicht die Gesamtsumme der Noten in den drei Hauptfächern nicht 10½, oder müssen zwei Hauptfächer mit Note 3 oder noch schlechter beurteilt werden, so findet pro-

visorische Beförderung statt. Bei weniger als 9 kann der Schüler nicht befördert werden.

6. Nach Ablauf einer Probezeit von sechs Wochen wird die Beförderung oder Nichtbeförderung auf Antrag des Klassenlehrers durch die Lehrerkonfrenz der Schulanstalt entschieden.
7. Scheint die Beförderung eines Schülers gefährdet, so soll den Eltern hievon Mitte Januar schriftlich Mitteilung gemacht werden.
8. Der Vermerk über Beförderung oder Nichtbeförderung soll ins Zeugnisbüchlein eingetragen werden.

b) Realschule.

1. Fleiß und Leistungen in den Hauptfächern Deutsch, Französisch, beziehungsweise Latein, und Mathematik fallen für die Beurteilung des Schülers in Betracht. Die Noten in den Nebenfächern können ausnahmsweise ebenfalls berücksichtigt werden.
2. Auf Probe befördert werden alle Schüler, deren Leistungen in einem der Hauptfächer mit der Note 3 oder einer schlechteren Note beurteilt werden.
3. Nicht befördert werden Schüler, deren Durchschnittsnote in den drei Hauptfächern schlechter als 3 ist.
4. Die bei den Elementarschulen erwähnten Bestimmungen 1, 3, 4, 6, 7, 8 gelten auch für die Realschule.

D. Übergangsbestimmungen.

Diese Vorschriften treten mit Beginn des Schuljahres 1931/32 in Kraft. Diejenigen vom 26. Januar 1928 sind aufgehoben. Die bisherigen Zeugnisbüchlein sind nach den neuen Bestimmungen einzurichten und noch bestehende Vorräte aufzubrauchen.

---

2. Mittelschulen und Berufsschulen.

2. Reglement des Erziehungsrates über die Maturitätsprüfungen an der Kantonsschule Schaffhausen. (Vom 4. Dezember 1930.)

Auf Grund der „Verordnung über die Anerkennung von Maturitätsausweisen durch den schweizerischen Bundesrat“ vom 20. Januar 1925 erläßt der Erziehungsrat des Kantons Schaffhausen für die Maturitätsprüfungen an der Kantonsschule nachfolgendes

Maturitäts-Reglement.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Reifeprüfung für die Typen A, B und C hat die Aufgabe, in Ergänzung der Beobachtungen während der Schul-

zeit festzustellen, ob ein Schüler geistige Arbeit von der Art zu leisten vermag, wie sie das Hochschulstudium von ihm fordert.

§ 2. Die Prüfungen werden geleitet von einer Expertenkommission, die, wie auch ihr Präsident, vom Erziehungsrat gewählt wird und welcher der Rektor der Kantonsschule von Amts wegen angehört. Die Erziehungsdirektion setzt auf Antrag der Lehrerkonferenz den genauen Zeitpunkt der Prüfungen innerhalb der zweiten Hälfte des Septembers fest. Der Rektor der Kantonsschule entwirft den Prüfungsplan.

§ 3. Das Reifezeugnis muß enthalten:

a) Die Hauptaufschrift: Schweizerische Eidgenossenschaft;
b) den Namen: Kantonsschule Schaffhausen;
c) den Namen, Vornamen, Bürgerort und das Geburtsdatum des Inhabers;
d) die Angabe der Zeit, während deren er als regelmäßiger Schüler die Anstalt besucht hat, mit dem Datum des Eintritts und des Austritts;
e) die Benennung des Typus, nach welchem die Maturität erteilt worden ist;
f) die Maturitätsnoten der einzelnen Fächer, sowie ihre Summe;
g) die Unterschrift des Erziehungsdirektors oder seines Bevollmächtigten und diejenige des Rektors der Kantonsschule.

§ 4. Die Maturitätsnoten sind nach der Skala 6—1 auszudrücken, wobei

6, 5, 4 genügende Leistungen,
3, 2, 1 ungenügende Leistungen

bedeuten.

In der Beurteilung können ganze und halbe Noten zur Anwendung gelangen. Im Maturitätszeugnis selbst dürfen nur ganze Noten eingesetzt werden. Die erteilten halben Noten sind so auf- und abzurunden, daß die Notensumme keine wesentliche Veränderung erfährt.

§ 5. Die Prüfung in einem bestimmten Fach wird in der Regel von dem Lehrer abgenommen, der in der letzten Klasse in dem betreffenden Fache unterrichtet hat. Ihm steht das Vorschlags- und Stimmrecht bei der Feststellung der Note zu.

§ 6. Vor Beginn der Prüfung wird für jedes Fach die Erfahrungsnote ermittelt. Sie wird erhalten aus dem Durchschnitt der Noten des letzten Jahres, in welchem das Fach unterrichtet worden ist. Diese Erfahrungsnoten sollen den Experten rechtzeitig zugestellt werden. Die Reifenote ergibt sich als Durchschnitt aus der Prüfungs- und der Erfahrungsnote, wobei nach der Erfahrungsnote abgerundet wird.

§ 7. Das Zeugnis der Reife kann nur erteilt werden, wenn die Summe der Maturitätsnoten in allen 11 Fächern nicht weniger als 40 beträgt.

Die Reifeerklärung kann nicht erfolgen, wenn die Summe der Maturitätsnoten weniger als 40 beträgt oder wenn unter den Maturitätsnoten der Fächer 1—10 (§§ 11, 12 und 13)

eine Note 1, oder zwei Noten 2, oder
eine Note 2 und zwei Noten 3, oder
mehr als drei Noten 3 vorkommen.

§ 8. Zur Maturitätsprüfung wird ein Schüler nur zugelassen, wenn er mindestens die letzten vier Quartale regulärer Schüler der betreffenden Abteilung war.

§ 9. Besteht ein Kandidat die Prüfung nicht, so kann er nach Ablauf eines Jahres wieder zur Prüfung zugelassen werden. Eine weitere Wiederholung ist nicht mehr gestattet.

§ 10. Die Benützung unerlaubter Hilfsmittel oder sonstige Unredlichkeiten im Verlauf der Prüfung werden mit sofortiger Rückweisung bestraft. Derart Zurückgewiesene können sich nach Jahresfrist zu einer zweiten Prüfung melden; eine weitere Wiederholung ist auch für diese Fälle nicht gestattet.

II. Besondere Bestimmungen.

§ 11. Das Reifezeugnis für den Typus A enthält Noten in folgenden Fächern:

1. Deutsch
2. Latein
3. Griechisch
4. Französisch
5. Mathematik
6. Geschichte
7. Geographie
8. Physik
9. Chemie
10. Naturgeschichte
11. Zeichnen

Die Prüfung ist eine schriftliche in Deutsch, Französisch, Mathematik und Latein. Die Themata sollen so gestellt werden, daß eine rein gedächtnismäßige Wiedergabe von Heften und Lehrbüchern ausgeschlossen ist. Die Prüfung ist eine mündliche in Deutsch, Französisch, Mathematik und Griechisch.

§ 12. Das Reifezeugnis für den Typus B enthält Noten in folgenden Fächern:

1. Deutsch
2. Latein
3. Englisch oder Italienisch
4. Französisch
5. Mathematik
6. Geschichte
7. Geographie
8. Physik
9. Chemie
10. Naturgeschichte
11. Zeichnen

Die Prüfung ist eine schriftliche in Deutsch, Französisch, Mathematik und Latein. Die Prüfung ist eine mündliche in Deutsch, Französisch, Mathematik und Englisch oder Italienisch.

§ 13. Das Reifezeugnis für den Typus C enthält Noten in folgenden Fächern:

1. Deutsch
2. Französisch
3. Englisch oder Italienisch
4. Mathematik
5. Darstellende Geometrie
6. Geschichte
7. Geographie
8. Physik
9. Chemie
10. Naturgeschichte
11. Zeichnen

Die Prüfung ist eine schriftliche in Deutsch, Französisch, Mathematik und Darstellender Geometrie und eine mündliche in Deutsch, Französisch, Mathematik und Physik.

§ 14. In den Fächern, in denen nicht geprüft wird, wird die Erfahrungsnote (siehe § 6) in das Maturitätszeugnis eingetragen.

§ 15. a) Die schriftliche Prüfung im Deutschen soll den Ausweis liefern, daß der abgehende Schüler imstande ist, einen ihm naheliegenden Stoff verständlich und sachgemäß auszudrücken. Es sind darum mehrere Aufgaben aus verschiedenen Sachgebieten vorzulegen. Die Beurteilung soll sich in erster Linie auf die Fähigkeit klarer Darstellung beziehen. Die Note wird vom Lehrer des Deutschen beantragt.

b) Die schriftliche Arbeit im Lateinischen besteht in der Übersetzung eines für den Schüler neuen Textes aus dem Lateinischen ins Deutsche. Der Prüfende bestimmt die Hilfsmittel, die angewendet werden dürfen.

Die schriftliche Prüfung im Französischen besteht in der Übersetzung eines passenden Textes aus der Muttersprache in die Fremdsprache.

c) Die schriftliche Arbeit in Mathematik besteht in der Lösung mathematischer Aufgaben aus dem Unterrichtsstoff der beiden letzten Jahre.

§ 16. Die Zeit für eine schriftliche Arbeit beträgt höchstens 4 Stunden. Sie wird durch den Rektor in Verbindung mit dem Fachlehrer festgestellt.

§ 17. Die mündliche Prüfung erstreckt sich über den Stoff des letzten Jahres. Sie soll so viel als möglich bloßes Abfragen von Gedächtnisstoff vermeiden und dafür Aufgaben umfassen, die beweisen, daß der abgehende Schüler einen gegebenen Stoff erfassen und verwerten kann. In jedem Fach ist für einen Schüler 10 Minuten Zeit einzuräumen.

---

3. Disziplinarordnung der Kantonsschule Schaffhausen. (Vom 18. Dezember 1930.)

XV. Kanton Appenzell A.-Rh.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1930.

XVI. Kanton Appenzell I.-Rh.

Primarschule.

I. Verordnung über die Verteilung der Schulsubvention des Bundes.

(Vom 24. November 1930.)

Der Große Rat des Kantons Appenzell J.-Rh.,

in Vollziehung des Bundesgesetzes betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule, vom 25. Juni 1903 (ergänzt durch Bundesgesetz vom 15. März 1930), ferner der bezüglichen Vollziehungsverordnung des Bundesrates vom 17. Januar 1906,

verordnet:

Art. 1. Für die Berücksichtigung der nach Bundesrecht in Betracht fallenden Zweckbestimmungen gilt die nachstehende Regelung:

1. Kosten der Lehrstellen. — Die finanzielle Beteiligung erfolgt gemäß den Bestimmungen der kantonalen Schulverordnung zu Lasten der Landesschulkasse.
2. Bau, Umbau und Ankauf von Schulhäusern. — Der Beitrag beträgt einen Dritteil der wirklichen Kosten, mit Einschluß derjenigen für die innere Ausstattung. Er wird in der Regel in jährlichen Teilzahlungen ausgerichtet. Im übrigen gelten die einschlägigen Bestimmungen der kantonalen Schulverordnung.
3. Erweiterung von Turnplätzen, Anschaffung von Turngeräten und Errichtung von Turnhallen. — Der Beitrag beträgt einen Dritteil bis die Hälfte der bezüglichen Kosten. Für Erstellung von Turnhallen kann er in jährlichen Teilzahlungen ausgerichtet werden.
4. Ausbildung von Lehrkräften. — Im Kanton wohnhafte, bedürftige Lehramtskandidaten, welche an staatlichen Lehrerbildungsanstalten anderer Kantone herangebildet werden, erhalten ein Jahresstipendium von Fr. 100.— bis Fr. 200.—. — Auslagen der Schulgemeinden für die fachliche und methodische Ausbildung der Primarlehrerschaft in besonderen Fortbildungs- und Wiederholungskursen werden bis zu 50 % rückvergütet. — Die Kosten der von der Landesschulkommission angeordneten Kurse (Turnkurse, Lehrerkonferenzen u. s. w.) werden zur Gänze durch die Subventionskasse übernommen.
5. Aufbesserung von Lehrer-Besoldungen, Beiträge an die Lehreralterskasse und Förderung von Fürsorgekassen. —

a) Jede Lehrkraft erhält eine jährliche allgemeine Gehaltszulage von Fr. 100.—. Nach 5 und mehr Dienstjahren im Kanton wird eine jährliche Alterszulage von Fr. 50.—, nach 10 und mehr Jahren eine solche von Fr. 100.— gewährt. — Für Erteilung des Turnunterrichtes können jährliche direkte Zuschüsse bis zu 50 Rp. auf die Stunde an die Lehrkraft gewährt werden.

b) Der Jahresbeitrag an die Lehrer-Alterskasse beträgt Fr. 1000.—.

c) Den weiblichen Lehrkräften, welche für sich eine Fürsorgekasse begründen und äufnen, werden jährliche Beiträge von 2 % der gemäß Artikel 10 der kantonalen Schulverordnung anrechenbaren Besoldungen geleistet.

Die Bestimmungen der kantonalen Besoldungsverordnung über Fürsorgekassen finden sinngemäße Anwendung.

6. Beschaffung von allgemeinen Lehrmitteln und von Schulmobiliar. — Die Kosten der dem Klassenunterricht dienenden allgemeinen Lehrmittel (zum Beispiel für den Anschauungsunterricht) können bis zur Hälfte durch die Subventionskasse getragen werden. — An die Kosten der Beschaffung von Schulmobiliar kann ein Beitrag bis zu einem Dritteil gewährt werden.

7. Abgabe von obligatorischen Lehrmitteln zu ermäßigten Preisen. — Die Verwaltung des kantonalen Depots gibt die Lehrbücher zur Hälfte der Selbstkosten an die Primarschulen ab. Der Ausfall wird durch die Subventionskasse gedeckt. — Die Kosten der Lehrmittel für die Fortbildungsschule gehen ganz zu Lasten der Subventionskasse.

8. Nachhilfe bei Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder. — Die Ausgaben der Gemeinden zum Zwecke allgemeiner Fürsorge für Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder können bis zu 50 % subventioniert werden.

9. Unterricht Schwachbegabter. — Die besonderen Ausgaben der Gemeinden für Spezial- und Nachhilfe-Unterricht sind angemessen zu subventionieren. Das Gleiche gilt von den Ausgaben für Erziehung schwachsinniger Kinder in besonderen öffentlichen staatlichen Erziehungsanstalten.

10. Unterstützung steuerüberlasteter Gemeinden. — Die Landesschulkommission kann einen Kredit bis zu Fr. 1500.— jährlich zur Verteilung bringen.

Art. 2. Die Landesschulkommission ist Aufsichtsbehörde über die Subventionskasse und bestimmt im Rahmen der verfügbaren Kredite und der vorgesehenen Ansätze das Ausmaß der Zuwendungen an diejenigen Zweckbestimmungen, deren Berücksichtigung nicht verbindlich ist oder nicht mit einem bestimmten Ansatze in Betracht fällt.

Die Verwaltung der Subventionskasse wird durch den Landesschulkassier besorgt.

Art. 3. Die Gemeinden, welche für künftige besondere Aufwendungen auf Beiträge aus der Subventionskasse Anspruch erheben, haben ihre Begehren unter Begründung bis Ende Januar des betreffenden Subventionsjahres bei der Landesschulkommission zuhanden der Budget-Aufstellung einzureichen.

Die Rechnungs-Ausweise der Gemeinden über ihre Auslagen, für welche die Beiträge bestimmt wurden, sind innert Monatsfrist nach Ablauf des betreffenden Rechnungsjahres dem Landesschulkassier einzugeben.

Die Rechnungsausweise des Kantons sind durch die Standeskommission bis Mitte Februar des dem Subventionsjahre folgenden Jahres dem Eidgenössischen Departement des Innern einzureichen.

Art. 4. Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1931 in Kraft.

Die Landesschulkommission wird mit dem Vollzuge betraut.

---

2. Verordnung über den Turnunterricht in der Schule. (Vom 19. September 1930.)

Die Landesschulkommission
des Kantons Appenzell I.-Rh.,

in Vollziehung von Artikel 102 der Militärorganisation der schweizerischen Eidgenossenschaft, vom 12. April 1907, sowie der Verordnung des Bundesrates über den Vorunterricht, vom 10. Juli 1928,

verordnet:

Art. 1. Das Turnen ist für Knaben vom Beginn bis zum Schluß der Primarschulpflicht als obligatorisches Unterrichtsfach zu betreiben.

Art. 2. Der Turnunterricht gliedert sich nach den Schuljahren, und zwar in eine erste Stufe (1.—3. Klasse), eine zweite Stufe (4. und 5. Klasse) und eine dritte Stufe (6. und 7. Klasse).

Als Lehrmittel ist die „Eidgenössische Turnschule für die körperliche Erziehung der Knaben vom 7.—15. Altersjahr" verbindlich.

Art. 3. Der Turnunterricht ist während des ganzen Schuljahres zu betreiben. In jeder Schulklasse und jeder Schulwoche sind

zwei Stunden auf das Turnen zu verwenden. Die Lehrkraft hat über Zeit und Art des Unterrichts Kontrolle zu führen.

Art. 4. Die Schulgemeinden sorgen dafür, daß in der Nähe jedes Schulhauses ein geeigneter Turn- und Spielplatz zur Verfügung steht. Ebenso beschaffen sie — unter Beitragsleistung von Seite des Staates — die zur Erteilung des Turnunterrichtes nötigen Vorrichtungen und Geräte.

Art. 5. Der Turnunterricht wird in der Regel durch den Klassenlehrer oder die Klassenlehrerin erteilt. Er kann auch einer andern, besonders geeigneten Lehrkraft übertragen werden.

Die Gemeinden haben die Lehrkraft — soweit der Unterricht außer der gewöhnlichen Schulzeit erteilt wird — mit Fr. 1.— für die Stunde zu entschädigen; außerdem leistet der Staat besondere Zuschüsse an die Lehrkraft.

Art. 6. Der Staat veranstaltet nach Bedürfnis Turnkurse, durch welche die Lehrkräfte im Schulturnen aus- und weitergebildet werden. Der Staat unterstützt den Besuch der vom Bunde angeordneten Turnlehrkurse durch Beitragsleistungen.

Art. 7. Die Ortsschulräte sollen nach Möglichkeit auch den schulpflichtigen Mädchen geeigneten Turnunterricht erteilen lassen, und zwar durch weibliche Lehrkräfte.

Art. 8. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft. Durch dieselbe werden die „Verordnung über den Turnunterricht für die männliche Jugend im Kanton Appenzell I.-Rh." vom 4. Januar 1893, und das „Programm für das Knabenturnen" vom Jahre 1913 außer Kraft gesetzt.

XVII. Kanton St. Gallen.

1. Primarschule.

I. Lehrplan für die Primarschulen des Kantons St. Gallen. (Vom Erziehungsrat erlassen am 13. Januar 1930; vom Regierungsrat genehmigt am 7. Februar 1930.)

Die Aufgabe der Volksschule.

Der Staat will durch die Volksschule das Elternhaus in seinen Verpflichtungen zur Erziehung und Bildung der Kinder wirksam unterstützen. Die Schule erfüllt diese Aufgabe sowohl durch religiös-sittliche als auch geistige und körperliche Bildung nach den Erfahrungen, die ihr Psychologie und Pädagogik an die Hand geben.

Der Religionsunterricht wird durch die Organe der konfessionellen Genossenschaften erteilt.

Die Volksschule hat für die *Erziehung* der Kinder in stets wachsendem Maße aufzukommen, indem die fortschreitende Indu-

strialisierung des Wirtschaftslebens die Kinder mehr und mehr dem Einflusse des Elternhauses entzieht. Diese Aufgabe ist schwer, weil die Einflüsse auf das Verhalten der Schüler sehr vielseitig und die Möglichkeiten der Beeinflussung durch die Schule, im Vergleich zur erzieherischen Kraft des Elternhauses und der Kameradschaft, beschränkt sind. Die Führung zum sittlichen Wollen ist ein Prinzip; dieses beherrscht den gesamten Unterricht. Besser als ein besonderes Fach in Sittenlehre ist die dauernde ethisch gerichtete Beeinflussung der Schüler in allen Schulfächern. Der Lehrplan stellt daher kein ethisches Stoffprogramm auf; dafür wählt er die Unterrichtsstoffe im allgemeinen und deren Behandlung nach sittlichen Grundsätzen. Der Unterricht soll durch gelegentliche Hinweise auf unsere Pflichten gegen Gott, unsere Mitmenschen und unsere ganze Umwelt den Schüler zu religiös-sittlicher Einstellung und zu entsprechender Willensbildung erziehen. Der Lehrplan fordert auch die Gewöhnung an sittliches Handeln im Verbande der Schule und das persönliche Vorbild des Lehrers. Die Erziehung zu edler Gesinnung, die sich ausdrückt in der bewußten und überzeugten Anerkennung der großen sittlichen Ideen: Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit, Duldsamkeit, Rücksicht auf den Mitmenschen und Zurückdrängen der Selbstsucht, sowie in der Pflege all der kleinen Tugenden, die zum freudigen Zusammenleben der Menschen notwendig sind, ist die vornehmste Ausgabe der Volksschule.

Die *geistige Bildung* bezweckt die Entwicklung der geistigen Fähigkeiten des Kindes durch Übung der Sinne, Bildung des Verstandes, der Phantasie, des Gemütes und des Willens, sowie der sprachlichen und manuellen Ausdrucksfähigkeit.

Die *körperliche Ausbildung* ist zur Erhaltung der Gesundheit und zur Stärkung des Körpers in den Jahren seines größten Wachstums zur Arbeitsfähigkeit eine unabweisbare Pflicht der Volksschule.

Bemerkungen zum Lehrplan.

Der Unterricht an der allgemeinen staatlichen Volksschule hat planmäßig, den Entwicklungsstufen des Kindes und den praktischen Bedürfnissen des Lebens entsprechend, zu erfolgen.

Der Lehrplan muß die Vielgestaltigkeit der Schulen hinsichtlich Schulzeit, Schüler- und Klassenzahl berücksichtigen, die wirtschaftlichen und landschaftlichen Besonderheiten unserer Landesgegenden beachten und insbesondere den Grundsatz der individuellen Lehrfreiheit schützen. Er stellt die Ziele jedes Lehrfaches auf, bezeichnet die auf die einzelnen Fächer entfallenden Wochenstunden und gibt die Richtlinien für die Stoffauswahl und die Stoffverteilung auf die Jahreskurse. Die engere Wahl der Lehrstoffe und deren Verteilung innert den Schuljahren ist Sache des

Lehrers oder von Lehrergruppen an gleichartigen Schulen. In Schulen mit verkürzter Schulzeit dürfen die Forderungen des Lehrplans entsprechend reduziert werden.

Auch der Ausbildung Schwachbegabter in Förder- und Spezialklassen sind besondere Lehrpläne im Sinne einer starken Verkürzung der Anforderungen zugrunde zu legen.

Die Wegleitung bei jedem Lehrfache im Plane will nur zur Erteilung eines möglichst fruchtbaren Unterrichtes anregen, indem sie eine genaue Umschreibung der Fachziele und Hinweise auf allgemein gültige Ergebnisse der psychologischen und pädagogischen Forschung, sowie vereinzelte methodische Ratschläge gibt; letztere sind für die Lehrerschaft keineswegs verbindlich.

Zwischen Lehrplan und obligatorischen Lehrmitteln besteht ein enger Zusammenhang. Der Lehrplan bildet die Grundlage für die Lehrmittel.

Stundenplan.

Die Lehrgegenstände der Primarschule sind folgende: Religionslehre und Biblische Geschichte, Deutsche Sprache, Heimatunterricht, Geschichte, Geographie, Naturkunde, Schreiben, Rechnen, Geometrie und Buchführung, Zeichnen, Singen, Turnen, Handarbeit und Hauswirtschaft für Mädchen, Handarbeit für Knaben.

Verteilung der Unterrichtsstunden.

Fächer:	I.	II.		III.		IV.		V.		VI.		VII.		VIII.	
		K.	M.	K.	M.	K.	M.	K.	M.	K.	M.	K.	M.	K.	M.
Religionslehre und Bibl. Geschichte	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Deutsche Sprache .	11	9	9	11	10	9	9	9	8	9	8	8	6	8	7
Heimatunterricht .															
Geschichte . . .	—	—	—	—	—	1		2		2		2		2	
Geographie . . .	—	—	—	—	—	2	4	2	4	2	4	2	4	2	4
Naturkunde . . .	—	—	—	—	—	2		2		2		3		3	
Schreiben	*	1	1	2	2	2	2	2	2	1	1	1	1	1	1
Rechnen, Geometrie und Buchführung	4	5	5	5	5	6	5	7	5	8	6	8	6	8	6
Zeichnen	*	*	*	2	—	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1
Singen	*	*	*	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Turnen	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Handarbeit und	—	—	§2	—	3	—	3	—	6	—	6	—	6	—	3
Hauswirtschaft . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	4
	18	18	20	24	24	30	30	32	32	32	32	32	32	32	32

*) Inbegriffen in „Deutsche Sprache und Heimatunterricht".

§) Fakultativ, d. h. über die Führung des Faches in der II. Klasse entscheidet der Schulrat.

An Schulen mit verkürzter Schulzeit ist der Unterricht in Handarbeit und Hauswirtschaft für Mädchen außer die normale Schulzeit zu verlegen.

Wo immer möglich soll mindestens in den Klassen VII und VIII Handarbeitsunterricht für Knaben erteilt werden, sei es innerhalb oder außerhalb der ordentlichen Schulzeit.

Der Unterricht in den ersten drei Schuljahren ist Gesamtunterricht. Deshalb sind beispielsweise in der ersten Klasse die Fächer Deutsche Sprache und Heimatunterricht mit den Fächern Zeichnen, Schreiben und Singen zusammengefaßt. Es liegt jedoch in der Natur dieser Stufe begründet, daß insbesondere dem Singen, Zeichnen, Schreiben und andern ausdruckgestaltenden Betätigungen breiter Raum gewährt wird.

Von der V.—VIII. Klasse ist je eine Rechnungsstunde für Geometrie, in der VIII. Klasse eine weitere für Buchführung zu verwenden.

Die Stunden für Mädchenhandarbeit und für Hauswirtschaft sind in der wöchentlichen Höchst-Stundenzahl von 32 Stunden inbegriffen. In gemischten Schulen sind die Unterrichtsstunden für Knaben durch vermehrte Übungsstoffe, Vertiefung u. s. w. derart auszufüllen, daß die Mädchen dem Gange des Unterrichtes lückenlos zu folgen vermögen, oder zu besonderem, den Knaben angemessenem Unterricht im technischen Zeichnen, in Geometrie und Physik zu verwenden. Wo in den VII. und VIII. Klassen eine Fremdsprache als wahlfreies Fach gelehrt wird, ist die erforderliche wöchentliche Stundenzahl für dieses Fach durch eine gleichmäßige Kürzung der Stundenzahl der übrigen Unterrichtsfächer zu erreichen. An Schulen mit verkürzter wöchentlicher Schulzeit sind die Unterrichtszeiten jedes Faches verhältnismäßig zu kürzen.

Bezüglich der Festsetzung der einzelnen Fächer auf die Wochentage und Tagesstunden und die Einschaltung von Pausen enthält das Reglement über die Gesundheitspflege in den Schulen vom 14. Januar 1926, Art. 29—33 (Amtliches Schulblatt N. F. Bd. XVIII, Nr. 2, 1926, Seite 17 und 18) weitere bindende Vorschriften.

Die Vorteile der direkten Anschauung eines Lehrgegenstandes und einer möglichst ununterbrochenen abschließenden Behandlung eines solchen, die Notwendigkeit mehrstündiger Lehrwanderungen, die Rücksicht auf die Witterung und Beleuchtung und andere den Unterrichtserfolg beeinflußende Faktoren rechtfertigen eine vorübergehende Abweichung vom festen Stundenplan. Jedoch ist dafür zu sorgen, daß die Summe der wöchentlichen Unterrichtsstunden für jedes Fach nach Ablauf eines längeren Zeitabschnittes (zum Beispiel eines Monats) erreicht wird.

Klassenzusammenzug.

An mehrklassigen Schulen, besonders an solchen mit verkürzter Schulzeit, werden aufeinanderfolgende Klassen in verschiedenen Fächern mit Erfolg zusammengezogen und gemeinsam unterrichtet. Der Vorteil liegt im Gewinn an Zeit und äußert sich in der längern Dauer des Unterrichts und in der Möglichkeit, den Stoff gründlicher zu behandeln.

Für den Zusammenzug eignen sich jene Fächer weniger, welche im Stoffplan einen lückenlosen Aufbau aufweisen, dagegen sehr gut heimatkundliche Stoffe in den untern Klassen, Zeichnen, Turnen und das Einüben von Liedern in den untern und obern Klassen, formale Sprachübungen, Naturkunde und teilweise der Aufsatzunterricht in aufeinanderfolgenden Oberklassen.

Bei dauerndem Klassenzusammenzug, zum Beispiel in der Naturlehre und Naturgeschichte, Formenlehre und Buchführung der VII. und VIII. Klasse ist darauf zu achten, daß die Lehrstoffe beider Klassen in einer zweijährigen Wechselfolge behandelt werden.

Schulzucht.

Das gute Verhalten der Schüler in- und außerhalb der Schule ist für den Erfolg des Unterrichtes unerläßlich; die zielbewußte Gewöhnung dazu ist eine wichtige Erziehungsaufgabe.

Ordnungsliebe und Pünktlichkeit sind für das spätere Fortkommen der Schüler von großer Bedeutung. Sie werden am besten anerzogen durch das konsequente gute Beispiel des Lehrers. Nur wo Ordnung im Schulbetriebe, in Schuleinrichtungen, Schullokalen und Lehrmitteln, pünktlicher Beginn und Schluß des Unterrichtes, pünktliche Kontrolle der Schul- und Hausaufgaben, unbedingte Übereinstimmung zwischen Reden und Handeln während der ganzen Schulzeit herrschen, kann erwartet werden, daß dem Kinde Ordnung und Pünktlichkeit fürs ganze Leben zum unverlierbaren Eigentum werden.

Der Lehrer darf vom Elternhaus Sorgfalt in Schulmaterialien und Lehrmitteln, Reinlichkeit in Kleidung, sowie Pünktlichkeit im Schulbesuch und in der Erledigung von Hausaufgaben verlangen. Die Schulbehörden haben die Pflicht, die Bestrebungen des Lehrers zur Handhabung einer guten Schulzucht durch Sorge für geeignete Schulräume, Schuleinrichtungen, Anschauungs- und Lehrmittel, wie durch genaue Handhabung der gesetzlichen Vorschriften über den Schulbesuch und das Absenzenwesen zu unterstützen.

Die körperliche Züchtigung ist kein erfolgreiches Erziehungsmittel. Ihre Anwendung birgt die große Gefahr in sich, daß sie zur unwürdigen und abstumpfenden Gewohnheit werden kann. Die Lehrer haben es als ihre Pflicht und Ehrensache zu betrachten, bei ihrer unterrichtlichen und erzieherischen Tätigkeit ohne dieses

Strafmittel auszukommen. Eine von Geist und Leben erfüllte Lehrweise, welche die Kinder zur dauernden Teilnahme am Unterricht fesselt und auf die kindliche Eigenart verständnisvoll eingeht, wird sie der körperlichen Züchtigung entbehren lassen. Die körperliche Züchtigung für unverschuldet ungenügende Leistungen, speziell bei ungenügender Begabung, ist in jedem Falle unstatthaft.

Hausaufgaben.

Die Hausaufgaben sind auf ein Mindestmaß zu beschränken. Oft fehlt ein passender Ort, wo die Kinder zu Hause ungestört arbeiten können, oder es mangeln eine geeignete Sitzgelegenheit und genügende Beleuchtung.

Im allgemeinen soll das Kind in der Schule der Schule und zu Hause dem Hause gehören.

Auf der Unterstufe, I.—III. Klasse, sollen Hausaufgaben möglichst vermieden werden. Nachhilfe zu Hause soll nur in einzelnen Fällen und unter Raterteilung ans Elternhaus erfolgen. Auf der Oberstufe sind Hausaufgaben entsprechend dem höhern Alter und dem größern Reifegrad der Schüler in beschränktem Ausmaß zur Stärkung des Pflichtgefühls und zur Gewöhnung an selbständiges Arbeiten zulässig. Als Hausaufgaben eignen sich: Das Auswendiglernen von Gedichten, Beobachtungsaufgaben für den Realunterricht, Vorbereitungen für schriftliche Aufgaben, rechnerische Nachhilfeaufgaben u. s. w. In den obersten Klassen können dazu auch schriftliche und zeichnerische Aufgaben kommen.

Doch sollen Hausaufgaben, die nicht unterrichtlich vorbereitet sind und daher vom Schüler nicht mit Sicherheit gelöst werden können, vermieden werden. Die Ergebnisse der Hausaufgaben sind vom Lehrer zu überwachen und sorgfältig und regelmäßig zu kontrollieren.

Unterrichtsfächer.

Religionsunterricht.

Der Religionsunterricht ist Sache der Konfessionen und nach den Weisungen der konfessionellen Behörden zu erteilen. Diese haben für Religionsunterricht und Biblische Geschichte besondere Lehrpläne herausgegeben.

Siehe Lehrplan für die evangelische Religions- und Sittenlehre in der Primarschule (Amtliches Schulblatt N. F. Bd. IX., Jahrgang 1899, Nr. 5, Seite 64 ff. und 88 ff.), Lehrplan für den Unterricht in der Biblischen Geschichte für die Diözese St. Gallen (Amtliches Schulblatt N. F. Bd. XVII., Jahrgang 1924, Nr. 2, Seite 189 ff.)

Deutsche Sprache.

Ziel: Der Deutschunterricht soll die Schüler zum richtigen Gebrauch der Muttersprache in Wort und Schrift erziehen und in das deutschsprachliche Schrifttum einführen. Im besondern sind seine Ziele: Richtiges Hören und lautreines Sprechen. Fertigkeit im Lesen und Schreiben, Befähigung, erworbenes Wissen, Selbsterlebtes und Selbsterdachtes mündlich und schriftlich sprachrichtig auszudrücken und gefällig darzustellen. Weckung und Pflege des Sprachgefühls und der Freude an guten Büchern.

Der Deutschunterricht umfaßt Sprechen, Lesen, Schreiben, Rechtschreiben, Sprachlehre und Aufsatz.

Wegleitung: Sprechen: Die Pflege des mündlichen Ausdrucks bildet die Grundlage des Sprachunterrichtes. Die Schüler sollen ihre Erlebnisse, Erfahrungen und Beobachtungen frei und zusammenhängend erzählen lernen. Die Mundart als erstes Ausdrucksmittel ist nach und nach durch die schriftsprachlichen Formen zu ersetzen. Die Mundart ist aber als ein Stück Volkstum ihrer reichen Gemütswerte wegen durch alle Stufen neben der Schriftsprache zu verwerten. Die Gewöhnung an ein lautreines Sprechen fördert die Sicherheit im Rechtschreiben. (Geschlossene und offene Vokale vor einem respektive zwei Konsonanten.)

Lesen: Von Anfang an ist sinngemäßes Lesen anzustreben. Nur reichliche Übung an verschiedenen neuen Texten führt zur notwendigen Lesefertigkeit. Der Leierton ist durch natürliches Sprechen und Lesen zu bekämpfen. Antiqua und Fraktur sind von der IV. Klasse an nebeneinander zu lesen. Damit eine optische und lautliche Zergliederung und Zusammenfassung des Wortbildes zugleich mit der Erfassung der Wortbedeutung erzielt wird, müssen Sprechen, Lesen und Schreiben in der Unterschule innig verbunden sein. Im Anschluß an den Vorstellungsschatz und den durch Naturbeobachtung gewonnenen Gefühlsreichtum der Kinder wird eine Vertiefung in den Gehalt der Dichtung erreicht werden, welche sich in natürlicher Betonung beim Lesen äußert. An Kinderreimen, Sprüchen, Scherzliedern und Gedichten ist das natürliche rhythmische Empfinden der Kinder zu wecken. Nur an künstlerisch vollwertigem, für Kinder verständlichem Lesestoff (Lesebuch oder Klassenlektüre) kann der Sinn für Echtheit, Wahrheit und Reinheit im Schrifttum entwickelt und damit die Sucht der Jugend nach Schund- und Schmutzliteratur bekämpft werden.

Schreiben: Das Ziel des Schreibunterrichtes ist die Aneignung einer geläufigen und deutlichen Handschrift. Die Einführung in die Schriftformen wird durch Übungen im Formen, Legen, Zeichnen u. s. w. erleichtert. Mit dem Schreiben wird erst begonnen, wenn die Schüler im Anschauen und Auffassen, sowie in

der zeichnerischen Wiedergabe von Grundformen einige Übung haben. Als Schreibschrift gilt die Antiqua. Ihre Formen sollen einfach sein und das fließende, zusammenhängende Schreiben erleichtern. Schnörkelreiche Formen sind zu vermeiden. Die Unterstufe vermittelt einfache regelmäßige Schriftformen. In den obern Klassen ist neben deren Pflege besonders die Schreibfertigkeit zu fördern. Die deutsche Schreibschrift soll nur soweit erlernt werden, als es zum Lesen deutschschriftlicher Briefe notwendig ist. Für die obersten Klassen ist die Erlernung einer einfachen und gefälligen Titelschrift wünschenswert. Nur weiches Schreibmaterial (Milchgriffel, Bleistift, Farbstift, Feder) ermöglicht eine flüssige Schrift. Der Gebrauch von Griffel und Feder nebeneinander soll in den Oberklassen tunlichst vermieden werden. Auf eine gesundheitsmäßige Körper- und richtige Handhaltung ist dauernd zu achten, wie auch darauf, daß die Anforderungen an die gute Schrift: Gute Lesbarkeit, Regelmäßigkeit und Sauberkeit in allen schriftlichen Arbeiten erfüllt werden.

Rechtschreiben: Der Rechtschreibeunterricht geht nicht vom System der Rechtschreibelehre aus. Das Schriftbild soll aus dem in den Sprachübungen gewonnenen Klangbild oder aus der Abstammung ermittelt werden; in Ausnahmefällen ist es als Schriftbild einzuüben. Nur das mehrmalige Schreiben desselben Wortes verbürgt einen hinreichenden Erfolg. Auch das Luft- und Bankschreiben leisten vorzügliche Dienste. Das Anlegen eines Sprachheftes, in das rechtschriftliche Reihen und schwerere Schreibformen richtig eingetragen werden, fördert die Rechtschreibung, ist ein Mittel der Selbsthilfe, erweitert den Wortschatz und leitet an zum sichern Gebrauch eines Wörterbuches. Die Stoffe für die Diktate sind sorgfältig zusammenzustellen und vorher zu besprechen. Das Diktat ist eine vorzügliche Übung und Probe für das Rechtschreiben; es dient bei zweckmäßiger Behandlung auch der Stilbildung.

Sprachlehre: Die Schüler sollen zunächst angeleitet werden, mit Hilfe ihres Sprachgefühls richtig sprechen und schreiben zu lernen. Die Verschiedenheiten von Mundart und Schriftsprache bilden durch alle Klassen den Gegenstand gründlicher und planmäßiger Übungen. Wo das Sprachgefühl die Unterscheidung schon sicher ermöglicht, sind besondere Übungen nicht mehr nötig; um so mehr ist der Behandlung des Schwankenden und Schwierigen Aufmerksamkeit zu schenken. Erst in den obersten Klassen kann der erlernte Stoff in ein einfaches System eingeordnet werden. Grammatische Bezeichnungen dienen hauptsächlich zur leichtern Verständigung bei der Ausarbeitung von Sprachübungen; sie sollen durch alle Lehrmittel und alle Stufen hindurch einheitlich sein. Die Aufgabe der Volksschule besteht in

der fleißigen Übung der wichtigsten Sprachformen; so wird das Sprachgefühl zum Sprachbewußtsein erhoben. Besondere Beachtung verdient die Wortbedeutung zur Förderung des gegenständlichen Denkens, des anschaulichen Stiles und der Sicherheit und Gewandtheit in der Wahl des Ausdruckes. Fremdwörter sind tunlich zu vermeiden.

Aufsatz: Er ist die mündliche oder schriftliche Darstellungsform, um Gesehenes, Gehörtes, später auch Gedachtes und Gelesenes, andern mitzuteilen. Der zusammenhängende mündliche Gedankenausdruck ist die notwendige Vorstufe der schriftlichen Wiedergabe. Einfachheit und Natürlichkeit im Ausdruck und Klarheit im Aufbau sind die Kennzeichen des guten Aufsatzes. Das Abschreiben und Aufschreiben von Wörtern, Wortgruppen und Sätzen in den untern Klassen sind die ersten Vorübungen.

Der Aufsatzstoff soll dem Erfahrungskreise der Kinder: Erlebnis und Unterricht, entnommen werden. In Stoff und Form gebundene Aufsätze sollen gemeinsam erarbeitete Bespiele inhaltlicher Ordnung, des Stiles und der äußern Form sein; neben und nach ihnen sind die freien, selbständigen Aufsätze fleißig zu pflegen. Das Wesen des freien Aufsatzes liegt weniger in der freien Wahl des Themas durch die Schüler selbst, als in der selbsttätigen Gestaltung des Stoffes. Die Vorbereitung der freien Aufsätze beschränkt sich auf die Anregung zur Sammlung und Sichtung des Stoffes und die Besprechung möglicher orthographischer und grammatischer Schwierigkeiten. Die leichteste Form des freien Aufsatzes ist der Erlebnisaufsatz; ihm folgen der Erinnerungsaufsatz, der Phantasieaufsatz (ausführliche Schilderungen von Szenen, Örtlichkeiten, Personen aus Lektüre und Unterricht, von innerlich Geschautem und Gedachtem), die Beschreibung, die Bildbetrachtung, die Charakteristik. Weitfassende Titelgebungen sind zu vermeiden, können aber mit Vorteil in individuelle Teilaufgaben zerlegt werden. In der ausführlichen, breiten Darstellung von Einzelheiten liegt die Schulung zu genauem Beobachten.

Der Brief ist für viele Schüler später die einzige schriftliche Ausdrucksform; er soll daher häufig geübt werden. Er erfüllt die Aufgabe sprachlicher Erziehung, wenn er nach Inhalt und Form an bekannte oder fremde Personen gerichtet ist. Leere Formeln des Briefstiles sind zu bekämpfen. Schülerbriefwechsel von Klasse zu Klasse, von Ort zu Ort, ebenso auch tagebuchartige Aufzeichnungen sind sehr empfehlenswert.

Da jeder Aufsatz durch die Rücksicht auf den Inhalt, die Form, die Rechtschreibung und gefällige Schriftdarstellung eine Häufung von Aufgaben darstellt, ist die Erstellung eines Entwurfes angezeigt. Dadurch wird das Nebeneinander der zu lösen-

den Aufgaben in ein Nacheinander verwandelt, das eher befriedigend bewältigt wird.

Alle Sprachübungen und Aufsätze sind vom Schüler mehrmals und wenn möglich laut durchzulesen und zu verbessern (Selbstkorrektur, Austausch unter den Schülern, Überwachung und Korrektur durch den Lehrer). Hier findet der Lehrer die vorkommenden Verstöße gegen Rechtschreibung und Sprachlehre; die daraus sich ergebenden Übungsstoffe unterstützen den eigentlichen Sprachlehrunterricht wirksam. Eine Beurteilung der Aufsätze in Worten zeigt dem Schüler die Vorzüge und Mängel seiner Arbeit viel besser als die ziffernmäßige Bewertung. Im Aufsatz liegt ein Stück kindlichen Bekenntnisses; das Lob für eine gute Arbeit (Vorlesen und Vorzeigen) steigert die Aufsatzfreude und -leistung mehr als der Tadel der einer Arbeit anhaftenden Mängel.

Stoffplan.

I. Klasse.

Sprechen: Die Mundart ist die erste Erzählform. Langsames Übergehen zum schriftsprachlichen Ausdruck.

Freies Erzählen von Geschautem und Erlebtem. Kinderreime, Rätsel, Singen und Singspiele, Nacherzählen passender Erzählstoffe, besonders Märchen, Besprechen von Fibelbildern.

Formale Sprachübungen im Anschluß an die Erlebnisse und den Heimatunterricht: Lautübungen, Zerlegen mehrsilbiger Wörter.

Schulung der Sprach- und Gehörorgane.

Lesen: Lesen der Druckschrift. Verwendung des Lesekastens zum Bilden und Zerlegen von Wortbildern.

Schreiben: Formen, Stäbchenlegen, Zeichnen, zeichnendes Schreiben: Steinschrift und die aus ihr abgeleiteten Kleinformen.

Ab- und Aufschreiben von Wörtern und einfachen Sätzchen aus dem Sach-, Sprach- und Leseunterricht in Stein- und Antiquaschrift, Großschreibung der Dingwörter.

II. Klasse.

Sprechen: Weitere Förderung der Sprechfertigkeit durch freies Erzählen in Mundart und Schriftsprache aus dem Erlebniskreis und dem Unterricht.

Sprachübungen: Überleitung aus der Mundart in die Schriftsprache, Dehnung und Schärfung, Umlaut, zusammengesetzte Wörter, Silbentrennung.

Lesen: Lesen von der Wandtafel und aus dem Buche. Beachtung der lautreinen Aussprache und der verständnisvollen Betonung. Freier Vortrag von Gedichtchen.

Schreiben: Einführung in die verbundene Antiqua-Schreibschrift. Weitere Übungen im Auf- und Abschreiben von Sätzchen und Versen.

Schreiben nach Diktat.

Erste Übungen im Aufschreiben gemeinsamer Erlebnisse.

III. Klasse.

Sprechen: Besprechen von Erlebnissen und Beobachtungen aus der Umwelt, besonders auch von gemeinsamer Tier- und Pflanzenbeobachtung.

Sprachübungen: Einzahl und Mehrzahl, Verkleinerungen, Dingwortformen im 3. und 4. Fall, die Abwandlung des Tunwortes in der Gegenwart, Einführung in die Formen der Vergangenheit.

Lesen: Erzählungen mit natur- und heimatkundlichem Einschlag als Vorbereitung auf den Realunterricht. Klassenlesen einer längern Erzählung. Passende Gedichte. Wechselgespräche.

Schreiben: Förderung in der Fertigkeit im selbständigen Aufschreiben kleiner Erzählungen, Beobachtungen und Erlebnisse. Diktate, einfache Satzzeichenübung.

IV. Klasse.

Sprachübungen: Schärfere Unterscheidung und Übung der Sprachlaute. Abschriften, Diktate und Niederschriften von auswendig gelernten Stoffen.

Einführung in die Wortbedeutung und Wortbildung, Vor- und Endsilben, Zusammenstellung von Wortsippen, leichte Formen des Fürwortes, Biegung des Dingwortes, besondere Übung des Wesfalles, Haupt-Zeitformen (Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft). Leichte Formen des Nebensatzes zum Zwecke der Zeichensetzung, einfacher Redesatz in natürlicher Folge.

Lesen: Vermehrtes Klassenlesen. Vorlesen des Lehrers und der Schüler. Lesen und Vortragen von geeigneten Gedichten.

Anregung zur Benützung der Jugendbibliothek.

Schreiben: Neben der Gewöhnung an einfache und schöne Schriftformen ist der Entwicklung der Schriftgeläufigkeit besondere Beachtung zu schenken.

Aufsatz: Gemeinsame Klassen- und freie Aufsätzchen. Schriftliche, zusammenhängende Wiedergabe von Erzählungen, die im Leseunterricht behandelt worden sind.

V. Klasse.

Sprachübungen: Beachtung einer reinen Aussprache im gesamten mündlichen Unterricht.

Formale Übungen: Rechtschreibeübungen auf Grund der häufig vorkommenden Fehlerquellen, Diktate. Biegung des Dingwortes auch mit Eigenschaftswort. Abwandlung des Zeitwortes. Bindewort. Haupt- und Nebensatz, auch in Umstellung. Redesatz in umgekehrter und unterbrochener Folge. Wortbildung und Wortbedeutung.

Lesen: Neben der Förderung der Lesefertigkeit Bildung des Sinnes für die Schönheit der Dichtersprache.

Schreiben: Fortbildung der Handschrift.

Aufsatz: Zu den freien Erlebnisschilderungen treten auch Phantasieaufsätze, Bildbeschreibungen und Bilddeutungen. Auch Nachbildungen (Inhaltsangaben) sollen versucht und klare Gliederungen der Aufsätze gelegentlich gemeinsam erarbeitet werden. Briefe auf wirklich vorhandenen Grundlagen.

VI. Klasse.

Sprachübungen: Fortgesetzte Sprechübungen im gesamten Unterricht.

Formale Sprachübungen: Festigung der Rechtschreibung. Umstands- und Verhältniswörter. Unterscheidung von direkter und indirekter Rede. Zusammenfassende Behandlung der Wortarten. Satzglieder.

Lesen: Gemeinsames Lesen größerer Erzählungen (Schülerbibliothek), gelegentliche Hinweise auf einzelne Dichter.

Schreiben: Weiterbildung der Handschrift.

Aufsatz: Stärkere Berücksichtigung der Beobachtungsaufsätze, Schilderungen von Typen, Beschreibungen. Gliederung und planmäßiger Aufbau der umfangreicher werdenden Aufsätze. Briefe (Anredefürwörter). Gespräche.

VII. und VIII. Klasse.

Sprachübungen: Mehrung des Wortschatzes durch Wortbildungs- und Wortbedeutungslehre.

Befestigung der Rechtschreibung und Zeichensetzung, auch im Satzgefüge. Wiederholung und Erweiterung der Wort- und Satzlehre.

Lesen: Neben der Verwendung des Lesebuches häufige Benützung der Schülerbibliothek. Vorlesen durch die Schüler. Hinweise auf die Dichter, deren Leben und Schaffen.

Schreiben: Einfache Titelschrift.

Aufsatz: Die Schüler sind an scharfes Beobachten und an eine logische und genaue schriftliche Darstellung des Beobachteten zu gewöhnen.

Einfache Charakteristiken.

Briefe und Gespräche.

Einfache Geschäftsbriefe in Verbindung mit dem Buchhaltungsunterricht.

Heimatunterricht der Unterstufe.

Ziel: Der Heimatunterricht der Unterstufe soll des Kindes Sinn und Verständnis für das menschliche Gemeinschaftsleben und für die Natur von der Heimat aus erschließen.

Wegleitung: Die Heimat bildet den Ausgangs- und Mittelpunkt des Gesamtunterrichtes aller Schuljahre. Der Unterricht in den ersten drei Klassen knüpft an den Anschauungs- und Erlebniskreis des Kindes an und erweitert planmäßig die Kenntnisse aus seiner Umwelt. Er soll durch geeignete Erzählungen und liebevolle Betrachtung das kindliche Gemüt erwärmen und den Sinn für das Gute, Schöne und Wahre im Menschen- und Naturleben wecken. Darum steht der Mensch mit seiner Arbeit und Lebensweise auf dem heimatlichen Boden und in seinen Beziehungen zum Mitmenschen im Mittelpunkte des Unterrichtes. Märchen, Sagen und kulturgeschichtliche Erzählungen, kindlichsinnige Betrachtung der Natur, aufmerksame Beobachtung des Lebens und Treibens im Heimatort und dessen Umgebung schaffen die Grundlage für den spätern Realunterricht. Künstliche Anschauungsmittel sollen nur da als Ersatz verwendet werden, wo die unmittelbare Wahrnehmung nicht möglich ist. Gutgewählte und vorbereitete Lehrspaziergänge in die Natur und zu den Arbeitsstätten der Menschen sind ein so unentbehrliches Mittel der direkten Anschauung, daß sie öfters ausgeführt und keineswegs wegen falscher Einschätzung durch die Bevölkerung oder aus Bequemlichkeit vernachläßigt werden sollen. Für die ergiebige unterrichtliche Verarbeitung der Exkursionsergebnisse sollen die Schüler viele Ausdrucksmittel: Formen in Sand oder Ton, Schneiden und Kleben, Stäbchenlegen und Zeichnen, Sprechen, Mimen und Singen, Zählen und Schreiben, gebrauchen dürfen.

Stoffplan.

I. Klasse.

Betrachtungen aus dem Erlebniskreis des Kindes.
Gute Freunde in Tier- und Pflanzenwelt.
Zeiten und Feste im Kinderleben.
Erzählungen (Märchen).

II. Klasse.

Die Beziehungen des Kindes zu seiner nähern Umgebung.
Beobachtungen in Garten, Feld und Wald.
Aus dem Erwerbsleben der Ortseinwohner.
Märchen und Erzählungen.

III. Klasse.

Vom Leben und Treiben im Heimatort.
Eingehendere Betrachtung einzelner Pflanzen und Tiere, sowie einzelner Erscheinungen des Naturlebens.
Heimat- und Naturschutz.
Aus dem Berufsleben. Sitten, Gebräuche und Sagen.
Das Jahr und seine Einteilung. Wichtigste Vorkommnisse im Jahresverlauf.
Kulturgeschichtliche Erzählungen (zum Beispiel Robinson).

Geschichte.

Ziel: Dadurch, daß der Schüler die Hauptstufen des geschichtlichen Werdens unseres Vaterlandes und seiner kulturellen Zustände kennen und die wichtigsten Einrichtungen unseres heutigen Staates und öffentlichen Lebens verstehen lernt, soll er zur Mitarbeit am Wohl und Gedeihen von Volk und Staat erzogen werden.

Wegleitung: Die Einsicht in die Vorgänge der vaterländischen Geschichte soll durch das innere Miterleben der Volks- und Schicksalsgemeinschaft den Willen wecken, später die Pflichten gewissenhaft zu erfüllen. Kulturgeschichtliche Betrachtungen dienen diesem Zweck oft besser als die Darstellung der politischen Geschichte. Die Kriege können wegen ihres Einflusses auf die geschichtliche Entwicklung nicht ausgeschlossen werden. Doch sind vor allem ihre Ursachen und Folgen in bezug auf die Entwicklung des Staates und der Kultur zu betrachten. Beispiele aufopfernden Heldentums und höchster Pflichterfüllung im Dienste der Gesamtheit sollen als Vorbilder vollendeten staatsbürgerlichen Bewußtseins und Handelns dargestellt werden.

Die Behandlungsreihe wird in erster Linie durch die geschichtliche Idee und in zweiter Linie durch die Reihenfolge des Geschehens bestimmt. Der Geschichtsunterricht soll in allen Klassen an vorhandene Geschichts-, Kunst-, Natur- und Sprachdenkmäler der Heimat anknüpfen und die engere Heimat als mitwirkendes und mitleidendes Glied in der vaterländischen Geschichte betonen. In gleicher Weise ist auf die mit der vaterländischen Geschichte parallel laufenden Entwicklungen der Weltgeschichte hinzuweisen.

Die Lektüre passender kulturgeschichtlicher Stoffe mit reicher Handlung, geeignete Gedichte und Lieder fördern das gemütsstarke Nacherleben geschichtlicher Ereignisse in hohem Maße.

Stoffplan.

IV. Klasse.

Aus vorgeschichtlicher Zeit. Funde, Sagen und Geschichten aus der Heimat.

Von alemannischer Siedelung und Kultur.

Das Kloster St. Gallen.

Wilhelm Tell. Der Rütlibund.

V. Klasse.

Unsere Burgen und das Rittertum.

Städtebildung in unserer Gegend. Das Leben in der mittelalterlichen Stadt.

Die Abtei und Fürstabtei St. Gallen.

Befreiungsversuche auf friedlichem Wege: Die Stadt St. Gallen; auf kriegerischem: Das Land Appenzell.

Der Kampf des Bauern- und Bürgertums gegen die Fremdherrschaften in der Urschweiz. Der Dreiländerbund.

Erweiterung des Bundes durch Aufnahme neuer Orte. Die achtörtige Eidgenossenschaft.

VI. Klasse.

Änderungen in der Bundespolitik: Untertanenpolitik, Großmachtpolitik und ihr Ende. Die Entstehung des Neutralitätsgedankens.

Innere Kämpfe: Um den Glauben und gegen die Vorrechte von Ständen und Personen. Niedergang und Anzeichen des Zusammenbruchs.

Auch hier ist dem Anteil der heimatlichen Landschaft an diesen Entwicklungsstufen im Unterrichte besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

VII. und VIII. Klasse.

Die französische Revolution und der Untergang der alten Eidgenossenschaft.

Vom Staatenbund durch den Einheitsstaat zum Bundesstaat.

Die Entstehung des Kantons St. Gallen und seine Stellung im Bunde.

Verfassungsmäßige Einrichtungen unseres öffentlichen Lebens.

Die Stellung der Schweiz im Weltkriege.

Der Völkerbundsgedanke.

Geographie.

Ziel: Kenntnis unserer Heimat, des Vaterlandes und weiterer europäischer und außereuropäischer Gebiete unter Hervorhebung ihrer Beziehungen zum Vaterlande. Gewinnung von Raum- und Zahlvorstellungen geographischer Verhältnisse.

Wegleitung: Im Mittelpunkte der Erdkunde steht die Betrachtung der Heimat. Die in der engern Heimat gewonnenen geographischen Einsichten ermöglichen den Vergleich mit fremden Gebieten. Ein längeres Verweilen bei der Heimatlandschaft in der IV. und V. Klasse und stete Vergleiche mit der Heimat in den übrigen Klassen erleichtern den allmählichen Übergang von der sinnlichen zur gedanklichen Verarbeitung. Es ist ständig auf die Wechselbeziehungen zwischen Boden und Klima einerseits und Siedelung und Beschäftigung anderseits zu achten.

Fortlaufende Beobachtungen des Himmels, der Witterung, der heimatlichen Tier- und Pflanzenwelt, Sammlung geographischer Bilder, Herstellung von Reliefs, Karten und Skizzen, Arbeiten am Sandkasten, Kartenlesen und Lektüre von Landschaftsschilderungen und Reisebeschreibungen, besonders aber fleißige Lehrwanderungen unterstützen den Lernerfolg in außerordentlichem Maße. Die erdkundlichen Begriffe sind an typischen Beispielen in der Heimat zu erarbeiten.

Die natürliche landschaftliche Einheit soll stets den Ausgangspunkt der länderkundlichen Betrachtung bilden; sie wird durch die Darstellung der politischen Verhältnisse ergänzt.

Die Einführung in das Verständnis der Karte, des verjüngten Maßstabes und verschiedener Darstellungsmöglichkeiten ist eine wichtige Aufgabe des Geographieunterrichtes.

Die Himmelskunde beschränkt sich auf die aus der tatsächlichen Beobachtung sich ergebenden Einsichten und das Verständnis des Kalenders.

Der stets wachsende Straßenverkehr verlangt von Fußgängern und Fahrern eine gute Straßendisziplin. Die Schüler sind von Zeit zu Zeit durch Belehrung und praktische Übung zur Befolgung der üblichen Verkehrsregeln anzuleiten.

Stoffplan.

IV. Klasse.

Sonne, Mond und Sterne.
Heimatberg und Heimattal.
Verkehrswege, Verkehrsmittel und Verkehrsregeln.
Heimatort und Heimatgemeinde.
Ableitung geographischer Grundbegriffe an typischen Formen der Heimat. Darstellung durch Relief, Skizze und Karte.

V. Klasse.

Einführung in das Verständnis der Karte.

Die Landschaften des St. Galler- und Appenzellerlandes. Die politische Einteilung des Kantons St. Gallen.

VI. Klasse.

Typische landschaftliche Einheiten unseres Schweizerlandes im Vergleiche zur nähern Heimat. Überblick über die natürliche und politische Gliederung der Schweiz.

VII. Klasse.

Die Nachbarländer der Schweiz und andere Länder Europas nach dem Umfange ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Schweiz.

Überblick über die natürliche und politische Gliederung Europas.

VIII. Klasse.

Die übrigen Erdteile nach dem Grade ihrer Beziehungen zu Europa. Allgemeiner Überblick über die Erdteile und Meere.

Erklärung des Gradnetzes am Globus und auf der Karte.

Die Erde als Weltkörper. Das Sonnensystem.

Der Kalender.

Naturkunde.

Ziel: Der Unterricht in Naturkunde soll die Schüler zum frohen Naturgenuß, zum Schutz und zur Pflege von Tieren und Pflanzen erziehen. Er will ihnen durch die Kenntnis von Pflanzen, Tieren und Gesteinsarten, sowie durch Beobachtungen und Versuche Einsichten in das Leben der Natur verschaffen. Die Lehre vom menschlichen Körper soll den Schüler zu einer vernünftigen, gesunden Lebensführung anregen.

Der Unterricht in Naturlehre weckt das Verständnis für das gesetzmäßige Wirken der Naturkräfte und die Zweckmäßigkeit der im praktischen Leben gebräuchlichen technischen Einrichtungen.

Wegleitung: Die Auswahl des Stoffes hat sich auf Einfaches und Typisches zu beschränken. Sie richtet sich ferner nach der Bedeutung des Naturgegenstandes für den Haushalt und Erwerb. Die Besprechung von giftigen Pflanzen und schädlichen Tieren ist im Interesse der Selbsterhaltung sehr wichtig. Auf der Oberstufe ist die Kleinlebewelt (Bazillen, Pilze), soweit es zum Verständnis hygienischer und wirtschaftlicher Maßnahmen notwendig ist, in die Betrachtung einzubeziehen.

Der Schwerpunkt der unterrichtlichen Behandlung liegt in der Beobachtung der Lebenserscheinungen, besonders innert großer

Lebensgemeinschaften, in der Erkenntnis der ursächlichen Beziehungen zwischen morphologischen, physiologischen und biologischen Tatsachen, der Anpassung der organischen Einrichtungen der Lebewesen an ihre Daseinsbedingungen und ihre Lebensbetätigung.

Die Systematik ist also auf einfachste Grundzüge zu beschränken.

Der naturkundliche Unterricht ist auf die Betrachtung der Naturerscheinungen aufgebaut und daher öfters im Freien zu erteilen. Präparate, Bilder, Modelle und Zeichnungen ergänzen die Betrachtung des Naturobjektes. Die Anlage von Schulgärten, die von den Schülern selbst bebaut werden, von naturgeschichtlichen Sammlungen, sowie Versuche im Schulzimmer, Besuche von Museen und Gärten, Unterricht in Wald und Feld sind die geeigneten Unterrichtsmittel, die Schüler selbsttätig zur Erkenntnis der im Leben der Natur wirkenden Naturgesetze zu führen. Im Vorlesen und gemeinsamen Lesen von naturgeschichtlichen Beschreibungen und Gedichten findet der Unterricht in Naturkunde eine wertvolle Unterstützung. Die Hinleitung zur innern Anteilnahme am Leben der Tiere und Pflanzen bereichert das Gemütsleben der Kinder. Es ist die beste Erziehung zu Tier- und Pflanzenschutz. Zur Förderung der häuslichen Blumenpflege empfiehlt sich das Halten einiger Zierpflanzen im Schulzimmer und deren Besorgung durch die Schüler.

Auch der Unterricht in Naturlehre geht von wirklichen Erscheinungen in der Natur und im täglichen Leben aus. Als Ergänzung zu deren Betrachtung dienen einfache Lehrer- und Schülerversuche. Die nötigen Einrichtungen und Apparate sind von der Schulgemeinde bereitzustellen.

Bei der Auswahl des Unterrichtsstoffes ist auf die Zusammensetzung der Klasse Bedacht zu nehmen. Für Mädchenklassen eignen sich Besprechungen über Fragen aus der allgemeinen Gesundheitslehre und über täglich vorkommende Erscheinungen im Haushalt und in der Küche, für Knabenklassen ist mehr die landwirtschaftliche und gewerblich-technische Praxis auswahlbestimmend.

Stoffplan.

Der Stoffplan für Naturkunde weicht von den Stoffplänen für die übrigen Fächer ab, indem er ausgeführte, ins Einzelne gehende Aufzählungen von Lehrstoffen enthält. Es wurde eine Auswahl getroffen, welche die Mannigfaltigkeit der naturkundlichen Erscheinungen dartut und durch die vielen Einzelbetrachtungen die Systematik auf einer höhern Lehrstufe gut vorbereitet. Für diesen ausführlichen Plan gilt — wie für die Stoffpläne im allgemeinen

— ganz besonders, daß die engere Wahl der Lehrstoffe und deren Verteilung innert den Schuljahren, der Eigenart jeder Landesgegend und Schule entsprechend, dem Lehrer überlassen werden muß.

IV. Klasse.

Keimung (Bohne).
Bestäubung (Apfelblüte).
Körbchenblüte (Sonnenblume).
Verwandlung (Maikäfer, Schmetterling, Frosch).
Aufzucht des jungen Säugetiers (Katze, Hund, Rind).
Brutpflege der Vögel (Huhn, Taube, Kanarienvogel, Fink).
Unsere Haustiere aus wilden Tieren gezüchtet.
Jagdtiere: Raubtiere und Nagetiere.
Tierschutz.

V. Klasse.

Samen und ihre Entwicklung (Schulgarten).
Keimversuche mit Licht, Wasser und Erde.
Vermehrung durch Knollen, Zwiebeln und Ausläufer (Kartoffel, Zwiebel, Schneeglöcklein, Erdbeere).
Windblütler (Mais, Haselstrauch).
Nahrung der Vögel, Schnabelbildung, Fußformen und Aufenthalt der Vögel (Fink, Schwalbe, Krähe, Habicht).
Harmlose, zu Unrecht verfolgte Tiere (Wurm, Kröte, Maulwurf, Fledermaus).
Kiemenatmung.
Bewegung durch Flossen.
Kleinraubtiere (Wiesel, Marder).
Zugvögel und Standvögel.
Gäste am Futtertisch (Star, Storch, Amsel, Krähe).
Winterschlaf.
Tier- und Pflanzenschutz.

VI. Klasse.

Knospenentwicklung und Jahrringbildung (Sträucher und Bäume).
Obstbaumblüten und Schädlinge.
Windblüten der Waldbäume.
Vögel als Baumpolizei (Meise, Specht).
Brutstätten der Vögel (Ast-, Höhlen- und Bodennister).
Tag- und Nachtschmetterlinge (Seidenspinner).
Tierstaat (Ameise, Biene).
Raub- und Aaskäfer (Goldkäfer, Totengräber).
Spinne, Krebs.
Harmlose und giftige Schlangen (Ringelnatter und Kreuzotter).
Tag- und Nachtraubvögel (Sperber, Eule).

Schwämme und Pilze.

Vom Lebenskampf in der Gebirgswelt (Gemse, Murmeltier, Adler, Arve und Lärche, Alpenrose und Edelweiß).

Naturschutzgebiete; ausgestorbene und neu eingesetzte Tiere.

Kreislauf und Formenwechsel des Wassers.

Zeugen aus der Erdgeschichte: Torf, Kohle und Salz, Humus, Ton, Sandstein und Kalk. Findlinge und Versteinerungen.

VII. Klasse.

Futterpflanzen, Getreide, fremdländische Gräser.

Baumwildlinge und ihre Veredlung (Weinrebe, Linde).

Alpenpflanzen der Höhenregion und Kulturpflanzen der Erdzonen.

Faulen der Früchte und Gären der Fruchtsäfte.

Hefe- und Spaltpilze, Sterilisation.

Hefe und Sauerteig, Brotbereitung.

Milch und Käsebereitung.

Gesunderhaltung des Körpers.

Erste Hilfe bei Verwundungen und Knochenbrüchen.

Betäubende Genußmittel (Alkohol, Nikotin, Koffëin).

Die Werkzeuge und Geräte des täglichen Haushalts und Gewerbes und deren physikalische Wirkung (Barometer, Thermometer, Magnet und Kompaß, das elektrische Element und dessen einfache Anwendung).

VIII. Klasse.

Fremdländische Nutzpflanzen und Nutztiere, die mit unserm praktischen Leben in Beziehung stehen.

Für Knaben:

Kerzenflamme, Gas und Brennstoffe.

Gewinnung und Verarbeitung des Eisens.

Dampfmaschine. Antrieb von Eisenbahn, Auto und Flugzeug.

Einfache elektrische Versuche zum Verständnis der elektrischen Klingel, des Telegraphs, des Telephons und der Kraft- und Lichtversorgung.

Glühlampen und Strommessung.

Für Mädchen:

Das Brot. Das Kochsalz. Das Trinkwasser.

Heizung, Beleuchtung, Wohnung.

Verdauungsorgane und Nährstoffe.

Ansteckende Krankheiten und Desinfektion.

Rechnen.

Ziel: Der Rechnungsunterricht bezweckt ein klares Verständnis für Zahlengrößen und eine dem gesamten Erziehungsplane der

Volksschule entsprechende mathematische Bildung, die den Bedürfnissen des praktischen Lebens genügt und zur selbständigen, sichern Anwendung der Rechnungsarten führt.

Wegleitung: Der Bildungswert liegt in der Entwicklung der Urteilskraft durch die richtige Wertung der Zahlengrößen, durch die sichere Erfassung des rechnerischen Problems und der zweckmäßigsten Lösung und durch das überlegende Schätzen, sowie die Selbstkritik durch überschlagendes Nachprüfen des Ergebnisses. Durch eigenes Finden und Formen von Rechnungsaufgaben aus dem Gesamtunterrichte und dem kindlichen Erlebniskreise, sowie durch Auffinden von verschiedenen Lösungsverfahren wird die Selbsttätigkeit der Schüler gefördert.

Das praktische Rechnen steht auf allen Stufen im Vordergrund. Zur Gewinnung der nötigen Fertigkeit ist auch das Rechnen mit abstrakten Zahlen fleißig zu üben. Es sollen Aufgaben aus andern Unterrichtsgebieten und dem Wirtschaftsleben, die dem Schüler leichtverständlich sind, gewählt werden. Die nötigen Angaben sollen, wenn möglich, von den Schülern aus eigener Erfahrung, durch Nachfragen, aus Preislisten, Fahrplänen u. s. w. gefunden werden. Das Schätzen von Größen, vor allem das schätzungsweise Bestimmen des Ergebnisses der mündlich und schriftlich zu lösenden Aufgaben soll die Regel sein. Zahlenspiele, Rätselfragen und Knacknüsse sind der Schulung des rechnerischen Denkvermögens sehr dienlich. Aus Gründen der Einheitlichkeit des Lösungsverfahrens empfiehlt es sich, die additive Subtraktion (Aufzählen) und deren Anwendung bei der Division, sowie das Anschreiben benannter Zahlen nach Stellenwert (dezimale Schreibweise durch Trennungspunkt statt Komma) einzuführen.

Bei der Lösung angewandter Aufgaben sind umständliche Ansätze zu vermeiden.

Das Kopfrechnen ist die Grundlage alles schriftlichen Rechnens und daher auf allen Stufen fleißig zu üben.

Der Unterricht in Formenlehre soll ein anschauliches Auffassen und Erkennen von Dingen und Formen in ihrer Gestalt und Größe durch Übungen im Schätzen, Vergleichen, Ausmessen und Berechnen vermitteln. In erster Linie sollen Gegenstände der nächsten Umgebung als Unterrichtsobjekte benützt werden; das künstliche Anschauungsmittel (Modell, Zeichnung) folgt erst in zweiter Linie. Geometrische Anschauungen können auch erworben werden durch Falten, Ausschneiden und Zusammenfügen von Papier, Formen in Ton oder Plastilin. Genaue Begriffe in der Formenlehre und Klarheit über die Formen und Verhältnisse geometrischer Erscheinungen sind unerläßlich. Die Maßverhältnisse sollen vom Schüler geschätzt und gemessen und die Lösung geometrischer Aufgaben möglichst selbständig gefunden werden.

In gleicher Weise sind auch geometrische Formeln gemeinsam zu erarbeiten. Das regelmäßige, freihändige, skizzierende Zeichnen, auch im verjüngten Maßstab, fördert die Sicherheit der Auffassung der geometrischen Formen.

Die Formenlehre für Mädchen soll sich auf die Einführung in Flächen- und Raumauffassung beschränken, nicht aber auf rechnerische Übungsaufgaben für Flächen- und Körperformen erstrecken.

Stoffplan.

I. Klasse.

Bildung der Zahlvorstellungen und Zahlbegriffe an bekannten Gegenständen und durch plastische und zeichnerische Darstellung. Vor- und Rückwärtszählen; Zerlegen, Vergleichen und Ergänzen der Zahlen. Auffassung des Zehners als Einheit. Zu- und Wegzählen der Grundzahlen innerhalb der zwei ersten Zehner. Überschreiten des ersten Zehners mit Summanden von 1—5. Zählen in Zehnern bis 100. Leichte, eingekleidete Aufgaben. Einführung der schriftlichen Rechnungssätzchen.

II. Klasse.

Durcharbeitung des Zahlenraumes bis 100. Vergleichen, Zerlegen und Ergänzen. Zu- und Wegzählen der Grundzahlen mit Zehnerübergängen. Einmaleins und Einsdurcheins der Grundzahlen (wenigstens bis 50). Messen mit m und dm, l und dl, Woche und Tag und Austausch von Münzen.

Einfache angewandte Aufgaben aus dem Erlebniskreis des Schülers.

III. Klasse.

Zu- und Abzählen mit 2-stelligen Zahlen. Sichere Einübung des Einmaleins. Messen und Teilen mit Rest im Zahlenraum 1—100.

Erweiterung des Zahlenraumes bis 1000. Auffassung des Hunderters als Einheit. Zerlegen 2- und 3-stelliger Zahlen in ihre dekadischen Einheiten. Bildung von Zahlen aus dekadischen Einheiten. Zu- und Wegzählen und Ergänzen 1- bis 3-stelliger Zahlen. Einführung ins Rechnen nach Stellenwerten. Einmaleins der reinen Zehner. Einmaleins und Einsdurcheins 2-stelliger Zahlen mit Grundzahlen. Rechnen mit Münzen, Längen-, Hohl-, Gewicht- und Zeitmaßen (Fr. und Rp., m und cm, hl und l, q und kg, Jahr und Monat, Tage und Stunden, Stunden und Minuten, Minuten und Sekunden, Dutzend und Stück).

Angewandte Aufgaben aus dem Erlebniskreis des Schülers.

IV. Klasse.

Erweiterung des Zahlenraumes bis 10,000 und Auffassen des Tausenders als Einheit. Zu- und Wegzählen und Ergänzen 1- bis

3-stelliger Zahlen. Einführung zweifach benannter Zahlen innerhalb des dekadischen Zahlensystems unter Verwendung der üblichen Maße und Gewichte. (Neu: km und m, m und mm, kg und g, t und q, Jahr und Wochen, Monat und Tage, Gros und Stück).

Übungen in der Addition und Subtraktion 1- bis 4-stelliger Zahlen. Multiplikation und Division mit 2-stelligen Zahlen.

Angewandte Aufgaben aus dem täglichen Leben und den behandelten Sachgebieten. Fleißige Übungen im Kopfrechnen.

V. Klasse.

Anschauliches Darstellen von Brüchen, Addition und Subtraktion gleichnamiger Brüche. Vervielfachen und Teilen von Brüchen mit Ganzen. Erweitern und Kürzen. Kopfrechnen.

Erweiterung des Zahlrenraumes bis zur Million. Die vier Rechnungsarten in diesem Umfange. (Multiplikation und Division mit mehrstelligen Zahlen.) Eingehende und zusammenfassende Behandlung unserer Geld-, Maß- und Gewichtsordnung. Einfache Zwei- und Dreisätze.

Formenlehre: Entwicklung der geometrischen Grundbegriffe durch Ausschneiden, Falten und Zeichnungsübungen. Messen und Berechnen einfacher Flächen. Rechteck und Quadrat, Flächenmaße a, m^2, dm^2 und cm^2. (Für Mädchen siehe Schlußsatz der Wegleitung.)

VI. Klasse.

Einführung in die Dezimalbrüche. Erweitern und Kürzen der Dezimalbrüche. Verwandlung gemeiner in Dezimalbrüche und umgekehrt. Die vier Rechnungsarten mit Dezimalbrüchen. Auf- und Abrunden benannter Dezimalbrüche unter Anwendung von Maßeinheiten. Besondere Beachtung nichtdezimaler Maßeinheiten.

Das dekadische System im unbegrenzten Zahlenraum. Anwendung der vier Grundoperationen in diesem Raume mit unbenannten, benannten und zweifach benannten Zahlen. Rechnen mit ungleichnamigen Brüchen, soweit sie im praktischen Leben vorkommen.

Einfache Prozentrechnungen. Schlußrechnungen mit geraden und umgekehrten Verhältnissen.

Formenlehre: Einführung in die Raummessung. Körpermaße: m^3, dm^3 und cm^3.

Für Knaben:

Messen und Berechnen von Dreieck, Prisma und Würfel.

VII. Klasse.

Promillerechnungen. Einfaches bürgerliches Rechnen: Gewinn und Verlust, Zins, Rabatt, Skonto. Tara-, Brutto-, Nettogewicht.

Steuern, Versicherungen. Engros-, Migros- und Detailpreise u. s. w. Ausstellung von Rechnungen. Fleißige Übungen im Kopfrechnen mit reinen, benannten und mehrfach benannten Zahlen und Bruchzahlen mit Anwendung sich ungesucht bietender Rechnungsvorteile.

Für Knaben:

Formenlehre: Die Berechnung von Raute, Trapez, Trapezoid, Kreis, Prisma und Zylinder.

Für Mädchen:

Angewandte Aufgaben aus dem Haushalte, über Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Kleidung und Wäsche.

VIII. Klasse.

Fortgesetzte angewandte Aufgaben aus dem bürgerlichen Rechnen: Berechnungen von Kapital und Zinsfuß, An- und Verkauf, Gewinn und Verlust, Zoll und Fracht, Münz-, Gesellschafts-, Durchschnittsrechnungen. Angewandte Aufgaben aus den Gebieten der Privat- und Volkswirtschaft.

Für Knaben:

Formenlehre: Inhaltsberechnungen von unregelmäßigen Vielecken. Pyramide und Kegel, Pyramiden- und Kegelstumpf, Faß.

Buchhaltung: Einfaches Buchführungsbeispiel. In Verbindung damit einfache Formen der Geschäftsbriefe.

Für Mädchen:

Berechnungen über Ernährung, Kleidung u. s. w. Erstellung eines Haushaltungsbuches.

Zeichnen.

Ziel: Das Zeichnen erzieht zum richtigen Sehen und zur klaren Auffassung der Formen und Farben. Es soll den guten Geschmack und das Verständnis für das Schöne in der Natur und in den Kunstschöpfungen, aber ebensosehr die zeichnerische Ausdrucksfähigkeit entwickeln und fördern.

Wegleitung: Das Zeichnen ist auf allen Stufen und für alle Fächer ein vorzügliches Lehr- und Lernmittel. Wegen seiner großen innern Bildungswerte: Übung des Auges im richtigen Schauen, der Hand im praktischen Können, Mehrung der Vorstellungskraft und des Gedächtnisses, Anregung der Phantasie, soll es in den untern Klassen als malendes Zeichnen gepflegt und in den Oberklassen als systematisches Zeichnen wie als Ausdrucks- und Darstellungsmittel von Lehrern und Schülern benützt werden. Je mehr die Oberschule die dem Kleinkind eigene Unbefangenheit

und die Lust zu ausgiebiger zeichnerischer Darstellung in den verschiedensten Techniken erhält und mehrt, desto fruchtbarer und anregender wird ihr Unterrichtsbetrieb. Durch die Betrachtung und Besprechung schöner Bildwerke, Bauten, landschaftlicher Motive und von Kunstgegenständen sollen der gute Geschmack für wahre Schönheit und der Sinn für echte Volks- und Heimatkunst gebildet werden.

Stoffplan.

I.—VIII. Klasse.

Malendes Zeichnen auf der Unterstufe. Gebrauch des Zeichnens als Ausdrucksmittel für alle Fächer mit steigenden Anforderungen von Stufe zu Stufe.

In den obern Klassen kann auch das Illustrieren von Aufsätzchen versucht werden.

IV.—VI. Klasse.

Systematisches Beobachten flächenhafter Formen an einfachen Gebrauchsgegenständen aus Schule, Haus, Werkstatt und an andern Objekten unserer Umgebung. Zeichnen derselben aus dem Gedächtnis oder aus unmittelbarer Anschauung in logischem Aufbau nach dem Grade der Schwierigkeit zeichnerischer Darstellung.

Fortschreitende Übung im Ausdruck der Farbenwerte durch farbiges Papier, Farbstift, sowie mit Pinsel und Wasserfarbe. Vom bloßen Formfüllen mit einem Farbton kann allmählich zum Versuche farbentreuer Wiedergabe des Naturobjektes vorgeschritten werden.

Geschmackbildende Betrachtungen über die Zweckmäßigkeit unserer Gebrauchsgegenstände, deren Materialechtheit und sinngemäße Verzierung.

Einfache dekorative Schriftformen mit oder ohne Zierränder auf Etiketten, Tischkärtchen. Anschriften.

VII. und VIII. Klasse.

Steigerung der Anforderungen.

Für Knaben und Mädchen (womöglich getrennt zu erteilen):

Wahl der Zeichnungsgegenstände aus dem beruflichen Leben. Einfache Verzierungen von Zweckformen in Verbindung mit der Knaben- und Mädchenhandarbeit.

Für Knaben:

Versuche einfacher perspektivischer Darstellung runder und eckiger Gegenstände. In günstigen Verhältnissen Durchführung eines einfachen Lehrganges in geometrischem und projektivem Zeichnen, womöglich im Zusammenhang mit dem Handarbeitsunterricht.

Singen.

Ziel: Der Gesangunterricht hat die Lust und Freude am Singen zu wecken und zu mehren und der Herz- und Gemütsbildung zu dienen. Durch Bildung des rhythmischen Gefühls und des Tonvorstellungsvermögens will er zu selbständigem Singen erziehen und einen Schatz einfacher, wertvoller Lieder vermitteln.

Wegleitung: Der Gesangunterricht der Schule ist fast der einzige Weg für eine musikalische Erziehung unseres Volkes; dadurch wird seine Bedeutung augenscheinlich. Das Volkslied pflegen, heißt Geistes- und Gemütsleben unserer Jugend, unseres Volkes pflegen. Mit dem schönen Volkslied wird der rohe Tingeltangel und Gassenhauer am besten bekämpft.

Der Schulgesang ist auch für das Leben der Schule unentbehrlich, bei Beginn und Schluß des Unterrichtes, bei Spiel und Wandern, zur Erhebung des Gemütes im Religions-, Deutsch-, Heimat- und Realunterricht. Marschieren und Reigenspiele erfahren durch den Rhythmus des Gesanges eine besondere Belebung und Straffheit.

Während den Unterklassen mehr das Singen nach Gehör und die technischen Übungen zu richtiger Atmung und Aussprache, zur Bildung des Gehörs und des rhythmischen Sinnes zukommt, haben die obern Klassen auch die Notenschrift, das Singen einfacher Lieder nach Noten und die Zwei- und Dreistimmigkeit der Lieder zu erlernen.

Stoffplan.

I.—III. Klasse.

Singen nach dem Gehör. Weckung des rhythmischen Gefühls und des Tonsinnes. Atmungs- und Stimmbildungsübungen. Gehör- und Treffübungen im Umfange der Oktave do — do.

Einfache Liedchen in diesem Umfange. Singspiele.

IV. und V. Klasse.

Fortsetzung und Steigerung der Stimmbildungs-, Treff- und rhythmischen Übungen.

Einführung der Notenschrift.

C-, G- und F-Dur.

Zweistimmiger Gesang.

VI.—VIII. Klasse.

Weitere Tonarten: D-, A-, B-, Es-Dur.

Zufällig erhöhte und vertiefte Töne. Mollmelodien.

Einfache Kanonsätzchen als Einführung in die Dreistimmigkeit der Lieder.

In allen Klassen.

Eine Anzahl Heimatlieder sollen die Schüler auswendig singen können.

Turnen und Spiel.

Ziel: Der Turnunterricht soll den Körper kräftig und gewandt machen, eine gute Haltung erziehen und die Gesundheit stärken. Durch Förderung von Mut und Ausdauer, wie durch Gewöhnung an Disziplin und Pünktlichkeit trägt er zur Willensbildung bei.

Wegleitung: Die für das Turnen vorgesehenen zwei wöchentlichen Turnstunden sind für die Körpererziehung und als Ausgleich für den Sitzzwang in der Klasse ungenügend. Sie müssen daher durch andere Maßnahmen ergänzt werden. Die zwei wöchentlichen Turnstunden können in vier halbe Stunden geteilt werden, damit an mehr als nur zwei Tagen geturnt wird. An turnfreien Tagen empfiehlt es sich, sogenannte Zehnminuten-Freiübungen bei geöffneten Fenstern zwischen die übrigen Schulfächer einzuschieben. Während der Schulpausen sollen die Schüler im Freien fleißig Bewegungsspiele, Sprung-, Lauf- und Wurfübungen machen. Auch die Schulspaziergänge geben Gelegenheit zur Einschiebung eines Spieles, von Lauf- und andern turnerischen Übungen. Wandern, Baden und Schwimmen im Sommer, Schlitteln, Eislauf und Skifahren im Winter ergänzen die Turngelegenheiten aufs beste. Turnübungen gehören ins Freie. Turnhallen sind nur bei ausgesprochen schlechtem Wetter zu benützen.

Für Mädchen ist der systematische Turnunterricht ebenso wichtig wie für Knaben. Bei den Knaben ist hauptsächlich beherrschte Kraft, bei den Mädchen natürliche Anmut der Bewegung zu erstreben. Kurze Singspiele, rhythmische Schreit- und Hüpfübungen berücksichtigen die Eigenart des Mädchens.

Für die Anordnung der Frei- und Geräteübungen für Knaben und Mädchen gelten die Bestimmungen der eidgenössischen Turnschule und die Programme der kantonalen Schulturnkommission.

Stoffplan.

I.—III. Klasse.

Spiele. Lauf-, Frei- und Hangübungen.
Kurze Wanderungen. Baden. Schlitteln.

IV.—VIII. Klasse.

Kurze Ordnungs- und Marschübungen.
Freiübungen.
Spiele. Sprünge. Volkstümliche Übungen. Geräteturnen.
Wanderungen mit von Klasse zu Klasse gesteigerten Zeiten und Strecken. Baden und Schwimmen im Sommer. Schlitteln, Eislauf und Skifahren im Winter.

Mädchen-Handarbeit.

Für die Erteilung des Mädchen-Handarbeitsunterrichtes besteht ein besonderer, für die Schulen des Kantons verbindlicher Lehrplan. (Siehe Amtliches Schulblatt N. F. Bd. XVII, Nr. 11, vom 15. November 1923.)

Hauswirtschafts-Unterricht.

Der hauswirtschaftliche Unterricht für Mädchen will mit dem geringsten Aufwand an Zeit, Kraft und Mitteln das Beste im Haushalte leisten, zur Pünktlichkeit, Reinlichkeit und Sparsamkeit erziehen und die Schülerinnen durch eigene Beobachtungen und Erfahrungen zum Nachdenken anregen und auf ihren künftigen Hausfrauenberuf vorbereiten.

Der Lehrplan für Hauswirtschaftsunterricht ist, wie derjenige für weiblichen Handarbeitsunterricht, vom Erziehungsrat gesondert herausgegeben. (Normalien für den Auf- und Ausbau des hauswirtschaftlichen Unterrichts im Kanton St. Gallen. Amtliches Schulblatt N. F. Bd. XVIII, Nr. 7, 15. Juli 1926.)

Knaben-Handarbeit.

Der Handarbeitsunterricht ergänzt die theoretischen Unterrichtsfächer durch die Weckung und Entwicklung der technisch-künstlerischen Fähigkeiten des Schülers und die zielbewußte Übung von Auge und Hand. Die dem Schüler zu vermittelnden Fertigkeiten in der Bearbeitung von Ton, Papier, Karton und Holz und im Gebrauch der Werkzeuge kommen besonders den Realfächern, dem Zeichnen und der Formenlehre durch die Herstellung einfacher Veranschaulichungsgegenstände zugute (Arbeitsprinzip).

Für die systematischen technischen Arbeiten in Ton, Papier, Karton, Holz und Metall bestehen vom Schweizerischen Verein für Knabenhandarbeit und Schulreform herausgegebene Lehrpläne.

Dieser Lehrplan ist dem Primarschulunterricht vom Schuljahre 1930/31 an zugrunde zu legen.

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Nachtragsgesetz zum Gesetz vom 1. Januar 1923 über die Lehrergehalte. (Erlassen am 14. Mai 1930; in Kraft getreten am 16. Juni 1930.)

Der Große Rat des Kantons St. Gallen,

in teilweiser Revision des Gesetzes über die Lehrergehalte vom 1. Januar 1923,

nach Kenntnisnahme von einer Botschaft des Regierungsrates vom 17. Januar 1930,

erläßt als Gesetz:

I. Artikel 8, Absatz 1, erhält folgende abgeänderte Fassung:
Der Mindestgehalt einer Arbeitslehrerin oder Hauswirtschaftslehrerin beträgt für jede Jahreswochenstunde Fr. 100.—.

II. Artikel 11, Ziffer 3, erhält folgenden Zusatz:
Überdies erhalten die Primarschulgemeinden, die den Arbeitsschul- und Hauswirtschaftsunterricht in Jahreshalbtagen von drei Stunden durchführen, Stellenbeiträge für Arbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen, und zwar
bei einer Steuerkraft für die Lehrstelle
(Arbeits- und Hauswirtschaftslehrstellen nicht eingerechnet) bis zu Fr. 900,000.—: Fr. 60.—
von mehr als Fr. 900,000.— bis Fr. 1,500,000.—: Fr. 50.—
pro Jahreshalbtag.
Wo besondere Verhältnisse es rechtfertigen, können ausnahmsweise auch für Arbeits- und Hauswirtschaftsschulen mit weniger als drei Unterrichtsstunden pro Jahreshalbtag Stellenbeiträge im Verhältnis zu den vorstehenden Ansätzen ausgerichtet werden.

III. Die Bestimmungen dieses Nachtragsgesetzes treten rückwirkend auf den 1. Mai 1930 in Anwendung.

XVIII. Kanton Graubünden.

1. Fortbildungsschulen.

I. Kantonale Verordnung für die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen des Kantons Graubünden. (Vom 27. November 1930.)

Art. 1. Die Fortbildungsschulen schließen sich unmittelbar an die Primarschule an. Sie haben unter tunlichster Berücksichtigung und zweckmäßiger Fortsetzung der daselbst erworbenen Kenntnisse die allgemeine und berufliche Ausbildung der Jugend zu fördern.

Art. 2. Für die allgemeinen Fortbildungsschulen bleibt die bisherige Verordnung maßgebend, und für die beruflichen Fortbildungsschulen (gewerbliche, kaufmännische und hauswirtschaftliche) gelten die besonderen eidgenössischen und kantonalen Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse.

Art. 3. In Gemeinden mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung sollen die Fortbildungsschulen durch entsprechende Aus-

wahl des Stoffes in den allgemein bildenden Fächern und durch Aufnahme von landwirtschaftlichen Fächern in den Lehrplan nach Möglichkeit zu beruflichen landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen gestaltet werden.

Art. 4. Der Unterricht soll heimatkundlich orientiert sein. Er verfolgt das Ziel, die Anhänglichkeit an die Scholle zu stärken und damit der Entvölkerung der Gebirgstäler nach Möglichkeit zu steuern. Er schenkt deshalb der Charakterbildung besondere Aufmerksamkeit.

Die Herausgabe guter, diesen Zielen dienender Lehrmittel wird vom Kanton nach Maßgabe der vorhandenen Mittel subventioniert.

Art. 5. Als allgemein bildende Unterrichtsfächer werden zur Berücksichtigung empfohlen die Heimatkunde, und zwar nach ihrer historischen und naturkundlichen Seite, Verfassungskunde und Muttersprache in Verbindung mit Gesinnungsunterricht, Rechnen.

Die Unterrichtsfächer für die berufliche Ausbildung werden im kantonalen Lehrplan für diese Art von Fortbildungsschulen näher bezeichnet.

Art. 6. Anzustreben sind auch Kurse und Vorträge, welche den in den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen während des Winters behandelten Stoff ergänzen und weiter ausbauen. Sie werden in ähnlicher Weise wie die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen subventioniert. Ein besonderes, vom Kleinen Rat zu erlassendes Regulativ wird darüber nähere Bestimmungen aufstellen.

Art. 7. In Gemeinden, in denen landwirtschaftliche Fortbildungsschulen bestehen, soll die Errichtung von zweckmäßigen, die verschiedenen Zweige der Landwirtschaft berücksichtigenden Bücher- und Naturaliensammlungen angestrebt werden.

Art. 8. Um subventionsberechtigt zu sein, müssen die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen in zwei oder drei Jahren mindestens 180 Stunden, bei mindestens viereinhalb Stunden in der Woche, umfassen.

Der Unterricht soll womöglich bei Tag erteilt werden.

Wo die Verhältnisse es als ratsam erscheinen lassen, kann der Unterricht auf eine Zeitdauer von wenigen Wochen beschränkt werden; doch muß er in diesem Fall auf alle Werktage sich erstrecken bei einer Unterrichtszeit von mindestens viereinhalb Stunden pro Tag.

Art. 9. Die Errichtung von landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen ist den Gemeinden freigestellt. Wird aber die Errichtung beschlossen, so ist der Besuch der Schule obligatorisch. Es

sind in diesem Falle zum Besuch der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen alle aus der Primarschule entlassenen, in der Gemeinde sich aufhaltenden Jünglinge bis zum erfüllten 18. beziehungsweise 19. Altersjahr verpflichtet. Mädchen können ausnahmsweise aufgenommen werden. Der Unterricht ist unentgeltlich.

Vom Besuch der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen sind Schüler, welche eine Sekundarschule oder höhere Lehranstalt beziehungsweise eine andere Fortbildungsschule besuchen, solange sie derselben als ordentliche Schüler angehören, dispensiert.

Andererseits steht es im Ermessen des Schulrates, unter Genehmigung des Erziehungsdepartementes, Schüler, die sich nicht eignen oder deren Verhältnisse den Besuch der Fortbildungsschule absolut nicht gestatten oder sehr erschweren, vom Besuch der Fortbildungsschule ausnahmsweise ganz oder teilweise zu befreien.

Art. 10. Die Entlassung aus der Schule erfolgt jeweilen nur am Schlusse des Schuljahres. Ein vorzeitiger Austritt wird außer in Fällen im Sinne von Artikel 9 nur gestattet beim Antritt einer Lehre oder einer Stelle außerhalb des Gemeindebannes oder bei Notfällen. Ein Wegfall derartiger Gründe während der Schuldauer verpflichtet zum Wiedereintritt.

Art. 11. Unentschuldigte Absenzen sind mit 50 Rappen pro Unterrichtsstunde und Schüler zu büßen. Im übrigen finden die betreffenden Bestimmungen der kantonalen Schulordnung auf die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen sinngemäße Anwendung.

Art. 12. Zur Heranbildung tüchtiger Lehrkräfte werden Kurse veranstaltet, die vom Kanton subventioniert werden. Jeder Lehrer an einer landwirtschaftlichen Fortbildungsschule ist verpflichtet, wenigstens einen solchen Kurs zu besuchen, es sei denn, daß er sich über eine anderweitige zweckdienliche, vom kantonalen Erziehungsdepartement als genügend erachtete Vorbildung für das von ihm zu lehrende Fach ausweisen kann.

Sollte es sich als notwendig erweisen, so ist der Kleine Rat befugt, einen oder mehrere Wanderlehrer anzustellen, die nach Bedürfnis an den einzelnen Schulen Unterricht zu erteilen hätten.

Der Unterricht an der Fortbildungsschule ist den Lehrern mit wenigstens Fr. 5.— für die Unterrichtsstunde zu entschädigen.

Art. 13. Der Kanton übernimmt die Hälfte der nach Abzug der Bundessubvention verbleibenden Auslagen der Gemeinden für den einzelnen Kurs, wobei indessen Lokalmiete, Heizung und Licht, sowie Mobiliaranschaffungen nicht anrechenbar sind.

In der Regel werden nur solche Schulen subventioniert, die mindestens fünf Schüler aufweisen; dabei zählen freiwillige Schüler über 18 beziehungsweise 19 Jahren doppelt.

Wenn in der gleichen Gemeinde neben der landwirtschaftlichen Fortbildungsschule auch eine allgemeine Fortbildungsschule im Sinne der Verordnung vom 29. Mai 1901 und 22. Oktober 1924 besteht, wird seitens des Kantons nur die erstere subventioniert.

Art. 14. Spätestens anfangs August jedes Jahres ist dem kantonalen Erziehungsdepartement auf besonderem Formular zweifach das Budget für den kommenden Schulkurs einzureichen und spätestens zwei Monate nach Beendigung des letzteren dreifach und auf besonderem Formular die Jahresrechnung nebst allen Belegen.

Das Erziehungsdepartement ist für die Weiterleitung von Budget und Jahresrechnung zur Erlangung der Bundessubvention besorgt.

Art. 15. Die unmittelbare Leitung und Beaufsichtigung der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen steht dem Gemeindeschulrat zu; in Fortbildungsschulen, bei welchen sich mehrere Gemeinden zusammengeschlossen haben, einem besonderen aus Angehörigen derselben zusammengesetzten Schulrat.

Für Fortbildungsschulen, die nur einer oder mehreren Fraktionen einer Gemeinde dienen, ist ebenfalls die Bestellung eines besonderen Schulrates durch die beteiligten Korporationen zulässig.

Art. 16. Der Schulrat besorgt die Wahl der Lehrer, das Rechnungswesen, die Kontrolle der Bibliothek und der Sammlungen der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen.

Er bespricht, nach Maßgabe des kantonalen Lehrplanes, mit den Lehrern die Auswahl der Fächer und des Stoffes und macht es sich zur Pflicht, den Unterricht öfters zu besuchen und Lehrer und Schüler in ihren Bestrebungen zu unterstützen.

Art. 17. Die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen unterstehen der Oberaufsicht des Kleinen Rates und seiner Aufsichtsorgane.

Es finden auch auf sie die für alle öffentlichen Schulen geltenden Verfassungsbestimmungen und, soweit sie in Betracht kommen können, die Vorschriften der kantonalen Schulgesetzgebung Anwendung.

Art. 18. Diese Verordnung tritt mit ihrer Annahme durch den Großen Rat in Kraft, und zwar mit Rückwirkung auf das Schuljahr 1930/31.

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Aus: Gehaltsliste für die Kantonsschullehrer, die kantonalen Beamten und Angestellten. (Vom 30. Mai 1930.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Der Beamte und Angestellte hat sich durch sein Verhalten in und außer Dienst der Achtung und des Vertrauens würdig zu erweisen, die seine amtliche Stellung erfordert.

Dem Beamten und Angestellten wird gegenüber Vorgesetzten, Mitbeamten und Untergebenen ein höfliches und taktvolles Benehmen zur Pflicht gemacht. Diese Pflicht liegt ihm auch im dienstlichen Verkehr mit dem Publikum ob.

Der Beamte und Angestellte ist zur Verschwiegenheit über dienstliche Angelegenheiten verpflichtet, die nach ihrer Natur oder gemäß besonderer Vorschrift geheim zu halten sind. Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bleibt nach Auflösung des Dienstverhältnisses bestehen.

Art. 2. Beamte und Angestellte, die dem Staatsdienst ihre volle Tätigkeit zu widmen haben, dürfen, ohne Bewilligung des Departementschefs und in wichtigen Fällen des Kleinen Rates, weder eine andere besoldete Stelle bekleiden, noch einen Nebenberuf oder zeitraubende Nebenarbeiten betreiben.

Ergeben sich Übelstände, so kann eine bereits erteilte Bewilligung zurückgezogen werden.

Art. 3. Jeder Beamte und Angestellte ist verpflichtet, auch außer der vorgeschriebenen Arbeitszeit, sofern es nötig ist, sich seinen Amtspflichten zu widmen, sowie für abwesende Beamte oder Angestellte soweit möglich einzutreten, ohne Anspruch auf Entschädigung. Immerhin soll die Inanspruchnahme nicht über einen Monat dauern.

Art. 4. Bei Neuwahlen soll die Behörde in der Regel den Minimalansatz als Besoldung festsetzen. Sie kann jedoch tüchtige Leistungen in früherer Amtsstellung, hervorragende Fähigkeiten und örtliche Lebensverhältnisse angemessen berücksichtigen.

Art. 5. Die Amtsdauer beträgt in der Regel drei Jahre.

Bei Beginn einer neuen Amtsdauer wird der Kleine Rat die Besoldungen gleichmäßig erhöhen in der Weise, daß nach fünfzehn Dienstjahren in der Regel das Maximum erreicht wird.

Zugunsten ausgezeichneter Kräfte kann der Kleine Rat ausnahmsweise größere Aufbesserungen eintreten lassen.

Der Kleine Rat kann bei ungenügender Leistung oder Eignung von Beamten und Angestellten von der Besoldungserhöhung ganz oder teilweise absehen, das bisherige Gehalt kürzen, die Versetzung

in ein anderes oder in das provisorische Dienstverhältnis verfügen oder andere notwendig erscheinende Maßnahmen treffen.

Art. 6. Die Besoldungen werden monatlich ausgerichtet.

Kantonsschule.

Art. 7. Die wöchentliche Stundenzahl für die Lehrstelle soll in der Regel nicht mehr als 30 betragen.

Art. 8. Sollte ein Lehrer auf kürzere Zeit oder selbst bis auf eine Zeitdauer von zwei Monaten wegen Krankheit verhindert sein, seinem Lehramte vorzustehen, so kann die Erziehungskommission dessen Fächer nach ihrem Ermessen auf die übrigen Lehrer verteilen. Dieselben haben sich einer solchen Anordnung zu unterziehen. Sie können hiefür keine besondere Entschädigung beanspruchen, sofern die Stellvertretung nur einen Monat dauert.

Art. 9. Überstunden, die über das in §§ 7 und 8 festgesetzte Maß hinausgehen, werden mit Fr. 5.— per Unterrichtsstunde entschädigt.

Urlaub, Militärdienst, Krankheit.

Art. 14. Jeder Beamte und ständige Angestellte bis und mit sechs Dienstjahren hat Anspruch auf einen jährlichen Urlaub von vierzehn Tagen, derjenige mit über sechs Dienstjahren einen solchen von drei Wochen. Über dessen Antritt trifft die vorgesetzte Behörde die nötigen Anordnungen. Gesuche um längeren Urlaub sind beim Kleinen Rat anzubringen.

Abweichende gesetzliche Bestimmungen bleiben vorbehalten.

Art. 15. Bei Dienstaussetzungen wegen Militärdienst, den der Beamte nach der Militärorganisation zu leisten verhalten werden kann, hat er Anspruch auf die ganze Besoldung. Der Anspruch kann gekürzt oder entzogen werden:

a) wenn der Beamte den Militärdienst freiwillig oder strafweise leistet;

b) wenn sich aus den näheren Umständen ergibt, daß der Kanton durch die Auszahlung der vollen Besoldung mißbräuchlich in Anspruch genommen wird.

Über die vorgenannten Ausnahmen entscheidet das Finanzdepartement im Benehmen mit dem zuständigen Departement.

Art. 16. Bei Krankheit haben die Beamten oder Angestellten Anspruch auf den Fortbezug der Besoldung für die Dauer von sechs Monaten.

Dauert die Krankheit eines Beamten länger als sechs Monate, so hat der Kleine Rat darüber zu entscheiden, ob ein Betrag noch weiterhin ausgerichtet werden soll.

Freie Station.

Art. 17. Bei allen einzelnen Beamten und Angestellten, die neben einem festen Gehalt noch freie Station haben, bezieht sich dieses Recht nur auf ihre eigene Person und besteht in freier Wohnung, Kost, Beleuchtung und Heizung.

Art. 18. Wo jedoch Ehepaare im Dienste des Kantons stehen mit freier Station für sich und ihre Familien, erstreckt sich die freie Station, gegenteilige Bestimmungen vorbehalten, auch auf die unerwachsenen Kinder. Erwachsene Kinder und andere Familienangehörige genießen freie Station nur, wenn sie mit Zustimmug des Kleinen Rates ihre Kräfte ausschließlich im Dienste derselben Anstalt verwenden wie das Ehepaar.

Art. 19. Für alle übrigen Personen, die in der bezüglichen Beamtenfamilie leben, sind folgende Entschädigungen der betreffenden Anstalts- oder der Standeskasse zu entrichten:

a) für Verwandte und Bekannte, die sich mehr als zwei Tage in der Anstalt auf Besuch aufhalten, Fr. 5.— per Tag und per Person;
b) für Dienstboten und vorübergehend Angestellte, sowie für erwachsene Kinder, die nicht in der Anstalt Anstellung haben, Fr. 3.— per Tag und Person.

Art. 20. Wo außerordentliche Verhältnisse vorliegen, bestimmt nötigenfalls der Kleine Rat von Fall zu Fall, welche Ausdehnung der freien Station zukommen und welche Entschädigung hiefür an die betreffende Anstalts- respektive die Standeskasse geleistet werden soll.

Übergangsbestimmungen.

Art. 21. Diese Gehaltsliste tritt durch Annahme des Großen Rates mit Wirkung ab 1. Januar 1930 in Kraft.

Art. 22. Im Zusammenhang mit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung, die eine Voraussetzung für die Revision der Gehaltsliste bildet, ist der Kleine Rat ermächtigt, bei der Pensionierung von Beamten eine höhere als die wirkliche Zahl der Dienstjahre in Anrechnung zu bringen und den Unterschied in der Pension zu Lasten der kantonalen Verwaltung zu übernehmen, wo die Neubesetzung einer wichtigen Beamtung im Interesse des Kantons gegeben erscheint und Billigkeitsgründe für einen solchen Ausgleich sprechen.

II. Gehaltsliste.

Plantahof.

	Fr.
Direktor (nebst freier Station für sich und Familie)	6000—8000
Lehrer (nebst freier Station oder Fr. 2000.— nach Wahl)	5000—7000

	Fr.
Gärtner und Lehrer für Obst- und Gemüsebau (nebst freier Station oder Fr. 2000.— nach Wahl) . .	4500— 6500

Erziehungs- und Sanitätsdepartement.

a) Kantonsschule.

Lehrer	7500—10000
Der Rektor der Kantonsschule erhält eine Zulage von Fr. 1500.—, der Seminardirektor eine solche von Fr. 1100.—, der Konrektor Fr. 900.— und der Bibliothekar Fr. 600.—.	
Arbeitslehrerin an der Musterschule pro Jahresstunde	150— 170

b) Konvikt.

Konvikthalter (nebst freier Station)	4000— 5000
Konviktaufseher (nebst freier Station)	3000— 4500

c) Lebensmittelkontrolle.

Kantonschemiker (inklusive Fr. 1000.— als Entschädigung für Tätigkeit an der Kantonsschule) .	10000—12000

XIX. Kanton Aargau.

1. Fortbildungsschulen.

1. Reglement für die Inspektion der kaufmännischen Fortbildungsschulen. (Vom 27. Februar 1930.)

2. Verschiedenes.

2. Verordnung betreffend das aargauische Archivwesen. (Vom 31. Mai 1930.)

XX. Kanton Thurgau.

Lehrerschaft aller Stufen.

1. Reglement für die Prüfung der Bewerber um das thurgauische Sekundarlehrer-Patent. (Vom 27. Mai 1930.)

1. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Alljährlich im Herbst und bei vorhandenem Bedürfnis auch im Frühling findet auf Verfügung des Erziehungsdepartements eine Prüfung für Kandidaten des thurgauischen Sekundarlehramtes statt. Die Prüfung wird drei bis vier Wochen vorher in den thurgauischen Tagesblättern und in der Schweizerischen Lehrerzeitung ausgeschrieben.

§ 2. Zur Abnahme der Prüfungen wählt das Erziehungsdepartement eine Kommission von Fachmännern und bezeichnet aus der Zahl derselben den Präsidenten, der die Prüfungen anzuordnen und die Sitzungen der Kommission zu leiten hat. Die Prüfungskommission teilt sich in Sektionen von mindestens zwei Mitgliedern. Jede Sektion übernimmt die Prüfung in einem Fache oder in einer Gruppe von Fächern. In der Prüfungskommission soll die Inspektionskommission für die Sekundarschulen, sowie die Sekundarlehrerkonferenz vertreten sein.

§ 3. Der Anmeldung zur Prüfung sind folgende Ausweise beizulegen:

a) Eine kurze Darstellung des Bildungsganges;

b) das thurgauische Primarlehrerpatent oder ein thurgauisches Maturitätszeugnis;

c) die Ausweise über vier Semester akademischen Studiums (vergl. die Wegleitung für das Studium);

d) der Ausweis über einen Aufenthalt von mindestens fünf Monaten im französischen Sprachgebiet; der Aufenthalt darf höchstens einmal unterbrochen sein.

§ 4. Über die Zulassung von Bewerbern mit außerkantonalem Primarlehrerpatent oder Maturitätszeugnis entscheidet das Erziehungsdepartement auf Grund des Gutachtens der Prüfungskommission.

§ 5. Kandidaten, deren Eltern im Kanton niedergelassen oder verbürgert sind, haben bei der Anmeldung eine Prüfungsgebühr von Fr. 20.—, außerhalb des Kantons wohnhafte Schweizerbürger eine solche von Fr. 30.— zu entrichten. Für diejenigen, welche sich der ganzen Prüfung auf einmal unterziehen, beträgt die Taxe Fr. 40.— beziehungsweise Fr. 60.—. Für Nachprüfungen (§§ 9 und 19) werden Fr. 10.— pro Fach erhoben, im Maximum Fr. 20.— beziehungsweise Fr. 30.—. In besonderen Fällen kann die Gebühr herabgesetzt oder erlassen werden.

2. Umfang der Prüfung.

§ 6. a) Pflichtfächer für alle Kandidaten: Pädagogik, Französisch, Turnen, Zeichnen oder Gesang;

b) Pflichtfächer für die Kandidaten der sprachlich-geschichtlichen Richtung: Deutsche Sprache, italienische oder englische Sprache, Geschichte.

c) Pflichtfächer für die Kandidaten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung: Mathematik, die biologischen Fächer, Chemie oder Physik, Mineralogie-Geologie oder Geographie.

d) Freifächer, in denen sich die Kandidaten der einen oder andern Richtung einer Prüfung unterziehen können: Buchhaltung, Latein, Englisch, Italienisch, Geographie, Physik, Minrealogie-Geologie, Chemie.

§ 7. Examinanden der sprachlich-geschichtlichen Richtung, welche in ihrem Maturitätszeugnis oder Primarlehrerpatent in Mathematik, Physik, Naturgeschichte, Chemie, Geographie, und Kandidaten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung, welche im nämlichen Zeugnis in Deutsch, Geschichte und in den nicht gewählten Nebenfächern nicht mindestens die Note „gut" erhalten haben, werden zur Sekundarlehrerprüfung erst zugelassen, nachdem sie in den betreffenden Fächern vor der Prüfungskommission für Sekundarlehramtskandidaten eine Nachprüfung mit Erfolg bestanden haben.

3. Stoffgebiete der Prüfungsfächer.

§ 8. 1. *Pädagogik.* Psychologie. Pädagogik. Geschichte der Erziehung. Methodik. Thurgauische Schulgesetzgebung. — Für Kandidaten mit thurgauischem Primarlehrerpatent, welche ihre Patentprüfung in Pädagogik mit Note „gut" oder „sehr gut" bestanden haben, bleibt die Prüfung auf die Methodik des Sekundarschulunterrichts beschränkt.

2. *Deutsche Sprache.* Neuhochdeutsche Grammatik auf historischer und psychologischer Grundlage. Verhältnis von Mundart und Schriftsprache. Phonetik. Stilistik. Die Haupterscheinungen der deutschen Literatur seit der Mitte des XVIII. Jahrhunderts. Die großen Schweizerdichter des XIX. Jahrhunderts.

3. *Französische Sprache.* Korrektes Lesen und Übersetzen eines Abschnittes aus einem modernen Schriftsteller. Übersetzen aus dem Deutschen ins Französische. Fertigkeit im mündlichen Ausdruck. Grammatik. Phonetik. Die wichtigsten Perioden der Literaturgeschichte und genauere Kenntnis eines größeren Abschnittes (die klassische Periode; das 18. Jahrhundert bis zur Revolution; die französische Literatur seit 1800). — Kandidaten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung werden in Literaturgeschichte nicht geprüft.

4. *Italienische Sprache.* Kenntnis der Formenlehre und der wichtigsten Regeln der Syntax; Fertigkeit im mündlichen Ausdruck; korrektes Lesen und Übersetzen eines Abschnittes aus einem modernen Schriftsteller. Übersetzen aus dem Deutschen ins Italienische. Die Hauptvertreter der italienischen Literatur (Dante, Petrarca, Ariosto, Tasso und das 19. Jahrhundert).

5. *Englische Sprache.* Kenntnis der Formenlehre und der wichtigsten Regeln der Syntax; Fertigkeit im mündlichen Aus-

druck; korrektes Lesen und Übersetzen eines Abschnittes aus einem modernen Schriftsteller. Übersetzen aus dem Deutschen ins Englische. Die wichtigsten Perioden der Literaturgeschichte.

6. *Geschichte.* Allgemeine Geschichte. Schweizergeschichte mit besonderer Berücksichtigung der neueren Zeit. Kenntnis der wichtigsten Quellen. Verfassungskunde.

7. *Geographie.* Das Wesentlichste aus der allgemeinen physikalischen Geographie. Die Haupttatsachen der Länderkunde. Genauere Länderkunde der Schweiz und ihrer Nachbarländer. Grundzüge der mathematischen Geographie.

8. *Mathematik.* Darstellende Geometrie. Analytische Geometrie. Elemente der Differential- und Integralrechnung oder Versicherungsmathematik, nach freier Wahl des Kandidaten. Mathematische Geographie.

9. *Physik.* Kenntnis der Experimentalphysik. Vertrautheit mit der Auflösung physikalischer Aufgaben. Einige Fertigkeit im Experimentieren.

10. *Biologische Fächer.* Zoologie. Grundzüge der Anatomie und Physiologie des Menschen. Die wichtigsten Tierklassen und ihre Vertreter, sowohl der Wirbeltiere als auch der Wirbellosen. Grundzüge der Biologie und der vergleichenden Anatomie. Kenntnis der wichtigsten Nutztiere und Schädlinge der heimischen Fauna. — Botanik. Grundbegriffe der Anatomie und Physiologie der Pflanzen, sowie der Morphologie und Systematik der Phanerogamen und Kryptogamen. Kenntnis der wichtigsten Nutz-, Gift- und Schädlingspflanzen. Sicherheit im Bestimmen nicht allzu schwieriger Blütenpflanzen. Einige Übung im Gebrauch des Mikroskopes.

11. *Mineralogie, Petrographie und Geologie.* Mineralogie. Die Kennzeichen der Mineralien im allgemeinen und der häufiger vorkommenden im besonderen. — Petrographie. Einteilung und Bildungsweise der Gesteine. Kenntnis der wichtigsten Gesteinstypen und ihres Auftretens in der Natur, mit besonderer Berücksichtigung der heimatlichen Verhältnisse. — Geologie. Bau der Erde. Verwitterung, Abtragung und Ablagerung. Bau der Gebirge. Grundzüge der Erdgeschichte, ausgehend von der Geologie des engeren und weiteren Heimatlandes.

12. *Chemie.* Physikalische Chemie. Äquivalenz- und Atombegriff. Molekular- und Atomgewicht. Lösungstheorie. Die wichtigsten Elemente und ihre hauptsächlichen Verbindungen. Grundzüge der organischen Chemie. Einige Übung im Experimentieren.

13. *Gesang.* Kenntnis der Bestrebungen im modernen Schulgesang. Die Lehre von den Dreiklängen und ihrer Umkehrung. Gesangslektion.

14. *Zeichnen.* Kenntnis der Grundgesetze der Ornamentik und Fertigkeit im selbständigen Entwerfen von einfachen Ornamenten. Fähigkeit, Gegenstände in ihrer körperlichen Erscheinung aufzufassen und darzustellen. Methodik des Schulzeichnens.

15. *Turnen.* Kenntnis der eidgenössischen Turnschulen für Knaben und Mädchen. Fertigkeit in den darin enthaltenen Übungen. Biologie und Hygiene der Leibesübungen.

Freifächer.

16. *Buchhaltung.* Einfache Rechnungsführung. Wesen und Aufbau der systematischen Buchhaltung. Ihre mathematischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen. Die angewandten Formen der systematischen Buchhaltung (die amerikanische, italienische, deutsche und französische Buchführungsmethode). Bilanzpraxis und Unternehmungsformen. Die Gesellschaftsbuchhaltung. Die Fabrikbuchhaltung. Zahlungs- und Bankverkehr. Kalkulation und Rentabilität.

17. *Latein.* Formen- und Satzlehre. Lektüre prosaischer Schriftsteller.

Anmerkung: Englisch und Italienisch siehe unter 4 und 5.

4. Gang der Prüfung.

§ 9. Die Prüfung zerfällt in eine theoretische (schriftlich und mündlich) und in eine praktische.

§ 10. Die schriftliche Prüfung umfaßt:

a) Einen deutschen Aufsatz und
b) einen französischen Aufsatz für alle Examinanden; für diejenigen der sprachlich-geschichtlichen Richtung außerdem:
c) eine Arbeit über ein Thema aus der deutschen Literatur;
d) einen italienischen oder englischen Aufsatz; für diejenigen der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung:
e) eine mathematische Arbeit;
f) kleinere Arbeiten aus den Gebieten der Naturwissenschaften.

Für jede dieser Arbeiten wird ein Zeitraum von höchstens vier Stunden angesetzt; sie werden ohne Hilfsmittel unter der Aufsicht eines Mitgliedes der Prüfungskommission ausgefertigt. Die Anwesenheit von Drittpersonen ist nicht gestattet.

§ 11. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf sämtliche Prüfungsfächer und berücksichtigt auch den im Lehrplan festgesetzten Unterrichtsstoff der Sekundarschule.

§ 12. Die praktische Prüfung besteht in einer durch den Examinanden mit einer Klasse der Sekundarschulstufe zu haltenden

Probelektion. Die Prüfungskommission bestimmt die Aufgaben und verteilt sie am Vorabend unter die Examinanden.

5. Prüfungsergebnisse.

§ 13. Die Leistungen der Examinanden werden von den Mitgliedern der Prüfungssektion beurteilt und mit folgenden Noten bezeichnet: 6 = sehr gut, 5 = gut, 4 = genügend, 3 = ungenügend, 2 = schwach, 1 = sehr schwach.

§ 14. Die Ergebnisse der schriftlichen und der mündlichen Prüfung des nämlichen Faches werden zu einer gemeinsamen Note vereinigt.

§ 15. Die Prüfung ist bestanden, wenn in allen Fächern mindestens die Note „genügend" erreicht wurde. Wer in mehr als einem Fache die Note 3½ erhält, hat die Prüfung in allen Fächern zu wiederholen, in denen er nicht wenigstens die Note 4½ erreichte. Eine dritte Prüfung kann von der Prüfungskommission nur ausnahmsweise bewilligt werden.

§ 16. Das Zeugnis der Wählbarkeit wird erst ausgestellt, wenn der Kandidat den Ausweis über tüchtige Schulpraxis auf der Primar- oder Sekundarschulstufe oder in einer privaten Lehranstalt während eines Jahres beigebracht hat. Die Schulpraxis kann der Prüfung vorausgegangen sein oder ihr nachfolgen. Über die Gültigkeit der Ausweise entscheidet das Erziehungsdepartement auf Antrag der Prüfungskommission.

6. Teilung der Prüfung.

§ 17. Die Prüfung kann in zwei Teilen abgelegt werden, und zwar die erste Teilprüfung nach mindestens drei Studiensemestern, die zweite längstens zwei Jahre nach der ersten. Es empfiehlt sich, die allgemein verbindlichen Fächer in der ersten Prüfung zu erledigen. Die Probelektion wird erst in der zweiten Teilprüfung abgenommen, ebenso für Kandidaten der sprachlich-historischen Richtung die Prüfung in Deutsch und in der einen Fremdsprache. In jedem Fach kann die Prüfung einmal wiederholt werden. Diese Wiederholung erfolgt für Fächer der ersten Teilprüfung an der zweiten, während für Fächer, in denen an der zweiten Teilprüfung erstmals geprüft wurde, ein dritter Prüfungstermin zulässig ist. Die zweite Wiederholung einer Fachprüfung kann nur ausnahmsweise, bei besonderer Begründung gestattet werden.

7. Erlaß der Prüfung.

§ 18. Sekundarlehrern mit außerkantonalem Patent, welche eine thurgauische Lehrstelle provisorisch bekleiden, kann das Erziehungsdepartement auf Antrag der Prüfungskommission eine

abgekürzte Prüfung gestatten oder ihnen die Wählbarkeit ohne Prüfung zuerkennen. Die Nachprüfung muß in der Regel spätestens nach 2 Jahren erfolgen.

8. Schlußbestimmungen.

§ 19. Nach jeder Prüfung hat die Prüfungskommission dem Erziehungsdepartement über das Ergebnis Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, worauf das Departement die nötigen Verfügungen trifft und die Zeugnisse ausstellt.

§ 20. Dieses Reglement tritt an Stelle des Reglements vom 18. Juli 1913 mit Herbst 1930 in Kraft.

---

2. Wegleitung für das Studium thurgauischer Sekundarlehramtskandidaten. (Vom 30. Mai 1930.)

A. Allgemeines.

Für das Studium der thurgauischen Sekundarlehramtskandidaten bieten die Vorlesungsverzeichnisse der schweizerischen Hochschulen reichlich Gelegenheit zur Zusammenstellung von Programmen für den Studiengang. Der Anfänger tut jedoch gut, sich hierüber rechtzeitig mit einem Fachmann zu beraten und nicht erst bei Semesterbeginn eine beliebige Auswahl zu treffen. Auch die Mitglieder der Prüfungskommission sind zur Raterteilung gerne bereit. In der Regel empfiehlt es sich eher, das Studium im Herbst zu beginnen.

Die Zeit des akademischen Studiums ist mit vier Semestern kurz bemessen. Die fleißige und gewissenhafte Ausnützung dieser Semester, womöglich an der nämlichen Hochschule, bildet daher das erste Erfordernis für den Erfolg. Die Semesterausweise sind der Prüfungskommission vorzulegen. Es ist von Anfang an darauf Bedacht zu nehmen, daß jedes Prüfungsfach zu seinem Rechte komme. Insbesondere wird den Kandidaten empfohlen, auch die Gelegenheiten zu praktischen Übungen und seminaristischer Betätigung zu benützen.

In bezug auf die Fachgebiete wird darauf aufmerksam gemacht, daß für den künftigen Sekundarlehrer die Kenntnis der engern Heimat und das Verständnis für die natürlichen Verhältnisse unseres Landes und für die wirtschaftlichen Bedürfnisse unseres Volkes von großem praktischen Wert ist.

B. Vorschläge über Umfang und Verteilung der Studien.

1. Pädagogik.

Vorlesungen	16 Stunden
Übungen	4 „
	20 Wochenstunden

2. *Deutsch.*

Literaturgeschichte	14 Stunden
Historische Grammatik	4 „
Stilistische Übungen oder Analyse von Dichterwerken	3 „
Grammatische Übungen	2 „
Phonetische Übungen	2 „
	25 Wochenstunden

3. *Französisch.*

a) Für Kandidaten der sprachlich-historischen Richtung.

Phonetik	4 Stunden
Literaturgeschichte	12 „
Stilistische oder grammatische Übungen und Lektüre	8 „
	24 Wochenstunden

b) Für Kandidaten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung.

Phonetik	4 Stunden
Lektüre mit Übungen	4 „
	8 Wochenstunden

In unserm dreisprachigen Lande muß die gründliche Beherrschung der französischen Sprache mit Nachdruck gefordert werden. Es ist nicht gleichgültig, wo und wie der Kandidat sich diese Fähigkeit erwerbe. An einer korrekten Aussprache wird man die Qualität seiner Vorbereitung in erster Linie erkennen. Über die Teilnahme an besonderen Sprachkursen sowohl im Französischen als im Italienischen und Englischen, wie sie an verschiedenen in- und ausländischen Universitäten durchgeführt werden, sind offizielle Ausweise beizubringen.

4. *Englisch* oder

5. *Italienisch.*

Lektüre mit Übungen und Literaturgeschichte	16 Wochenstunden

6. *Geschichte.*

Welt- und Schweizergesichte mit seminaristischen Übungen	16 Wochenstunden

Übersichtliche Orientierung, gründliche Vertiefung in einzelne Perioden, Quellenstudium. Berücksichtigung der Kulturgeschichte. Kenntnis der Bundesverfassung und ihrer geschichtlichen Entwicklung.

7. Geographie.

Allgemeine physikalische Geographie .	4 Stunden
Geographie der Schweiz	2 „
Geographie einzelner Länder und Wirtschaftsgeographie	6 „
	12 Wochenstunden

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz und ihrer Nachbarländer sind besonders zu berücksichtigen.

8. Mathematik.

Darstellende Geometrie	4 Stunden
Analytische Geometrie	5 „
Mathematische Geographie	3 „
	12 Wochenstunden

Dazu als Wahlfach:

Einführung in die mathematische Behandlung der Naturwissenschaften .	5 Stunden
oder Differential- und Integralrechnung	10 „
oder Versicherungsmathematik . . .	4 „
	19 Wochenstunden

9. Physik.

Experimentalphysik	10 Stunden
Übungen	4 „
	14 Wochenstunden

10. Zoologie.

Allgemeine Zoologie und vergleichende Anatomie	12 Stunden
Halbpraktikum für Anfänger . . .	4 „
Anatomie und Physiologie des Menschen und Gesundheitslehre	2 „
Entomologie	1 „
	19 Wochenstunden

Kenntnis der einheimischen Wirbeltiere und der Insekten ist für die spätere Unterrichtspraxis von besonderem Wert.

11. Botanik.

Allgemeine Botanik, Kryptogamen und Phanerogamen mit Bestimmungsübungen	12 Stunden
Mikroskopierkurs für Anfänger . . .	3 „
	15 Wochenstunden

Kenntnis der einheimischen Pflanzenwelt. Die wirtschaftlich und gesundheitlich wichtigsten Pflanzen verdienen besondere Beachtung.

12. Petrographie.

Allgemeine Petrographie	3 Stunden
Spezielle Petrographie mit Übungen .	2 „
	5 Wochenstunden

13. Geologie.

Allgemeine Geologie	4 Stunden
Geologie der Schweiz	4 „
Geologisches Praktikum	3 „
	11 Wochenstunden

Die Molasse und die Diluvialgebilde. Natur und Herkunft der Gesteine unserer Kiesgruben und Flußbette. Die vor unsern Augen sich vollziehenden Vorgänge der Gesteins- und Bodenbildung, der Gesteinszerstörung und Verfrachtung.

14. Mineralogie.

Allgemeine Mineralogie	4 Stunden
Mineralbestimmen	3 „
	7 Wochenstunden

15. Chemie.

Anorganische und organische Chemie,
Laboratoriumsübungen . . . . . 14 Wochenstunden

Das Studium der Geschichte der Chemie wird empfohlen.

16. Turnen.

Die Erteilung eines guten Turnunterrichtes für Knaben und Mädchen der Sekundarschulstufe ist nicht leicht. Der Kandidat soll sich während seiner Studien auch für dieses Fach gründlich vorbereiten. Besonders wichtig ist das Verständnis für das Übungsbedürfnis der Sekundarschüler. Es werden noch nicht an allen Hochschulen einschlägige Vorlesungen gehalten. Die Kandidaten sind auf den Besuch schweizerischer oder kantonaler Schulturnkurse und das Privatstudium angewiesen. Immerhin sei darauf aufmerksam gemacht, daß

in Bern an der Sekundarlehramtsschule Kurse für Knaben- und Mädchenturnen durchgeführt und Vorlesungen gehalten werden.

in Zürich besteht die Möglichkeit, an der militärwissenschaftlichen Abteilung des Polytechnikums Vorlesungen über Turnen zu besuchen.

In Basel kann durch Teilnahme an einem zweisemestrigen Ausbildungskurs das Turnlehrerdiplom I für die Sekundarschulstufe erworben werden.

Zur Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen des Schulturnens und der Leibesübungen überhaupt dienen

Spitzy, Die körperliche Erziehung des Kindes;
Schmidt, Unser Körper;
Müller, Die Leibesübungen. Anatomie. Physiologie. Hygiene. Erste Hilfe.

Zusammenstellung.

I. Sprachlich-historische Richtung.

Pädagogik	20	Wochenstunden
Deutsch	25	„
Französisch	24	„
Italienisch oder Englisch	16	„
Geschichte	16	„
Turnen	2	„
Total in vier Semestern	103	Wochenstunden
in jedem Semester zirka	26	„

II. Mathematisch-naturwissenschaftliche Richtung.

Pädagogik	20	Wochenstunden
Französisch	8	„
Mathematik	17	„
Physik	14	„
Zoologie	18	„
Botanik	15	„
Petrographie	5	„
Geologie	11	„
Mineralogie	7	„
Chemie	14	„
Geographie	12	„
Turnen	1	„
Total in vier Semestern	105—116	Wochenstunden
in jedem Semester zirka	26—29	„
	(je nach Wahl der Fächer).	

Wahlfächer.

17. Musik.

Die Bedürfnisse der Sekundarschule verlangen auch in Musik eine sorgfältigere Vorbereitung. Den Kandidaten wird empfohlen:

1. sich selbst praktisch in Sologesang auszubilden, sei es durch Besuch von Gesangskursen an Konservatorien oder durch Privatunterricht.

2. Besuch der praktischen Übungen im Schulgesang an einem Konservatorium oder bei einem Lehrer des Schulgesanges.

Für das Studium in Musiktheorie eignen sich neben den Werken von Prof. Kugler, Schaffhausen:

Reclam Nr. 3311: Wolff, Allgemeine Musiklehre.
S. Jadassohn, Harmonie (Kapitel I bis und mit XI).

18. Zeichnen.

Wer Zeichnen als Prüfungsfach wählt, muß sich ausweisen können über den Besuch eines Zeichnungskurses. Gelegenheit zu persönlicher Förderung im Skizzieren und Malen bieten die Kunstgewerbeschulen.

Zum Studium der Methodik des Schulzeichnens eignen sich
Greuter, Stoffprogramm und Wegleitung für das Zeichnen in der Volksschule.
Hans Witzig, Die Formensprache auf der Wandtafel.
Hans Witzig, Planmäßiges Zeichnen.

Freifächer.

19. Buchhaltung.

Die Prüfung in Buchhaltung will dem Kandidaten einen Ausweis vermitteln, der ihn berechtigt und empfiehlt, Buchhaltungsunterricht an gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen zu erteilen. Hochschulkurse werden kaum besucht werden können. Zum Privatstudium werden empfohlen:

1. Zur Einführung in die Buchhaltungswissenschaften, in die mathematischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen der Buchhaltung:
   Schär, Buchhaltung und Bilanz.
2. Zur Einführung in die Buchführungsmethoden:
   Marthaler, Buchhaltung.
   Biedermann, Leitfaden der Buchhaltung I. und II. Teil.

20. Latein.

Einführungskurs ins Latein mit kursorischer Lektüre.

Nachtrag von 1929.

3. Regulativ über die Besoldung der Lehrer an der Kantonsschule und am Seminar. (Vom 18. Oktober 1929.)

A. Besoldungen.

§ 1. Die Besoldung der mit voller Lehrverpflichtung angestellten Lehrer der Kantonsschule und des Seminars beträgt

Fr. 7200.— bis Fr. 9600.—. Für Lehrer, die nicht über abgeschlossene Hochschulbildung verfügen, können die Ansätze um Fr. 600.— herabgesetzt werden. Der Besoldungsanstieg erfolgt in der Regel in zwölf gleichen Jahresraten von Fr. 200.—.

§ 2. Der Rektor der Kantonsschule und der Direktor des Seminars beziehen eine Gehaltszulage von Fr. 1200.—, der Konrektor eine solche von Fr. 400.—.

§ 3. Die Besoldungen der Konviktführer, der Hilfslehrer und der Vikare beider Anstalten, ferner der Übungslehrer des Seminars sind durch Anstellungsverträge festzusetzen.

Der Regierungsrat bestimmt im weitern die Zulagen an die Aktuare der Lehrerkonvente, ferner die Entschädigungen für Überstunden, für Besorgung der Bibliotheken und der Sammlungen und für ähnliche außerordentliche Leistungen.

B. Allgemeine Bestimmungen.

§ 4. Die Anstellung der Lehrer erfolgt in der Regel unter Annahme der Minimalbesoldung; es können indessen bei der Gehaltsfestsetzung vorausgegangene Dienstjahre ganz oder teilweise berücksichtigt werden.

§ 5. Hinsichtlich Stellvertretung in Fällen von Militärdienst und Krankheit, ferner in bezug auf Besoldungsnachgenuß (Sterbequartal) wird die Lehrerschaft der Kantonsschule und des Seminars den Lehrern der übrigen Schulstufen des Kantons gleichgestellt (§§ 11 und 15 des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 23. Dezember 1918).

§ 6. Die Lehrer sind nach den näheren Bestimmungen der Statuten bei ihrer Kasse für ein Ruhegehalt und für Renten im Falle des Todes oder der Invalidität versichert.

Die Statuten unterliegen der Genehmigung durch den Regierungsrat.

Der Staat beteiligt sich an der Versicherung mit einem jährlichen, unter Berücksichtigung des Kassenstandes jeweils im Voranschlag festzusetzenden Beitrag. Dieser soll den Lehrern und deren Hinterlassenen die bisherigen effektiven Bezüge an Ruhegehalt und Renten garantieren.

§ 7. Es bleibt dem Regierungsrate vorbehalten, Anordnungen zur Äufnung oder Verschmelzung der Witwen-, Waisen- und Alterskassen der Kantonsschule und des Seminars zu treffen.

Erscheint zur Herbeiführung einer Verschmelzung der beiden Kassen ein Staatsbeitrag an die von den Lehrern des Seminars zu entrichtende Einkaufssumme als notwendig, so ist beim Großen Rate ein entsprechender Kredit nachzusuchen.

§ 8. Die Verpflichtungen der Lehrer der beiden Anstalten in bezug auf Unterrichtserteilung, Nebenbeschäftigung, Urlaub, Teil-

nahme an Konventsberatungen u. s. w. werden durch Dienstreglemente geregelt, die durch den Regierungsrat zu genehmigen sind.

C. Übergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 9. Das vorliegende Regulativ tritt rückwirkend auf 1. Januar 1929 in Kraft. Lehrer, die bei Beginn des Wintersemesters 1928/29 bereits 12 oder mehr Dienstjahre hatten, treten mit dem 1. Januar 1929 in den Genuß der Maximalbesoldung. Für die übrigen erhöht sich auf den nämlichen Zeitpunkt das Jahresgehalt unter angemessener Berücksichtigung der Dienstjahre.

§ 10. Dieses Regulativ ersetzt dasjenige vom 10. Juli 1919. Es ist im Amtsblatte und in der Gesetzessammlung zu veröffentlichen und den Lehrern der Kantonsschule und des Seminars in Sonderabdrücken zuzustellen.

XXI. Kanton Tessin.

1. Allgemeines.

1. Decreto legislativo accordante diversi crediti per l'anno scolastico 1930—1931. (Del 3 novembre 1930.)

---

2. Decreto legislativo circa credito per l'aumento del numero degli Ispettori scolastici da 4 a 6. (Del 3 novembre 1930.)

---

2. Volksschule (Scuole primarie e Scuole Maggiori).

3. Legge circa il riparto tra lo Stato ed i Comuni degli oneri per l'insegnamento obbligatorio. (Del 30 dicembre 1930.)

Il Gran Consiglio
della Repubblica e Cantone del Ticino,

Esaminata la domanda di iniziativa popolare in materia di scuola pubblica, presentata il 31 marzo 1930 decide di non aderirvi e presenta il seguente

Controprogetto.

Art. 1. — L'onorario dei docenti delle Scuole Maggiori ed il 50 % dell'onorario dei docenti delle scuole primarie con gradazione superiore corrispondente appunto all'onorario per questa gradazione, sono a carico dello Stato.

Art. 2. — E' stanziata annualmente nel bilancio-preventivo una somma di fr. 55,000.— per sussidio straordinario ai Comuni montani

e rurali da versarsi in ragione del 60, 65, 70 e 75 %, avuto riguardo alla loro altitudine ed eccentricità, alle spese sopportate per la scuola ed al tasso d'imposta comunale, nonchè alle particolari condizioni economiche e demografiche.

§ 1. Il riparto sarà stabilito per decreto speciale del Gran Consiglio da rinnovarsi ogni biennio.

Art. 3. — Per il miglioramento degli edifizi scolastici comunali è stanziata annualmente nel bilancio-preventivo una somma di fr. 25,000.—.

Art. 4. — A tutti i Comuni del Cantone è fatto obbligo di acquistare e fornire gratuitamente, agli allievi delle scuole elementari maggiori e minori, il materiale scolastico.

Disposizioni transitorie ed abrogative.

Art. 1. — Il riparto di cui all'art. 2 resta per l'anno scolastico 1930—31 stabilito come segue:

E' assegnato un sussidio straordinario del 75 % sull'onorario dei docenti per la scuola primaria gradazione inferiore, ai seguenti Comuni:

Bedretto, Berzona, Bogno, Bosco Vallemaggia, Brè, Broglio, Calonico, Calpiogna, Campello, Campo Blenio, Campo Vallemaggia, Certara, Cimadera, Colla, Comologno, Corticiasca, Crana, Ghirone, Gresso, Insone, Isone, Marolta, Mugena, Osco, Piandera, Rasa, Roveredo Capriasca, S. Antonio, Scareglia, Vezio.

Un sussidio del 70 % è pure assegnato ai Comuni seguenti:

Anzonico, Aranno, Arosio, Auressio, Bidogno, Borgnone, Bosco-Luganese, Breno, Brione V., Brontallo, Cabbio, Carabbia, Carona, Casima, Castro, Cavagnago, Cerentino, Chironico, Cimo, Corippo, Cureggia, Fescoggia, Fusio, Frasco, Gerra Verzasca, Indemini, Iseo, Leontica, Linescio, Lopagno, Medeglia, Menzonio, Miglieglia, Monte, Mosogno, Palagnedra, Ponte-Valentino, Prato Sornico, Prugiasco, Robasacco, Russo, Sagno, Sobrio, Sonogno, Tremona, Vergeletto, Vernate, Villa-Luganese, Vogorno, Signôra.

Il detto sussidio sarà del 65 % per i seguenti Comuni: Aquila, Astano, Arogno, Bedano, Besazio, Brione s/Minusio, Bruzella, Camignolo, Campestro, Caneggio, Canobbio, Cavergno, Chiggiogna, Coglio, Comano, Corzoneso, Gandria, Genestrerio, Giumaglio, Gnosca, Grancia, Gravesano, Intragna, Lavertezzo, Lodano, Loco, Mergoscia, Meride, Mezzovico, Moleno, Morbio Superiore, Muggio, Pedrinate, Salorina,, Sigirino, Sonvico, Torricella, S. Nazzaro, Arzo, Peccia.

E un sussidio del 60 % è pure assegnato ai Comuni seguenti:

Avegno, Aurigeno, Brusino-Arsizio, Cadempino, Caviano, Coldrerio, Croglio, Cugnasco, Gordevio, Gordola, Gorduno, Lodrino, Mairengo, Manno, Moghegno, Monteggio, Piazzogna, Pianezzo, Pre-

gassona, Preonzo, Pura, Ronco s/Ascona, Sessa, S. Abbondio, Vezia.

Art. 2. — Il presente decreto legislativo, abroga ogni disposizione contraria ed incompatibile.

Art. 3. — Il Consiglio di Stato è incaricato di sottoporlo alla votazione popolare a norma degli art. 18—19 e successivi della legge 3 dicembre 1892 regolante il diritto di iniziativa in materia legislativa.[1]) In caso di accettazione esso entrerà in vigore colla sua pubblicazione nel Bolletino delle leggi e degli atti esecutivi del Cantone ritenuto che il contributo ed il sussidio in esso previsti saranno versati a partire dal 1° gennaio 1931.

---

3. Mittelschulen und Berufsschulen.

4. Decreto legislativo circa riordinamento degli studi magistrali. (Del 20 gennaio 1930.)

Il Gran Consiglio
della Repubblica e Cantone del Ticino,

Su proposta del Consiglio di Stato,

Decreta:

Art. 1. — Il capitolo II (Scuola Normale) della Sezione II (Insegnamento professionale di grado secondario) del Tit. II della legge 28 settembre 1914 sull' insegnamento professionale, è sostituito dal seguente

Capitolo II.

Scuola Magistrale.

Art. 59. — La Scuola magistrale cantonale prepara i maestri e le maestri per i due gradi, inferiore e superiore, della scuola elementare.

Art. 60. — Essa ha sede in Locarno e comprende due sezioni: maschile e femminile.

Art. 61. — La Scuola magistrale rilascia dopo tre anni di studi la patente che abilita all' insegnamento nel grado inferiore delle scuole elementari. La patente necessaria per insegnare nel grado superiore (scuola maggiore) non può essere conseguita dai maestri di gradazione elementare se non dopo due anni, in seguito ad esame da organizzarsi presso la Scuola magistrale.

§. Alla sezione femminile potrà essere unito un corso per le maestre d' asilo quando non risultassero sufficienti allo scopo i corsi speciali ora in uso, i quali però dovranno sempre essere tenuti sotto la vigilanza della Scuola magistrale.

---

[1]) Angenommen am 8. März 1931.

Art. 62. — Titolo unico per l'ammissione alla Scuola magistrale è la licenza tecnica o ginnasiale, rilasciata da uno dei Ginnasi dello Stato.

Presso i due Ginnasi, maschile e femminile, di Locarno saranno istituiti dei corsi speciali destinati a preparare gli allievi prosciolti dal grado elementare superiore all'esame di ammissione alla IV classe del Ginnasio.

Art. 63. — Lo Stato assegna agli allievi e alle allieve, a titolo di sovvenzione, il reddito dei lasciti speciali, versa ai convitti un sussidio proporzionato alle effetive spese di sorveglianza e distribuisce, nei limiti della disponibilità del bilancio, fra gli alunni della sezione maschile che ne avessero bisogno e si distinguessero per studio e buona condotta, delle borse di studio.

Art. 64. — I sussidiati i quali, conseguita la patente, non accettano di dirigere una scuola pubblica per sei anni, devono rimborsare interamente le sovvenzioni ricevute. Quest'obbligo è proporzionato agli anni del magistero non esercitato per chi ha prestato parziale servizio.

Art. 65. — A ogni sezione della Scuola magistrale è annesso un convitto eretto a forma cooperativa, il cui funzionamento è disciplinato da apposito regolamento. Lo Stato fornisce ai convitti la sede e la mobilia.

Art. 66. — La direzione della Scuola magistrale è affidata a un Direttore unico per le due sezioni. A ciascuna delle sezioni maschile e femminile e al relativo convitto possono essere preposti rispettivamente un vice-direttore e una vice-direttrice, incaricati in modo speciale della vigilanza morale e disciplinare.

Art. 67. — Annessa a ciascuna sezione della Scuola magistrale vi sarà una scuola pratica di applicazione. Lo Stato fornisce gratuitamente il materiale scolastico agli allievi di queste scuole. Anche le scuole maggiori, ed eventualmente le scuole elementari di Locarno, sono considerate come scuole pratiche.

Alla sezione femminile potrà essere annesso un giardino d'infanzia.

Art. 68. — La Scuola magistrale ha inoltre la propria biblioteca, un campo sperimentale di agraria, un gabinetto di scienze naturali in ciascuna delle due sezioni e una mostra didattica permanente la cui organizzazione è stabilita da un apposito regolamento da emanarsi dal Consiglio di Stato.

Art. 69. — Gli esami di patente avvengono alla fine del terzo corso della Scuola magistrale.

Art. 70. — Con gli allievi del terzo corso della Scuola magistrale possono presentarsi, nelle stesse condizioni, agli esami suddetti e, ad esami superati, ottenere la patente definitiva, gli allievi pro-

venienti da Scuole magistrali istituite per iniziativa di Comuni, di enti morali e di private, alle seguenti condizioni:

a) che le scuole donde provengono abbiano accettato i programmi e la vigilanza dello Stato;
b) che siano in possesso di un certificato di licenza ginnasiale dello Stato;
c) che abbiano compiuto i 19 anni.

§ 1. I candidati provenienti da scuole che non presentano le condizioni previste alla lettera a) possono, osservate le condizioni delle lettere b) e c) di questo articolo e gli articoli 70, 71 e 72 della legge sull'insegnamento elementare, presentarsi agli esami, superati i quali sarà loro rilasciata una patente provvisoria e cioè subordinata ad un lodevole insegnamento di quattro anni.

§ 2. In casi eccezionali, il Dipartimento potrà ammettere all'esame candidati di età minore dei 19 anni, ritenuto però che l'insegnamento non potrà essere iniziato prima del 19° anno.

Art. 71. — I candidati per essere ammessi tanto alla Scuola magistrale quanto agli esami di magistero devono sottoporsi alla visita del medico cantonale.

§ 1. Non possono essere ammessi alla scuola o agli esami suddetti i candidati i quali presentino condizioni di salute o difetti incompatibili con la missione del maestro.

§ 2. La patente non dà diritto all'insegnamento se non in quanto il maestro si trovi nelle condizioni di salute previste dal paragrafo precedente.

Art. 2. — Sono abrogati il decreto legislativo 21 maggio 1919, l'articolo 1 del decreto legislativo 27 dicembre 1920, gli art. 1 e 2 del decreto legislativo 15 luglio 1921, il decreto legislativo 21 settembre 1922 e tutti gli altri dispositivi contrari o incompatibili.

Art. 3. — Il presente decreto entrerà in vigore appena decorsi i termini per l'esercizio del diritto di *referendum* e sarà applicato a partire dall'anno scolastico 1930—1931.

---

5. Decreto esecutivo in applicazione della legge 20 gennaio 1930 circa riordinamento degli studi magistrali. (Del 18 luglio 1930.)

Il Consiglio di Stato
della Repubblica e Cantone del Ticino,

Richiamato il decreto legislativo 20 gennaio 1930 circa riordinamento degli studi magistrali;

Premesso che nel corso delle attuali vacanze saranno fissate le linee generali dei nuovi programmi della Scuola magistrale, e sarà redatto in modo preciso il programma del primo corso, che dovrà essere applicato con l'entrante anno scolastico;

Premesse pure che, per cura del Dipartimento della Pubblica Educazione, verrà nominata entro il corrente anno una Commissione per l'esame dei maestri che volessero ottenere la patente di scuola maggiore, fermo stante il principio della nuova legge secondo cui fra la patente per il grado inferiore e la patente di scuola maggiore ci deve essere un intervallo di almeno due anni;

Premesso inoltre che la Commissione suddetta elaborerà un programma d'esame il quale, pubblicato per tempo nel Foglio Officiale. dia modo ai candidati di prepararsi per tempo, con ogni agio.

Sulla proposta del Dipartemento della Pubblica Educazione,

Decreta:

Art. 1. — Nei due Ginnasi, maschile e femminile, di Locarno i corsi speciali, previsti per gli allievi che dalla terza classe di scuola maggiore volessero passare alla quarta ginnasiale, saranno organizzati nel modo seguente. Vi sarà prima un breve corso di prova e d'esame, simile a quello ora in uso per l'ammissione alla prima classe ginnasiale, e distinato piuttosto a saggiare la qualità dell'allievo che la somma delle sue cognizioni; in seguito, per gli allievi ammessi secondo questo criterio, vi saranno non più di quattro lezioni speciali ogni settimana, fuori orario, per le materie in cui vi è maggiore differenza fra i programmi della scuola maggiore e del Ginnasio.

Art. 2. — Le borse di studio saranno assegnate al principio dell'anno scolastico, solamente agli allievi i quali

a) siano in condizioni economiche degne di riguardo;
b) abbiano ottenuto negli esami precedenti almeno la nota 5 in condotta e almeno la promozione in tutte le materie.

§ 1. La domanda per la borsa di studio dovrà essere presentata all'inizio dell'anno scolastico, e accompagnata da una garanzia della famiglia, nel senso indicato all'articolo 64 della legge, cioè dall'impegno di rimborsare allo Stato il sussidio ricevuto qualora il sussidiato non adempia l'obbligo d'insegnamento stabilito dalla legge stessa.

§ 2. Le borse di studio potranno essere di fr. 300.— al massimo per ogni alunno e saranno versate metà a Natale e metà alla fine dell'anno scolastico, a condizione che sian adempiute durante l'anno le condizioni di cui alla lettera b) del presente articolo.

Art. 3. — Con l'anno scolastico 1930—1931 sarà istituita una scuola pratica presso la sezione maschile della Scuola magistrale. Nella scelta dell'insegnante sarà data la preferenza ai candidati che avranno già insegnato lodevolmente per alcuni anni nelle scuole elementari e maggiori.

Art. 4. — Alla fine dell'anno scolastico 1930—1931 gli esami di patente saranno ancora tenuti come vuole la legge 28 settembre

1914, modificata dal decreto legislativo 15 luglio 1921. I primi esami di patente conformi all'art. 70 della nuova legge saranno tenuti alla fine dell'anno scolastico 1932—33, cioè appena sarà compiuto il primo ciclo triennale di studi ora stabilito.

Art. 5. — La Commissione di vigilanza e d'esame della Scuola magistrale dovrà, oltre alle solite mansioni, assicurarsi con particolare cura che i programmi siano svolti in modo uniforme nella scuola dello Stato e nelle scuole private che accetteranno la sorveglianza statale. Essa dovrà perciò assistere spesso alle lezioni e organizzare gli esami in modo che tutti i candidati possano dare sicura prova della loro preparazione culturale e professionale.

Art. 6. — Gli allievi e le allieve del Liceo cantonale i quali, intendendo entrare nela carriera magistrale, avrebbero continuato i loro studi nel Corso pedagogico complementare oggi soppresso, potranno, e ciò soltanto al principio dell'anno scolastico 1930—1931, passare alla Scuola magistrale secondo le norme seguenti:

1. Gli allievi e le allieve che hanno frequentato il primo corso liceale saranno provvisoriamente ammessi alla seconda classe magistrale, ma verranno sottoposti, dopo un mese di scuola, a un esame di pedagogia, canto e (le allieve) lavoro femminile, — materie in cui dovrebbero già prepararsi durante le vacanze estive. Superati gli esami suddetti la loro inscrizione diverrà definitiva.
2. Gli allievi e le allieve del secondo corso liceale saranno ammessi senza esami nella seconda classe magistrale, ritenuto tuttavia che abbiano a prepararsi anch'essi durante le vacanze nelle materie sopra menzionate.
3. Gli allievi e le allieve che hanno compiuto nel 1929—1930 il terzo corso liceale potrebbero essere trattati, qualora lo desiderassero espressamente, come quelli del secondo corso. In caso diverso, o potranno avviarsi agli studi universitari per prepararsi all'insegnamento con l'aiuto di una borsa di studio, o potranno ottenere di presentarsi al prossimo esame per la patente di scuola maggiore, a queste condizioni: a) che sian allora sottoposti a prove speciali per la pedagogia, il canto e (le allieve) il lavoro femminile; b) che abbiano fatto almeno un mese di tirocinio in una scuola maggiore designata, dietro loro istanza, dal Dipartimento della Pubblica Educazione, e sotto il controllo dell'ispettore di Circondario.

Art. 7. — Il presente decreto viene pubblicato nel *Bollettino Ufficiale delle leggi* ed entra immediatemente in vigore.

4. Lehrerschaft aller Stufen.

6. Decreto legislativo circa onorario dei maestri e delle maestre delle Scuole Maggiori. (Del 3 novembre 1930.)

Il Gran Consiglio
della Repubblica e Cantone del Ticino,
Su proposta del Consiglio di Stato,
Decreta:

Art. 1. — A partire dall'anno scolastico 1930—1931 l'onorario dei maestri e delle maestre delle scoule maggiori non potrà essere inferiore ai minimi seguenti:

	Maestro	Maestra
Scuole di 8 mesi	Fr. 3900.—	Fr. 3350.—
„ „ 9 „	„ 4100.—	„ 3550.—
„ „ 10 „	„ 4400.—	„ 3750.—

Agli onorari suddetti vanno aggiunti gli aumenti periodici e le indennità previste dai §§ 1 e 2 della legge 18 giugno 1920 sugli onorari dei docenti.

§ 11. Per gli insegnanti che posseggono la licenza del Corso pedagogico o un titolo equivalente, o che hanno insegnato nelle scuole secondarie dello Stato, gli onorari saranno aumentati di fr. 300.—.

§ 2. Ai titolari delle scuole elementari comprendenti classi di grado inferiore e superiore sarà corrisposta a partire dall'anno scolastico 1930—1931 una indennità annua di fr. 150.—, se maestri, e di fr. 100.—, se maestre; tale indennità è tutta a carico dello Stato.

Art. 2. — Il decreto legislativo 29 maggio 1923 circa gli onorari ai docenti delle scuole maggiori è abrogato.

Art. 3. — Il presente decreto entra in vigore con la sua pubblicazione nel Bolletino Officiale delle leggi, trascorsi i termini per l'esercizio del diritto di referendum.

---

7. Decreto legislativo circa modificazione all'art. 39 della legge 16 luglio 1926 sulla Cassa Pensioni (aumento del supplemente di pensione ai vecchi docenti). (Del 7 luglio 1930.)

---

5. Verschiedenes.

8. Regolamento per l'esecuzione del Decreto legislativo 18 settembre 1929 circa l'incremento delle Belle Arti. (Del 24 gennaio 1930.)

XXII. Kanton Waadt.

1. Primarschule.

I. Loi sur l'instruction publique primaire. (Du 19 février 1930.)

Le Grand Conseil du Canton de Vaud,

Vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat;

Vu l'art. 27 de la Constitution fédérale ainsi conçu:

„Les cantons pourvoient à l'instruction primaire, qui doit être suffisante et placée exclusivement sous la direction de l'autorité civile. Elle est obligatoire et, dans les écoles publiques, gratuite.

Les écoles publiques doivent pouvoir être fréquentées par les adhérents de toutes les confessions, sans qu'ils aient à souffrir d'aucune façon dans leur liberté de conscience ou de croyance.

La Confédération prendra les mesures nécessaires contre les cantons qui ne satisferaient pas à ces obligations."

Vu les articles 17 et 18 de la Constitution cantonale du 1er mars 1885, ainsi conçus:

„Art. 17. — L'Etat et les communes ont l'obligation de donner aux établissements d'instruction publique le degré de perfection dont ils sont susceptibles, eu égard aux besoins et aux ressources du pays.

Il sera pourvu dans la même mesure à l'enseignement professionnel concernant l'agriculture, le commerce, l'industrie et les métiers. La loi règlera la participation de l'Etat et celle des communes à cette branche de l'enseignement.

L'enseignement doit être conforme aux principes de la démocratie."

„Art. 18. — L'instruction primaire est obligatoire et, dans les écoles publiques, gratuite.

Elle doit être suffisante et placée exclusivement sous la direction de l'autorité civile.

Les écoles publiques doivent pouvoir être fréquentées par les adhérents de toutes les confessions sans qu'ils aient à souffrir dans leur liberté de conscience ou de croyance.

Dans les écoles publiques, l'enseignement religieux doit être conforme aux principes du christianisme et distinct des autres branches de l'enseignement.

Chacun est tenu de veiller à ce que ses enfants ou pupilles fréquentent les écoles publiques primaires ou de pourvoir, sous le contrôle de l'autorité scolaire, à ce qu'ils reçoivent une instruction au moins égale à celle qui se donne dans ces établissements. — La loi sur l'instruction publique primaire sera revisée."

Décrète:

CHAPITRE I.

Dispositions générales.

Article premier. — L'instruction primaire est obligatoire et, dans les écoles publiques, gratuite.

Art. 2. — L'école primaire a pour but essentiel la préparation des enfants à la vie. Elle voue tous ses soins à leur culture morale, intellectuelle et physique.

Art. 3. — Tout enfant remplissant les conditions d'âge exigées par la présente loi doit recevoir une instruction au moins égale à celle qui est donnée dans les écoles primaires.

L'autorité scolaire doit s'assurer que cette obligation est remplie.

CHAPITRE II.

Des écoles primaires et de leur organisation.

Art. 4. — Chaque commune est tenue de pourvoir à l'instruction publique primaire des enfants domiciliés sur son territoire.

Avec l'autorisation du Département de l'instruction publique, deux communes peuvent s'associer pour satisfaire à cette obligation.

Lorsqu'une commune compte moins de vingt enfants en âge de scolarité, le Département de l'instruction publique peut l'inviter à s'entendre avec une commune voisine, si la distance n'est pas supérieure à 3 km.

Art. 5. — Une classe doit être ouverte dans tous les hameaux éloignés de plus de 3 km. de l'école communale et comptant 20 enfants au moins en âge de scolarité.

Le nombre des enfants est déterminé par la moyenne des trois dernières années.

Art. 6. — Les élèves des classes primaires sont répartis d'après leur développement et leur âge, sans distinction de sexe, en trois degrés: degré inférieur, degré intermédiaire, degré supérieur.

Art. 7. — L'effectif maximum des classes formées d'un seul degré est de 40. Il est de 35 dans les autres classes.

Si les circonstances le justifient, le Département de l'instruction publique peut autoriser une commune à porter ces nombres respectivement à 45 et 40.

Lorsque le nombre des élèves dépasse les chiffres indiqués ci-dessus, la classe doit être dédoublée, à moins que cette augmentation ne soit due à des circonstances passagères.

Art. 8. — Le Département de l'instruction publique peut, après avoir entendu les autorités locales, autoriser ou ordonner la fermeture d'une classe quand le nombre des élèves est, depuis 3 ans, in-

férieur à 20 et quand ceux-ci peuvent être facilement confiés à une ou plusieurs autres classes.

Le titulaire de la classe supprimée doit être avisé au moins une année à l'avance. Suivant les circonstances, il pourra être mis au bénéfice d'une pension de retraite.

Art. 9. — A la demande du Département de l'instruction publique, les communes sont tenues de recevoir les enfants des communes voisines dont le domicile est trop éloigné des classes qu'ils devraient suivre.

Les communes frontières sont tenues également d'admettre dans leurs classes les enfants de Vaudois domiciliés sur un territoire voisin et les enfants de Confédérés qui, pour motifs religieux, demandent à suivre les écoles du Canton.

Les conditions de ces admissions sont déterminées par le règlement.

Si ces admissions éxigent l'ouverture d'une classe nouvelle, l'Etat prend à sa charge une partie des frais.

Art. 10. — Les écoles sont ouvertes pendant 42 semaines par année.

Des dispositions spéciales peuvent être prises pour les écoles de montagne.

Le nombre d'heures par semaine est fixé par le règlement.

Les commissions scolaires sont compétentes pour fixer l'époque et la durée des vacances en tenant compte à la fois des intérêts de l'école, des circonstances locales, particulièrement des travaux des champs. Le Département est immédiatement informé de leur décision. Les vacances ne peuvent être prolongées sans son autorisation.

Art. 11. — L'Etat vient en aide aux communes dont les ressources sont insuffisantes.

CHAPITRE III.

Ecoles enfantines.

Art. 12. — Les écoles enfantines sont organisées de manière à favoriser le développement physique, intellectuel et moral de l'enfant et à servir de préparation à l'école primaire.

Elles reçoivent les enfants âgés de 5 et de 6 ans dans l'année.

Art. 13. — Les communes sont tenues d'ouvrir une école enfantine si les parents de 20 enfants de 5 et de 6 ans en font la demande.

Art. 14. — Une classe enfantine ne peut grouper plus de 35 élèves.

Art. 15. — Les écoles enfantines publiques et privées sont placées sous la surveillance des autorités scolaires.

CHAPITRE IV.

Enseignement primaire privé.

Art. 16. — Toute personne se proposant d'enseigner dans une école ou établissement privé à des enfants âgés de 5 à 16 ans, doit remplir les conditions suivantes:

1. Etre de nationalité suisse;
2. Etre pourvue d'un diplôme reconnu suffisant;
3. Avoir fourni les garanties morales requises du personnel enseignant des écoles publiques.

Dans certains cas spéciaux, le Département de l'instruction publique peut autoriser une personne étrangère à enseigner dans une école ou établissement privé si elle satisfait aux conditions fixées sous chiffres 2 et 3 ci-dessus.

Cette autorisation peut être retirée en tout temps s'il y a de justes motifs.

Un règlement en fixe l'application.

Art. 17. — Le Département de l'instruction publique a le droit de s'assurer en tout temps, par des inspections et des examens, que les écoles privées donnent une instruction conforme au plan d'études des écoles primaires.

Dans le cas où le Département de l'instruction publique aurait reconnu que l'instruction donnée dans une école privée est notoirement insuffisante ou contraire à la loi ou au règlement des écoles primaires, il peut exiger la fermeture de cette école.

Art. 18. — Les dispositions légales prises dans l'intérêt de l'ordre public, des bonnes mœurs et de l'hygiène demeurent dans tous les cas réservées.

CHAPITRE V.

Objets d'enseignement.

Art. 19. — Dans les écoles primaires, l'enseignement obligatoire porte sur les objets suivants:

1. Langue française.
2. Arithmétique avec notions élémentaires de géometrie et de comptabilité.
3. Leçons de choses; éléments de sciences naturelles et d'hygiène.
4. Géographie.
5. Histoire nationale et notions d'instruction civique.
6. Ecriture.
7. Dessin et travaux manuels.
8. Chant.
9. Gymnastique.
10. Pour les filles: travaux à l'aiguille et économie domestique.

Art. 20. — Dans chaque école, il est donné un enseignement religieux facultatif conforme aux principes du christianisme et distinct des branches du programme obligatoire.

Les heures consacrées à cet enseignement sont fixées de manière à ne pas nuire aux études des élèves qui ne le suivent pas.

Cet enseignement est donné par l'instituteur. Toutefois sur sa demande et pour des motifs de conscience, il doit en être dispensé. Il peut l'être également à la demande de la municipalité et de la commission scolaire.

Dans l'un et l'autre cas, la décision appartient au Département.

L'instituteur déchargé de l'enseignement réligieux est tenu de consacrer à l'école le temps qu'il aurait donné à cet enseignement.

Art. 21. — Les heures de catéchisme sont fixées par les autorités ecclésiastiques d'entente avec les autorités scolaires. Les décisions prises sont transmises au Département de l'instruction publique et des cultes. Il peut y avoir recours au Conseil d'Etat.

Art. 22. — Sont ajoutées au programme des écoles primaires:

a) dans les écoles primaires supérieures, des leçons spéciales d'allemand, de mathématiques (comptabilité, algèbre et géometrie), de scienses physiques et naturelles (avec application à l'agriculture et aux métiers) et d'histoire générale;

b) dans les écoles ménagères, des leçons de cuisine, d'alimentation, de puériculture, de soins à donner aux malades, de blanchissage, de repassage, de coupe et de confection et, éventuellement, de jardinage.

Art. 23. — Le programme des écoles primaires supérieures et des écoles ménagères doit répondre aux besoins de la région où se recrutent les élèves.

Art. 24. — Le Département de l'instruction publique peut autoriser, à titre facultatif, l'enseignement de l'allemand dans les classes primaires, ainsi que d'autres branches d'études non mentionnées aux art. 19 et 22.

Art. 25. — Un programme détaillé ou plan d'études indique d'une façon générale les matières à enseigner pour chacune des branches ainsi que le temps à y consacrer.

Dans l'application de ce programme, il est tenu compte des aptitudes des élèves et, s'il y a lieu, du raccordement avec les écoles secondaires. Partout où cela est possible, les élèves seront répartis en classes avancées et en classes normales.

Art. 26. — L'enseignement est donné dans toutes les écoles au moyen des manuels et du matériel adoptés par le Conseil d'Etat.

Toutes les fournitures scolaires sont remises gratuitement aux élèves des classes primaires et primaires supérieures.

Art. 27. — Dans chaque commune il y a une bibliothèque scolaire gratuite.

L'Etat subventionne les bibliothèques scolaires.

Art. 28. — Les communes qui organisent un enseignement de travaux manuels pour les élèves âgés de moins de 16 ans, reçoivent un subside spécial de l'Etat.

Art. 29. — Le Conseil d'Etat peut mettre au bénéfice des dispositions des articles 26, 27 et 28 les asiles ou orphelinats qui revêtent un caractère d'utilité publique.

CHAPITRE VI.

Bâtiments et matériel d'école. Hygiène.

Art. 30. — Les salles d'école doivent être spacieuses, saines et d'une aréation facile.

Il doit y avoir, à proximité des classes, une salle ou une place de gymnastique et de jeux convenablement aménagée.

Art. 31. — Les terrains nécessaires aux écoles sont déclarés d'utilité publique et peuvent être expropriés, conformément à la procédure légale.

Les municipalités doivent soumettre à l'approbation du Département de l'instruction publique les plans et devis des constructions scolaires, ou des changements qu'elles se proposent d'apporter aux locaux scolaires.

Art. 32. — Dans le bâtiment où se trouve la salle d'école ou la salle de gymnastique, il ne doit y avoir ni industrie bruyante, ni auberge, débit de boissons, café, salle de danse, ni aucun établissement qui puisse nuire à l'éducation de la jeunesse ou à l'hygiène scolaire.

Cette défense s'applique aussi au voisinage immédiat de la maison d'école ou de la salle de gymnastique. Le Conseil d'Etat peut autoriser des exceptions justifiées par des circonstances impérieuses.

Art. 33. — La salle d'école est réservée exclusivement aux besoins de l'enseignement. Exceptionnellement, elle peut être employée dans un but d'utilité publique moyennant l'autorisation de la municipalité et de la commission scolaire. En aucun cas, elle ne pourra servir de salle à boire ou à danser.

En cas de conflit entre les autorités compétentes, il y a recours au Conseil d'Etat.

Art. 34. — Le mobilier scolaire doit être conforme aux prescriptions du Département de l'instruction publique. Le règlement

indique le matériel d'enseignement obligatoire. Le mobilier et le matériel d'enseignement sont fournis par les communes.

L'Etat vient en aide aux communes qui renouvellent leur mobilier, conformément aux prescriptions fixées par le règlement.

Art. 35. — L'état sanitaire des élèves et l'hygiène des bâtiments scolaires sont placés sous la surveillance de médecins scolaires.

Art. 36. — Les médecins scolaires sont nommés par le Conseil d'Etat, sur présentation du Département de l'instruction publique et du Département de l'intérieur; ce dernier consulte au préalable les municipalités intéressées.

Ils sont payés par l'Etat.

Un règlement détermine leurs attributions.

CHAPITRE VII.

Autorités préposées à l'instruction publique.

Art. 37. — Le Département de l'instruction publique est chargé de la direction de l'instruction primaire.

Un service spécial de contrôle est attaché au Département. Il est assuré par des inspecteurs et des inspectrices dont les obligations et les compétences sont déterminées par un règlement.

Art. 38. — Les autorités suivantes concourent, avec le Département de l'instruction publique, à l'application des lois et règlements scolaires:

1. Les commissions scolaires.
2. Les municipalités.
3. Les préfets.

Art. 39. — La commission scolaire est nommée par la municipalité pour 4 ans. Elle se compose de 3 membres au moins; dans les localités ayant plus de 3 classes, le nombre minimum des membres de la commission est de 5.

La municipalité doit être représentée dans la commission scolaire par un membre au moins, mais elle ne peut désigner dans son sein plus de la moitié des membres de la dite commission.

Un membre du corps enseignant peut faire partie de la commission scolaire. Si tel n'est pas le cas, chaque fois que la commission scolaire doit se prononcer sur une question d'éducation ou d'organisation scolaire, le personnel enseignant est entendu.

Le règlement fixe les moyens dont dispose le personnel enseignant pour faire entendre sa voix.

Art. 40. — Les autorités communales peuvent déléguer quelques-unes des attributions de la commission scolaire à un directeur d'écoles ou à un inspecteur scolaire communal.

Le règlement fixe les conditions de nomination des ces fonctionnaires. Cette nomination est soumise à la sanction du Département.

Art. 41. — Les commissions scolaires visitent fréquemment les écoles publiques et privées. Elles veillent à ce que les instituteurs et les élèves remplissent assidûment leur devoir. Elles s'assurent du bon entretien du mobilier et du matériel scolaires; elles s'intéressent aux œuvres en faveur de l'enfance et prennent, avec le médecin scolaire, toutes les mesures exigées par l'hygiène.

Art. 42. — Deux ou plusieurs communes peuvent se réunir pour former une seule commission scolaire.

Une commune peut avoir plusieurs commissions scolaires.

Dans les deux cas, l'autorisation du Département de l'instruction publique doit être demandée.

Art. 43. — Si plusieurs communes se réunissent pour créer une école, elles s'entendent pour désigner la commission scolaire. Le règlement détermine la composition de cette commission.

Art. 44. — Le Département de l'instruction publique se fait représenter par un délégué dans les commissions scolaires s'occupant d'une classe primaire supérieure ou d'une école ménagère. Ce délégué a les mêmes droit et les mêmes obligations que les autres membres de la commission.

Art. 45. — Lorsqu'une commune ne pourvoit pas convenablement à son administration scolaire, le Département de l'instruction publique désigne un commissaire spécial.

Il peut y avoir recours au Conseil d'Etat.

Art. 46. — La municipalité et la commission scolaire désignent un comité de dames de trois membres au moins.

Ce comité a pour mission de surveiller l'enseignement des travaux à l'aiguille, de l'économie domestique et, éventuellement, l'enseignement ménager, tout en y collaborant.

Art. 47. — Les communes fournissent le local, le chauffage et l'éclairage pour les séances des commissions scolaires et du comité de dames et pourvoient à leurs frais de bureau.

Art. 48. — Les municipalités exercent, conformément aux dispositions de la présente loi et dans les limites de leurs compétences, une surveillance générale sur les écoles primaires de leur ressort.

Elles doivent assister en corps ou par délégation aux examens de repourvue, à l'examen annuel des élèves et aux cérémonies scolaires.

Art. 49. — Les compétences des préfets en matières scolaires sont prévues aux articles 79, 93, 94, 97, 98, 100, 106, 112, 113, 153 et 155 de la présente loi.

CHAPITRE VIII.

Instituteurs, institutrices, maîtresses d'écoles enfantines et maîtresses de travaux à l'aiguille.

Section 1.

Brevets, concours, examens, nominations, conférences.

Art. 50. — Pour enseigner dans une école publique primaire ou dans une école enfantine, il faut être de nationalité suisse et porteur d'un brevet de capacité délivré par les Ecoles normales du canton de Vaud.

Les communes peuvent charger des maîtres spéciaux de l'enseignement de certaines branches moyennant l'autorisation du Département de l'instruction publique.

Art. 51. — La loi reconnaît comme valables les titres suivants délivrés par les Ecoles normales du canton de Vaud:

1. Brevet pour l'enseignement dans les classes primaires supérieures.
2. Brevet d'instituteur ou d'institutrice primaire.
3. Brevet de maîtresse d'école enfantine.
4. Brevet d'enseignement aux enfants arriérés et anormaux.
5. Brevet d'enseignement dans les classes ménagères.
6. Brevet d'enseignement des travaux à l'aiguille.

Art. 52. — Lorsqu'une place devient vacante, la commission scolaire, d'entente avec la municipalité, avise le Département de l'instruction publique et soumet à l'approbation de ce dernier les conditions du poste à repourvoir.

Le Département de l'instruction publique ouvre un concours d'une durée de quinze jours et reçoit les inscriptions des candidats.

Art. 53. — A l'expiration de ce délai, le Département transmet à la commission scolaire la liste des candidats remplissant les conditions requises.

Art. 54. — Dans les quinze jours dès la réception de cette liste, la municipalité et la commission scolaire réunies procèdent à la nomination. La commission scolaire demande immédiatement la sanction du Département.

Si la municipalité et la commission scolaire ne se jugent pas suffisamment renseignées sur les candidats inscrits, elles demandent au Département de procéder à un examen public, auquel elles peuvent appeler tout ou partie des candidats.

L'examen ne comporte que des épreuves pratiques.

Art. 55. — Les épreuves sont appréciées par les membres de la commission scolaire sous la présidence de l'inspecteur de l'arrondissement.

Art. 56. — Tout examen doit être suivi immédiatement d'une nomination faite en présence de l'inspecteur. Ce dernier a voix consultative, à moins qu'il ne soit appelé à départager les voix.

Art. 57. — La nomination se fait à la majorité absolue des suffrages.

Art. 58. — Le Département sanctionne la nomination, si dans les 10 jours qui suivent celle-ci, il n'y a pas eu de recours adressé au Conseil d'Etat.

Si le recours est admis, il est procédé à une nouvelle nomination dans les formes prévues par la présente loi.

Art. 59. — Avant d'occuper un premier poste à titre définitif, le nouveau membre du personnel enseignant est élu à titre provisoire pour deux ans. Si, trois mois avant l'expiration de ce délai, les autorités communales n'ont adressé au Département aucune opposition reconnue fondée, la nomination devient définitive.

Art. 60. — S'il ne se présente aucun candidat remplissant les conditions prévues à l'article 50, le Département de l'instruction publique ouvre un nouveau concours ou prend les mesures nécessaires pour faire desservir, à titre temporaire, le poste vacant.

Art. 61. — Le titulaire d'un poste, nommé à titre définitif, ne peut le quitter avant trois ans au moins sans une autorisation du Département de l'instruction publique.

Les contrevenants à cette dispostion sont passibles, suivant les circonstances, des pénalités suivantes prononcées par le Département de l'instruction publique:

a) la suspension,

b) la radiation du personnel enseignant.

L'instituteur, l'institutrice, la maîtresse d'école enfantine, la maîtresse d'école ménagère et de travaux à l'aiguille en disponibilité, qui refuse de se rendre au poste auquel le Département l'a appelé pour un remplacement, s'expose aux pénalités ci-dessus.

Art. 62. — Si, pour de sérieux motifs, un membre du personnel enseignant doit renoncer momentanément à ses fonctions, le Département de l'instruction publique pourvoit au remplacement du titulaire, aux frais de celui-ci.

Si un membre du personnel enseignant est empêché de remplir ses fonctions par suite de maladie, il a droit à son traitement pendant 6 mois, au maximum, sur une période de trois ans.

L'Etat prend à sa charge une partie des frais de remplacement incombant aux communes dont les ressources sont insuffisantes.

Art. 63. — L'instituteur a droit à son traitement pendant les périodes de service militaire obligatoire. L'Etat prend à sa charge les frais de remplacement.

Art. 64. — Les institutrices mariées doivent renoncer à la direction de leur classe pendant une période qui va de deux mois avant l'accouchement à un mois après celui-ci. Les frais de remplacement sont à leur charge.

Art. 65. — Le titulaire appelé à desservir une autre école ne peut, sauf autorisation du Département de l'instruction publique, quitter son poste avant 6 semaines comptées dès le jour de sa nomination.

Les titulaires qui démissionnent pour un autre motif ne sont admis à cesser leurs fonctions qu'au jour où il peut être pourvu normalement à leur remplacement; dans tous les cas, ils doivent aviser les autorités communales au moins trois mois à l'avance.

En cas de force majeure, le Département pourvoit à leur remplacement temporaire.

Art. 66. — Les concours pour la nomination d'un membre du personnel enseignant ne peuvent avoir lieu que du 1er avril au 30 septembre.

Si un poste devient vacant pendant la période du 1er octobre au 31 mars, il est pourvu aux besoins de l'enseignement par les soins du Département de l'instruction publique.

Art. 67. — Les fonctions d'instituteur ou d'institutrice sont incompatibles avec toute autre fonction ou profession, sauf autorisation expresse du Département de l'instruction publique; cette autorisation est révocable en tout temps.

Le Département peut limiter ou interdire les occupations accessoires d'un instituteur ou d'une institutrice lorsqu'elles portent préjudice à son enseignement ou à sa situation sociale.

Art. 68. — Les membres du personnel enseignant sont convoqués en conférences par le Département pour étudier les questions relatives à l'instruction et à l'éducation de la jeunesse.

Section 2.

Plaintes. Suspensions. Destitutions. Difficultés.

Art. 69. — Le Département de l'instruction publique connaît des difficultés qui peuvent s'élever entre les communes et le personnel enseignant; il en décide sauf recours au Conseil d'Etat.

Art. 70. — Les plaintes des membres du personnel enseignant contre les écoliers ou leurs parents et tuteurs, ainsi que celles des parents ou tuteurs contre un ou plusieurs membres du personnel enseignant doivent être portées par écrit au président de la commission scolaire.

Si celui-ci ne peut terminer l'affaire, il soumet la plainte à la dite commission qui en décide ou en réfère, dans les cas graves, au Département de l'instruction publique.

Les mesures administratives prises en application du présent article sont sans préjudice d'une action civile ou pénale s'il y a lieu.

Art. 71. — Le Conseil d'Etat peut, sur la demande de la municipalité réunie à la commission scolaire, suspendre pendant un temps déterminé ou mettre hors d'activité de service dans la commune un membre du personnel enseignant qui néglige sa classe ou dont la conduite donne lieu à des plaintes reconnues fondées.

La suspension implique l'interruption du traitement.

Si un membre du personnel enseignant refuse d'obéir aux ordres du Département ou si son travail laisse à désirer, le Conseil d'Etat peut le priver pour un temps déterminé de ses augmentations pour années de services.

Dans tous les cas, l'intéressé doit être entendu.

Art. 72. — La municipalité et la commission scolaire réunies peuvent proposer au Conseil d'Etat la suspension ou la destitution d'un instituteur ou d'une institutrice pour immoralité, incapacité notoire ou insubordination.

Sur l'initiative du Département de l'instruction publique, le Conseil d'Etat peut suspendre ou destituer un membre du personnel enseignant pour les motifs ci-dessus indiqués. Dans tous les cas, la municipalité et la commission scolaire sont entendues ainsi que l'intéressé.

Le Conseil d'Etat peut relever de ses fonctions, temporairement ou définitivement, un membre du personnel enseignant qui, publiquement, professe le refus du service militaire ou incite au renversement violent des institutions.

Art. 73. — Après trente-cinq années de services, les membres du personnel enseignant peuvent être mis à la retraite ensuite d'une demande motivée de la municipalité et de la commission scolaire réunies.

Cette demande est adressé au Département de l'instruction publique, qui la transmet avec son préavis au Conseil d'Etat. Celui-ci décide en dernier ressort.

A l'âge de 60 ans, tout membre du personnel enseignant est mis d'office à la retraite.

Section 3.

Traitement et autres avantages.

Art. 74. — Le minimum du traitement annuel des membres du personnel enseignant est fixé comme suit:

1.	Instituteur	Fr. 4000.—
2.	Institutrice	„ 3500.—
3.	Maîtresse d'école enfantine	„ 2400.—

Les maîtresses d'école enfantine enseignant les travaux à l'aiguille ou dirigeant une classe semi-enfantine comprenant plus de 20 enfants, reçoivent un supplément de traitement de 300 francs au minimum.

Art. 75. — Les membres du personnel enseignant n'ont droit au traitement minimum prévu à l'article 74 qu'après avoir dirigé une classe pendant deux ans.

Pendant ce temps, les instituteurs primaires reçoivent un traitement de fr. 3750.—, les institutrices de fr. 3250.— et les maîtresses d'école enfantine de fr. 2200.—.

Art. 76. — Le traitement des maîtresses de travaux à l'aiguille est fixé à fr. 100.— l'heure hebdomadaire.

Art. 77. — Les directeurs d'écoles primaires et les inspecteurs communaux pourvus du brevet primaire supérieur reçoivent un traitement de 6000 francs au minimum.

Art. 78. — Les traitements fixés aux articles précédents sont à la charge des communes. L'Etat leur vient en aide conformément aux dispositions de l'article 11.

Art. 79. — Les préfets s'assurent que les communes s'acquittent régulièrement de leurs obligations envers le personnel enseignant. Ils adressent chaque année, avant le 15 janvier, un rapport au Département de l'instruction publique.

Art. 80. — Le traitement fixé au moment de la nomination ne peut être diminué sans l'autorisation du Département de l'instruction publique aussi longtemps que les titulaires sont en fonctions.

Art. 81- — Les traitements du personnel enseignant sont augmentés suivant les années de services, dans les proportions ci-après:

Après	Instituteurs	Institutrices	Maîtresses d'école enfantine
3 ans	400.—	250.—	130.—
6 „	800.—	500.—	260.—
9 „	1200.—	750.—	390.—
12 „	1600.—	1000.—	520.—
15 „	2000.—	1250.—	650.—
18 „	2500.—	1500.—	800.—

Ces augmentations sont à la charge de l'Etat.

Les institutrices primaires veuves et chargées de famille bénéficient des mêmes augmentations que les instituteurs; les maîtresses d'école enfantine, qui se trouvent dans les mêmes conditions, bénéficient des augmentations des institutrices primaires.

Art. 82. — Sont mis au bénéfice des dispositions ci-dessus: les directeurs d'écoles primaires, les inspecteurs scolaires communaux, les maîtres primaires supérieurs, les maîtresses d'école ménagère.

Les maîtres et maîtresses spéciaux chargés d'un enseignement

d'au moins 24 h. de leçons par semaine jouissent des mêmes avantages.

Les maîtres et maîtresses spéciaux qui ont de 18 à 23 h. d'enseignement par semaine ont droit à la moitié des augmentations indiquées à l'art. 81.

Art. 83. — La commune fournit aux directeurs d'écoles primaires, aux inspecteurs communaux, aux instituteurs primaires et primaires supérieurs, ainsi qu'aux institutrices, maîtresses d'école enfantine, maîtresses ménagères, non mariées, un logement convenable, y compris les moyens de chauffage, un jardin ou un plantage.

Moyennant l'approbation du Département de l'instruction publique, ces prestations peuvent être remplacées par une indemnité équitable. Celle-ci doit être au minimum, pour les directeurs des écoles primaires, inspecteurs communaux et instituteurs, de fr. 600.—; pour les institutrices et maîtresses d'école enfantine, de fr. 400.—.

Dans les localités importantes ou qui se trouvent dans des conditions spéciales, il est tenu compte pour fixer l'indemnité de logement: a) du prix des loyers; b) de la cherté de l'existence.

Le Département de l'instruction publique tranche les difficultés qui peuvent s'élever entre le personnel enseignant et les autorités communales au sujet des logements et des indemnités de logement. Il peut y avoir recours au Conseil d'Etat.

Art. 84. — Le personnel enseignant est tenu d'habiter le territoire de la commune où il exerce son activité.

Il doit occuper lui-même le logement qui lui est fourni. Ce dernier ne peut être loué sans une autorisation expresse de la municipalité.

Art. 85. — Après décès d'un membre du personnel enseignant, la famille dont il a la charge touche le traitement et jouit des avantages afférents aux fonctions du défunt pendant trois mois au moins.

Art. 86. — Les pensions de retraite du personnel enseignant sont fixées par une loi spéciale.

CHAPITRE IX.

Section 1.

Fréquentation des écoles.

Art. 87. — Tout enfant est astreint à la fréquentation des écoles dès le commencement de l'année scolaire, soit le 15 avril de l'année dans laquelle il atteint l'âge de sept ans, jusque au 15 avril de l'année ou il a seize ans révolus.

Le Département de l'instruction publique peut autoriser une commune, sur la demande de la municipalité et de la commission

scolaire réunies, à limiter la fréquentation obligatoire de l'école au 15 avril de l'année où l'enfant a 15 ans révolus, moyennant certaines conditions de fréquentation qui seront déterminées par le règlement.

Toutefois dans les communes qui auront maintenu l'âge de libération à 16 ans, les enfants au bénéfice d'un contrat d'apprentissage pourront être libérés à 15 ans.

Sur la demande de la commission scolaire ou des parents, les enfants que ne sont pas suffisamment développés intellectuellement ou physiquement peuvent être astreints à la fréquentation des écoles jusqu'à 16 ans, dans les communes qui ont obtenu la libération à l'âge de 15 ans.

Toute dérogation à ces limites d'âge est du ressort du Département de l'instruction publique.

Art. 88. — La dernière année d'école sera dans la mesure du possible consacrée à la préparation de l'apprentissage ou à l'enseignement ménager.

Art. 89. — Dans les communes qui n'ont pas de classe enfantine, les enfants qui atteignent l'âge de 6 ans dans l'année courante peuvent être admis à l'école si leurs parents ou tuteur en font la demande. La commission scolaire en décide.

Les enfants de six ans sont soumis aux mêmes obligations que les autres élèves.

Art. 90. — Dans les communes où la libération a lieu à 16 ans, les enfants âgés de 12 ans révolus au 1er janvier, peuvent être libérés des écoles de l'après-midi durant le semestre d'été, lorsque l'état de leur instruction ou les circonstances de famille le justifient.

Ces élèves sont tenus de suivre l'école chaque matin.

Des mesures spéciales peuvent être prises pour les élèves des écoles de montagne et des communes ayant des hameaux éloignés.

Section 2.

Répression des absences.

Art. 91. — Le personnel enseignant avise immédiatement les parents ou tuteurs des absences non justifiées des enfants dont ils sont responsables.

Art. 92. — Les membres du personnel enseignant remettent chaque semaine la liste des absences au président de la commission scolaire.

Art. 93. — Le président de la commission scolaire dénonce immédiatement au préfet les parents ou tuteurs de tout enfant qui a eu absences non justifiées après l'avis mentionné à l'art. 91.

Le préfet prononce une amende de 50 cts par absence.

Art. 94. — Pour chacune des récidives commises au cours de l'année scolaire, l'amende sera portée à fr. 2.— par absence. Suivant les circonstances, elle pourra s'élever jusqu'à fr. 4.—.

Lorsqu'il est établi que les absences sont imputables aux enfants seuls et qu'elles se sont produites à l'insu des parents, l'amende peut, à titre exceptionnel, être remplacée par des arrêts infligés aux enfants.

Ces arrêts peuvent être subis le dimanche.

Art. 95. — Les frais de notification par lettre chargée sont supportés par les parents ou autres personnes responsables.

Art. 96. — Les personnes qui ont chez elles des enfants en service ou en pension sont responsables de leurs absences.

Art. 97. — Les parents ou tuteurs qui changent de domicile ou qui retirent leur enfant de l'école pour le placer dans une autre commune sont tenus d'en avertir la commission scolaire. L'inobservation de cette formalité est punie d'une amende pouvant aller jusqu'à fr. 10.—, amende prononcée par le préfet sur dénonciation de la commission scolaire.

L'autorité scolaire du nouveau domicile est informée immédiatement de cette mutation par l'envoi du carnet scolaire.

Art. 98. — Les parents ou tuteurs qui ne pourvoient pas à l'instruction de leurs enfants ou pupilles sont passibles d'une amende pouvant s'élever de fr. 20.— à fr. 50.—.

Les parents ou tuteurs qui trompent les autorités scolaires ou l'instituteur par une fausse déclaration sont punis d'une amende de fr. 20.—.

En cas de récidive, les amendes peuvent être doublées.

Art. 99. — L'exécution des sentences a lieu dans la forme prescrite par le règlement.

Le produit des amendes appartient aux communes: il doit être affecté à la bibliothèque ou au musée scolaire.

Art. 100. — Les préfets renseignent chaque mois les commissions scolaires sur la suite donnée aux dénonciations d'absences.

A la fin de chaque année scolaire, ils font rapport au Département de l'instruction publique sur les prononcés rendus par eux.

Section 3.

Examen annuel.

Art. 101. — La commission scolaire procède chaque année, avant le 15 avril, un examen public auquel la municipalité assiste en corps ou par délégation. Le règlement en fixe les modalités.

Art. 102. — Tous les enfants en âge de scolarité sont tenus de prendre part à cet examen.

Les enfants qui ne se sont pas présentés sont soumis à un examen particulier.

Art. 103. — Lorsque la commission scolaire estime insuffisantes les connaissances d'un enfant instruit par ses parents ou dans une école privée, elle peut l'astreindre à suivre les écoles publiques. La même obligation peut être imposée aux enfants qui ne se sont pas présentés à l'examen annuel.

Art. 104. — Après les examens annuels et toutes les fois qu'elle en est requise, la commission scolaire adresse au Département un rapport détaillé sur l'état des écoles de la commune. Ce rapport est communiqué à la municipalité.

Art. 105. — La promotion se fait à la suite de l'examen annuel. Elle est prononcée par la commission scolaire sur préavis du personnel enseignant en tenant compte, d'une part, du travail de l'année, d'autre part, des résultats de l'examen.

Art. 106. — La commission scolaire dénonce au préfet les parents ou tuteurs d'enfants qui ne se sont pas présentés à l'examen annuel.

Le préfet les condamne, s'il y a lieu, à une amende pouvant s'élever à fr. 10.—. Si les enfants ne se présentent pas à l'examen prévu par l'art. 102, 2e alinéa, les parents ou tuteurs sont passibles d'une amende de fr. 20.—.

Art. 107. — Les commissions scolaires, avec l'assentiment de la municipalité, peuvent instituer des fêtes, des courses scolaires, des distributions de prix, etc.

Section 4.

Compétence des autorités scolaires en matière de discipline.

Art. 108. — Les autorités scolaires et le personnel enseignant ont le droit d'infliger aux élèves des punitions qui seront toujours proportionnées à la gravité de la faute commise.

Art. 109. — L'instituteur peut infliger:

a) une réprimande;
b) une pénitence ou punition faite en classe ou hors de classe;
c) les arrêts en dehors des heures d'école pour une durée de deux heures au plus.

Il est compétent pour expulser un élève pour une demi-journée, à la condition d'aviser immédiatement la commission scolaire et les parents.

Art. 110. — Le président de la commission scolaire, son remplaçant ou le directeur des écoles, sont compétents pour infliger aux élèves les pénalités suivantes:

1. Une réprimande en particulier ou devant la classe.
2. Les arrêts, en dehors des heures de classe, avec travail imposé, jusqu'à concurrence de 10 heures.
3. L'exclusion temporaire, avec avis donné aux parents et arrêts domestiques, pour deux jours au maximum.

Art. 111. — La commission scolaire est compétente pour infliger aux élèves les pénalités suivantes:

1. Deux dimanches ou 16 heures d'arrêts en dehors des heures d'école avec travail imposé.
2. L'exclusion temporaire avec arrêts domestiques, après avis aux parents, pour un temps ne dépassant pas 6 jours.

Art. 112. — La commission scolaire cite devant elle les parents ou personnes responsables d'enfants dont le travail ou la conduite donne lieu à des plaintes répétées.

En cas de non comparution, les parents ou personnes responsables sont condamnés à une amende de fr. 5.—, prononcée par le préfet sur dénonciation de la commission scolaire.

Cette amende est doublée en cas de récidive.

Art. 113. — Le préfet prononce les pénalités suivantes:

1. contre les élèves: les arrêts jusqu'à 4 dimanches avec travail imposé;
2. contre les parents:
   a) la citation et la réprimande des parents ou personnes responsables;
   b) les amendes prévues aux articles 93, 94, 97, 98, 106, 112 et 153.

Art. 114. — Le Département de l'instruction publique prononce:

1. L'exclusion temporaire pour un temps excédant une semaine.
2. L'exclusion définitive des écoles. Dans ce cas, l'enfant est renvoyé au Conseil d'Etat.

Art. 115. — Le Département de l'instruction publique connaît des difficultés qui peuvent s'élever soit entre les instituteurs et les autorités scolaires, soit entre celles-ci et les autorités communales, soit entre les parents et les autorités scolaires.

Il peut y avoir recours au Conseil d'Etat dans le délai de 10 jours.

CHAPITRE X.

Classes primaires supérieures.

Art. 116. — Dans le but de développer et de compléter l'enseignement primaire, les communes peuvent créer des classes primaires supérieures.

Elles sont tenues de les créer lorsque le Conseil d'Etat le décide. Cette décision est subordonnée aux circonstances locales et notamment au nombre des élèves qui pourraient suivre ces classes.

Dans ce cas, le Conseil d'Etat prendra l'avis des autorités communales.

Art. 117. — Plusieurs communes peuvent se grouper en cercle scolaire pour organiser une classe primaire supérieure.

Lorsqu'un cercle scolaire est créé en vue d'une classe primaire supérieure, toute commune située dans un rayon de 4 km. de cette classe peut être tenue de se rattacher au groupement.

Art. 118. — Les élèves domiciliés dans une commune ne possédant pas d'école primaire supérieure sont admis de droit dans la classe la plus rapprochée. Toutefois de telles admissions cessent quand elles entraînent un dédoublement de classe.

Un écolage proportionné aux dépenses peut être exigé des élèves qui n'habitent pas la localité ou le cercle scolaire. Cet écolage est à la charge des communes où ces élèves sont domiciliés.

Les difficultés auxquelles pourraient donner lieu les dispositions des articles 117 et 118 sont tranchées par le Département de l'instruction publique.

Art. 119. — Pour être admis dans une classe primaire supérieure, il faut:

1. être âgé de 12 ans au minimum et avoir suivi une année au moins le degré supérieur de l'école primaire;
2. avoir obtenu au cours de cette année une moyenne suffisante fixée par le règlement.

Art. 120. — Les classes primaires supérieures ne doivent pas réunir plus de trente élèves.

Art. 121. — Les classes primaires supérieures sont ouvertes pendant 42 semaines par année, à raison de 30 heures de leçons par semaine en hiver et de 24 heures en été, au minimum.

Art. 122. — Les membres d'enseignement des classes primaires supérieures sont celles prévues aux articles 19 et 22 de la présente loi.

Art. 123. — Pour enseigner dans une classe primaire supérieure, il faut:

1. Etre porteur d'un brevet de capacité pour l'enseignement primaire et du brevet spécial pour l'enseignement primaire supérieur.
2. Avoir dirigé une classe primaire pendant trois ans au moins.

Le Departement de l'instruction publique peut admettre l'équivalence d'autres titres.

Un règlement fixe les conditions de l'obtention du diplôme pour l'enseignement primaire supérieur.

Art. 124. — L'enseignement de certaines branches peut être confié à des maîtres spéciaux, à des instituteurs ou à des institutrices primaires.

Art. 125. — Les maîtres et maîtresses des classes primaires supérieures touchent un traitement de fr. 1000.— au moins en sus de celui qui est prévu pour les instituteurs et institutrices primaires.

Art. 126. — L'Etat facilite par des subsides spéciaux la création de classes primaires supérieures.

Art. 127. — Toutes les autres dispositions de la présente loi sont applicables aux classes primaires supérieures pour autant qu'il n'y est pas dérogé par les articles de ce chapitre.

CHAPITRE XI.

Enseignement ménager.

Art. 128. — Pour préparer les jeunes filles à leurs devoirs domestiques, il est créé, par commune ou par groupe de communes, un enseignement ménager spécial.

Art. 129. — Cet enseignement est obligatoire pour toutes les jeunes filles domiciliées dans le Canton ne faisant pas d'études spéciales.

Art. 130. — Plusieurs communes peuvent s'entendre pour établir une école ménagère dans le lieu le plus central. Elles constituent alors un cercle scolaire.

Dans les cercles scolaires où les circonstances le justifient, il pourra être créé un enseignement ménager itinérant ou saisonnier.

Art. 131. — Lorsqu'un cercle scolaire est créé en vue d'une école ménagère, toute commune située dans un rayon de 4 km. de cette école peut être tenue de se rattacher au groupement.

Un écolage proportionné aux dépenses est exigé des élèves qui n'habitent pas la localité ou le cercle scolaire. Cet écolage est à la charge des communes où les élèves sont domiciliés.

Art. 132. — L'enseignement ménager est théorique et pratique. Son organisation et son programme doivent s'adapter aux circonstances et aux besoins spéciaux de chaque commune ou de chaque groupe de communes.

Art. 133. — Les branches d'enseignement des écoles ménagères sont celles prévues à l'art. 22 de la présente loi. Un plan d'études déterminéra l'importance à donner à chacune de ces branches.

Art. 34. — Ne peuvent enseigner dans les classes ménagères que les institutrices pourvues d'un diplôme d'enseignement ménager délivré par les Ecoles normales vaudoises ou d'un titre reconnu équivalent.

Art. 135. — Les institutrices ménagères reçoivent un supplément de traitement de fr. 400.— par an, au minimum.

Art. 136. — L'enseignement ménager est à la charge des communes; l'Etat, cependant, vient à leur aide en leur accordant une subvention s'élevant à 40 % du total des dépenses.

Cette subvention pourra être augmentée pour les communes dont les ressources sont insuffisantes ou qui se trouvent dans une situation topographique exceptionnelle.

Art. 137. — Toutes les dispositions de la présente loi sont applicables aux classes ménagères pour autant qu'il n'y est pas dérogé par les articles de ce chapitre.

CHAPITRE XII.

Classes spéciales de développement.

Art. 138. — Il est créé, dans les centres suffisamment importants, des classes spéciales de développement pour les enfants atteints d'arriération mentale, qui, tout en étant susceptibles de développement, sont cependant dans l'impossibilité de suivre avec fruit l'enseignement régulier.

Art. 139. — L'admission des enfants dans les classes spéciales est prononcée par une commission formée d'un délégué de la commission scolaire ou du directeur des écoles, de l'inspecteur de l'arrondissement et du médecin scolaire.

Art. 140. — Les classes spéciales ne doivent pas réunir plus de vingt élèves.

Art. 141. — Un plan d'études pour les classes spéciales sera élaboré.

Art. 142. — L'enseignement dans les classes de développement ne peut être confié qu'à des instituteurs ou à des institutrices pourvus du brevet spécial délivré par les Ecoles normales du canton de Vaud ou d'un titre jugé équivalent.

Art. 143. — Les instituteurs et les institutrices chargés de la direction d'une classe de développement reçoivent un supplément de traitement de fr. 400.— par an, au minimum.

Art. 144. — Dans les localités trop peu peuplées pour exiger l'ouverture d'une classe permanente de développement, l'instruction des enfants arriérés peut être confiée à une maîtresse ou à un maître ordinaire.

Celui-ci reçoit une rémunération fixée par le Département de l'instruction publique.

Art. 145. — Le Conseil d'Etat accorde des subsides spéciaux aux communes qui possèdent des classes de développement.

Art. 146. — Toutes les dispositions de la présente loi sont applicables aux classes de développement pour autant qu'il n'y est pas dérogé par les articles de ce chapitre.

CHAPITRE XIII.

Cours complémentaires.

Art. 147. — Des cours complémentaires de l'instruction obligatoire sont organisés dans tout le Canton, durant le semestre d'hiver, pour les jeunes gens de 15 à 19 ans. Leur durée est de neuf ou dix semaines, à raison de six heures par semaine.

Le programme de ces cours a pour but le développement intellectuel et moral des jeunes gens ainsi que leur préparation civique, en tenant compte des besoins locaux et des nécessités de la vie pratique.

Art. 148. — Les cours complémentaires sont donnés par les instituteurs, qui peuvent être appelés à exercer cette activité spéciale dans une commune voisine de celle où ils sont en fonctions.

Ils sont rétribués pour le temps qu'ils y consacrent en dehors des heures d'école. D'autres personnes peuvent être chargées de tout ou partie des dits cours.

Art. 149. — Le Département organise ces cours d'entente avec les commissions scolaires.

Art. 150. — Les jeunes gens, de 15 à 19 ans, qui ne fréquentent pas l'école primaire, sont tenus de suivre les cours complémentaires.

En sont toutefois dispensés:

a) ceux qui, à la suite d'un examen, ont fait preuve d'une instruction suffisante;
b) ceux qui suivent les cours d'un établissement d'instruction publique, secondaire ou supérieure, ou des cours jugés équivalents par le Département de l'instruction publique;
c) ceux qui sont pourvus des titres suivants: baccalauréat, diplôme de sortie de l'Ecole de commerce, brevet délivré par les Ecoles normales, diplôme de l'école cantonale d'agriculture, etc., ou titres équivalents;
d) ceux qui sont atteints de maladie ou d'infirmité qui les rendent incapables d'en profiter.

Le Département de l'instruction publique peut libérer temporairement des cours complémentaires les jeunes gens placés dans des circonstances exceptionnelles soumises à son appréciation.

Art. 151. — Les jeunes gens astreints aux cours complémentaires les suivent dans la localité désignée par le Département de l'instruction publique.

Art. 152. — Le chauffage et l'éclairage des locaux nécessaires sont à la charge des communes où les cours sont organisés.

Art. 153. — Les cours doivent être suivis avec la plus stricte régularité. Toute absence non justifiée est punie d'une amende de un franc par heure, prononcé par le préfet. En cas de récidive, l'amende peut être doublée.

Art. 154. — Les parents, tuteurs ou patrons peuvent être rendus responsables des absences de leurs enfants, pupilles ou employés.

Art. 155. — Les cas d'indiscipline sont dénoncés au préfet, qui peut infliger des arrêts en rapport avec la faute commise. Dans les cas graves, le Département de l'instruction publique est avisé. Le Conseil d'Etat peut, sur préavis de ce département, ordonner des mesures spéciales contre les élèves récalcitrants.

CHAPITRE XIV.

Dispositions transitoires.

Art. 156. — Le Conseil d'Etat fixera, par arrêtés et règlements, tout ce qui a trait à l'application de la présente loi.

Art. 157. — Le Département de l'instruction publique peut dispenser du diplôme prévu à l'art. 16 les personnes enseignant dans le canton de Vaud à l'époque de l'entrée en vigueur de la présente loi, si elles offrent des garanties intellectuelles et morales suffisantes.

Art. 158. — Un délai de 10 ans, dès l'entrée en vigueur de la présente loi, est accordé aux communes pour l'organisation de l'enseignement ménager.

Dans des cas exceptionnels, ce délai pourra être prolongé.

Art. 159. — Sont abrogés:

1. la loi sur l'instruction publique primaire du 15 mai 1906;
2. la loi du 18 mai 1911 concernant l'enseignement destiné aux enfants arriérés;
3. la loi du 8 décembre 1920 revisant la loi sur l'instruction publique primaire;
4. la loi du 26 novembre 1923 modifiant les articles 66 et 72 nouveaux de la loi du 8. décembre 1920;
5. toutes les dispostions contraires à la présente loi.

Art. 160. — Le Conseil d'Etat est chargé de la publication et de l'éxcution de la présente loi, qui entrera en vigueur le 15 avril 1931.

2. Universität.

2. Règlement de la Faculté de Médecine. (Du 18 octobre 1930.)

---

3. Règlement et programme de la section des géomètres et du cadastre de l'Ecole d'ingénieurs. (Du 13 mai 1930.)

---

3. Lehrerschaft aller Stufen.

4. Examen médical des candidats à l'enseignement secondaire et professionnel. (Erlaß der Erziehungsdirektion vom 8. Oktober 1930.)

En application de la décision prise par le Conseil d'Etat, dans sa séance du 3 octobre 1930, les *candidats et candidates à l'enseignement secondaire* devront fournir, outre les titres prévus par la loi du 25 février 1908 (art. 82 et 83), un *certificat médical* déclarant qu'ils sont en bonne santé et ne sont atteints d'aucune infirmité les empêchant de remplir leurs fonctions d'une manière satisfaisante.

L'examen médical aura lieu, pour les licenciés et licenciées *avant l'inscription à l'examen du Certificat d'aptitude pédagogique;* pour les maîtresses secondaires et les maîtres et maîtresses spéciaux, *avant l'inscription aux examens du brevet.*

Cet examen sera fait par des médecins désignés par le Département de l'Instruction publique et aux frais des intéressés.

Le certificat médical sera exigé de tous les candidats porteurs de titres d'autres cantons ou étrangers dont l'équivalence aura été admise, et de tous des candidats à un poste dans *une école professionnelle,* lors de leur première demande d'inscription à un concours.

La mesure ci-dessus sera appliquée dès le *1er novembre 1930.*

Nachtrag von 1929.

5. Règlement en vue de l'obtention du diplôme spécial pour l'enseignement dans les classes primaires supérieures. (Du 11 octobre 1929.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud,
Vu le préavis du Département de l'Instruction publique,
arrête:

Article premier. — Tous les trois ans au moins, un jury, désigné par le Département de l'instruction publique, examine les candidats et les candidates au diplôme spécial pour l'enseignement dans les classes primaires supérieures.

Ce jury est présidé par le chef de service de l'enseignement primaire.

Art. 2. — La date des examens est annoncée au moins six semaines à l'avance dans la *Feuille des avis officiels* et dans le *Bulletin officiel du Département de l'Instruction publique.*

Art. 3. — Pour être admis à l'examen, il faut avoir obtenu le brevet vaudois pour l'enseignement primaire.

Art. 4. — Les examens portent sur les six branches suivantes: pédagogie, français, allemand, mathématiques, physique et chimie, sciences naturelles et agronomiques.

Les membres du jury se répartissent les branches entre eux à raison de deux membres au moins pour chaque branche.

Art. 5. — Un programme détaillé détermine les connaissances exigées dans chacune de ces branches.

Ce programme d'examen comprend pour chaque branche:

1. Une partie générale, imposée aux candidats et aux candidates portant, essentiellement, sur le programme des écoles normales (division des garçons). Cette partie devra être possédée à fond et avoir fait l'objet d'une assimilation personnelle.
2. Une partie spéciale, imposée aux candidats seulement, destinée à prouver que le candidat a développé sérieusement ses connaissances dans chacune des six branches du programme.

Le candidat fera un choix entre les groupes proposés.

Art. 6. — Il y a trois sortes d'épreuves: les épreuves écrites, les épreuves orales, les épreuves pratiques.

Art. 7. — Les épreuves écrites comprennent:

a) pour la pédagogie, une composition sur la partie générale du programme (3 h.);
b) pour le français, une composition sur un sujet de littérature française pris dans les quatre derniers siècles (3 h.);
c) pour l'allemand, une composition (description, biographie littéraire, narration et lettres) et un thème (3 h.);
d) pour les mathématiques, la résolution d'un ou de plusieurs problèmes.

Pour le deuxième groupe du programme, le jury décide s'il y a lieu de faire un examen de dessin ou un examen de travail manuel. Le premier consiste en un relevé, avec mise au net, d'un objet ou en une épreuve de géométrie descriptive, le deuxième en la confection d'un objet après dessin (4 h.);

e) pour la physique ou la chimie, une composition sur un sujet pris dans chacune de ces sciences (3 h.);

f) pour les sciences naturelles et agronomiques, une composition sur deux sujets choisis dans les matières du programme de ces sciences (3 h.).

Art. 8. — Les sujets des épreuves écrites sont arrêtés par l'ensemble du jury.

Art. 9. — Les épreuves écrites sont éliminatoires; tout candidat qui n'a pas obtenu la note moyenne de 5 pour les épreuves scientifiques (mathématiques, physique et chimie, sciences naturelles et agronomiques), la même note moyenne pour les épreuves littéraires (français et allemand) et la note 5 pour le travail de pédagogie, n'est pas admis aux examens oraux.

Art. 10. — Les épreuves orales comprennent:

a) *Pédagogie:* une interrogation sur la partie spéciale choisie par le candidat ou la candidate.

b) *Français:* une interrogation portant sur la partie générale et sur la partie spéciale du programme. Le candidat ou la candidate aura, en particulier, à expliquer un texte tiré d'une des œuvres littéraires qu'il aura choisies.

c) *Allemand:* une interrogation sur l'histoire littéraire et une interprétation d'un passage de l'auteur choisi par le candidat ou la candidate.

d) *Mathématiques:* une interrogation qui portera sur les matières de la partie générale et sur celles de la partie spéciale du programme.

Les candidates ne seront interrogées que sur la partie générale du programme.

e) *Physique et chimie:* l'interrogatoire portera sur un sujet de physique et sur un sujet de chimie.

f) Sciences naturelles et agronomiques: l'interrogation portera sur un sujet de botanique, d'anatomie ou de physiologie, de zoologie et de sciences agronomiques.

Art. 11. — *Les épreuves pratiques* consistent en deux leçons:

L'une porte sur l'une quelconque des branches du programme des écoles primaires supérieures.

L'autre est une leçon d'allemand. Elle est donnée lorsque le candidat passe l'examen de cette branche.

Art. 12. — Les sujets des leçons sont donnés aux candidats 24 heures à l'avance. Les leçons sont d'une demi-heure.

Art. 13. — L'échelle d'appréciation va de 0 (très mal) à 10 (très bien). La note finale de chaque branche est la moyenne des notes obtenues.

Pour obtenir leur diplôme, les candidats doivent avoir une moyenne générale de 7 (soit 42 points).

Art. 14. — Les candidats peuvent subir leurs épreuves en une ou deux sessions. Dans ce dernier cas, ils ont à choisir pour la première session entre la partie littéraire (français et allemand) et la partie scientifique (mathématiques et sciences). L'examen théorique et pratique de pédagogie se fait toujours dans la seconde session.

Au moment de leur incsription, les candidats indiquent clairement les groupes spéciaux et les auteurs français et allemands dont ils ont fait choix.

Dispositions transitoires et finales.

Art. 15. — Les candidats ayant, avant le 21 octobre 1929, subi les épreuves de la partie scientifique du programme d'examen, resteront au bénéfice des dispositions des articles 4, 5, 9, 10, 11 et 13 du règlement de 1917.

Art. 16. — Le Département de l'Instruction publique et des Cultes est chargé de l'exécution du présent règlement, qui abroge celui du 3 avril 1917 et entrera en vigueur dès et y compris le 21 octobre 1929.

XXIII. Kanton Wallis.

Lehrerschaft aller Stufen.

Gesetz vom 15. November 1930 betreffend das Anstellungsverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen der Primar- und Fortbildungsschulen.

(Vom 15. November 1930.)

Der Große Rat des Kantons Wallis,

Willens, die Bedingungen im Anstellungsverhältnis des Lehrpersonals der Primar- und Fortbildungsschulen zusammenfassend zu regeln;

Willens, eine gerechtere Verteilung der Schullasten herbeizuführen und die Gemeinden nach Möglichkeit zu entlasten,

beschließt:

Art. 1. Zur Erteilung des Unterrichts in den öffentlichen Primar- und Fortbildungsschulen des Kantons ist für Lehrer und Lehrerinnen der Besitz des kantonalen Diploms gemäß den gesetzlichen Bestimmungen erforderlich.

Art. 2. Die Wahl des Lehrpersonals erfolgt durch den Gemeinderat.

Art. 3. Die Inhaber der Lehrermächtigung werden auf ein Jahr, jene des temporären und Fähigkeitszeugnisses auf vier Jahre gewählt.

Die Inhaber des Fähigkeitszeugnisses können ohne annehmbare Gründe nicht weggewählt werden, ausgenommen es sei anderes schriftlich vereinbart.

Art. 4. Bis Ende Mai jeden Jahres oder spätestens 14 Tage nach Schulschluß haben die Gemeindeverwaltungen dem Erziehungsdepartemente die Namen derjenigen Lehrer und Lehrerinnen zur Kenntnis zu bringen, die sie gemäß Artikel 13 ihrer Amtstätigkeit entheben wollen.

Bis zum selben Datum haben Lehrer und Lehrerinnen, die ihr Anstellungsverhältnis aus triftigen Gründen vorzeitig lösen wollen, dem Departemente und dem Gemeinderate Anzeige zu machen. Wenn triftige Entlassungs- oder Verzichtsgründe in der Folge eintreten, sind selbe den vorgenannten Behörden ohne Verzug zur Kenntnis zu bringen.

Wenn eine Lehrkraft nach Ablauf der Amtsperiode nicht wiedergewählt werden soll, ist dieselbe ebenso wie das Erziehungsdepartement davon innert 14 Tagen nach Schluß der betreffenden Klasse durch eingeschriebenen Brief in Kenntnis zu setzen.

Art. 5. Bis Ende Juni stellt das Erziehungsdepartement den in Betracht kommenden Gemeindeverwaltungen und Schulkommissionen das Verzeichnis des Lehrpersonals zu, unter dem die Auswahl getroffen werden kann.

Art. 6. Der Schulausschuß unterbreitet dem Gemeinderate bis zum ersten August seine Vorschläge und das Verzeichnis sämtlicher Bewerber, die sich vor dem ersten Juli schriftlich angemeldet haben.

Art. 7. Der Gemeinderat nimmt die Wahlen vor und bringt das Ergebnis derselben dem Erziehungsdepartement und dem Schulausschuß bis zum 14. August zur Kenntnis.

Art. 8. Innert 14 Tagen nach erhaltener Anzeige kann der Schulausschuß gegen den Entscheid des Gemeinderates Rekurs an das Erziehungsdepartement erheben, welches die Parteien anhört und entscheidet.

Art. 9. Die Gemeinde hat den Bewerbern ihren Entscheid innert drei Tagen zur Kenntnis zu bringen.

Art. 10. Gegen die Beschlüsse des Gemeinderates oder des Erziehungsdepartementes bleibt der Rekurs an den Staatsrat innert 14 Tagen vorbehalten.

Art. 11. Die Schulkommission hat den Inhabern des Fähigkeitszeugnisses gegenüber den Trägern des temporären Zeugnisses den Vorzug zu geben. Desgleichen haben die Inhaber des temporären Zeugnisses den Vorzug vor jenen der Lehrermächtigung. Immerhin ist ein Abweichen von dieser Vorschrift möglich, wenn genügende Gründe vorliegen.

Das Erziehungsdepartement kann für die verheirateten Lehrerinnen besondere Bedingungen festsetzen.

Gemischte Schulen, die sämtliche oder die mittleren und ältern Jahrgänge umfassen, sollen gewöhnlich von Lehrern geleitet werden.

Art. 12. Das Erziehungsdepartement kann in außerordentlichen Fällen die nötigen Maßnahmen treffen, um die Besetzung einer Lehrstelle und den geordneten Gang der Schule zu sichern. Der Rekurs an den Staatsrat bleibt vorbehalten.

Art. 13. Das Anstellungsverhältnis kann weder von der einen noch von der andern Seite ohne triftige Gründe aufgehoben werden. Diese sind, sobald sie bekannt sind, spätestens innert 14 Tagen nach Schulschluß, dem Erziehungsdepartemente zur Kenntnis zu bringen.

Die Auflösung eines Anstellungsverhältnisses wird erst endgültig, wenn das Erziehungsdepartement, nachdem es die Parteien angehört, darüber befunden hat. Der Rekurs an den Staatsrat bleibt vorbehalten.

Art. 14. Entschädigungsansprüche wegen unbegründeter Vertragsaufhebung unterstehen den ordentlichen Gerichten.

Art. 15. Die Gehälter des Lehrpersonals werden wie folgt festgesetzt:

A. Primarschulen.

a) Fr. 200.— monatlich für die Lehrer;
b) Fr. 180.— monatlich für die Lehrerinnen, Handarbeits- und Haushaltungsunterricht inbegriffen;
c) Fr. 40.— monatlich für Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen gemischter, von Lehrern geleiteten Schulen.

B. Fortbildungsschulen.

a) für Lehrer, die eine Primarschule leiten, Fr. 180.— pro Kurs, bei einer Schülerzahl von 5 bis 10 Schülern; Fr. 220.—, wenn die Schule mehr als 10 Schüler zählt und Fr. 90.— bei einer Schülerzahl unter 5 Schülern;
b) für Lehrer, die nur Fortbildungsschulen leiten, Fr. 400.— pro Kurs; sie erhalten überdies die im Artikel 20 vorgesehenen Zulagen, nicht aber diejenigen des Artikels 19. Drei Kurse gelten für ein Schuljahr.

Der Gesangs- und Turnunterricht kann in Gemeinden, wie Ortschaften, die über 400 Schüler zählen, besonders gebildeten Lehrkräften anvertraut werden.

Art. 16. Lehrer und Lehrerinnen, die zufolge Entfernung die Mittagsmahlzeit außerhalb ihrer gewöhnlichen Wohnung einnehmen müssen, erhalten eine monatliche Zulage von Fr. 15.—. Solche, die außerhalb ihres gesetzlichen Wohnortes wohnen müssen, erhalten eine monatliche Zulage von Fr. 30.—.

Art. 17. Die Gemeinden liefern den in Art. 16 genannten Lehrern und Lehrerinnen unentgeltlich angemessen möblierte Wohnungen, sowie zubereitetes Brenn- und Heizmaterial.

Art. 18. Die Zahlung der Anfangsgehälter und Wohnortszulagen ist bis auf ein Maximum von 1 Promille des Vermögens zu Lasten der Gemeinden; der Rest, sowie die Gehälter der Lehrer der Fortbildungsschulen sind durch den Staat zu bezahlen.

Unter der Bezeichnung „Vermögen" ist das steuerbare Gesamtvermögen der zweiten Kategorie in der Gemeinde, sowie allfällige anderweitige Einkommen derselben, kapitalisiert durch 20, zu verstehen.

Art. 19. Der Staat bezahlt überdies den Lehrern und Lehrerinnen der Primarschulen (Art. 15, A, lit. a) und b) nachfolgende Zulage:

A. An Lehrer:

a) Mit Lehrermächtigung Fr. 25.— pro Monat;
b) mit temporärem Zeugnis Fr. 60.— pro Monat, überdies eine monatliche Aufbesserung von Fr. 5.— für jedes folgende Schuljahr;
c) mit definitivem Patent F. 85.— pro Monat, mehr eine monatliche Zulage von Fr. 5.— für jedes der folgenden 3 Schuljahre; für die folgenden Jahre eine monatliche Zulage von Fr. 10.— bis zum Maximum von Fr. 160.—.

B. An Lehrerinnen:

a) Mit Lehrermächtigung Fr. 25.— pro Monat;
b) mit temporärem Zeugnis Fr. 50.— pro Monat, mehr eine monatliche Aufbesserung von Fr. 5.— für jedes folgende Schuljahr;
c) mit Fähigkeitszeugnis Fr. 75.— pro Monat, mehr eine monatliche Aufbesserung von Fr. 8.— für jedes folgende Schuljahr, bis zum Maximum von Fr. 140.—.

Art. 20. Verheiratete oder verwitwete Lehrer und Lehrerinnen, die minderjährige Kinder zu erhalten haben, beziehen überdies eine monatliche Familien-Zulage von Fr. 10.—, sowie eine monatliche Kinderzulage von Fr. 10.— für jedes Kind, das zu Beginn des Schuljahres nicht das 15. Altersjahr erfüllt hat. Eine und dieselbe Familie hat nur auf eine Familienzulage Anspruch.

In den Gemeinden, in denen die Schuldauer mehr als 7 Monate beträgt, beziehen verheiratete und verwitwete Lehrer und Lehrerinnen überdies eine besondere Zulage von Fr. 40.— pro Monat.

Art. 21. Während der Zeit des obligatorischen Militärdienstes bezieht der Lehrer seinen Gehalt. Die Kosten der Stellvertretung fallen, soweit dieselben nicht vom Bunde zurückvergütet werden,

zu einem Drittel dem Lehrer, der ersetzt wird, und zu zwei Dritteln dem Staate zur Last.

Art. 22. Lehrer und Lehrerinnen, die infolge Krankheit oder Unfall den Unterricht unterbrechen müssen, beziehen ihren Gehalt während drei Monaten.

Bei Berufsunfällen wird für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit und im Verhältnis zu derselben die Ausrichtung des Gehaltes zugesichert.

Wenn eine diesem Gesetze unterstehende Lehrkraft bei ihrem Tode Familienangehörige hinterläßt, deren Versorger sie war, so haben diese in jedem Falle noch Anspruch auf die Auszahlung des Gehaltes von drei Monaten, welche vom Staate übernommen wird.

Art. 23. Gehalt und Zulage werden vom Staat und Gemeinde monatlich direkt an das Lehrpersonal ausbezahlt.

Art. 24. Unter Vorbehalt von Art. 14 werden Zwistigkeiten, die aus dem Vollzug oder Auslegung des vorliegenden Gesetzes entstehen könnten, vom Erziehungsdepartemente entschieden.

Gegen den Entscheid des Departementes kann innert 14 Tagen an den Staatsrat Einsprache erhoben werden.

Art. 25. Sind widerrufen:

1. Das Gesetz vom 24. Mai 1919 betreffend Festsetzung der Gehälter des Lehrpersonals der Primarschulen;
2. Die Artikel 87, 88 und 89 des Gesetzes vom 1. Juni 1907 betreffend den Volksuntericht und die Normalschulen;
3. Artikel 113 bis und mit Artikel 124 des Reglementes für die Volksschulen vom 5. November 1910.

So angenommen im Großen Rate zu Sitten, in 2. Lesung, den 15. November 1930. [1])

XXIV. Kanton Neuenburg.

1. Kleinkinderschulen und Primarschulen.

I. Règlement général pour les écoles enfantine et primaire. (Du 31 janvier 1930.)

Le Conseil d'Etat
de la République et Canton de Neuchâtel,

Vu la loi sur l'enseignement primaire du 18 novembre 1908, revisée les 27 mars 1923 et 16 avril 1928;

Vu le préavis de la Commission consultative pour l'enseignement primaire;

Vu le préavis de la Commission des études pour l'Ecole normale cantonale;

[1]) Angenommen in der Volksabstimmung vom 8. Februar 1931.

Sur la proposition du conseiller d'Etat chef du département de l'Instruction publique,

Arrête:

CHAPITRE PREMIER.

Organisation générale et administration.

Article premier. — L'instruction primaire est obligatoire pour tous les enfants domiciliés dans le canton, sans distinction d'origine ou de nationalité.

Elle est gratuite à tous les degrés dans les écoles publiques.

Art. 2. — Tout enfant domicilié dans le canton doit recevoir, soit dans les écoles publiques soit dans les écoles privées, soit à domicile, une instruction suffisante comprenant au minimum le programme complet de l'école primaire, tel qu'il est prévu par la loi.

Art. 3. — La liste des enfants soumis à l'instruction primaire est dressée par les soins du Conseil communal de chaque commune et remise au début de l'année civile à la Commission scolaire en vue de l'établissement du rôle prévu par la loi.

Art. 4. — L'année scolaire s'ouvre au printemps.

Art. 5. — L'enfant qui atteint l'âge de 6 ans avant le 1er juillet entre à l'école publique à l'ouverture de l'année scolaire. Il demeure en âge de scolarité obligatoire pendant huit années consécutives, sous réserve des dispositions concernant les congés, les dispenses, les absences non justifiées, les élèves venant d'autres cantons et de l'étranger.

Les parents et les personnes responsables sont tenus de faire inscrire les enfants en âge de scolarité obligatoire le jour de la rentrée ou dès leur arrivée dans la Commune.

Les enfants qui ont atteint l'âge de libération ne peuvent être renvoyés de l'école publique si leur présence en classe ne donne lieu à aucun inconvénient.

Art. 6. — L'enfant qui ne peut fréquenter l'école pour cause de maladie ou de faiblesse physique est néanmoins inscrit au „Rôle de classe". Le temps pendant lequel il est en traitement compte dans les huit années de scolarité.

Art. 7. — La période légale de scolarité primaire est de huit années, réparties comme suit:

Années de scolarité légale	Dénomination de la classe	Age moyen des enfants
1e	classe enfantine	6 à 7 ans
2e	1e année primaire	7 à 8 „
3e	2e „ „	8 à 9 „
4e	3e „ „	9 à 10 „
5e	4e „ „	10 à 11 „

Années de scolarité légale	Dénomination de la classe	Age moyen des enfants
6e	5e année primaire	11 à 12 ans
7e	6e „ „	12 à 13 „
8e	7e „ „	13 à 14 „

Art. 8. — Les degrés sont déterminés de la manière suivante:

classe enfantine 1e année primaire 2e „ „	degré inférieur
3e année primaire 4e „ „	degré moyen
5e année primaire 6e „ „ 7e „ „	degré supérieur

Art. 9. — Les questions d'organisation, d'administration intérieure et de discipline des établissement scolaires peuvent faire l'objet de règlements spéciaux soumis à la sanction du Conseil d'Etat.

Art. 10. — Aucune modification ne peut être apportée dans l'organisation scolaire d'une commune, soit par l'augmentation ou la diminution du nombre des classes ou des postes, soit par le changement d'un poste d'instituteur en poste d'institutrice ou vice-versa, soit de toute autre manière, sans avoir été sanctionnée par le Conseil d'Etat.

Art. 11. — L'administration des écoles publiques et la surveillance de l'enseignement privé appartiennent aux Commissions scolaires.

Art. 12. — La Commission scolaire nomme son bureau chaque année au scrutin secret et à la majorité absolue. Les membres sortants du bureau sont immédiatement rééligibles. Tout changement apporté dans la constitution de la Commission scolaire ou de son bureau doit être porté à la connaissance du département de l'instruction publique.

Art. 13. — Les fonctions de membres de la Commission scolaire, des Comités spéciaux et des Comités de dames sont gratuites.

Les parents et alliés jusqu'au deuxième degré, inclusivement, d'un membre du personnel enseignant en charge dans la commune ne peuvent faire partie de la Commission scolaire [1]).

[1]) Les parents et alliés jusqu'au deuxième degré, inclusivement, sont:
le père ou la mère et le fils ou la fille et le beau-père ou la belle-mère et le beau-fille ou la belle-fille et le grand-père ou la grand'mère et le petit-fils ou la petite-fille
les frères et les soeurs; les beaux-frères et les belles-soeurs.

Les membres de la Commission scolaire, parents ou alliés au troisième degré d'un membre du personnel enseignant, doivent faire place en séance lorqu'il s'agit de questions relatives à ce fonctionnaire.[1])

Les parents et alliés jusqu'au deuxième degré, inclusivement, et les époux ne peuvent siéger ensemble dans la Commission scolaire.

Art. 14. — Lorsqu'un poste est mis au concours, les parents et alliés jusqu'au deuxième degré, inclusivement, d'un candidat ne peuvent faire partie du jury d'examen, ni prendre part à la nomination.

Art. 15. — Les attributions des Commissions scolaires sont les suivantes:

a) elles édictent les règlements locaux d'administration et de discipline scolaires, sous réserve de l'approbation du Conseil général et de la sanction du Conseil d'Etat;
b) elles arrêtent, dans les limites de la loi, après avoir pris l'avis du personnel enseignant, le programme détaillé et les horaires des leçons;
c) elles avisent le département de l'Instruction publique lorsqu'un poste doit être mis au concours;
d) elles nomment le personnel enseignant et administratif, sous réserve de la ratification du Conseil d'Etat;
e) elles choisissent, après avoir entendu le personnel enseignant, parmi les manuels du matériel scolaire gratuit des écoles primaires adoptés par le Conseil d'Etat, ceux à employer dans leurs classes;
f) elles établissent le rôle des enfants prévu par la loi, avisent de l'ouverture des leçons les parents ou autres personnes responsables des enfants, contrôlent la fréquentation des écoles et s'assurent que tous les enfants reçoivent l'instruction obligatoire;
g) elles délèguent leurs membres et, le cas échéant, d'autres personnes pour visiter régulièrement les classes;
h) elles prennent, d'accord avec le Conseil communal, les mesures nécessaires concernant l'hygiène des écoles, et font procéder, au moins une fois par an, à une inspection médicale des élèves;
i) elles fixent l'époque et la durée des vacances dans les limites de la loi;
j) elles contrôlent et dirigent les examens et déterminent, d'entente avec le corps enseignant, la promotion des élèves.

---

[1]) Les parents et alliés au troisième degré sont: L'oncle et la tante (en ligne directe ou par alliance); le neveu ou la nièce.

k) elles élaborent les budgets et les soumettent à l'autorité compétente;
l) elles établissent en outre les comptes scolaires annuels, si elles en sont chargées, conformément à l'article 35 de la loi sur les communes;
m) elles adressent annuellement au Conseil général un rapport sommaire sur la marche des écoles de leur ressort.
n) elles s'occupent des diverses œuvres scolaires prévues par les règlements communaux.

Art. 16. — Les Commissions scolaires peuvent nommer des comités spéciaux pour surveiller les écoles de hameaux, d'environs ou de quartiers, pour administrer les bibliothèques, les musées scolaires et, en général pour s'occuper des activités qui relèvent de leur ressort.

Les membres des comités spéciaux peuvent être choisis parmi les membres de la Commission scolaire ou en dehors d'elle.

Art. 17. — Les Commissions scolaires qui administrent des écoles de hameaux peuvent s'adjoindre un ou plusieurs délégués choisis parmi les habitants des hameaux repectifs. Ces délégués font rapport à la Commission scolaire quand les circonstances l'exigent; ils ont voix consultative lorsqu'ils prennent part aux séances de la Commission scolaire.

Art. 18. — Une école qui groupe, à frais communs, les enfants de plusieurs communes, est placée sous la surveillance d'un Comité scolaire composé de délégués désignés par chacune des Commissions scolaires intéressées. Les décisions des Comités scolaires sont soumises à la ratification des Commissions scolaires intéressées.

Art. 19. — Les concierges des bâtiments scolaires sont nommés, sur préavis de la Commission scolaire, par le Conseil communal. Ce dernier peut se désister de son droit en faveur de la Commission scolaire.

Les obligations des concierges sont déterminées par un cahier des charges.

CHAPITRE II.

Ecoles enfantine et primaire.

Organisation des classes. Horaires et programmes.

A. Classes enfantines.

Art. 20. — L'école enfantine obligatoire pour chaque commune est destinée à servir de préparation à l'école primaire.

Elle comprend une année.

Art. 21. — Le nombre des heures de leçons de la classe enfantine est fixé à 20 par semaine et les horaires prévoient au moins deux demi-journées de congé par semaine.

Art. 22. — Les Commissions scolaires peuvent instituer, une ou plusieurs fois par semaine, des „petites classes" destinées aux élèves peu doués ou retardés.

Art. 23. — Les objets d'enseignement sont les suivants: Jeux, chant, exercices manuels. — Dessin. — Leçons de choses et récits. — Exercices préparatoires aux leçons de calcul, d'écriture et de lecture.

Le temps consacré à la langue maternelle est, au minimum, de huit heures par semaine.

B. Classes primaires.

Art. 24. — Les élèves sont répartis en classes, d'après leur âge et leurs capacités.

La séparation par sexe, dans les localités qui comptent six classes superposées au moins, peut être autorisée par le département de l'Instruction publique.

Art. 25. — Le nombre des heures de leçons par semaine est de 30 au maximum. Ce chiffre pourra toutefois être porté à 32 dans les deux dernières années. L'horaire prévoit au moins une demi-journée de congé par semaine.

Art. 26. — Le nombre des heures de leçons, par semaine, dans les classes primaires peut être fixé comme suit:

dans le degré inférieur	24 à 27 heures
„ „ „ moyen	26 à 29 „
„ „ „ sup. 5e année	28 à 30 „
„ „ „ „ 6e et 7e années	30 à 32 „

Art. 27. — Les horaires sont établis par les Commissions scolaires avec la collaboration du corps enseignant, d'après les horaires types élaborés par le département de l'Instruction publique.

Art. 28. — Il est loisible, aux Commissions scolaires, d'instituer une ou plusieurs fois par semaine, tout spécialement dans le degré inférieur, des „petites classes" destinées aux élèves peu doués ou retardés.

Art. 29. — Le programme obligatoire de l'enseignement primaire comprend les objets suivants:

1. langue française; 2. écriture; 3. arithmétique et calcul mental; 4. géographie; 5. histoire nationale et notions d'histoire générale, instruction civique; 6. éléments des sciences naturelles; 7. éléments d'hygiène; 8. chant; 9. dessin; 10. gymnastique; 11. économie domestique et travaux à l'aiguille pour les jeunes filles.

Dans l'établissement des programmes et des horaires, la langue maternelle et l'arithmétique sont toujours traitées comme étant les deux branches fondamentales de l'enseignement.

Art. 30. — Les Commissions scolaires peuvent ajouter au programme, avec l'autorisation du département de l'Instruction publique, à titre obligatoire ou facultatif, l'enseignement d'autres branches, sans toutefois que le maximum des heures fixées par la loi soit dépassé.

Dans le calcul des heures de leçons, il n'est pas tenu compte des travaux manuels ni du temps consacré à la préparation des repas dans l'enseignement ménager.

Art. 31. — Lorsqu'une Commission scolaire a rendu obligatoire l'enseignement d'autres branches que celles qui sont prévues au programme général, les dispositions concernant la fréquentation irrégulière sont applicables.

Art. 32. — L'enseignement de la langue allemande ne peut être donné que par les instituteurs et les institutrices ou par des personnes en possession d'un brevet spécial.

Art. 33. — Les activités manuelles sont pratiquées en liaison avec les autres branches du programme. Pour les leçons de travaux manuels consacrées essentiellement à la confection d'objets, les Commissions scolaires mettent à la disposition du corps enseignant les locaux, l'outillage et les matières premières nécessaires.

Art. 34. — L'enseignement ménager est donné aux élèves dans l'une ou l'autre ou dans les deux dernières années de leur scolarité. Le programme de l'enseignement ménager comprend la cuisine, le raccommodage, le blanchissage, le repassage, l'économie domestique et l'hygiène.

Art. 35. — Dans la règle, les jeunes filles sont réparties en groupes d'une douzaine d'élèves pour l'enseignement ménager.

Art. 36. — L'enseignement ménager est placé sous l'autorité de da Commission scolaire ou d'un Comité spécial. Il ne peut être donné que par une personne en possession du brevet spécial pour l'enseignement ménager ou de titres équivalents.

Art. 37. — Plusieurs communes peuvent s'entendre pour organiser un enseignement ménager à frais communs. Elles nomment chacune un ou plusieurs délégués qui forment un Comité de surveillance. La répartition des frais est réglée par convention.

Art. 38. — Lorsqu'une finance d'alimentation est prévue, cette contribution est obligatoire pour tous les élèves.

Devoirs domestiques.

Art. 39. — Les devoirs domestiques sont des applications et des répétitions des leçons données en classe. Ils ne doivent pas

exiger, chaque jour, d'un élève de force moyenne plus de 20 minutes au degré inférieur, 30 minutes au degré moyen, 45 minutes au degré supérieur. On n'en donnera pas le matin pour l'après-midi, ni le samedi pour le lundi.

Tout devoir fait à domicile doit être contrôlé par le maître, comme les travaux exécutés en classe.

Classes spéciales.

Art. 40. — Les Communes, d'accord avec le Conseil d'Etat, ouvrent dans les localités où le besoin s'en fait sentir:

a) des classes spéciales pour les enfants retardés ou faibles d'esprit;
b) des classes gardiennes pour les élèves privés de surveillance;
c) des cours de perfectionnement pour les élèves libérés de l'école.

Examens.

Art. 41. — La promotion des élèves est déterminée par les résultats d'épreuves périodiques et par ceux du travail de l'année.

Les Commissions scolaires organisent, chaque année, deux ou trois examens périodiques dont l'un, à la clôture de l'année scolaire.

Art. 42. — Les examens organisés en cours d'année scolaire portent sur la lecture, l'orthographe, la composition, l'arithmétique et le calcul mental.

Les épreuves écrites sont préparées par la Commission scolaire d'entente avec le personnel enseignant.

Art. 43. — Les examens organisés à la clôture de l'année scolaire portent sur la lecture, l'orthographe, la composition, l'arithmétique et le calcul mental.

En outre, les Commissions scolaires peuvent faire procéder à des examens oraux ou pratiques sur d'autres branches du programme, à leur choix.

Les examens écrits ont lieu dans toutes les classes aux dates fixées par le département de l'Instruction publique.

Les épreuves écrites sont préparées par le département de l'Instruction publique; elles sont obligatoires.

Elles sont envoyées sous plis individuels à l'autorité scolaire qui les fait remettre aux titulaires des classes le jour même de l'examen.

Art. 44. — Le personnel enseignant tient à la disposition des Commissions scolaires les cahiers et les travaux concernant l'écriture, le dessin, les ouvrages et les activités manuelles.

Art. 45. — Il est délivré, après chaque examen périodique, un bulletin des notes obtenues par l'élève. Ce bulletin doit contenir, pour chaque branche, une note déterminée par les résultats de

l'examen, pour les branches ayant fait l'objet d'une épreuve et par les résultats du travail de l'année pour les autres branches.

Art. 46. — Les résultats des examens sont appréciés en collaboration par les membres du personnel enseignant et par les délégués des commissions scolaires.

Art. 47. — Pour les branches qui ne font pas l'objet d'un examen, les résultats du travail de l'année sont appréciés par les membres du personnel enseignant.

Art. 48. — Les cahiers des élèves, les travaux à l'aiguille et les travaux d'examens sont tenus en tout temps à la disposition des Commissions scolaires et des inspecteurs.

Art. 49. — La note définitive qui sert de base à la promotion est, pour chaque branche, la moyenne arithmétique des notes inscrites dans le bulletin délivré après chaque examen périodique; toute fraction de 0,25 à 0,74 compte pour une demie; toute fraction supérieure à 0,74 compte pour l'entier.

Appréciation.

Art. 50. — L'échelle d'appréciation va de 1 (note inférieure) à 6. La fraction ½ est seule admise.

Art. 51. — *Orthographe.* L'échelle d'appréciation de la dictée est la suivante:

fautes	points	fautes	points
0 et 1	= 6	8	= 3½
2	= 5½	9 et 10	= 3
3 et 4	= 5	11	= 2½
5	= 4½	12 et 13	= 2
6 et 7	= 4	14	= 1½
		15 et plus	= 1

Art. 52. — *Composition.* Dans l'appréciation de la composition d'examen, il n'est pas tenu compte de l'orthographe.

Art. 53. — *Arithmétique.* Le travail d'arithmétique est apprécié en tenant compte de la valeur du raisonnement et de l'exactitude des calculs. Il n'est pas tenu compte du calcul mental pour fixer la note moyenne annuelle d'arithmétique.

Art. 54. — Les notes inscrites dans les bulletins périodiques, les notes obtenues aux examens organisés à la clôture de l'année scolaire et les notes moyennes annuelles sont relevées sur le formulaire annexé au Rôle de classe.

Promotion des élèves.

Art. 55. — Les Commissions scolaires procèdent, d'entente avec le corps enseignant, à la promotion des élèves.

Art. 56. — Pour être promu, l'élève doit obtenir:

a) une moyenne générale de 4 au moins;

b) un total de 16 points, au moins, aux branches suivantes: lecture, orthographe, composition et arithmétique pratique, sans avoir à l'une ou l'autre de ces branches une note inférieure à 3.

Dans le calcul de la moyenne générale, il est tenu compte de toutes les branches qui figurent au programme général, des notes de conduite, de travail, ordre et soin ainsi que des branches dont l'enseignement a été rendu obligatoire au sens de l'article 33 de la loi.

La moyenne générale se calcule à deux décimales et ne peut être forcée.

Art. 57. — Lorsqu'un élève n'a pas assisté à l'un des examens périodiques, c'est l'appréciation du travail de l'année qui entre en ligne de compte dans le calcul de la moyenne annuelle.

Art. 58. — Les Commissions scolaires, après avoir pris l'avis du personnel enseignant, prononcent les promotions conditionnelles et les transferts nécessaires suivant les circonstances et les possibilités, dans tous les cas où des mesures spéciales s'imposent: élèves de langue étrangère, élèves retardés, élèves entrés en classe dans le courant de l'année, élèves dont les progrès sont nettement marqués et qui n'ont pas obtenu les moyennes nécessaires par suite d'insuffisance au cours de l'année, conditions d'âge, maladie, développement unilatéral caractérisé, etc.

Dans la règle, tout élève qui a passé deux ans dans une classe de même année est transféré dans une classe supérieure.

Hygiène.

Art. 59. — Les enfants ne peuvent être admis à fréquenter l'école publique sans produire un certificat médical constatant qu'ils ont été vaccinés avec succès ou atteints de la variole.

L'inscription attestant que l'enfant est vacciné ne peut être faite dans le livret scolaire qu'au vu d'un certificat médical.

Les enfants qui se présentent sans être vaccinés ou sans être porteurs d'un certificat de vaccination sont immédiatement signalés par le corps enseignant à la Commission scolaire.

Art. 60. — Au début de l'année scolaire, les Commissions scolaires font procéder par un médecin à la visite des enfants qui sont entrés à l'école enfantine. Le resultat de cette visite sanitaire est consigné au tableau fourni par le département de l'instruction publique.

En outre, elles font procéder annuellement, par un médecin, à la visite de tous les élèves des écoles primaires.

Art. 61. — Les membres du corps enseignant veillent à ce que l'élève soit assis à une table correspondant à sa taille; ils s'assurent que les élèves jouissent d'une vue et d'une ouïe normales et placent au premier rang ceux qui ont la vue ou l'ouïe faibles.

Art. 62. — Ils signalent à l'autorité scolaire ou au médecin des écoles tous les cas qui leur paraissent de nature à réclamer une intervention.

Art. 63. — Lorsqu'une maladie contagieuse est constatée, les élèves malades, et éventuellement leurs frères et sœurs qui fréquentent les écoles publiques, sont éloignés de l'école. Il ne peuvent y rentrer sans une autorisation du médecin traitant, lorsque l'autorité scolaire la juge indiquée. [1])

La Commission scolaire peut ordonner la fermeture momentanée d'une ou de plusieurs classes, si les conditions sanitaires l'exigent. Dans ce cas, elle en informe immédiatement le département de l'Instruction publique.

Art. 64. — La Commission scolaire prend les mesures nécessaires à l'égard des élèves atteints de maladies graves ou d'affections contagieuses qui rendent leur présence à l'école nuisible pour les autres élèves.

Le recours au Conseil d'Etat est réservé.

Art. 65. — La Commission scolaire peut refuser d'admettre à l'école publique des enfants aveugles, sourds ou muets. Dans ce cas, elle intervient pour assurer leur instruction et éventuellement leur placement.

Art. 66. — Les membres du corps enseignant qui sont atteints de maladie contagieuse ou infectieuse, ou dont une personne avec laquelle ils vivent en commun est atteinte de maladie contagieuse ou infectieuse, doivent aviser sans retard l'autorité scolaire. Celle-ci ordonne, au besoin, les mesures indiquées par les circonstances. Les frais de remplacement qui en résultent sont à la charge des Communes dans les cas où ils ne sont pas supportés par la caisse de remplacement.

---

[1]) Sauf indication contraire du médecin traitant, les périodes de quarantaine sont fixées comme suit:

Maladies	Pour le malade	Pour les frères et soeurs
Rougeole	15 j. à partir du début de la maladie	12 j. après isolement
Scarlatine	42 j. à partir du début de la maladie	10 j. „ „
Diphthérie	30 j. et après un examen bactériologique négatif	15 j. „ „
Oreillons	20 j. à partir du début de la maladie	20 j. „ „
Rubéole	15 j. à partir du début de la maladie	12 j. „ „
Teigne	jusqu'à guérison	pas
Coqueluche	15 j. après disparition des quintes	15 j. „ „

Art. 67. — Les Commissions scolaires prennent toutes les mesures nécessaires pour maintenir constamment en état de propreté les bâtiments scolaires et leurs dépendances. Elles font procéder périodiquemment au contrôle de l'état hygiénique de tous les locaux.

Discipline.

Art. 68. — Les Commissions scolaires ont le droit et le devoir de réprimer les infractions commises par les élèves à la discipline scolaire ou à l'ordre public. Les règlements qu'elles établissent sur la base du „Règlement type de discipline pour les écoles neuchâteloises" arrêté par le département de l'Instruction publique sont soumis à la sanction du Conseil d'Etat.

Art. 69. — Les enfants condamnés aux arrêts par la Commission scolaire ou par le juge, sont placés sous la surveillance d'une personne adulte.

Les arrêts de discipline sont subis de jour.

Art. 70. — La Commission scolaire intéressée peut prononcer l'exclusion d'un élève dont elle juge, à la suite de faits graves, la présence à l'école publique dangereuse pour l'éducation morale des enfants. Le recours au Conseil d'Etat est réservé. L'enfant exclu sera le cas échéant, placé aux frais de qui de droit dans une famille ou dans un établissement approprié.

Art. 71. — Les enfants ainsi placés ne peuvent rentrer dans leur famille ou à l'école publique sans l'assentiment de l'autorité qui a ordonné le placement.

Art. 72. — Si les parents ou le tuteur ne prennent pas les mesures requises, la Commission scolaire porte le cas devant l'autorité tutélaire.

Art. 73. — Les membres du personnel enseignant veillent à l'application des dispositions du règlement de discipline.

En cas d'indiscipline ou de paresse, ils peuvent infliger aux élèves les punitions suivantes:

a) Réprimandes, mauvaises notes, bulletin de conduite spécial aux parents.
b) Travaux domestiques supplémentaires. Ceux-ci représentent toujours un travail utile et en rapport avec la faute. On veille à en donner le moins possible, de façon que l'enfant ne les fasse pas au détriment de ses autres travaux d'école.
c) Retenue en classe, après l'heure de sortie, sous surveillance et dans le but de regagner le temps perdu par l'élève.

Art. 74. — En cas de faute plus grave (vagabondage, vol, mendicité, etc.), le corps enseignant fait rapport à l'autorité scolaire.

Elèves domiciliés hors du territoire communal.

Art. 75. — Les élèves ont le droit de fréquenter l'école la plus rapprochée de leur domicile, même si elle est située en dehors du ressort communal qu'ils habitent, sous réserve que si l'exercice de ce droit oblige à un dédoublement de classe ou soulève des difficultés, le Conseil d'Etat statue.

Toute commune qui reçoit de ce fait dans ses classes des élèves domiciliés dans le ressort d'autres communes a le droit d'exiger de celles-ci une finance annuelle de 15 francs au maximum par élève.

L'école la plus rapprochée du domicile est celle qui est le plus facilement accessible.

La disposition ci-dessus n'est pas applicable à l'organisation scolaire interne des villes de Neuchâtel, du Locle et de La Chaux-de-Fonds.

Art. 76. — Les parents qui mettent leurs enfants au bénéfice de cette disposition, en informent la Commission scolaire du lieu de leur domicile.

Art. 77. — La Commission scolaire de la Commune qui est le siège de l'école adresse au début de l'année scolaire à la Commission scolaire de la Commune de domicile des parents, la liste des élèves qui ont été mis au bénéfice de cette disposition.

Fréquentation.

Art. 78. — Le personnel enseignant tient, sous le contrôle des Commissions scolaires et des inspecteurs des écoles, un rôle des absences des élèves indiquant les absences justifiées avec motifs à l'appui, et les absences non justifiées.

Les parents ou les personnes responsables des enfants qui ne fréquentent pas régulièrement l'école sont passibles des pénalités prévues par la loi.

Art. 79. — Les absences se comptent par demi-journées, quel que soit le nombre de leçons données dans la demi-journée.

La non fréquentation de la classe pendant une semaine se chiffre par dix absences, à raison de deux pour chacun des jours durant lesquels les leçons sont données le matin et l'après-midi et d'une pour chacun des jours durant lesquels les leçons sont données le matin seulement.

Toutefois, lorsque dans le semestre d'été, l'horaire de travail de la journée est concentré sur la matinée, les absences doivent être comptées à raison de dix par semaine, comme si la classe était ouverte le matin et l'après-midi.

Plus de deux arrivées tardives, sans motifs valables, au cours de la même semaine, équivalent à une absence non justifiée.

Un carnet de fréquentation dans lequel sont inscrits les congés, les dispenses et les absences non justifiées peut être remis à chaque élève.

Art. 80. — Un extrait du rôle de fréquentation est adressé au moins une fois par semaine à la Commission scolaire par le personnel enseignant.

Art. 81. — Les absences justifiées sont celles qui ont pour cause:

a) la maladie de l'élève;
b) l'éloignement de la maison d'école par les jours de mauvais temps exceptionnel;
c) les autres circonstances jugées suffisantes.

On indiquera par une croix les absences résultant d'un séjour de convalescence, d'une cure d'air ou de soleil, de l'admission aux colonies de vacances ou dans une classe de plein air, de l'isolement pour cause de maladie dans la famille.

Art. 82. — Les Commissions scolaires peuvent accorder aux élèves:

a) des dispenses en vue des travaux agricoles dès le mois d'avril et jusqu'au 1er novembre, sous réserve que la durée de la dispense n'excède en aucun cas huit semaines d'école;
b) des congés dans les cas spéciaux pour des motifs reconnus valables.

Art. 83. — Les dispenses pour travaux agricoles et la garde du bétail ne sont accordées dans la règle, qu'aux enfants de famille d'agriculteurs, inscrits dans une classe du degré moyen ou du degré supérieur et si possible à un seul enfant à la fois par famille.

Art. 84. — Les dispenses pour la garde du bétail ne peuvent être accordées que par la Commission scolaire de la Commune neuchâteloise où sont domiciliés les parents de l'élève.

Art. 85. — Les Commissions scolaires désignent un ou plusieurs préposés chargés d'accorder aux élèves les congés et les dispenses.

Art. 86. — Les personnes responsables de l'élève sont tenues de demander congé dans chacun des cas.

L'autorité scolaire peut exiger que les demandes de congé ou de dispense soient formulées par écrit.

Art. 87. — Toute personne qui reçoit chez elle un enfant en pension est responsable de la fréquentation scolaire de cet enfant.

Art. 88. — Les fausses déclarations faites en vue d'obtenir un congé sont passibles de l'amende jusqu'à Fr. 20.—.

Art. 89. — Les absences non justifiées sont portées immédiatement à la connaissance des personnes responsables.

Art. 90. — En cas de nouvelle absence non justifiée dès le premier avis, avant la fin de l'année scolaire, la personne responsable est déférée au juge compétent et passible d'une amende de Fr. 2.— pour la première absence et de 50 centimes pour chaque absence suivante mentionnée dans le rapport.

S'il survient encore des absences dès l'envoi d'un rapport et avant la fin de l'année scolaire, le contrevenant sera de nouveau déféré au juge compétent et passible d'une amende de Fr. 2.— pour la première absence et de 50 centimes pour chaque absence suivante.

Art. 91. — Après deux condamnations à l'amende et en cas de nouvelles contraventions dans les trois mois, les contrevenants seront poursuivis devant le tribunal de police et passibles d'un emprisonnement dont la durée ne pourra excéder trois jours.

Art. 92. — Chaque fois qu'une Commission scolaire envoie un rapport au juge, elle en informe préalablement la personne en cause.

Art. 93. — Les amendes sont perçues à teneur des dispositions du Code de procédure pénale. Le produit en appartient à l'Etat.

Art. 94. — Celui qui ne s'acquitte pas de l'amende subit une contrainte de 24 heures de prison pour Fr. 10.— d'amende ou moins. Toutefois la détention ne peut excéder cinq jours.

Lorsque les absences ont lieu à l'insu des parents, les élèves sont punis conformément aux dispositions de la loi concernant la discipline scolaire et les arrêts de discipline et de la loi concernant la répression des délits commis par les mineurs.

Vacances.

Art. 95. — Les Commissions scolaires fixent chaque année l'époque des vacances dont la durée ne peut être moindre de 8 semaines, ni excéder 10 semaines. Les vacances sont réparties autant que possible sur chaque trimestre de l'année scolaire.

Art. 96. — Les Commissions scolaires annoncent à l'inspecteur des écoles de l'arrondissement les époques des vacances, ainsi que les congés occasionnels accordés aux classes.

Libération.

Art. 97. — Sous réserve des dispositions transitoires du présent règlement et de celles qui sont prévues dans les articles ci-après, l'élève est libéré à la fin de l'année scolaire lorsqu'il atteint 14 ans révolus avant le 1er juillet suivant.

Art. 98. — Les élèves qui, pendant les deux dernières années de leur scolarité, ont au total plus de 100 demi-journées de congé, de dispense et d'absences non justifiées, sont tenus, à moins qu'ils

n'obtiennent des résultats satisfaisants, de fréquenter régulièrement l'école pendant six mois au cours de l'année scolaire suivante, soit dès l'ouverture de l'année scolaire au 1er novembre, soit du 1er novembre à la fin de l'année scolaire.

Sont considérés comme satisfaisants les résultats donnant droit à la promotion régulière.

Les Commissions scolaires remettent au département de l'Instruction publique, à la clôture de l'année scolaire, la liste des élèves astreints à compléter leur scolarité.

Art. 99. — Sous réserve des dispositions concernant la prolongation de la période de scolarité obligatoire, en faveur des écoliers qui ont au total, pendant les deux dernières années de leur scolarité, plus de 100 demi-journées de congé, de dispense et d'absences non justifiées, l'élève qui a commencé sa scolarité à l'âge de sept ans, dans un canton où la législation le prescrit, est libéré à la clôture de l'année scolaire, lorsqu'il a accompli 8 années de scolarité.

Art. 100. — L'enfant dont les parents sont domiciliés sur le territoire d'un canton signataire de la convention intercantonale concernant les changements de domicile, demeure soumis, en ce qui concerne la libération, aux dispositions de la loi du canton de domicile des parents.[1])

Art. 101. — A l'exception des cas dont le département de l'Instruction publique est juge, les enfants qui ont reçu un enseignement privé sont tenus, s'ils n'obtiennent pas des résultats suffisants aux examens organisés à la clôture de leur dernière année d'instruction obligatoire, de fréquenter régulièrement l'école publique pendant six mois, soit de l'ouverture de l'année scolaire au 1er novembre, soit au 1er novembre à la clôture de l'année scolaire.

Art. 102. — Le département de l'Instruction publique peut libérer définitivement de l'école, après avoir entendu la Commission scolaire, les élèves notoirement dépourvus d'intelligence.

Art. 103. — Le département de l'Instruction publique, après avoir pris l'avis de la Commission scolaire intéressée, est compétent pour prononcer sur la libération des élèves dans tous les cas spéciaux non prévus par le présent règlement.

Livret scolaire.

Art. 104. — Chaque élève reçoit à son entrée dans l'école publique un livret scolaire dans lequel sont inscrits les renseignements relatifs à la scolarité, en particulier les absences et les mutations scolaires.

---

[1]) Les cantons signataires de la convention sont les suivants: Berne, Fribourg, Vaud, Valais, Tessin, Neuchâtel et Genève.

Art. 105. — Le livret scolaire de tous les enfants en âge de scolarité obligatoire, y compris les élèves qui reçoivent un enseignement privé, demeure entre les mains des autorités scolaires. Il est constamment tenu à jour et n'est remis à l'élève qu'au moment de sa libération, après avoir été rempli dans toutes les rubriques.

Art. 106. — Le livret scolaire de l'élève en âge de scolarité obligatoire qui fréquente une école secondaire est remis au directeur de cette école; ce dernier veille à l'application des dispositions de la loi et du règlement concernant la fréquentation et la libération.

Si l'élève renonce à l'enseignement secondaire avant d'avoir atteint l'âge de libération, le directeur de l'Ecole secondaire en avise l'autorité scolaire intéressée et lui retourne le livret mis à jour.

Art. 107. — Lorsqu'un élève quitte la localité, son livret après avoir été mis à jour, est remis par l'instituteur ou l'institutrice au représentant de la Commission scolaire.

Celui-ci fait parvenir le livret accompagné d'une fiche sur laquelle est indiquée la nouvelle adresse:

a) si l'élève reste dans le canton:
à la Commission scolaire du lieu du nouveau domicile.

b) si l'élève quitte le canton:
au département de l'Instruction publique, à Neuchâtel.

Art. 108. — Le livret scolaire tient lieu de pièce justificative de l'instruction obligatoire; il doit être conservé par l'intéressé pour être présenté en cas de réquisition.

Art. 109. — Si le livret est égaré, toutes recherches ou attestations sont faites aux frais du demandeur.

Carnet de témoignages et de conduite.

Art. 110. — Le carnet de témoignages et de conduite, destiné à renseigner les parents, est remis à tous les élèves de l'école primaire. Le personnel enseignant y consigne:

a) au moins une fois par quinzaine, une appréciation sommaire sur le travail et la conduite des élèves;

b) une fois au cours du trimestre, un bulletin portant des notes à toutes les branches;

c) les résultats des épreuves périodiques;

d) une annotation spéciale chaque fois que le maître ou la maîtresse estime indiqué de renseigner immédiatement les parents sur les progrès, les mérites ou les fautes d'un élève.

Témoignage de fin d'année scolaire et attestation concernant la scolarité.

Art. 111. — Il appartient aux Commissions scolaires de délivrer aux écoliers de leur ressort, à la clôture de l'année scolaire, un bulletin sur lequel sont relevées les notes moyennes de l'année ainsi que les indications nécessaires concernant la promotion.

Art. 112. — Il leur est loisible de remettre aux élèves qui ont atteint l'âge de libération, un certificat ou une attestation concernant les résultats obtenus au cours de la scolarité.

CHAPITRE III

Matériel scolaire gratuit.

Art. 113. — Les fournitures scolaires sont délivrées gratuitement par l'Etat à tous les élèves de l'école publique primaire.

Art. 114. — La direction et la surveillance générale du service du matériel scolaire gratuit appartiennent au département de l'Instruction publique qui les exerce par l'intermédiaire du *Service du matériel scolaire.*

Art. 115. — L'administration locale du service du matériel est, dans chaque commune, du ressort de la Commission scolaire qui nomme un dépositaire du matériel scolaire chargé de la réception et de la distribution.

Art. 116. — Au début de chaque période administrative, le Conseil d'Etat nomme:

a) une *Commission consultative pour le choix du matériel scolaire* chargée de donner un préavis sur les questions relatives au matériel scolaire gratuit;

b) une *Commission consultative pour les travaux féminins,* chargée de donner un préavis sur les questions concernant les travaux féminins.

Art. 117. — Le matériel scolaire fourni par le département de l'Instruction publique comprend le matériel individuel et le matériel de classe.

La distinction entre les deux genres de matériel est établie par le département de l'Instruction publique.

Art. 118. — L'élève qui change de domicile dans le canton, en cours de scolarité, emporte avec lui tout son matériel.

S'il quitte le canton, il restitue ses manuels.

Art. 119. — Les élèves dont les parents sont domiciliés hors du canton qui fréquentent les écoles soit obligatoirement, soit facultativement, restituent les manuels à leur départ.

Les personnes chez qui séjournent ces élèves sont responsables du matériel remis.

Art. 120. — Au moment de la libération, les élèves dont les parents sont domiciliés dans le canton emportent, dans la règle, leur matériel individuel; les élèves dont les parents sont domiciliés hors du canton restituent les manuels.

Art. 121. — La liste des fournitures scolaires est arrêtée, chaque année, par le département de l'Instruction publique.

Art. 122. — Dans la règle, la livraison des fournitures fait l'objet d'une mise au concours dans la *Feuille officielle*. Les adjudications sont prononcées par le département de l'Instruction publique; les Commissions consultatives donnent un préavis. La livraison de certains articles peut faire l'objet de conventions spéciales.

Art. 123. — Le département de l'Instruction publique n'est engagé, vis-à-vis des fournisseurs, que par les bons de commande établis par le service du matériel scolaire.

Art. 124. — Les fournitures scolaires sont livrées une fois par an aux communes.

Au mois de novembre, les dépositaires établissent leurs commandes pour l'année scolaire suivante, sur formulaire fourni par le département de l'Instruction publique.

La commande doit être contresignée par l'autorité scolaire compétente.

Art. 125. — A défaut de commande envoyée dans les délais, le département établit ses calculs d'après les chiffres de l'année précédente.

Art. 126. — Les dépositaires sont tenus de vérifier chaque livraison de fournitures et d'en accuser réception immédiatement au service du matériel scolaire, sur formulaire spécial.

Art. 127. — Les dépositaires prennent toutes mesures utiles pour la conservation du matériel. Les dégâts éventuels sont à la charge des communes.

Art. 128. — Les dépositaires marquent tous les manuels du sceau de la Commission scolaire, puis remettent à chaque membre du corps enseignant, contre récépissé, le matériel commandé.

Ils tiennent sur formulaire spécial un compte d'entrée et de sortie des fournitures.

Ils conservent comme pièces justificatives les avis d'expédition des fournisseurs ainsi que les récépissés du personnel enseignant.

L'activité des dépositaires est placée sous le contrôle de Commissions scolaires, des inspecteurs et du service du matériel scolaire.

Art. 129. — Les institutrices et les instituteurs inscrivent au Rôle de classe les fournitures qu'ils reçoivent du dépositaire et qu'ils remettent aux élèves.

En cas de démission ou de mutation, l'institutrice ou l'instituteur est tenu de faire vérifier par son successeur ou par la Commission scolaire en même temps que l'inventaire du mobilier, le matériel existant.

Art. 130. — Le matériel scolaire ne peut être détourné de sa destination. Il est interdit aux dépositaires ainsi qu'aux membres du corps enseignant de vendre, à qui que ce soit, aucun des objets fournis par le service du matériel scolaire gratuit.

Art. 131. — Les membres du personnel enseignant veillant à ce que le matériel soit judicieusement utilisé; aucun abus ne doit être toléré.

Art. 132. — Il n'est délivré aux élèves qu'un seul exemplaire de chaque manuel. Les élèves sont tenus de remplacer à leurs frais tout objet perdu ou détérioré par leur faute.

Lorsqu'il s'agit de manuels qui n'existent pas dans le commerce, le corps enseignant s'adresse au service du matériel scolaire.

Les parents sont responsables du matériel remis à leurs enfants.

CHAPITRE IV.

Bibliothèques et Musées scolaires.

Art. 133. — Chaque localité doit posséder une bibliothèque scolaire.

L'Etat participe à la fondation ou à l'alimentation des bibliothèques, par une subvention ou le don de volumes, à la condition que les Communes y contribuent de leur côté par l'achat d'ouvrages pour une somme au moins égale et qu'elles présentent chaque année au département de l'Instruction publique un rapport sur l'état et le développement de leurs bibliothèques.

Art. 134. — Les bibliothèques scolaires sont placées sous le contrôle des Commissions scolaires qui nomment un ou plusieurs bibliothécaires.

Dans la règle, les fonctions de bibliothécaire sont remplies par les membres du personnel enseignant.

Les ouvrages des bibliothèques scolaires sont mis gratuitement à la disposition des élèves.

Art. 135. — Il est recommandé aux Commissions scolaires et au corps enseignant de créer des musées scolaires dont le but est de constituer, non des collections d'objets rares, mais des collections

d'objets usuels destinés à rendre l'enseignement intuitif et à mettre l'enfant en présance des choses.

CHAPITRE V.

Bâtiments scolaires.

Art. 136. — Les Communes pourvoient à la construction et au bon entretien des bâtiments scolaires, à la fourniture du mobilier et du matériel des classes.

Les soins de propreté, le chauffage et l'éclairage des bâtiments scolaires sont à la charge des Communes.

Les locaux scolaires doivent être spacieux, bien éclairés et d'une aération facile.

Art. 137. — Lorsque les locaux ou le mobilier ne satisfont plus aux exigences hygiéniques, ou sont en mauvais état d'entretien, le Conseil d'Etat, après avoir entendu les autorités communales et sur le rapport du département de l'instruction publique, ordonne les réparations, améliorations et changements nécessaires.

Si les Communes se refusent à exécuter les ordres donnés, le Conseil d'Etat pourvoit, aux frais des Communes, à l'exécution des travaux.

Art. 138. — Dans le bâtiment scolaire, il ne peut y avoir ni auberge, ni aucun établissement qui soit de nature à nuire à l'éducation de la jeunesse.

Le Conseil d'Etat peut ordonner le déplacement et, au besoin, la fermeture des établissements de cette nature ouverts dans le voisinage des écoles.

Art. 139. — Le droit d'accorder l'usage des salles d'école en dehors de leur but ordinaire appartient à la Commission scolaire.

Toutefois, les locaux scolaires sont de droit, soit avant, soit après les leçons, et dans les limites de l'ordre public, à la disposition des cultes pour l'enseignement religieux.

La salle d'école ne peut être utilisée comme local à boire ou à danser.

Art. 140. — Les Communes qui désirent obtenir une subvention de l'Etat pour construction, transformation, amélioration de bâtiments scolaires, doivent en faire la demande au département de l'Instruction publique en lui adressant les plans et les devis en deux exemplaires.

Cette demande fait l'objet d'un premier arrêté du Conseil d'Etat qui, le cas échéant, autorise la Commune à entreprendre les travaux et fixe le montant provisoire de l'allocation de l'Etat.

Après exécution des travaux, la Commune intéressée transmet les comptes accompagnés des pièces justificatives au département de l'Instruction publique et le Conseil d'Etat prend un second arrêté, fixant le montant définitif de l'allocation de l'Etat.

CHAPITRE VI.

Personnel enseignant.

Brevet de connaissances.

Organisation des examens.

Art. 141. — Le brevet de connaissances est délivré par le département de l'Instruction publique, à la suite d'examens subis avec succès devant la Commission prévue par la loi.

Les candidats doivent être âgés de 18 ans révolus.

Il est organisé chaque année, par le département de l'Instruction publique, une session ordinaire d'examens qui coïncide avec la fin de l'année scolaire.

Art. 142. — Cette session peut avoir lieu dans la localité siège d'une école où se donne un enseignement pédagogique régulièrement organisé et conforme au programme adopté par le département de l'Instruction publique, quand trois candidats au moins sont inscrits.

Si ce nombre n'est pas atteint, les candidats subissent les examens dans l'un des autres sièges, à leur choix.

Une session extraordinaire peut être organisée, six mois au moins après la session ordinaire, pour les candidats qui ont échoué à une ou au maximum à trois épreuves non éliminatoires. Cette session a lieu à Neuchâtel.

Art. 143. — La Commission des examens est nommée par le Conseil d'Etat. Les membres de la Commission sont choisis à raison de trois par district, plus un dans chacune des localités de Neuchâtel, du Locle et de La Chaux-de-Fonds. Les inspecteurs des écoles primaires font partie de droit de cette commission.

Le département de l'Instruction publique peut faire appel à des experts spéciaux dans la composition des jurys.

Art. 144. — L'époque des examens est annoncée au moins un mois à l'avance dans la *Feuille officielle.*

Les candidats doivent se faire inscrire au département de l'Instruction publique quatorze jours au moins avant l'ouverture de la session et déposer à l'appui de leur inscription:

a) un acte de naissance ou d'origine;
b) un certificat de moralité délivré par l'autorité compétente;

c) des certificats établissant qu'ils ont fait des études suffisantes.

Les élèves de l'Ecole normale cantonale et des sections pédagogiques sont dispensés des formalités d'inscription qui sont remplies par les directeurs.

Les examens sont publics; cependant la Commission peut déroger à cette règle, essentiellement en faveur des aspirantes.

Art. 145. — Les matières des examens sont celles du programme d'enseignement adopté par le département de l'Instruction publique pour l'Ecole normale cantonale et les sections pédagogiques des écoles secondaires.

Art. 146. — Après avoir pris l'avis des directeurs des écoles intéressées, le département de l'Instruction publique fixe les dates et détermine l'organisation des examens.

Les examens écrits ont lieu les mêmes jours à l'Ecole normale cantonale et dans les sections pédagogiques.

A l'exception des épreuves orales qui sont subies à la fin de l'avant-dernière année d'études et des épreuves de pédagogie pratique qui sont organisées durant le dernier trimestre, les examens oraux et pratiques se font une semaine au moins après les examens écrits.

Art. 147. — Les sujets des épreuves écrites sont choisis par le chef du département de l'Instruction publique, qui demande aux écoles intéressées de faire des propositions. Chaque sujet est remis à l'un des membres du jury sous pli fermé; le pli est ouvert immédiatement avant l'examen, en présence des candidats.

Art. 148. — Les travaux écrits sont faits sous le contrôle permanent de deux délégués; l'un est nommé par l'autorité de direction de l'Ecole, siège de l'examen, l'autre est désigné par le département de l'Instruction publique.

Art. 149. — Les travaux écrits sont exécutés sur des formulaires fournis par le département; les mesures sont prises pour que le nom du candidat demeure invisible.

Art. 150. — Toute communication entre candidats pendant les épreuves, toute fraude ou tentative de fraude entraîne l'exclusion.

Art. 151. — Les travaux écrits des candidats sont réunis dès que l'examen est terminé et adressés, séance tenante, sous pli fermé, au département de l'Instruction publique par le délégué du département.

Art. 152. — Les examens auxquels les candidats au brevet de connaissances sont soumis au cours de leurs études portent sur les branches suivantes:

Langue et littérature françaises. — Langue allemande. — Pédagogie. — Mathématiques. — Comptabilité. — Sciences naturelles. — Géographie. — Histoire. — Instruction civique. — Hygiène. — Chant et musique. — Ecriture. — Dessin. — Gymnastique. — Travaux manuels. — Travaux à l'aiguille pour les institutrices.

Art. 153. — Les examens comprennent les épreuves suivantes:

a) épreuves écrites: dictée orthographique, composition, langue allemande, mathématiques, comptabilité, écriture, dessin;

b) épreuves orales: diction et lecture analytique, grammaire, littérature française, pédagogie, mathématiques, botanique et zoologie, physique et chimie, géographie, histoire, instruction civique, hygiène, chant;

c) épreuves pratiques: pédagogie pratique, musique instrumentale, gymnastique, travaux manuels, travaux à l'aiguille.

Art. 154. — Les épreuves écrites de composition française, d'orthographe et de mathématiques sont éliminatoires au sens de l'article 167 du present règlement.

Art. 155. — Les épreuves de comptabilité, de botanique et zoologie, de géographie, d'instruction civique et d'hygiène sont subies à la fin de l'avant-dernière année d'études.

Epreuves écrites.

Art. 156. — Le département nomme les jurys chargés de l'appréciation des travaux écrits. Chaque jury est composé de trois membres.

Art. 157. — Chaque jury siège séparément; il est seul compétent pour fixer la note.

L'appréciation du travail est inscrite sur la feuille même; il n'est pris connaissance des noms des candidats qu'au moment où s'opère le relevé des notes.

Art. 158. — Après que les travaux écrits ont été appréciés, la Commission des examens entre en séance sous la présidence du chef du département de l'instruction publique; elle prend connaissance des résultats et prononce sur l'admission des candidats aux examens oraux et pratiques.

Art. 159. — Pour toutes les branches, l'échelle d'appréciation est celle prévue à l'art. 50 du présent règlement. La fraction ½ est seule admise. Dans le calcul des moyennes, toute fraction comprise entre 0,25 et 0,74 compte pour 0,5 et toute fraction supérieure à 0,74 compte pour l'entier.

Art. 160. — *Dictée orthographique* (1½ h.). Le texte de la dictée orthographique compte 300 mots environ; il est extrait de l'œuvre

d'un bon écrivain. Le texte est lu, puis dicté, puis relu. Il est ensuite accordé au candidats 15 minutes pour revoir leur travail. En ce qui concerne la ponctuation, seuls les points sont indiqués. L'échelle d'appréciation de la dictée est la suivante:

0 faute	= 6	5 fautes	= 3½
1 „	= 5½	6 „	= 3
2 fautes	= 5	7 „	= 2½
3 „	= 4½	et ainsi de suite.	
4 „	= 4		

Dans la correction de la dictée, il est tenu compte des tolérances orthographiques, dont la liste est arrêtée par le département de l'Instruction publique.

Les autres cas de tolérances orthographiques ainsi que les fautes d'accents et de ponctuation sont laissés à l'appréciation du jury de la dictée.

Art. 161. — *Composition* (4 h.). Une composition française sur un sujet permettant de juger de la culture générale du candidat.

Dans l'appréciation, il est tenu compte spécialement de la correction du style, de l'ordonnance des matières, de l'esprit d'observation et de la richesse des idées.

Art. 162. — *Allemand* (3 h.). Version française d'un texte allemand facile de 250 mots environ. Le texte est accompagné des annotations nécessaires pour que la version soit faite sans dictionnaire ni lexique.

Art. 163. — *Mathématiques* (4 h.). Exposé de questions tirées des matières du programme; solution raisonnée de problèmes inédits. Les candidats peuvent être appelés à justifier la raison d'une opération et à expliquer l'une ou l'autre des formules qu'ils ont appliquées.

Art. 164. — *Comptabilité* (3 h.). Opérations comptables. Indépendamment d'opérations comptables, l'épreuve peut consister en applications pratiques des matières générales de la comptabilité: factures, effets de commerce, etc.

Art. 165. — *Ecriture* (2½ h.). Application des principaux genres: anglaise — grande et moyenne —, cursive, ronde et bâtarde. Disposition d'un texte donné.

Art. 166. — *Dessin* (4 h.). Dessin en perspective — perspective parallèle, perspective d'observation —, d'après nature, d'un objet usuel; dessin de mémoire d'un objet simple; composition décorative; croquis coté ou problème d'application ou de composition décorative à un objet.

Quand l'épreuve comporte l'application des lois de la perspective d'observation, le travail est apprécié sur place, au point de

vue de la perspective, par le professeur sous le contrôle des délégués. L'appréciation du professeur a le caractère d'une indication.

Admission aux examens oraux et pratiques de fin d'études.

Art. 167. — Sont admis aux examens oraux et pratiques de fin d'études, les candidats qui ont obtenu à la dictée orthographique, à la composition et au travail écrit de mathématiques un total de 11 points au moins, sans avoir aucune note inférieure à 3.

Lorsqu'un candidat obtient le total de 11 points au moins et à une seule branche une note inférieure à 3, il est tenu compte des résultats du travail de l'année à condition toutefois que la moyenne annuelle dans cette branche soit de 5 points au moins. Dans ce cas, la note définitive est la moyenne arithmétique de la note du travail d'examen et de la note de travail de l'année.

Art. 168. — Le candidat qui n'a pas obtenu les notes suffisantes aux branches éliminatoires, reste cependant au bénéfice des résultats qu'il a obtenus aux examens subis à la fin de l'avant-dernière année d'études.

En outre, il n'a pas à subir un nouvel examen sur les branches pour lesquelles il a obtenu la note 5 au moins.

Epreuves orales et pratiques.

Art. 169. — Le département nomme les jurys chargés de procéder aux examens oraux et pratiques. Chaque jury se compose de 3 membres.

Dans la règle, deux des jurés sont choisis parmi les membres de la Commission des examens, le troisième parmi le personnel enseignant de l'école siège de l'examen.

Art. 170. — Chaque examen oral donne lieu à une interrogation assez poussée pour permettre au jury d'apprécier à la fois les connaissances et la maturité d'esprit du candidat. Le jury insistera sur la capacité du candidat à juger les choses plus que sur le savoir acquis.

Art. 171. — En principe, les matières des examens oraux sont celles du programme de la dernière année d'études. Le candidat peut aussi être appelé à rattacher certaines matières de ce programme à des notions antérieurement étudiées.

Art. 172. — Lorsqu'il est procédé à l'examen oral au moyen de questions tirées au sort, ces dernières doivent être préparées en nombre suffisant pour contenir toutes les matières du programme quel que soit le nombre des candidats. Les questions qui ont déjà été tirées par un candidat ne sont pas éliminées.

Art. 173. — Dans la règle, les candidats sont interrogés par le professeur qui les a préparés à l'examen. Le professeur fait partie

du jury et donne son appréciation comme les autres membres du jury.

Art. 174. -- La note définitive est calculée séance tenante par les membres du jury; le procès-verbal de l'examen est transmis immédiatement au département de l'Instruction publique.

Résultats des examens.

Art. 175. — Le résultat des épreuves subies à la fin de l'avant-dernière année d'études est considéré comme suffisant lorsque le candidat obtient au minimum pour les cinq épreuves un total de 20 points, sans avoir aucune note inférieure à 3.

Lorsque le total des points est inférieur à 20, le candidat est tenu de refaire les examens des branches pour lesquelles il a obtenu une note inférieure à 4; lorsque le total des points est égal ou supérieur à 20, le candidat est tenu de refaire les examens des branches pour lesquelles il a obtenu une note inférieure à 3.

Art. 176. — Le candidat qui a échoué à un ou à plusieurs des examens subis à la fin de l'avant-dernière année d'études et qui remplit par ailleurs les conditions requises pour être promu est admis à subir un second examen à la fin de la dernière année d'études. Les conditions générales des examens prévues aux art. 177 et 178 du présent règlement sont applicables en l'espèce.

Art. 177. — Pour recevoir le brevet de connaissances, le candidat doit, après avoir rempli les conditions prévues à l'article 167, obtenir une moyenne générale de 4 points au moins à toutes les branches non éliminatoires et n'avoir aucune note inférieure à 3.

La moyenne générale est calculée en tenant compte des résultats obtenus aux examens subis à la fin de l'avant-dernière et à la fin de la dernière année d'études.

Art. 178. — Le candidat qui a échoué aux examens éliminatoires peut se présenter à la session d'examens de l'année suivante.

Le candidat qui a obtenu la moyenne générale requise et a échoué à un ou au maximum à 3 examens non éliminatoires est admis à subir dans un délai de deux ans un nouvel examen sur les branches où il a obtenu une note inférieure à 3.

Le candidat qui n'a pas obtenu la moyenne générale requise ou qui a échoué à plus de trois examens non éliminatoires est tenu, s'il veut obtenir le brevet, de subir un nouvel examen, après un délai d'une année au moins et de deux ans au plus, sur toutes les branches non éliminatoires pour lesquelles il avait obtenu une note inférieure à 5.

Art. 179. — Le département de l'Instruction publique peut autoriser les candidats empêchés, pour cause de maladie, de ce pré-

senter aux examens de la session ordinaire, à subir les examens en session extraordinaire d'automne.

Art. 180. — Lorsqu'un candidat est empêché de se présenter aux examens, pour cause de maladie survenant au cours de la session, il est tenu compte de tous les travaux exécutés et des résultats obtenus.

Dans tous les cas, une attestation médicale doit être produite.

Art. 181. — Toute réclamation concernant les examens doit être formulée par écrit et adressée au département de l'Instruction publique dans un délai de dix jours à compter de la date de la proclamation des résultats.

Brevet d'aptitude pédagogique.

Art. 182. — Le brevet d'aptitude pédagogique est délivré par le Conseil d'Etat sur le préavis du département de l'Instruction publique, au porteur du brevet de connaissances qui a subi avec succès un nouvel examen devant la commission prévue par la loi.

Les candidats au brevet doivent se présenter à cet examen après avoir enseigné pendant une année au minimum, deux années au maximum dans les écoles publiques du canton; à défaut de ce stage, ils doivent fournir la preuve d'études pratiques spéciales.

Le préavis du département de l'Instruction publique tiendra compte des résultats de leur enseignement.

Art. 183. — L'examen des candidats au brevet d'aptitude pédagogique est essentiellement pratique et porte sur la pédagogie théorique et pratique et sur les méthodes d'enseignement des différentes branches.

Art. 184. — Les examens en vue du brevet d'aptitude pédagogique sont organisés chaque année par le département de l'Instruction publique qui désigne les jurys dont font partie les deux inspecteurs des écoles.

Ces examens ont lieu chaque année en automne; ils sont annoncés un mois à l'avance dans la *Feuille officielle.*

Les candidats au brevet d'aptitude pédagogique doivent s'inscrire au département de l'Instruction publique dans les délais prescrits.

Art. 185. — Pour être admis à l'examen, le candidat doit fournir la preuve qu'il remplit les conditions de stage prévu par la loi.

En cas d'insuffisance du stage exigé par la loi, le candidat doit fournir la preuve qu'il a suivi, avec succès, un enseignement pédagogique, théorique et pratique, d'une durée équivalente au stage éxigé, dans un établissement où se donne un enseignement pédagogique supérieur.

Art. 186. — En vue de la préparation des candidats à ces examens, le département de l'Instruction publique organise chaque année des cours donnés par les inspecteurs des écoles.

Ces cours sont annoncés une année à l'avance dans la *Feuille officielle.*

Art. 187. — Les examens comportent:

a) une composition française;
b) une leçon pratique; le sujet de cette leçon est communiqué au candidat quelques jours avant l'examen;
c) une interrogation sur la pédagogie et la didactique;
d) une interrogation sur les lois et règlements concernant l'enseignement primaire.

Il est tenu compte des résultats de l'enseignement du candidat et il pourra être tenu compte des notes qu'il a obtenues aux travaux imposés par les inspecteurs des écoles.

Art. 188. — Les épreuves sont appréciées d'après l'échelle prévue au présent règlement. La note moyenne attribuée à la leçon pratique est affectée du coefficient 2.

Art. 189. — Le brevet d'aptitude pédagogique est délivré au candidat qui a obtenu un total de 20 points au moins, sans avoir aucune note inférieure à 3.

Art. 190. — Le candidat titulaire d'un poste, qui a échoué, est admis à une session d'examens après une nouvelle période d'activité d'une année.

En cas de nouvel insuccès, l'exercice du droit d'enseigner dans les écoles primaires publiques du canton est suspendu et le candidat doit faire place à la fin de l'année scolaire en cours.

Le candidat qui a échoué à deux reprises peut être autorisé à subir l'examen une troisième fois. En cas d'échec, il perd définitivement le droit d'enseigner dans les écoles publiques.

Le candidat qui n'est pas titulaires d'un poste et qui a échoué peut être admis à une nouvelle session d'examens.

Nominations.

Art. 191. — Lorsqu'une place dans l'enseignement primaire est vacante ou qu'elle est nouvellement créée, le département de l'Instruction publique, par la voie de la *Feuille officielle*, au moins quatorze jours à l'avance, annonce la vacance de la place, en indiquant les obligations du titulaire, ainsi que le terme fatal des inscriptions.

Sauf exceptions, dont le département de l'Instruction publique est juge, il ne peut être fait de nominations d'instituteurs ou d'institutrices dès le 1er novembre au 1er avril.

Il est pourvu provisoirement aux vacances survenant pendant cet intervalle.

Art. 192. — Les postes vacants sont pourvus à la suite d'un examen ou par voie d'appel.

Dans la règle, l'appel n'est adressé qu'à des instituteurs ou institutrices qui sont en possession du brevet d'aptitude pédagogique.

Il peut être adressé exceptionnellement à des personnes dont la compétence est reconnue par le département de l'Instruction publique.

Art. 193. — Lorsque la Commission scolaire décide de procéder à un examen de concours, elle informe, au moins une semaine à l'avance, du jour fixé pour l'examen, le département de l'Instruction publique, lequel délégue un des inspecteurs.

Si l'inspecteur est empêché de se présenter, il est passé outre aux examens et à la nomination.

Art. 194. — L'examen de concours est essentiellement pratique. Il peut porter sur toutes les branches du programme d'enseignement pour les écoles enfantine et primaire.

En règle générale, il comprend:

a) un travail écrit de pédagogie;
b) une ou deux leçons.

Le sujet de la leçon est communiqué au candidats une demi-heure au moins avant l'examen pratique.

L'organisation de l'examen est arrêtée par la Commission scolaire ou par le jury désigné par elle à cet effet, après entente avec l'inspecteur de l'arrondissement.

Il appartient à la Commission scolaire de convoquer les candidats qui doivent tous être invités à se présenter pour subir l'examen.

Art. 195. — Les membres du jury apprécient chaque épreuve par une note. Le classement des candidats est fait séance tenante d'après les résultats obtenus. Le procès-verbal de l'examen est signé par deux membres du jury et par l'inspecteur des écoles de l'arrondissement. La nomination a lieu le jour même de l'examen.

Art. 196. — Le procès-verbal de la nomination est adressé au département de l'Instruction publique.

Cette nomination est ratifiée par le Conseil d'Etat, si elle a été faite conformément aux résultats de l'examen et aux dispositions de la loi.

Art. 197. — Lorsque la Commission scolaire estime, pour des raisons majeures, qu'elle ne peut pas nommer le candidat ayant

obtenu les meilleurs résultats à l'examen de concours, elle en consigne les motifs dans le procès-verbal de nomination.

Art. 198. — Les instituteurs étrangers à la Suisse, nés ou ayant fait leurs études dans le canton et brevetés par le Conseil d'Etat, sont admis à concourir aux places vacantes, mais l'instituteur suisse peut toujours être préféré.

Art. 199. — Lorsqu'un poste est vacant, les Commissions scolaires sont autorisées à profiter du même concours afin de pourvoir, non seulement ce poste, mais encore tous ceux qui deviennent vacants par suite de mutations ou de promotions résultant du concours. Les mutations ont lieu soit par voie de promotion, soit par voie d'examen. Si le concours a donné lieu à un examen, le résultat de l'examen peut être utilisé pour les postes qui deviendront vacants dans le cours des six moix suivants.

Les concurrents peuvent être appelés d'après le rang qu'ils ont obtenu à l'examen de concours.

Art. 200. — Les nouveaux titulaires sont nommés dans le ressort scolaire sans indication spéciale du poste à occuper.

Il appartient aux Commissions scolaires de répartir les postes entre les membres du corps enseignant selon les convenances et les besoins.

Art. 201. — Les Commissions scolaires sont autorisées à pourvoir un poste vacant par mutation au sein du personnel enseignant du ressort scolaire, quel que soit l'état de services des titulaires en charge et d'attribuer à l'institutrice ou à l'instituteur nouvellement nommé le poste qui devient vacant de ce fait.

Obligations du personnel enseignant.

Art. 202. — Le personnel enseignant doit s'efforcer d'atteindre le but de sa mission éducative au moyen de son enseignement du bon exemple et de la discipline.

Tous mauvais traitements à l'égard des élèves et toutes punitions corporelles sont formellement interdits.

Art. 203. — Les instituteurs et les institutrices doivent au maximum 34 heures de leçons ou de travaux administratifs par semaine.

Art. 204. — Les membres du corps enseignant doivent se consacrer à leur classe et ne rien entreprendre qui soit de nature à nuire à leur activité. Ils doivent par leur exemple et par leur tenue, s'attirer l'estime et le respect de chacun.

Ils ont le devoir d'augmenter leur culture pédagogique et leurs connaissances générales dans l'intérêt même de leur mission.

Art. 205. — S'ils tombent malades, ils prennent les mesures nécessaires pour que l'autorité scolaire et le correspondant de la Caisse cantonale de remplacement en soient informés.

Art. 206. — En cas de démission, ils doivent, dans les délais légaux, aviser la Commission scolaire et le département de l'Instruction publique.

Art. 207. — Les institutrices, les instituteurs, les maîtres spéciaux, les maîtresses spéciales qui obtiennent un congé d'un mois et plus, pour une cause autre que la maladie, en donnent avis au département de l'Instruction publique.

Art. 208. — Le titulaire d'une classe doit habiter la Commune où il exerce ses fonctions.

L'instituteur ne peut accepter ni postuler une classe dans une autre localité, à moins d'avoir obtenu l'assentiment de la Commission scolaire, pendant les douze mois qui suivent sa nomination au poste qu'il occupe.

Art. 209. — Lorsqu'une Commission scolaire juge que l'activité du titulaire d'un poste laisse à désirer, elle lui fait les observations nécessaires et les lui confirme au besoin par écrit.

Si son intervention demeure sans effet, la Commission applique les dispositions prévues par la loi.

Art. 210. — Après avoir entendu la Commission scolaire et sur le rapport du département de l'Instruction publique, le Conseil d'Etat peut interdire aux instituteurs et aux institutrices des travaux ou l'exercice de fonctions qui seraient préjudiciables à l'accomplissement de leurs devoirs.

Art. 211. — Sur plainte de la Commission scolaire ou de l'inspecteur des écoles, le Conseil d'Etat peut suspendre et même destituer un instituteur ou une institutrice pour cause d'insubordination ou d'immoralité.

Dans tous les cas la Commission, l'inspecteur et l'inculpé doivent être entendus.

La destitution d'un instituteur ou d'une institutrice peut entraîner l'interdiction d'enseigner dans les écoles publiques.

Art. 212. — D'office ou sur demande de l'autorité scolaire communale, le Conseil d'Etat peut, moyennant un avertissement de six mois, prononcer la mise à la retraite d'un membre du corps enseignant dont l'enseignement laisse à désirer par suite de l'âge ou de la maladie.

Art. 213. — Les motifs de la révocation ou de la mise à la retraite seront communiqués par écrit au fonctionnaire qui en est l'objet.

Art. 214. — Toute Commission scolaire a le droit de résilier le contrat qui la lie à un fonctionnaire de l'enseignement primaire, moyennant un avertissement de six mois. Le recours au Conseil d'Etat est réservé.

Sous les réserves prévues aux articles 78, second alinéa, et 86 de la loi, l'instituteur ou l'institutrice peut résilier le contrat moyennant un avertissement de trois mois, ou se pourvoir d'un remplaçant provisoire agréé par la Commission scolaire.

Art. 215. — La résiliation du contrat, la suspension, la révocation ou la mise à la retraite ne donnent droit à aucune indemnité. Les droits acquis au Fonds scolaire de prévoyance sont réservés.

Art. 216. — Le président ou un délégué de la Commission scolaire reçoit les plaintes portées par l'instituteur contre les écoliers, leurs parents ou autres personnes responsables, et réciproquement.

S'il ne peut concilier les intéressés, il transmet la plainte à la Commission qui en décide.

Art. 217. — Le département de l'Instruction publique prononce, sauf recours au Conseil d'Etat, sur les difficultés qui peuvent s'élever entre les Commissions scolaires et leurs instituteurs ou institutrices.

Conférences officielles.

Art. 218. — Le département de l'Instruction publique convoque en conférences cantonale ou de district au moins une fois par an, le personnel enseignant des écoles enfantine et primaire.

Art. 219. — La convocation des membres du corps enseignant aux conférences officielles est faite par la voie du bulletin du département de l'Instruction publique. Tous les membres du personnel enseignant et administratif des écoles enfantine et primaire sont tenus d'y assister.

En cas d'empêchement, ils doivent en aviser par écrit le département de l'Instruction publique en indiquant les motifs de leur absence.

Art. 220. — Les commissions scolaires sont avisées de la date, du lieu et de l'ordre du jour des Conférences officielles par la voie du bulletin du département de l'Instruction publique.

Art. 221. — Le jour des conférences officielles, l'enseignement est suspendu.

Art. 222. — L'ordre du jour des conférences officielles est établi par le département de l'Instruction publique.

Les conférences sont présidées par le chef du département de l'Instruction publique ou par un inspecteur des écoles.

Chaque conférence nomme un vice-président et les secrétaires et questeurs nécessaires.

Les rapports mis à l'étude ainsi que les procès-verbaux des conférences officielles sont adressés au département de l'Instruction publique.

CHAPITRE VII.

Inspection des écoles.

Art. 223. — Le canton est divisé en deux arrondissements d'inspection:

1er arrondissement: districts de Neuchâtel, de Boudry et du Val-de-Travers;

2me arrondissement: districts du Val-de-Ruz, du Locle et de La Chaux-de-Fonds.

Chaque inspecteur est tenu de résider dans son arrondissement.

Art. 224. — Les attributions des inspecteurs sont les suivantes:

a) ils visitent chaque année toutes les classes de leur arrondissement et veillent à ce que l'enseignement ait un caractère pédagogique et pratique;

b) ils contrôlent l'enseignement privé, conformément à l'article 122 de la loi;

c) ils assistent autant que possible aux examens des classes;

d) ils donnent leur préavis sur les améliorations à introduire dans les écoles publiques de leur arrondissement;

e) ils assistent, avec voix consultative, aux examens de concours pour la nomination du personnel enseignant.

f) ils surveillent l'organisation et le développement des bibliothèques scolaires;

g) ils peuvent être chargés de présider les conférences du personnel enseignant;

h) ils adressent chaque année au département de l'Instruction publique un rapport sur leur activité et sur la situation des écoles.

Art. 225. — Ils contrôlent la comptabilité du matériel scolaire des classes ainsi que toutes les activités administratives confiées aux membres du corps enseignant.

Il tiennent le département de l'Instruction publique au courant de leur activité.

Art. 226. — Ils transmettent au département de l'Instruction publique les affaires qui ne sont pas de leur compétence.

En cas de conflit entre les inspecteurs et les Commissions scolaires ou le corps enseignant, le département de l'Instruction publique prononce.

Art. 227. — L'époque des vacances des inspecteurs est fixée après entente avec le département de l'Instruction publique.

CHAPITRE VIII.

Dispositions financières.

Dispositions générales.

Art. 228. — Les frais résultant de la création et de l'entretien des établissements publics d'instruction primaire, prévus par la loi, sont à la charge des Communes avec la participation de l'Etat.

Les Fonds scolaires ne peuvent être détournés de leur destination.

Art. 229. — Les Conseils communaux doivent adresser au département de l'Instruction publique avant le 15 septembre, les budgets des écoles primaires pour l'année suivante.

Le budget scolaire communal est établi sur un formulaire envoyé chaque année par le département de l'Instruction publique.

Le budget présenté à cette date est destiné à fournir les éléments nécessaires au calcul des allocations de l'Etat; il peut être soumis au département de l'Instruction publique sans avoir été adopté par le Conseil général.

A défaut de cette présentation, l'allocation est calculée sur les comptes de l'année précédente. Le budget est considéré comme définitif lorsqu'il a été adopté par le Conseil général.

Art. 230. — Lorsqu'une école réunit des enfants domiciliés sur le territoire de différentes Communes, chacune d'elles contribue aux frais de cette école dans la proportion des élèves domiciliés sur son territoire qui ont fréquenté l'école pendant l'année et d'après les bases admises pour la répartition de l'allocation de l'Etat. En cas de conflit, le Conseil d'Etat prononce.

Les Communes intéressées peuvent, d'un commun accord, substituer à la contribution variable une redevance annuelle fixe.

Art. 231. — L'allocation de l'Etat s'applique aux traitements des instituteurs, des institutrices, des directeurs, des administrateurs, des secrétaires des écoles, des maîtres spéciaux, des maîtresses spéciales, du médecin des écoles, dans les limites des maxima prévus par la loi.

Art. 232. — L'allocation de l'Etat est versée aux Communes à la fin de chaque trimestre.

Les traitements initiaux du personnel enseignant sont payés chaque mois par les soins de l'autorité communale.

La haute paie est servie chaque trimestre par le département de l'Instruction publique.

Art. 233. — Les Conseils communaux doivent transmettre au département de l'Instruction publique, avant le 1er mars, les comptes des écoles primaires arrêtés au 31 décembre précédent.

Au moyen de ces comptes, le Conseil d'Etat détermine le chiffre définitif de l'allocation de l'Etat pour l'année écoulée.

Si les chiffres des comptes ne sont pas conformes à ceux du budget, la différence est régularisée au prochain tableau.

Toutefois les Communes ne reçoivent pas d'allocation de l'Etat pour les dépenses scolaires votées par elles et qui ne figureraient pas au budget.

Traitements du personnel enseignant.

Art. 234. — Pendant les deux premières années de service, les instituteurs ont droit à un traitement de Fr. 4000.— par an et le institutrices à un traitement de Fr. 3300.— par an.

A partir du cinquième semestre de service compté dès le jour de l'entrée en fonctions du titulaire, les traitements sont fixés comme suit:

Instituteurs	. .	Fr. 4800.— par an
Institutrices	. .	„ 3600.— par an

Il est tenu compte, dans le calcul des 4 premiers semestres, des périodes de remplacement de 6 mois consécutifs dans une ou plusieurs classes.

Les Communes ont la faculté d'augmenter les traitements des membres de leur corps enseignant et de leur accorder en outre une haute-paie communale. L'Etat ne contribue pas au paiement de ces augmentations communales de rétribution.

Art. 235. — A partir du neuvième semestre de service, les membres du corps enseignant primaire reçoivent une haute-paie s'acquérant graduellement, pendant seize ans, de Fr. 150.— par année pour les instituteurs et Fr. 75.— par année pour les institutrices, le montant maximum de la haute-paie étant limité à Fr. 2400.— par an pour les instituteurs et Fr. 1200.— par an pour les institutrices.

Art. 236. — Les traitements des autres fonctionnaires de l'enseignement primaire, directeurs, directrices, administrateurs et secrétaires d'école, maîtres spéciaux, maîtresses spéciales, médecins des écoles, sont fixés par les Communes, sous réserve de l'approbation du Conseil d'Etat.

Le prix de l'heure hebdomadaire donnée par des maîtres spéciaux ne peut être inférieur à Fr. 175.—, ni supérieur à Fr. 220.— par an. Pour les maîtresses spéciales, le prix minimum de l'heure est de Fr. 140.— et le prix maximum de Fr. 180.— par an. Ces chiffres servent de base pour la fixation de la haute-paie.

Les administrateurs et secrétaires brevetés des écoles primaires qui doivent tout leur temps à leurs fonctions, ainsi que les maîtres spéciaux et maîtresses spéciales qui reçoivent, du fait de leur

enseignement à l'école primaire, des traitements égaux ou supérieurs à ceux prévus à l'article 110 de la loi, ont droit à la haute-paie allouée pour ancienneté de services.

Les maîtres spéciaux et maîtresses spéciales brevetés dont le traitement est inférieur à ceux prévus à l'article 110 de la loi reçoivent, dès la 6me année, une haute-paie proportionnelle au nombre d'heures qu'ils consacrent à l'école primaire.

Cette haute-paie ne concerne pas les maîtres spéciaux qui consacrent à l'enseignement public (écoles primaires, secondaires et professionnelles), un nombre d'heures de leçons hebdomadaires supérieur à 36 ou qui touchent un traitement global dépassant Fr. 7000.—.

Les maîtresses des écoles ménagères reçoivent le traitement des institutrices plus un supplément de Fr. 300.—.

Art. 237. — Les administrateurs des écoles, les secrétaires des écoles, porteurs des brevets prévus par la loi, les maîtres spéciaux, les maîtresses spéciales et ménagères, qui doivent tout leur temps à leurs fonctions dans les écoles primaires, ont droit à la même haute-paie que les instituteurs et les institutrices.

Art. 238. — Les maîtres spéciaux et les maîtresses spéciales qui ne consacrent pas tout leur temps à l'enseignement primaire doivent, pour avoir droit à une haute-paie, remplir les conditions suivantes:

a) être porteurs d'un brevet spécial ou d'un titre équivalent;
b) être au bénéfice d'un traitement inférieur à ceux que prévoit l'art. 110 de la loi;
c) donner un total d'heures de leçons ne dépassant pas 36 h. par semaine, dans les écoles primaires, secondaires ou professionnelles;
d) recevoir un traitement total ne dépassant pas Fr. 7000.— par an.

Art. 239. — La haute-paie à l'heure est calculée comme suit:

dès la 6me année de services, partant du 1er juillet ou du 1er janvier et pendant 15 années consécutives:

a) pour les maîtres spéciaux: une augmentation annuelle de Fr. 2.50.— pour chaque heure hebdomadaire donnée à l'école primaire, jusqu'à une augmentation maximum de Fr. 37.50 par heure;
b) pour les maîtresses spéciales: une augmentation annuelle de Fr. 2.— pour chaque heure hebdomadaire donnée à l'école primaire, jusqu'à une augmentation maximum de Fr. 30.— par heure.

Art. 240. — Les maîtres spéciaux et les maîtresses spéciales sont tenus d'aviser le département de l'Instruction publique de

toute modification survenant dans le nombre d'heures qu'ils donnent à l'école primaire, à l'école secondaire ou dans l'enseignement professionnel.

Art. 241. — Le point de départ de la haute-paie pour chaque ayant droit est le 1er janvier ou le 1er juillet qui suit la date de son entrée en fonctions.

Pour fixer le point de départ de la haute-paie, il est tenu compte des périodes de remplacement de 6 mois consécutifs dans une ou plusieurs classes.

Art. 242. — Lorsqu'un membre du corps enseignant primaire est empêché de remplir ses fonctions pour cause de maladie, la haute-paie à laquelle il a droit continue à lui être servie.

Si la maladie dure plus d'une année, l'augmentation de la haute-paie est suspendue; à la reprise des fonctions, le droit à l'augmentation est rétabli en tenant compte des périodes semestrielles; toute fraction de semestre compte pour un semestre entier.

Art. 243. — Le traitement initial ainsi que la haute-paie cessent d'être servis dès qu'un membre du personnel enseignant ou ses ayants droit est au bénéfice des dispositions de la loi sur le Fonds scolaire de prévoyance.

Art. 244. — Le fonctionnaire de l'enseignement primaire qui est au bénéfice d'un congé pour une cause autre que la maladie ou le service militaire perd tout droit à son traitement et cesse de recevoir la haute-paie à partir du jour où il entre en congé, lorsque la durée du congé excède un mois. L'augmentation de la haute-paie est suspendue pendant toute la durée du congé; à la reprise des fonctions, le droit à l'augmentation est rétabli en tenant compte des périodes semestrielles; toute fraction de semestre compte pour un semestre entier.

Art. 245. — Lorsqu'un membre du corps enseignant obtient un congé d'une durée de moins d'un mois, pour raisons personnelles, la Commission scolaire pourvoit à son remplacement aux frais de l'intéressé.

Art. 246. — Lorsqu'un membre du corps enseignant est démissionnaire pour d'autres motifs que la maladie, il perd tout droit au traitement et à la haute-paie dès le jour où il cesse de donner lui-même ses leçons.

Remplacements.

Art. 247. — Le remplaçant est payé aux taux prévus par le Règlement de la Caisse cantonale de remplacement du corps enseignant primaire lorsque la durée du congé est inférieure à un mois; il est au bénéfice du traitement de début quand la durée du remplacement est d'un mois ou plus.

Le traitement de début sera servi en tenant compte des vacances dans une mesure équitable.

Art. 248. — Lorsqu'un membre du corps enseignant est empêché de remplir ses fonctions pour cause de maladie, il est pourvu a son remplacement aux conditions prévues par le Règlement de la Caisse cantonale de remplacement du corps enseignant primaire.

Art. 249. — Lorsqu'un membre du corps enseignant est empêché de remplir ses fonctions pour cause de service militaire, la Commission scolaire pourvoit à son remplacement et paie le remplaçant aux conditions fixées par l'Ordonnance fédérale sur la matière.

La Commission scolaire remplit ensuite un formulaire qu'elle envoie au département de l'Instruction publique.

S'il s'agit d'un cours d'instruction, les frais de remplacement sont supportés par la Confédération pour les $^3/_4$, le Canton pour $^1/_8$, la Commune pour $^1/_8$. S'il s'agit d'un cours de répétition, les frais de remplacement sont supportés par le Canton et la Commune, par moitié.

La subvention ne s'applique qu'aux frais occasionnés par les jours effectifs de remplacement pendant la période de service militaire.

Subventions diverses.

Art. 250. — Les subventions de l'Etat pour la création de classes spéciales et de classes d'élèves retardés, pour les bibliothèques scolaires, pour la distribution d'aliments et de vêtements sont fixeés par le budget. Elles sont versées à la fin de chaque exercice.

La subvention concernant les classes spéciales et les classes d'élèves retardés représente le 50 % des suppléments de traitements alloués par les Communes aux titulaires de ces classes.

La subvention concernant les bibliothèques ainsi que les aliments et vêtements est répartie au prorata des dépenses effectives telles qu'elles résultent des comptes établis sur le formulaire fourni par le département de l'Instruction publique. Dans le calcul de la répartition, il n'est pas tenu compte des dépenses d'assistance faites par les Communes et les Eglises.

Art. 251. — Toute Commission scolaire ou toute Société de bienfaisance qui, ayant reçu les formulaires de comptes, ne les retourne pas au département de l'Instruction publique dans les délais prescrits, perd son droit à la subvention pour l'exercice en cause.

Art. 252. — L'allocation aux Communes pour cours de travaux manuels est versée une fois par an; elle est calculée sur le chiffre des comptes et égale au 50 % du montant des traitements du personnel enseignant. Toutefois cette subvention est limitée au maximum de Fr. 4.— l'heure de leçon.

Art. 253. — Les dépenses faites pour l'enseignement ménager à l'école primaire sont subventionnées conformément aux dispositions adoptées pour l'enseignement professionnel. Elles font l'objet d'un compte spécial.

CHAPITRE IX.

Enseignement privé.

Art. 254. — Les parents ou autres personnes responsables sont libres de pourvoir à l'instruction obligatoire de leurs enfants, pupilles ou pensionnaires, par tout autre moyen que par la fréquentation de l'école publique.

L'Etat ni les Communes ne subventionnent l'enseignement privé.

Art. 255. — Les autorités scolaires communales et le département de l'Instruction publique s'assurent, quand bon leur semble, au moyen d'examens, que les enfants recevant un enseignement privé sont instruits conformément aux programmes prévus par la loi.

Si l'instruction des enfants appelés aux examens est jugée insuffisante, les parents ou autres personnes responsables sont tenus de les envoyer à l'école publique. Le recours au Conseil d'Etat est réservé.

Ceux qui ne se conformeraient pas aux dispositions de la loi sont passibles, après avertissement, d'une amende de Fr. 10.—. En cas de récidive, l'amende peut être portée à Fr. 100.—.

Les parents qui veulent faire donner à leurs enfants un enseignement privé ne peuvent les retirer de l'école publique, sauf motifs suffisants, avant le terme d'une année scolaire. Le département de l'Instruction publique est juge de ces motifs.

Art. 256. — Il est établi, pour chaque enfant qui suit un enseignement privé, un livret scolaire qui reste en mains de la Commission scolaire et qui est tenu à jour par ses soins.

En cas de changement de domicile il est procédé, pour la transmission du livret scolaire, comme pour celui d'un élève de l'école publique.

CHAPITRE X.

Enseignement religieux.

Art. 257. — L'enseignement religieux est distinct des autres parties de l'instruction.

Il est donné suivant le libre choix et la volonté des famille.

Art. 258. — Les locaux scolaires sont de droit, dans les limites de l'ordre public, à la disposition de tous les cultes pour l'enseignement religieux.

Les autorités scolaires communales veillent à ce que cet enseignement ait lieu à des heures convenables de la journée, soit avant, soit après les autres leçons.

En cas de conflit au sujet de l'usage des locaux scolaires, le Conseil d'Etat statue.

CHAPITRE XI.

Dispositions transitoires et finales.

Art. 259. — Les élèves nés au mois de juillet qui sont entrés à l'école publique avant le 1er août 1928 sont libérés de la fréquentation scolaire à la clôture de l'année scolaire, lorsqu'ils ont 14 ans révolus avant le 1er août, à condition qu'ils aient accompli huit années de scolarité.

Les dispositions de l'article 45 de la loi concernant la fréquentation durant les deux dernières années d'école demeurent réservées.

Art. 260. — Le département de l'Instruction publique est charge de veiller à l'application des dispositions du présent règlement.

Art. 261. — Le présent règlement abroge le règlement général pour les écoles primaires du 3 septembre 1912, l'arrêté revisant les articles 105, 106, 108 et 110 du règlement général pour les écoles primaires, du 7 février 1919, l'arrêté modifiant l'article 146 bis du règlement général pour les écoles primaires, du 16 mars 1923, et toutes dispositions contraires. Il entre immédiatement en vigueur. Il sera inséré au *Recueil des lois.*

---

2. Universität.

2. Arrêté portant revision des articles 6, 51, 145, 148 et 152 du règlement des examens de l'Université de Neuchâtel. (Du 16 septembre 1930.)

Le Conseil d'Etat
de la République et Canton de Neuchâtel,

Vu les articles 4 et 39 de la loi sur l'enseignement supérieur du 26 juillet 1910 et l'article 58 du règlement général de l'Université de Neuchâtel, du 19 mai 1911;

Vu le préavis de la Commission consultative pour l'enseignement supérieur;

Sur la proposition du conseiller d'Etat, chef du département de l'Instruction publique,

Arrête:

Article premier. — Les articles 6, 51, 145, 148 et 152 du règlement des examens de l'Université de Neuchâtel, du 9 janvier 1925, sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes:

Art. 6. — Sous réserve des dispositions des articles 145, 148 et 152 du présent règlement, tout candidat au grade de licencié ou de docteur doit avoir été immatriculé à l'Université de Neuchâtel pendant un semestre au moins.

Art. 51. — Les épreuves orales comprennent:

1. L'analyse supérieure (principe du calcul infinitésimal). 2. L'analyse supérieure (équations différentielles). 3. L'analyse supérieure (théorie des fonctions et fonctions elliptiques). 4. L'algèbre supérieure et la théorie des nombres. 5. La géométrie analytique. 6. La géométrie projective et descriptive. 7. La mécanique rationelle. 8. La physique. 9. L'astronomie. 10. La géodésie.

Art. 145. — Tout candidat au doctorat en droit doit justifier d'un minimum de six semestres d'études dans une Faculté de droit, dont deux au moins à l'Université de Neuchâtel.

Art. 148. — Tout candidat au doctorat ès sciences commerciales et économiques doit justifier d'un minimum de six semestres d'études régulières en sciences commerciales et économiques, dont deux au moins à l'Université de Neuchâtel.

Art. 152. — Tout candidat au doctorat en théologie doit justifier d'un minimum de huit semestres d'études dans une Faculté de théologie, dont deux au moins à l'Université de Neuchâtel.

Art. 2. — Le présent arrêté entre immédiatement en vigueur. Il sera inséré au *Recueil des lois*.

XXV. Kanton Genf.

Mittelschulen und Berufsschulen.

Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles, Règlement organique.

(Du 19 février 1930.)